

Andreas, Verena; Böhme, René; Fortmann, Fabian; Nischwitz, Guido

Research Report

Bremen-Nord: Chancen zur Neupositionierung nutzen! Zwischenbilanz - Perspektiven - Gesamtstrategie

Reihe Arbeit und Wirtschaft in Bremen, No. 16

Provided in Cooperation with:

Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW), Universität Bremen / Arbeitnehmerkammer Bremen

Suggested Citation: Andreas, Verena; Böhme, René; Fortmann, Fabian; Nischwitz, Guido (2016) : Bremen-Nord: Chancen zur Neupositionierung nutzen! Zwischenbilanz - Perspektiven - Gesamtstrategie, Reihe Arbeit und Wirtschaft in Bremen, No. 16, Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW), Universität Bremen und Arbeitnehmerkammer Bremen, Bremen

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/149910>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Eine Publikation von

iaw
Institut Arbeit und Wirtschaft
Universität / Arbeitnehmerkammer Bremen

A
Arbeitnehmerkammer
Bremen

ARBEIT UND WIRTSCHAFT IN BREMEN Ausgabe 16 / November 2016

Verena Andreas, René Böhme,
Fabian Fortmann, Guido Nischwitz

Bremen-Nord: Chancen zur Neupositionierung nutzen!

Zwischenbilanz – Perspektiven –
Gesamtstrategie

Verena Andreas, René Böhme, Fabian Fortmann,
Guido Nischwitz

Reihe Arbeit und Wirtschaft in Bremen 16 | 2016

Bremen-Nord – Chancen zur Neupositionierung nutzen!

Zwischenbilanz – Perspektiven – Gesamtstrategie

Vorwort

Bremen-Nord gilt innerhalb des gesamten Stadtgebietes als eine weitgehend eigenständige Wirtschafts- und Arbeitsmarktregion mit einem spezifischen Wohn- und Lebensraum. So verwundert es nicht, dass bereits 1964 die Arbeiterkammer Bremen aus dieser Kenntnis heraus „Materialien zur Wirtschafts- und Sozialstruktur des Raumes Bremen-Nord“ veröffentlichte und Empfehlungen zu weiteren strukturpolitischen Maßnahmen gab. Diese zielten vornehmlich auf eine Diversifikation der Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und standen zum damaligen Zeitpunkt noch im Wesentlichen unter dem Eindruck eines anhaltenden Arbeitskräftemangels. 26 Jahre später veröffentlichte der damalige Kooperationsbereich Universität/Arbeiterkammer eine Publikation mit dem Titel „Wirtschaft und Arbeitsmarkt Bremen-Nord“. Im Kern folgten die Autoren am Schluss: „Bremen-Nord hat eine Perspektive, wenn Klein- und Mittelbetriebe gestärkt und zugleich die Existenz der ortsansässigen Großbetriebe gesichert werden können. Zukunftsorientierte Arbeitsplätze werden künftig überwiegend in technologieorientierten, forschungs- und wissensintensiven Betrieben und im Dienstleistungssektor entstehen. Ein starker Dienstleistungssektor ist eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt und die Stärkung der industriellen Basis der Region.“ Ein Fazit, das im Übrigen auch heute noch gleichermaßen gilt.

Nach nun wieder 26 Jahren erscheint eine neue Untersuchung, die im Auftrag der Arbeiterkammer Bremen vom Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen erarbeitet wurde. Dies war aus unserer Sicht notwendig, da der traditionell industriell geprägte Stadtbezirk infolge zahlreicher Betriebsschließungen in den vergangenen Jahrzehnten einen erheblichen Verlust an Arbeitsplätzen verkraften musste. Heute befinden sich nur noch sechs Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze im Bundesland Bremen in Bremen Nord und es ist ein kontinuierlicher Bedeutungsverlust des Arbeitsortes Bremen-Nord im Verhältnis zu den Städten Bremen und Bremerhaven festzustellen: Auf 100 Einwohner kommen in Bremen-Nord heute noch 19 Arbeitsplätze – in der Stadt Bremen sind es 54 und in Bremerhaven 43. Diese Reduzierung an wohnortnahen Arbeitsplätzen führte zu Abwanderungen und Einwohnerverlusten. So konnte die Stadt Bremen insgesamt seit dem Jahr 2000 deutliche Bevölkerungszuwächse verzeichnen (+4,1 Prozent), im Stadtbezirk Nord hingegen gab es einen Prozess der Schrumpfung (-4,6 Prozent), obwohl es auch hier zuletzt leichte Gewinne gab. Hinzu kommt, dass im Verhältnis zur Gesamtstadt das Durchschnittsalter in Bremen-Nord schneller gestiegen ist und die Bevölkerung in der Altersgruppe der 20- bis 45-Jährigen unterrepräsentiert sind.

Die Folge sind heute soziale und wirtschaftliche Probleme: Kaufkraftverlust, eine erhöhte Arbeitslosigkeit und der Rückgang an Nahversorgungseinrichtungen. Dabei wurden durchaus zur Bewältigung des Strukturwandels zahlreiche Programme und Fördermittel auf beziehungsweise eingesetzt, die speziell auf Bremen-Nord zugeschnitten waren (zum Beispiel „Wohnen und Arbeiten in Bremen-Nord – Zukunft einer Region“ oder der Rathaus-Arbeitskreis Bremen-Nord). Damit wurde jedoch die strukturpolitische Zielsetzung, die Wirtschaftskraft in Bremen-Nord nachhaltig zu stärken und so zur Sicherung und zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen beizutragen sowie gleichzeitig die Bevölkerungszahl zu konsolidieren, nicht erreicht. Allerdings ist es auch heute noch sachlich falsch, Bremen-Nord als eine Schlafstadt zu bezeichnen, da die Größenordnungen an Arbeitsplätzen in Industrie und Dienstleistungen noch beträchtlich sind. Dennoch ist festzustellen, dass ein großer Teil der Bevölkerung in Bremen-Nord inzwischen im bremischen Stadtgebiet oder im niedersächsischen Umland arbeitet.

Tourismus und Einzelhandel allein – das zeigt die Vergangenheit – schaffen nicht ausreichend Arbeitsplätze in Bremen-Nord. Ergänzend gilt es vielmehr, die vorhandenen industriellen Kerne zu sichern und den erfolgreichen mittelständischen Unternehmen mit überregionaler Strahlkraft eine Zukunftsperspektive am Standort zu geben. Die entwickelten Flächen der Bremer Wollkammerei oder des Bremer Vulkan bieten gute Voraussetzungen, damit sich darüber hinaus weitere Betriebe ansiedeln oder bestehende vergrößern können. Der Dienstleistungsschwerpunkt „Gesundheitswirtschaft“ scheint zudem an diesem traditionellen Standort eine durchaus sinnvolle Ergänzung zu sein. Denn zum einen ist die Stiftung Friedehorst nicht nur von gesundheitspolitischer, sondern mit 1.450 Beschäftigten auch von beachtlicher wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Bedeutung. Zum anderen ist das Klinikum Bremen-Nord eine etablierte Regionalklinik, das

mit fast 800 Beschäftigten ebenfalls ein wichtiger regionaler Arbeitgeber ist und zudem eine wichtige Versorgungsfunktion auch für das niedersächsische Umland übernimmt. Hier kann es durch Kooperationen mit weiteren Institutionen zweckmäßig sein, eine stärkere Profilierung im Bereich der Altersmedizin – auch vor dem Hintergrund der demografischen Situation – vorzunehmen. Dies sollte in weiteren strukturpolitischen Überlegungen stärkere Berücksichtigung finden.

Daneben hat Bremen-Nord als attraktiver Wohnstandort zu bezahlbaren Preisen noch viel Potenzial. Gegenwärtig fehlen vor allem qualitativ hochwertige Angebote attraktiver Wohnungen und Häuser gerade für junge Familien. Dazu braucht es aber eine familienfreundliche Infrastruktur mit guten Ganztags-Kinderbetreuungsmöglichkeiten und guten Bildungsangeboten.

Die traditionellen Instrumente der regionalen Strukturpolitik reichen also nicht alleine aus, die künftige Entwicklung Bremen-Nords positiv zu beeinflussen. Vielmehr ist es notwendig, Wirtschafts-, Stadtentwicklungs-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik zu verzahnen. Dabei sollte man sowohl auf die vorhandenen Ressourcen vor Ort zurückgreifen als auch die fachliche Kompetenz in den Verwaltungen nutzen, um in einem strategischen Vorgehen für die weitere Entwicklung des Stadtbezirks Impulse zu setzen. Eine Entwicklungsagentur mag in anderen Kommunen – vor allem in Flächenländern – zum Erfolg geführt haben. Es ist allerdings fraglich, ob eine neue Organisationsstruktur ein verbindlicheres Gerüst bietet um tragfähige Lösungen umzusetzen. Zusätzlich müssten dann auch entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt werden und fachliche Autorität, ausgestattet mit entsprechender Weisungsbefugnis, vorhanden sein. Auch die diskutierte Neustrukturierung der stadtteilpolitischen Ebenen zu einem Bezirk sollte aus unserer Sicht auf der gesamtstädtischen Ebene erörtert werden und nicht im Zusammenhang mit strukturellen Erfordernissen in Bremen-Nord.

Eine entschlossenerere und verbindlichere Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Senatsressorts als in der Vergangenheit, verbunden mit der Entwicklung einer Gesamtstrategie unter realistischen Bedingungen und klaren Zielsetzungen, ist aus unserer Sicht der effektivere Weg. Die Berufung eines Senatsbeauftragten für Bremen-Nord und die Entwicklung eines „Integrierten Struktur- und Entwicklungskonzepts“ weisen dabei in die richtige Richtung. Das ist auch deshalb notwendig, da die Kooperation der verschiedenen senatorischen Behörden, der Verwaltung und der drei Stadtteile mehr als nur ein gemeinsames Interesse braucht, sondern eine programmatische Basis, von der man aus zielgerichtet handelt und die Interessen aller Beteiligten gleichermaßen wahrnimmt. Dabei haben die Beiräte, die Verwaltung, die Unternehmen und Arbeitnehmervertretungen sowie die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Institutionen die Aufgabe, sich der zukunftsorientierten und vor allem aber auch der strittigen Konflikt-Themen anzunehmen. Statt neuer Strukturen braucht es mehr Handlungsfähigkeit, Schnelligkeit und Durchsetzungskraft, um Interessen gemeinsam wirkungsvoll vertreten zu können und die vorhandenen Potenziale zu erschließen. Für diese Aufgaben und Herausforderungen in Bremen-Nord liefert die vorliegende Studie wichtige Erkenntnisse und zeigt wertvolle Handlungserfordernisse auf.



Peter Kruse
Präsident



Ingo Schierenbeck
Hauptgeschäftsführer

Ein ausführlicher Datenreport zur Studie kann auf der Website der Arbeitnehmerkammer heruntergeladen werden: www.arbeitnehmerkammer.de/bremen-nord-potenziale

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Inhaltsverzeichnis	7
Abbildungsverzeichnis	8
Tabellenverzeichnis	9
Kartenverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	10
Zusammenfassung	11
1 Einführung	12
2 Datenanalyse – zentrale Entwicklungstrends	14
2.1 Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsstatistik	15
2.2 Bevölkerungsstruktur	17
2.3 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit	20
2.4 Wirtschaft.....	22
2.5 Soziales	24
2.6 Bildung.....	26
2.7 Bauen und Wohnen	28
2.8 Zusammenfassung.....	30
3 Analysen zur Wahrnehmung Bremen-Nords	31
3.1 Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken – SWOT-Analyse	31
3.2 Wahrnehmung und Image – Außen- und Innenwahrnehmung der „Marke Bremen-Nord“	35
3.3 Medienanalyse	37
3.4 Zusammenfassung.....	43
4 Analyse von Interventionen – Dokumente, Schlüsselprojekte, Arbeitskreise und Förderprogramme	45
4.1 Dokumentenanalyse	45
4.1.1 Überblick über die Dokumentenlage nach Themenfeldern	45
4.1.2 Ziel- und Maßnahmenverfolgung	54
4.1.3 Zwischenbilanzierung Dokumentenanalyse	61
4.2 Schlüsselprojektbilanzierung	62
4.2.1 Steckbriefe zentraler Schlüsselprojekte	63
4.2.2 Zwischenbilanzierung Schlüsselprojektanalyse.....	78
4.3 Rathaus-Arbeitskreis Bremen-Nord	78
4.4 Wohnungsbau – Konzeption, Sofortprogramm und 40+-Flächen.....	82
4.5 Förderprogramme.....	87
4.5.1 Städtebauförderung und Quartiersmanagement.....	87
4.5.2 Einzelbetriebliche Wirtschaftsförderung	93
4.5.3 Arbeitsmarktpolitik.....	95
4.5.4 Bildung, Betreuung und frühkindliche Förderung.....	97
4.5.5 Zwischenbilanzierung der Förderprogramm-Analyse	99
5 Zwischenbilanz – Thesen und Ergebnisse der Expertengespräche	101
6 Diskussion zentraler Ergebnisse und Handlungsempfehlungen	106
6.1 Zentrale Befunde: Gesamtbild und Bilanzierung	106
6.2 Bremen-Nord neu denken: Ansatzpunkte eines Strukturprogramms für Bremen-Nord	108
6.3 Konkrete Ansatzpunkte für Interventionen in Bremen-Nord	118
7 Literaturverzeichnis/Quellenverzeichnis	121

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Bevölkerungsentwicklung in den nordbremischen Stadtteilen (1995-2014)	15
Abbildung 2:	Entwicklung des Durchschnittsalters in der Gesamtstadt Bremen und im Stadtbezirk Bremen-Nord (1995-2014)	17
Abbildung 3:	Entwicklung des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in den Stadtbezirken der Stadt Bremen (2005-2014)	19
Abbildung 4:	Veränderung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze am Arbeitsort zwischen 2006 und 2014 in Bremen-Nord und den niedersächsischen Umlandgemeinden	21
Abbildung 5:	Vermarktung und Dispositionsreserve in vier ausgewählten Gewerbeflächen in Bremen-Nord	23
Abbildung 6:	Betriebe nach Wirtschaftsbereichen in Bremen-Nord 2013	24
Abbildung 7:	Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in Bremen-Nord 2013	24
Abbildung 8:	Kinderarmut in den Stadtbezirken von Bremen 2005 und 2014 in Prozent	25
Abbildung 9:	Nicht-Abiturquote 2010-2012 in den Ortsteilen von Bremen-Nord	27
Abbildung 10:	Entwicklung des Wohnungsbestands in den Stadtbezirken der Stadt Bremen (2010-2014), relative Darstellung	29
Abbildung 11:	Anteil Bremen-Nords an neu fertiggestellter Wohnfläche in Bremen mit Trendlinie (1995-2014)	29
Abbildung 12:	Anteil negativ konnotierter Artikel über Bremen-Nord im Weser-Kurier	42
Abbildung 13:	Anteil negativ konnotierter Artikel über Vegesack und Blumenthal im Weser-Kurier	43
Abbildung 14:	Themenfeld politische Konzepte und Programme (1994-2011)	46
Abbildung 15:	Themenfeld politische Konzepte und Programme (2011-2015)	48
Abbildung 16:	Themenfeld Stadtentwicklung Vegesack	50
Abbildung 17:	Themenfeld Stadtentwicklung Blumenthal	51
Abbildung 18:	Themenfeld Marketing und Tourismus	53
Abbildung 19:	Ziele und Maßnahmen für Bremen-Nord	55
Abbildung 20:	Gesamtübersicht der Thesenbewertung durch die Expert/-innen (geordnet nach Zustimmungsquote / Mittelwert)	105
Abbildung 21:	Strukturprogramm Nord	111
Abbildung 22:	Integrierte Entwicklungsstrategie	112
Abbildung 23:	Organigramm zum Strukturprogramm Nord	116
Abbildung 24:	Zeitablauf Strukturprogramm Nord	117

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Veränderung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze am Arbeitsort zwischen 2006 und 2014 in der Stadt Bremen und Bremen-Nord und im nordbremischen Umland	21
Tabelle 2: Steuerpflichtige Einkommen in Bremen-Nord	26
Tabelle 3: Themenstränge und Schlüsselprojekte/-aktivitäten des Rathaus-Arbeitskreises	80
Tabelle 4: Umsetzungsstand der Schlüsselprojekte des Rathaus-Arbeitskreises	81
Tabelle 5: Räumliche Verteilung der GRW/LIP-Förderung nach Stadtgemeinde Bremen und Stadtbezirken (2008-2014)	94

Kartenverzeichnis

Karte 1: Stadtbezirke und Stadtteile in der Stadt Bremen.....	12
Karte 2: Bevölkerungsveränderung in der Stadt Bremen nach Stadtteilen sowie in den nordbremischen Umlandgemeinden (1995-2014)	16
Karte 3: Durchschnittsalter auf Ebene der Ortsteile in Bremen-Nord (2014).....	18
Karte 4: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung auf Ortsteilebene in Bremen-Nord (2014).....	19
Karte 5: Arbeitslosenziffer in den Ortsteilen des Stadtbezirks Bremen-Nord (31.12.2014).....	22
Karte 6: Entwicklung des Wohnungsbestands in der Stadt Bremen und den nordbremischen Umlandgemeinden (1999-2014).....	28
Karte 7: Schlüsselprojekte in Bremen-Nord	63
Karte 8: 40+Flächen in Bremen-Nord	83
Karte 9: Städtebauförderungs- und Quartiersmanagementgebiete in Bremen-Nord.....	88

Abkürzungsverzeichnis

AfSD	Amt für Soziale Dienste
BAP	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm
BBV	Bremer Bootsbau Vegesack
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BWK	Bremer Wollkämmerei
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
ESF	Europäischer Sozialfonds
FEI	Förderung der Forschung, Entwicklung und Innovation
GEP	Gewerbeentwicklungsprogramm für die Stadt Bremen
GRW	Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur
IFP	Integriertes Flächenprogramm für Gewerbe und Dienstleistungen
ISP	Investitionssonderprogramm
IUB	Internationale Universität Bremen
JUB	Jacobs University Bremen
LiM	Lehrstuhl für innovatives Markenmanagement
LIP	Landesinvestitionsförderprogramm
LOS	Lokales Kapital für soziale Zwecke
LSN	Landesamt für Statistik Niedersachsen
PFAU	Programm zur Förderung anwendungsnahe Umwelttechniken
QUIMS	Qualität in multikulturellen Stadtteilen und Schulen
SSJFIS	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport
StaLa	Statistisches Landesamt Bremen
SUBV	Senator für Umwelt, Bauen und Verkehr
SWH	Senator für Wirtschaft und Häfen
SWAH	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
WfB	Wirtschaftsförderung Bremen GmbH
WK	Weser-Kurier
WiN	Wohnen in Nachbarschaft
WiR	Wirtschafts- und Strukturrat

Zusammenfassung

Bremen-Nord gilt durch seine besondere räumliche Lage, die späte Zuordnung zur Stadt Bremen und die spezielle Geschichte des wirtschaftlichen Strukturwandels als besonderer Stadtraum Bremens mit weitgehend eigenständigem Wirtschafts- und Lebensraum. Der wirtschaftliche Strukturwandel führt in Bremen-Nord zu einer Vielzahl an Herausforderungen: der Ausgleich des Verlusts von Arbeitsplätzen und Bevölkerung sowie die Bewältigung der sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Folgeprobleme. Eine erhöhte Arbeitslosigkeit, Kaufkraftverluste, Leerstand und eine Konzentration dieser Problemlagen in bestimmten Quartieren, waren und sind zu bewältigende Folgewirkungen von Betriebsschließungen in der Industrie. Ein dadurch bedingtes Negativimage wirkt zusätzlich als Entwicklungshemmnis. Trotz vielfältiger politischer Willensbekundungen, Programmen und Initiativen konnte bislang keine nachhaltige Trendwende erreicht werden.

Das Institut Arbeit und Wirtschaft wurde von der Arbeitnehmerkammer Bremen beauftragt, eine umfassende Analyse der Entwicklungstrends im Stadtbezirk anzufertigen und Ansatzpunkte für eine Neupositionierung Bremen-Nords aufzuzeigen. Die Grundlage bildeten Analysen statistischer Kennzahlen, der Stärken und Schwächen, der Medienberichterstattung sowie verschiedenster politischer Interventionen und Förderprogramme (inkl. Schlüsselprojekte). Diese Datenbasis und Bilanzierung der Aktivitäten wurde ergänzt durch Vor-Ort-Begehungen, den Besuch von Veranstaltungen und durch Expertengespräche mit Akteuren vor Ort.

Die innerhalb des Projektes durchgeführten Analysen haben für Bremen-Nord zwei zentrale Entwicklungstrends identifizieren können:

1. Eine Abkopplung der Entwicklung Bremen-Nords von der positiveren Entwicklung der Gesamtstadt und der Umlandgemeinden sowie
2. Eine starke sozialräumliche Segregation auf Ortsteilebene, die sich in nahezu allen untersuchten Indikatoren widerspiegelt.

Zudem konnten vielschichtige Stärken und Potenziale identifiziert werden. Dem stehen aber zahlreiche Entwicklungshemmnisse gegenüber, die bislang verhindern, dass die Ansätze durchschlagende Erfolge erzielen konnten. In Bremen-Nord agieren zahlreiche Akteure in mitunter sehr komplexen Entscheidungsstrukturen; viele Entwicklungsansätze und Projekte werden nebeneinanderher verfolgt, es fehlt eine gemeinsam abgestimmte Zielsetzung und Strategie sowie an entsprechenden Ressourcen.

Die Problemlagen, die in vielschichtigen Wechselwirkungen miteinander stehen, machen einen umfassenden und integrierten Ansatz zur Entwicklung Bremen-Nords notwendig – vorhandene Ressourcen und Kräfte müssen dafür harmonisiert und neu aktiviert werden! Daher wird die Einrichtung eines langfristig angelegten, mit ausreichend Ressourcen und Umsetzungskompetenzen unterlegten Strukturprogramms, für Bremen-Nord vorgeschlagen. Der Senat macht Bremen-Nord ein Angebot, Projekten einer integrierten Entwicklungsstrategie über einen Zeitraum von zehn Jahren eine prioritäre Förderung zu gewähren. Diese integrierte Entwicklungsstrategie muss in einem zielorientierten aber breit angelegten, partizipativen Prozess aus Bremen-Nord heraus entwickelt werden und wird bei Erfüllung bestimmter vorab festgelegter Qualitätskriterien von einer Entwicklungsagentur umgesetzt. Ergänzt wird dies durch ein Sofortmaßnahmenpaket für die dringendsten hier identifizierten Problemstellungen in den Bereichen Blumenthaler Zentrum, Kinderbetreuung, Handlungsfähigkeit des Bauamts und Gewerbeflächenbedarfe.

1 Einführung

Bremen-Nord ist mit seinen drei Stadtteilen Blumenthal, Burglesum und Vegesack einer von fünf Bremer Stadtbezirken. Bezogen auf die Einwohnerzahl (31.12.2014: 96.247) und die Gebietsfläche (6.041,8 ha) nimmt der Bremer Norden innerhalb der gesamten Stadt eine Position im Mittelfeld ein.

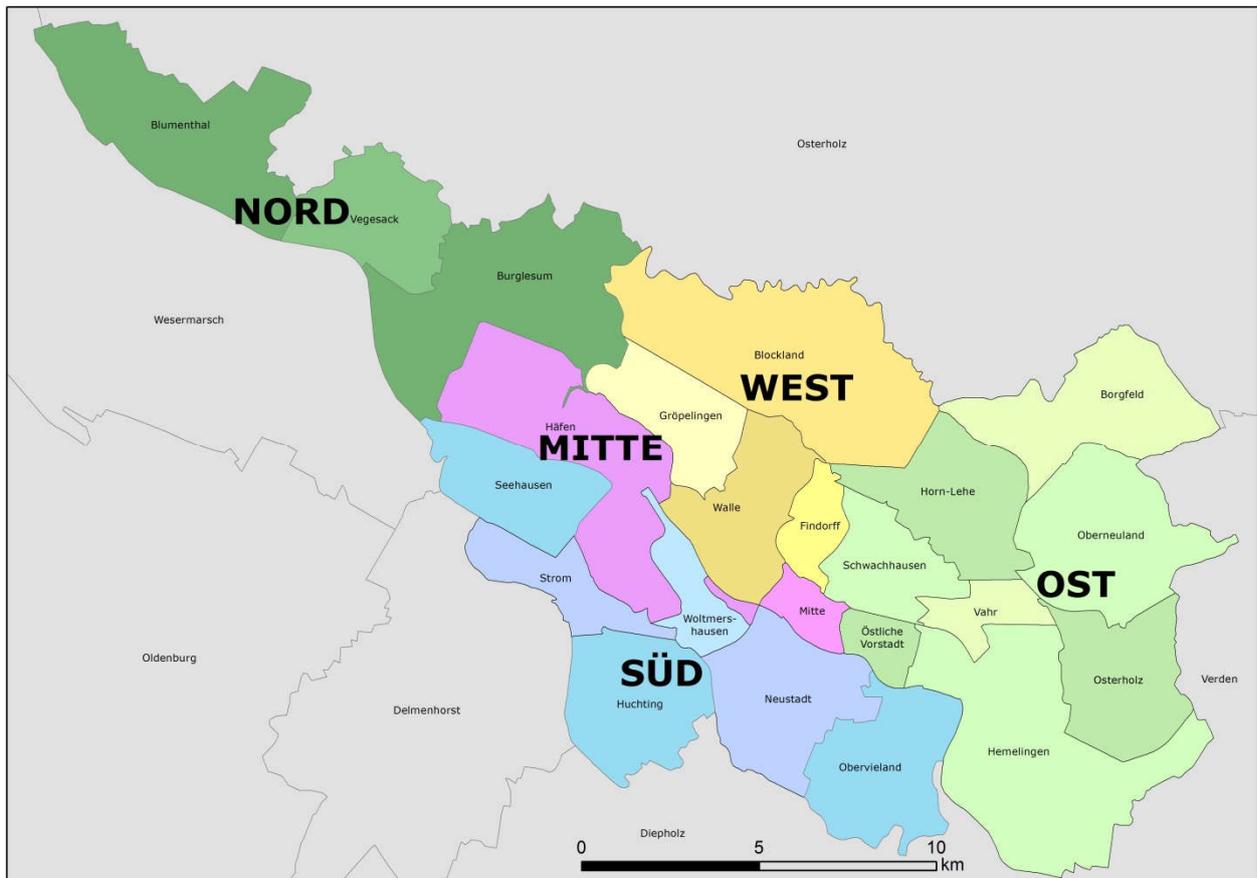
Nichtsdestotrotz gilt Bremen-Nord innerhalb des gesamten Stadtgebietes als eine weitgehend eigenständige Wirtschafts- und Arbeitsmarktregion mit einem spezifischen Wohn- und Lebensraum. Einen ersten Hinweis auf eine besondere Stellung von Bremen-Nord ergibt sich aus der Historie und der räumlichen Lage (siehe Karte 1). Neben der späten administrativen Zuordnung zur Stadt Bremen (1939) sind es die Entfernung zur Innenstadt (bis zu 30 km) und der enge Korridor zwischen der Weser und dem niedersächsischen Umland, die den Eindruck einer gewissen Abkopplung und Randlage innerhalb des Stadtgebiets verstärken.

Dabei verfügt Bremen-Nord mit dem Stadtteil Vegesack über ein „wichtiges und lebendiges Mittelzentrum“ (Handelskammer Bremen 2012), das bislang viele Funktionen der Daseinsvorsorge auch für das niedersächsische Umland erbringt.

Bedingt durch einen anhaltenden tief greifenden wirtschaftlichen Strukturwandel, rückt Bremen-Nord seit mindestens zwei Jahrzehnten in den Fokus von Politik, Verwaltung, Kammern und Verbänden. Der bis Anfang der 1990er-Jahre traditionell industriell geprägte Stadtbezirk musste infolge zahlreicher Betriebsschließungen¹ und Rationalisierungsprozesse einen erheblichen Verlust an industriell geprägten Arbeitsplätzen verkraften. Die damit einhergehende Reduzierung an wohnortnahen Arbeitsplätzen führt zu Abwanderungen und Einwohnerverlusten.

¹ u.a. Vulkan Werft 1997; Bremer Woll-Kämmerei, (BWK) 2009; Fliesenfertigung der Norddeutschen Steingut AG 2014.

Karte 1: Stadtbezirke und Stadtteile in der Stadt Bremen



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016); Kartengrundlagen Geoinformation Bremen (2015); Bundesamt für Kartografie und Geodäsie 2015 (Stand 31.12.2014)

Exkurs: Strukturwandel in Bremen-Nord (Auswirkungen des Niedergangs der norddeutschen Werften)

Die ehemals große Werfindustrie an den deutschen Küsten hat sich im Zuge des wirtschaftsstrukturellen Wandels deutlich verändert. Während Deutschland zu Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch zu den größten Produzenten von Seeschiffen gehörte, nahm der Anteil an der Produktion an deutschen Standorten in den folgenden Jahrzehnten stetig ab. Bereits Ende der 1970er-Jahre entfielen nur noch etwas mehr als zwei Prozent der weltweiten Produktion auf deutsche Werften. Gründe hierfür waren einerseits internationale Konkurrenzen, gegen die sich die deutschen Werften größtenteils nicht behaupten konnten, andererseits Verlagerungsprozesse ins Ausland (vgl. Giese, Mossig, Schröder 2009).

Der Standort Bremen, der zu den Produktionsclustern des deutschen Schiffbaus gehörte, war durch diese Schrumpfung maßgeblich betroffen. Die Vulkan AG, die mit zahlreichen Standorten an der deutschen Küste vertreten war, musste im Zuge dieser Krise im Jahr 1996 Konkurs anmelden. Damit ging auch die Schließung der Vulkan Werft im Stadtteil Bremen-Vegesack einher. Der wichtigste Arbeitgeber im Stadtbezirk Bremen-Nord mit insgesamt 6.000 Arbeitsplätzen ging dadurch verloren (vgl. Heseler 1998).

Dies zieht wiederum soziale und wirtschaftliche Folgeprobleme nach sich. Hierzu gehören Kaufkraftverluste, eine hohe Arbeitslosigkeit und der Rückgang an Nahversorgungseinrichtungen sowie Leerstände bei Wohnungen und Geschäften. Dabei konzentrieren sich sozioökonomische Problemlagen in spezifischen Wohngebieten der drei Stadtteile (Segregationstendenzen). Diese Heterogenität in den Ausgangs- und Problemlagen sowie Konfliktlagen zwischen den drei Stadtteilen sind eine zusätzliche Herausforderung für die Lokal- und Kommunalpolitik.

Eng damit verknüpft ist ein ausgeprägtes negatives Image des Stadtbezirks sowohl in der Außen- als auch in der Selbstwahrnehmung der Bewohner, die sich zusätzlich von der Stadt und den politisch Verantwortlichen vernachlässigt fühlen (vgl. SWAH 2012).

Die Landes- und Kommunalpolitik und mit ihr die zuständigen Ressorts reagieren auf diese Herausforderungen und Problemlagen seit zwei Jahrzehnten mit erheblichen Anstrengungen. Auf der Grundlage von Analysen, Berichten und Bestandsaufnahmen hat die regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik, die Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik sowie die Stadtentwicklungspolitik eine Vielzahl an Aktivitäten in dem Stadtbezirk entfaltet.

Zur Umsetzung regionsspezifischer Maßnahmen, Projekte und Investitionen wurden zahlreiche europäische, nationale und landesspezifische Programme und Fördermittel genutzt:

- Regionale Wirtschaftspolitik: z.B. EU-Struktur-Fonds (EFRE, ESF), Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW); „Integriertes Flächenprogramm für Gewerbe und Dienstleistungen“ (IFP) 2010 und Gewerbeentwicklungsprogramm (GEP) 2020
- Städtebauförderung: Soziale Stadt/WiN, Stadtbau West

- Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP) des Landes (LOS)
- Investitionssonderprogramm (ISP) (1994-2004)

Hinzu kamen separate Konzepte und Initiativen, die speziell auf Bremen-Nord zugeschnitten waren und sind:

- „Wohnen und Arbeiten in Bremen-Nord – Zukunft einer Region“ (2006)
- „Marketing-Strategie für Bremen-Nord“ (2012)
- „Rathaus-Arbeitskreis Bremen-Nord“ beim damaligen Bürgermeister Böhrnsen (seit 10/2011) und seine Weiterführung unter dem neuen Senatsbeauftragten für Bremen-Nord (seit 2015)
- oder das aktuelle Freizeit- und Naherholungskonzept Bremen-Nord FUNK (2015)

Das vorrangige Ziel dieser Aktivitäten: Die Wirtschaftskraft in Bremen-Nord stärken und so zur Sicherung und zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen beitragen sowie gleichzeitig die Bevölkerungszahl konsolidieren. Hierfür setzte man im Zeitablauf unterschiedliche Prioritäten: Revitalisierung von Industrie- und Militärbrachen inkl. Ansiedlungsförderung, Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur (Innovations- und Technologieförderung, Dienstleistungen/Gesundheitswirtschaft), Förderung des Einzelhandels und des Tagestourismus.

Diese Handlungsfelder wurden mit etlichen Schlüsselprojekten hinterlegt: z.B. Jacobs University Bremen (JUB), Science Park, Lesum Park (zuvor Gesundheitspark Friedehorst), BWK-Gelände, Maritime Meile mit Bremer Bootsbau Vegesack (BBV) und dem Spicarium, Haven Hööv't sowie der Revitalisierung des Vulkan-Geländes. Zusätzlich haben in den letzten Jahren zunehmend Aktivitäten an Relevanz gewonnen, die Bremen-Nord verstärkt als einen attraktiven Lebens- und Wohnort wieder erschließen und etablieren möchten.

Trotz der vielfältigen Anstrengungen, Programme und Initiativen und eines erheblichen Mitteleinsatzes der öffentlichen Hand konnten bislang die selbst gesteckten Ziele in vielen Fällen nicht erreicht werden. Weder eine nachhaltige Konsolidierung in der Bevölkerungszahl, noch die anvisierten deutlichen Arbeits- und Beschäftigungseffekte lassen sich bis heute nachweisen. Eigene Vorerhebungen (2014) zeigen, dass in einigen Bereichen der langjährige Abwärtstrend zum Teil aufgehalten wurde. Allerdings ist noch keine generelle Trendwende in wichtigen Handlungsfeldern erkennbar (vgl. Kap. 2). Etliche Schlüsselprojekte sind gescheitert (Haven Höövt, BBV) oder konnten bislang nicht die erwünschte Wirkung entfalten (JUB, Science Park).

So zeichnen die verschiedenen Bilanzierungen der Arbeitnehmerkammer (vgl. Strüßmann 2010 und Hausen 2014) und des Wirtschaftsressorts (vgl. SWAH 2011 und Kühling 2012) ein eher nüchternes Bild des bisherigen Entwicklungsgangs.

Vor diesem Hintergrund erschien es in diesem Vorhaben erforderlich, die vielen in Bremen-Nord verfolgten Programme, Maßnahmen, Projekte und Aktivitäten einer umfassenden Bilanz zu unterziehen. Dabei sind auf Grundlage verschiedener eigener Analysen die Ausrichtung und Wirkungen der bisherigen Schwerpunktsetzungen und Handlungsansätze kritisch zu hinterfragen.

Anspruch und Ziel des Vorhabens ist es, ein neues Gesamtbild von Bremen-Nord zu zeichnen. Es soll konkrete Ansatzpunkte für eine gemeinsame Neupositionierung des Stadtbezirks und erste Umsetzungsschritte aufzeigen:

- Wo liegen die Zukunftsperspektiven und Stärken von Bremen-Nord und in welchen Handlungsfeldern können sich die Stadtteile gemeinsam neu profilieren und positionieren?
- Wie könnten zentrale Elemente einer neuen Gesamtstrategie für eine Neupositionierung des Bremer Nordens aussehen, die Stärken und Potenziale mit neuen Ansätzen erschließt?

Im Rahmen des Projektes wurde durch das IAW eine umfassende Analyse des Stadtbezirks Bremen-Nord vorgenommen, um ein aktuelles und fundiertes Gesamtbild über Bremen-Nord und dessen Ausgangslage zu schaffen. Hierzu gehören folgende Analyseelemente:

- Auswertung und Analyse statistischer Kennzahlen in einer Datenanalyse: zentrale Entwicklungstrends (siehe Kap. 2)
- Analysen zur Wahrnehmung Bremen-Nords: Stärken-Schwächen-Analyse, Medien-Analyse sowie Image-Analyse (siehe Kap. 3)
- Analysen von Interventionen: Auswertung verfügbarer Studien und Konzepte (Dokumen-

tenanalyse), Identifizierung und Aufbereitung von Schlüsselprojekten, Analyse politischer Initiativen im Rathaus-Arbeitskreis Bremen-Nord, Analyse von Wohnungsbaukonzepten und -projekten sowie eine Betrachtung von Förderprogrammen z.B. in den Bereichen Städtebau und Quartiersentwicklung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Bildung (siehe Kap. 4).

Diese Analyseschritte wurden ergänzt durch Vor-Ort-Begehungen, den Besuch von Veranstaltungen (z.B. des Dialog-Forums Bremen-Nord oder die Präsentation des Freizeit- und Naherholungskonzeptes) sowie durch Expertengespräche mit Akteuren aus den Bereichen: Medien, Wirtschaft (Gewerbeflächen, Unternehmen, Interessenvertretung, Fachverwaltung), Bauen/Wohnen und Stadtentwicklung.

Die gewonnenen Informationen dienen als Grundlage zur Einordnung, Bewertung und Bilanzierung der verschiedenen Ansätze und Maßnahmen. Die Ergebnisse werden diskutiert und Empfehlungen für eine Neuausrichtung der bisherigen Ansätze getroffen.

2 Datenanalyse - zentrale Entwicklungstrends

Rund ein Fünftel der Einwohner Bremens lebt in Bremen-Nord. Zwischen 1995 und 2014 musste Bremen-Nord deutliche Bevölkerungsverluste verkraften, von rund 105.000 Einwohnern auf 96.247 Einwohner. Er ist der einzige Stadtbezirk Bremens, der in diesem Zeitraum Bevölkerungsverluste aufwies. In dieser Phase wirkten sich wirtschaftliche Verwerfungen wie der Konkurs der Vulkan AG und später der Bremer Woll-Kämmerei sehr negativ auf die wirtschaftliche und demografische Entwicklung Bremen-Nords aus. Seit ein paar Jahren sind in einigen Bereichen leichte Aufwärtstrends zu erkennen. Allerdings sind Arbeitslosigkeit, Sozialleistungsbezug und Armut nach wie vor überdurchschnittlich ausgeprägt.

Innerhalb des Projektes wurde eine umfangreiche Datenanalyse des Stadtbezirks Bremen-Nord durchgeführt. Anhand von Kennzahlen werden im Folgenden die Veränderungen zwischen 1995 (Ausgangsjahr vor dem Konkurs der Vulkan Werft) und 2014 in den folgenden Themenbereichen untersucht:

- Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsstatistik
- Bevölkerungsstruktur
- Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
- Soziales
- Bildung
- Bauen und Wohnen

Das Ziel dieser Datenanalyse ist es, die Entwicklung des Stadtbezirks Bremen-Nord im Rahmen des wirtschaftsstrukturellen Wandels seit Mitte der Neunzigerjahre differenziert aufzuzeigen. Zentrale Frage ist dabei, ob und inwiefern der Stadtbezirk sich von den negativen Auswirkungen wie z.B. den massiven (industriellen) Arbeitsplatzverlusten durch Betriebs-schließungen erholt hat. Die Datenanalyse kann im Zusammenspiel mit den anderen empirischen Verfahren innerhalb des Projektes als Grundlage dienen, um Entwicklungspotenziale, Handlungsfelder sowie Probleme und notwendige Anpassungsmaßnahmen im Stadtbezirk Nord zu identifizieren.

Um ein möglichst genaues Bild zu erhalten und auch unterschiedliche Entwicklungstendenzen im Stadtbezirk Bremen-Nord erfassen zu können, wurden in der Datenanalyse neben der Bezirks- auch die Stadt- und Ortsteilebene mit einbezogen. Damit die Ergebnisse im gesamtstädtischen Kontext eingeordnet werden können, wurde zudem i.d.R. ein Vergleich zwischen dem Stadtbezirk Nord und der Gesamtstadt sowie zwischen den einzelnen Stadtbezirken und Stadtteilen der Stadt Bremen durchgeführt. Darüber hinaus wurden die nordbremischen Umlandgemeinden in die Analyse einbezogen. Außerdem wurden bevölkerungsstrukturelle Merkmale wie die Altersstruktur und Nationalität analysiert.

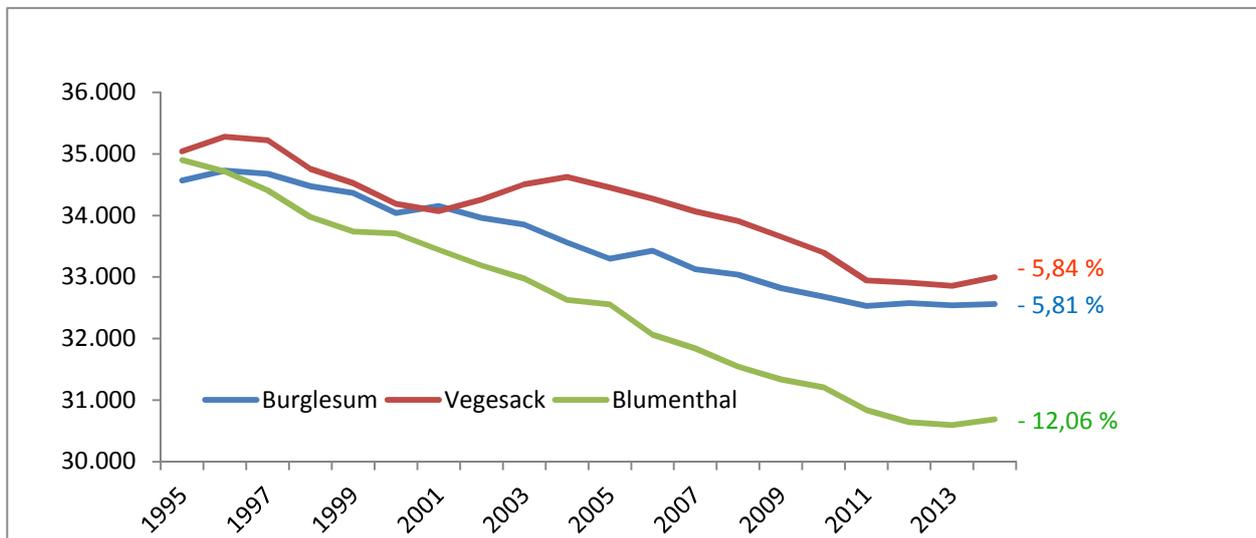
Die vollständigen Ergebnisse der Datenanalyse stehen in einem separaten Datenreport Bremen-Nord (Nischwitz et al. 2016) zur Verfügung. Im Folgenden werden die zentralen Entwicklungstrends zusammenfassend dargestellt.

2.1 Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsstatistik

Bis 2013 setzen sich starke Einwohnerverluste fort, Blumenthal ist besonders betroffen

Für den Bereich der Bevölkerungsentwicklung lässt sich konstatieren, dass sich der Trend einer kontinuierlich sinkenden Einwohnerzahl in Bremen-Nord bis Ende 2013 ungebrochen fortsetzte. Demgegenüber hat die Stadt Bremen ihre zeitweiligen Einwohnerverluste (1995–2000) bis heute nahezu kompensiert. Auf der Ebene der Stadtbezirke hatte lediglich Bremen-Nord Verluste zwischen 1995 und 2013 zu verbuchen. Den höchsten Bevölkerungsrückgang hatte der Stadtteil Blumenthal zu verzeichnen, welcher auch im Vergleich zu den restlichen Stadtteilen Bremens die höchste negative Einwohnerentwicklung seit 1995 (mehr als minus zwölf Prozent) aufwies. Ab 2013 zeichnen sich in allen drei Stadtteilen leichte Bevölkerungszuwächse ab (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung in den nordbremischen Stadtteilen (1995-2014)



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016); Datengrundlage: StaLa Bremen (2016)

Leichtes Wachstum aus Wanderungsgewinnen seit 2014

Zwischen 2011 und 2013 verlangsamte sich der Trend der Bevölkerungsabnahme, 2014 konnten erstmals wieder leichte Bevölkerungszuwächse verzeichnet werden (von 95.989 Einwohnern im Jahr 2013 auf 96.247 im Jahr 2014). Das leichte Wachstum speist

sich in erster Linie aus Wanderungsgewinnen. Die Wanderungsbilanz des Stadtbezirks ist seit 2011 konstant im positiven Bereich und nähert sich sogar an die Wanderungsbilanzen der Stadtbezirke Süd und West an. Allerdings siedelten sich zwischen 1995 und 2013 lediglich fünf Prozent der insgesamt in der Stadt Bremen neu hinzugewonnenen Einwohner/-innen in Bre-

men-Nord an. Die Zuziehenden stammen dabei vornehmlich nicht aus Bremen oder dem Umland, sondern aus anderen deutschen Städten und seit 2010 vor allem aus dem Ausland (und das auch schon deutlich vor den aktuellen Flüchtlingsentwicklungen).

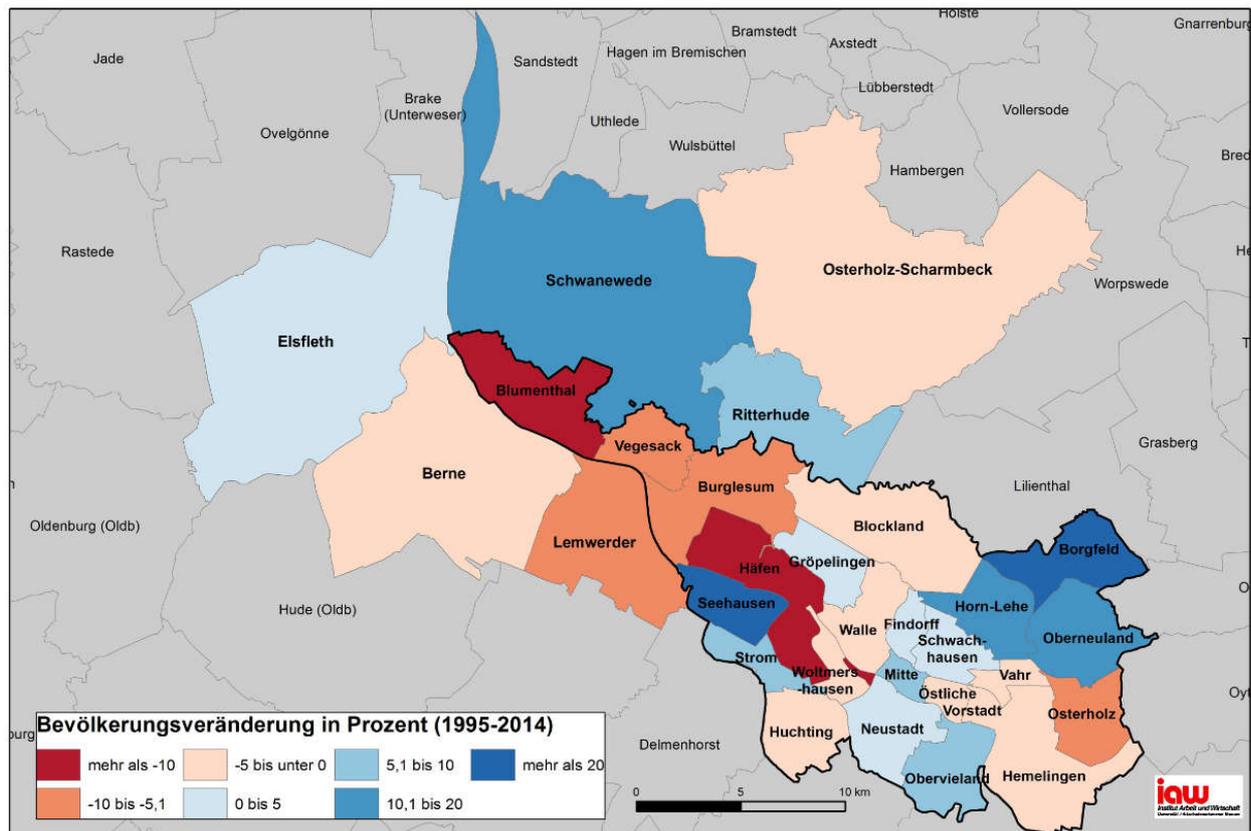
Betrachtet man die Wanderungsstatistik nach Altersklassen, ist besonders auffällig, dass Bremen-Nord kaum von Wanderungszugewinnen bei jüngeren Altersklassen (18- bis 25-Jährige und 25- bis 30-Jährige) profitieren konnte. Zum Teil hat der Bezirk sogar Verluste bei den 18- bis 30-Jährigen verbuchen müssen. In den anderen Stadtbezirken der Stadt Bremen haben diese Altersgruppen im Rahmen der räumlichen Bevölkerungsbewegung deutlich zugenommen.

Der Einbezug des nordbremischen Umlands in die Analyse lässt vermuten, dass insbesondere gegen Ende der 1990er-Jahre bzw. Anfang der 2000er-Jahre viele Einwohner/-innen aus Bremer-Nord in die anlie-

genden niedersächsischen Gemeinden Schwanewede und Ritterhude abgewandert sind.² Diese beiden Gemeinden hatten im Betrachtungszeitraum große Bevölkerungszuwächse zu verzeichnen und heben sich damit sowohl von Bremen-Nord als auch von anderen Umlandgemeinden der Landkreise Osterholz und Wesermarsch mit moderaterer oder rückläufiger Bevölkerungsentwicklung ab (siehe Karte 2). Insgesamt ist die Wanderungsbilanz des Stadtbezirks Nord sowohl gegenüber dem Umland als auch gegenüber der Gesamtstadt (ohne Bremen-Nord) negativ.

² Zwischen 1995 und 2014 fällt das Wanderungssaldo des Stadtbezirks Bremen-Nord gegenüber dem Kreis Osterholz mit einem Verlust von über -4.500 Einwohnern deutlich negativ aus. Die Stadt Bremen verlor gegenüber den Gemeinden Ritterhude und Schwanewede in diesem Zeitraum mehr als 5.000 Einwohner (vgl. StaLa Bremen 2016, eigene Berechnung)

Karte 2: Bevölkerungsveränderung in der Stadt Bremen nach Stadtteilen sowie in den nordbremischen Umlandgemeinden (1995-2014)



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016); Datengrundlage StaLa Bremen (2015); Kartengrundlagen Geoinformation Bremen (2015); Bundesamt für Kartografie und Geodäsie 2015 (Stand 31.12.2014)

2.2 Bevölkerungsstruktur

Bremen-Nord überaltert, Burglesum ist einer der „ältesten“ Stadtteile Bremens

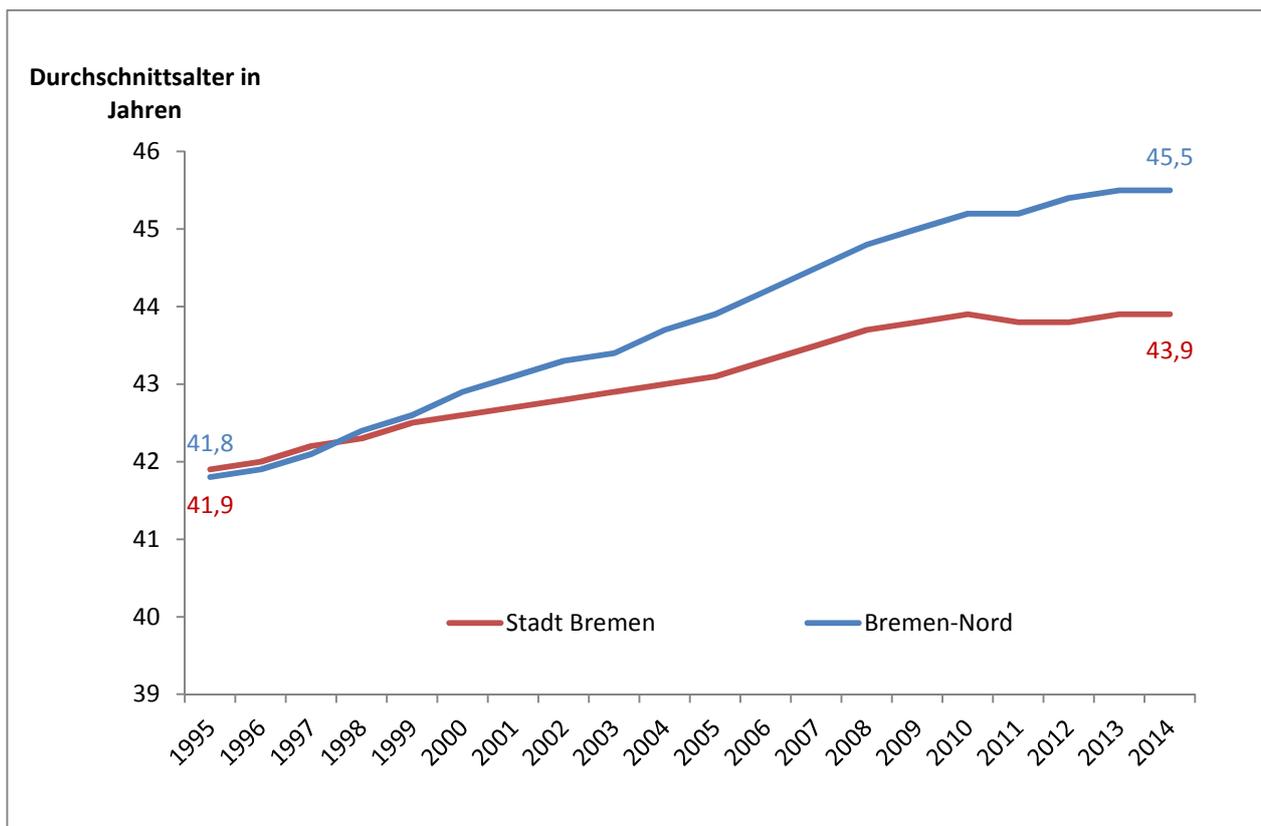
Das durchschnittliche Alter der Bevölkerung Bremen-Nords hat gegenüber der Stadt Bremen überproportional zugenommen. Der Vergleich zwischen den Stadtbezirken von Bremen bestätigt dieses Bild. Innerhalb Bremen-Nords ist v.a. der Stadtteil Burglesum deutlich gealtert. Burglesum ist mit einem Durchschnittsalter von mehr als 46 Jahren (neben dem Stadtteil Oberneuland) der älteste Stadtteil in Bremen.

Die Altersgruppe der über 65-Jährigen stellt in einzelnen Ortsteilen wie z.B. St. Magnus und Lesum (beide Burglesum) mittlerweile den größten Anteil an der Gesamtbevölkerung dar. Ein Grund für die Überalterung des Stadtbezirks Nord in Relation zur Gesamtstadt sind die geringen Wanderungsgewinne und zum Teil sogar Verluste bei den 18- bis 30-Jährigen. Im

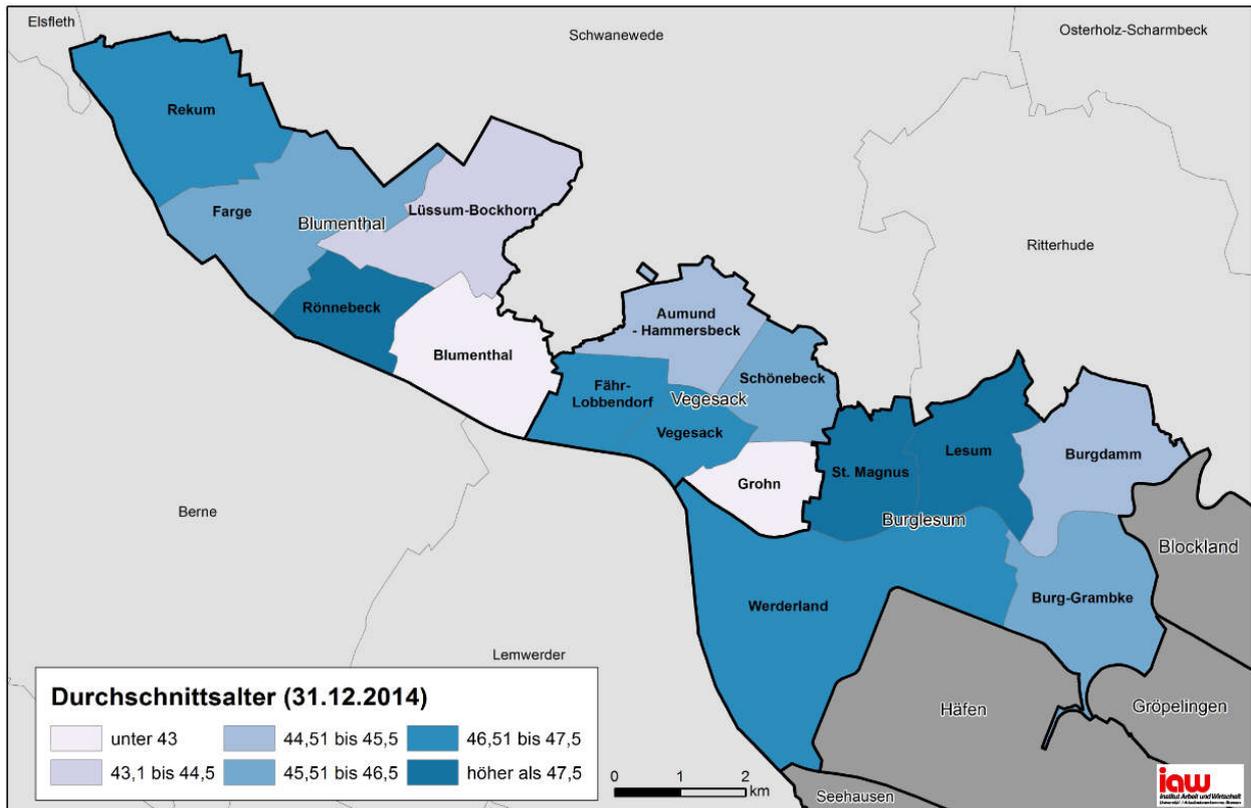
Vergleich hierzu war die Entwicklung in der Gesamtstadt zwischen 1995 und 2014 zum Teil sehr positiv.

Im Umland liegt ebenfalls ein ansteigendes Durchschnittsalter vor, so ist es im Landkreis Osterholz zwischen den Jahren 2004 und 2014 um 3,4 Jahre von 41,9 auf 45,3 Jahre angestiegen. Auf Landkreisebene vollzieht sich damit eine ähnliche Entwicklung wie in Bremen-Nord. Es liegen ebenfalls Verluste bei den 0- bis 15-Jährigen und den 25- bis 45-Jährigen und Zunahmen bei den 45- bis 60-Jährigen und den über 65-Jährigen vor. Jüngste Umlandgemeinde im Jahr 2014 war die Stadt Osterholz-Scharmbeck mit 44,5 Jahren, älteste Ritterhude mit 45,5 Jahren. Das Durchschnittsalter stagnierte zuletzt in den Gemeinden Schwanewede, Ritterhude und Osterholz-Scharmbeck, wobei die Zahl der unter-6-Jährigen im Jahr 2014 in der Stadt Osterholz-Scharmbeck um 5,7 Prozent anstieg, was der Erhöhung des Altersdurchschnitts entgegenwirkte.

Abbildung 2: Entwicklung des Durchschnittsalters in der Gesamtstadt Bremen und im Stadtbezirk Bremen-Nord (1995-2014)



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016); Datengrundlage: StaLa Bremen (2016)

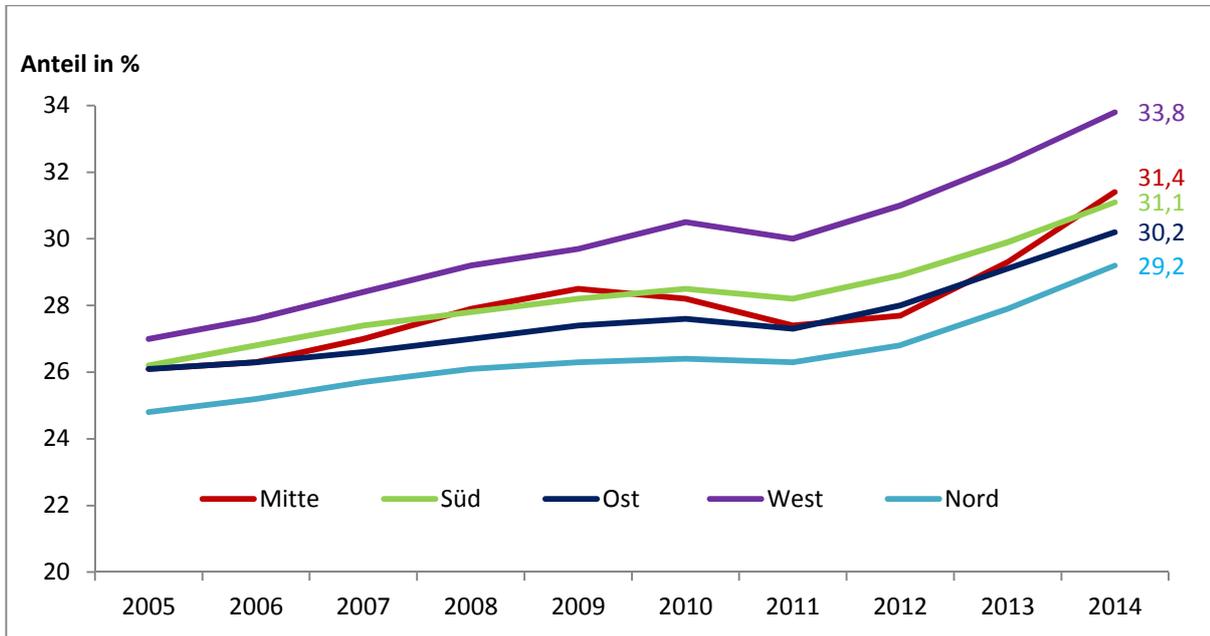
Karte 3: Durchschnittsalter auf Ebene der Ortsteile in Bremen-Nord (2014)

Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016); Datengrundlage StaLa Bremen (2015); Kartengrundlagen Geoinformation Bremen (2015); Bundesamt für Kartografie und Geodäsie 2015 (Stand 31.12.2014)

Insgesamt ein geringer Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund; es gibt jedoch deutliche räumliche Konzentrationstendenzen

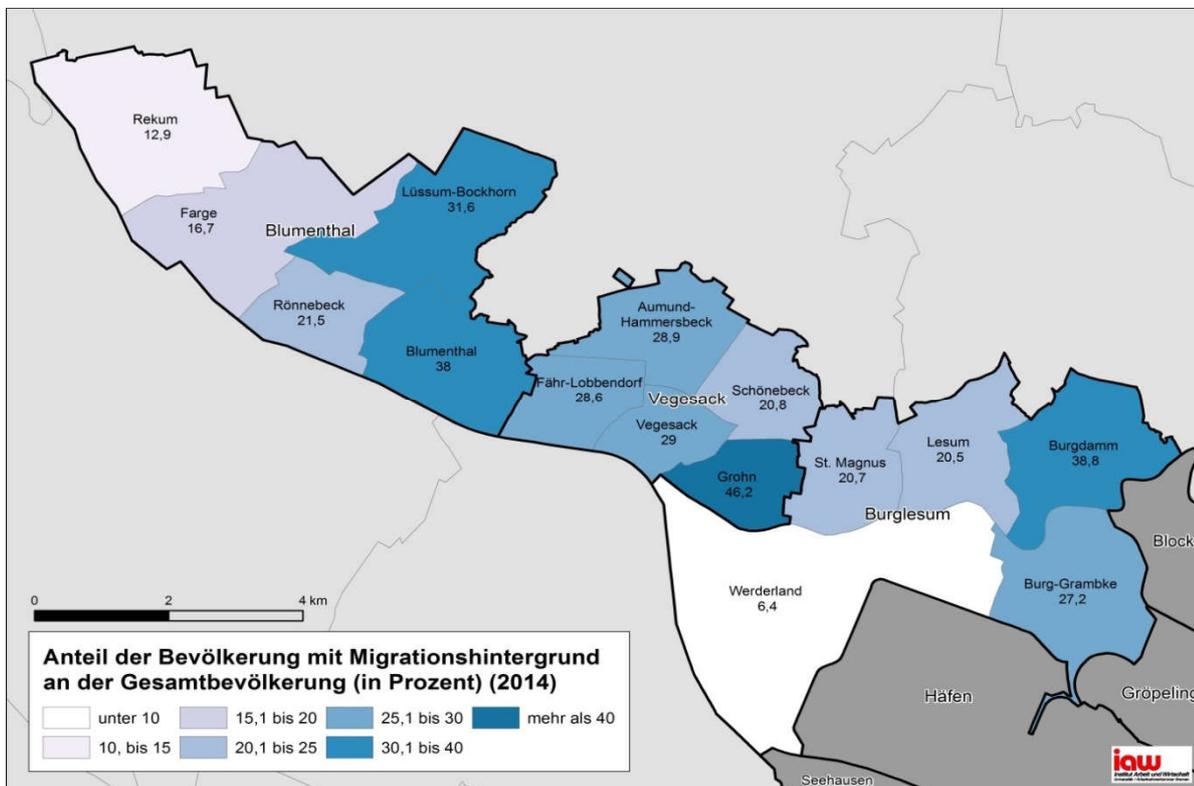
Im städtischen Vergleich ist Bremen-Nord der Stadtbezirk mit dem geringsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung, wobei der Anteil in allen Stadtbezirken in den vergangenen Jahren zugenommen hat (siehe Abbildung 3). Dennoch zeigen sich diesbezüglich zwei Auffälligkeiten in den Daten: Zum einen unterscheidet sich der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung auf Ortsteilebene sehr stark und ist in den Ortsteilen Burgdamm, Grohn, Lüssum-Bockhorn und Blumenthal deutlich höher als in den anderen Ortsteilen Bremen-Nords. Insbesondere der Ortsteil Grohn weist mit einem Migrantenanteil von über 46 Prozent deutliche Anzeichen für Segregation einzelner Bevölkerungsteile auf (siehe Karte 4). Des Weiteren gehen die Wanderungszugewinne und das Bevölkerungswachstum der letzten Jahre in Bremen-Nord maßgeblich auf Auslandsfernwanderungen zurück, sodass mit einem weiteren Anstieg des Anteils an Menschen mit Migrationshintergrund gerechnet werden kann.

Abbildung 3: Entwicklung des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in den Stadtbezirken der Stadt Bremen (2005-2014)



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016); Datengrundlage: StaLa Bremen (2016)

Karte 4: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung auf Ortsteilebene in Bremen-Nord (2014)



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2015); Datengrundlage StaLa Bremen (2015); Kartengrundlagen Geoinformation Bremen (2015); Bundesamt für Kartografie und Geodäsie 2015 (Stand 31.12.2014)

2.3 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Es gibt einen moderaten Zuwachs an Arbeitsplätzen, trotzdem bleibt die Arbeitslosigkeit sehr hoch

Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze am Wohnort³

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze (am Wohnort) in Bremen-Nord hat in den letzten Jahren wieder deutlich zugenommen (1998⁴ gegenüber 2014 +2.228 oder 7,95 Prozent). Allerdings konnte der Bremer Norden gegenüber den anderen Stadtbezirken am geringsten von Zuwächsen im Zeitraum zwischen 1998 und 2014 profitieren. Auf der Ebene der Stadtteile innerhalb Bremen-Nords waren die größten Zuwächse in Burglesum (11,31 Prozent), die geringsten in Blumenthal (2,85 Prozent) zu verzeichnen. In den nordbremischen Umlandgemeinden, hier insbesondere die nördlich der Weser gelegenen Gemeinden Ritterhude (19,44 Prozent) und Schwanevede (25,76 Prozent) und der Stadt Osterholz-Scharmbeck (13,88 Prozent) hat es im Analysezeitraum Zuwächse bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort gegeben, die über denen von Bremen-Nord lagen. Da dieser Indikator angibt, wo sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ihren Wohnort haben, lassen sich aus dieser Entwicklung Rückschlüsse auf die Attraktivität Bremen-Nords als Wohnstandort für Beschäftigte ziehen. Diese fällt trotz eines Zuwachses der Zahl deutlich geringer aus als in den anderen Bremer Stadtbezirken und in einigen Umlandgemeinden, die von wesentlich mehr Beschäftigten als Wohnstandort gewählt wurden.

Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze am Arbeitsort⁵

Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze (am Arbeitsort) hat sich im Vergleich von 2014 zu 2006⁶ sowohl in der Stadt Bremen als auch in Bremen-Nord erhöht. Allerdings konnte die Stadt Bremen insgesamt zwischen 2006 und 2014 einen Zuwachs von 14,3 Prozent aufweisen, während die Entwicklung in Bremen-Nord mit einem Zuwachs von 4,9 Prozent deutlich geringer ausgefallen ist.

Absolut gesehen steht ein Anstieg von über 32.000 neuen sozialversicherungspflichtigen Stellen in der Gesamtstadt einer Erhöhung von knapp 830 Stellen in Bremen-Nord im Zeitraum zwischen 2006 und 2014 (Unternehmensregister) gegenüber. Die hohen Zuwächse im Stadtteil Burglesum (+22,8 Prozent) konnten die eher stagnierende Entwicklung in Vegesack (+2,3 Prozent) und die Verluste in Blumenthal (-6,6 Prozent) nur leicht ausgleichen.

In den niedersächsischen Umlandgemeinden Bremen-Nords sind die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze (14,2 Prozent bzw. ca. 2.600 Stellen) stärker angewachsen als im Stadtbezirk Bremen-Nord.

³ Addiert man die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die an ihrem Wohnort arbeiten und die Auspendler, dann erhält man die Beschäftigten nach dem Wohnortprinzip.

⁴ Aufgrund der Datenlage kann die Analyse in diesem Bereich nur die Entwicklungen ab 1998 darstellen.

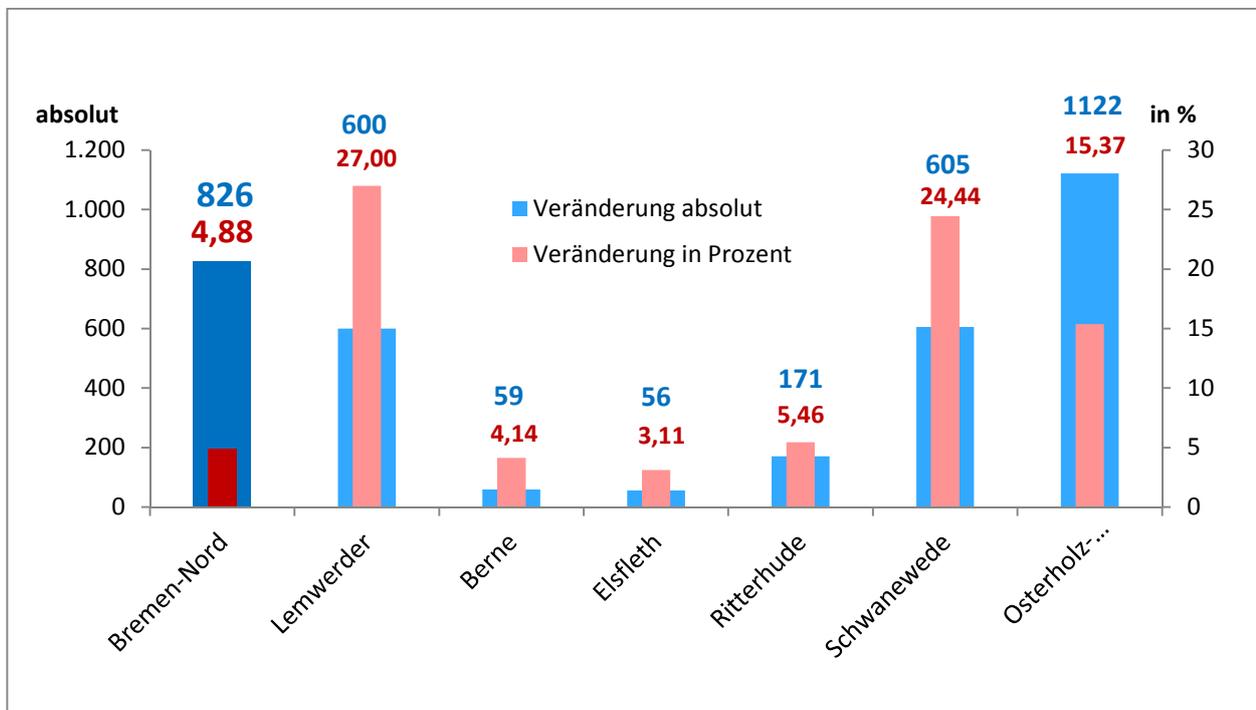
⁵ Addiert man die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die an ihrem Wohnort arbeiten und die Einpendler, dann erhält man die Beschäftigten nach dem Arbeitsortprinzip.

⁶ Das Jahr 2006 wurde hier als Basis Jahr gewählt, da die Arbeitsplätze am Arbeitsort auf der Ebene unterhalb der Gesamtstadt durch das Unternehmensregister (StLA) im relevanten Betrachtungszeitraum rückwirkend erst ab 2006 vorliegen.

Tabelle 1: Veränderung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze am Arbeitsort zwischen 2006 und 2014 in der Stadt Bremen und Bremen-Nord und im nordbremischen Umland

	Stadt Bremen	Bremen-Nord	Umland Bremen-Nord
2006 (absolut)	224.469	16.919	18.361
2014 (absolut)	256.500	17.745	20.974
Veränderung (in %)	14,3	4,9	14,2

Quelle: StaLa Bremen (2016) aus dem Unternehmensregister, LSN (2016); eigene Berechnung (IAW 2016).

Abbildung 4: Veränderung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze am Arbeitsort zwischen 2006 und 2014 in Bremen-Nord und den niedersächsischen Umlandgemeinden

Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016); Datengrundlage: StaLa Bremen (2016); LSN (2016)

Arbeitslosenziffer

Ein zentrales Problem ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Bremen-Nord. Die Arbeitslosenziffer⁷ im

⁷ Die amtliche Arbeitslosenquote ist definiert als Anteil der Arbeitslosen an der Zahl aller zivilen Erwerbspersonen sowie Arbeitslosen. Da die Berechnung einer der amtlichen Arbeitslosenquote entsprechende Bezugsgröße für Stadtteile nicht möglich ist, wird hier der Anteil der Arbeitslosen an der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zuzüglich Arbeitslosen berech-

Stadtbezirk lag am 30.06.2014 bei 15,8 Prozent und damit um 2,6 Prozentpunkte höher als im städtischen Mittel (13,2 Prozent). Der Wert variiert auf Ortsteilenebene sehr stark, was in der Karte 5 gut ersichtlich wird. Besonders hoch ist die Arbeitslosenziffer mit Werten über 21 Prozent in den Ortsteilen Blumenthal und Grohn (viert- und fünfhöchste Werte in ganz Bremen). Dennoch hat sich die Arbeitslosenziffer in

net. Die berechnete Arbeitslosenziffer ist somit höher als die amtliche Arbeitslosenquote.

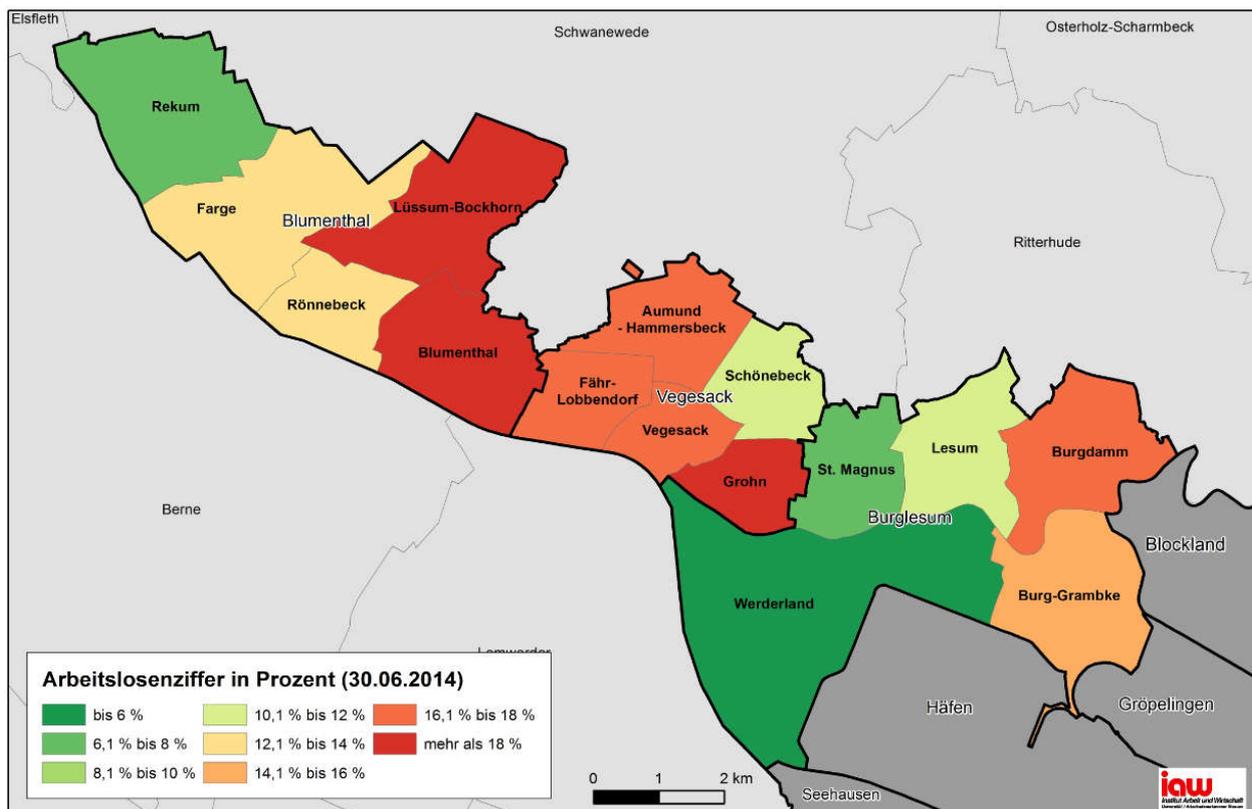
Bremen-Nord seit 1999⁸ um 3,3 Prozentpunkte reduziert. Allerdings gab es – im Gegensatz zur Gesamtstadt – insbesondere in den Stadtteilen Blumenthal und Vegesack zwischen 2012 und 2014 wieder einen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Stadtteile Blumenthal und Vegesack haben im Vergleich zu den Bremer

Stadtteilen mit die höchsten Arbeitslosenziffern. Nur der Stadtteil Gröpelingen (Bremen-West) ist deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen.

In den meisten nordbremischen Umlandgemeinden hat sich die Arbeitslosenziffer gegenüber 1999 erheblich verringert, sie weisen auch im Vergleich zur Stadt Bremen heute deutlich geringere Arbeitslosenziffern auf. Insbesondere in Schwanewede und Ritterhude sind die Arbeitslosenziffern im Bereich zwischen fünf und sechs Prozent besonders niedrig.

⁸ Für Bremen weist das StaLa die Arbeitslosenziffer ab 1999 aus, daher wurde dieses Jahr hier als Ausgangspunkt gewählt.

Karte 5: Arbeitslosenziffer in den Ortsteilen des Stadtbezirks Bremen-Nord (31.12.2014)



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016); Datengrundlage StaLa Bremen (2015); Kartengrundlagen Geoinformation Bremen (2015); Bundesamt für Kartografie und Geodäsie 2015 (Stand 31.12.2014)

2.4 Wirtschaft

Die Vermarktung der Gewerbeflächen nimmt in den letzten Jahren Fahrt auf; das produzierende Gewerbe hat weiterhin eine hohe Bedeutung

Gewerbeflächen

In Bremen-Nord gibt es eine Vielzahl an unterschiedlichen Gewerbeflächen. Dazu zählen die Gewerbegebiete Farge-Ost, Farge-West, Blumenthal, Bremer Wollkämmerei/Bremer Vulkan, Science Park, Lesum Park, Steindamm, Aumund, Hammersbeck, der Bremer Industriepark sowie weitere zumeist kleinere Gewerbeflächen (z.B. Steinacker, Auf den Delben, In

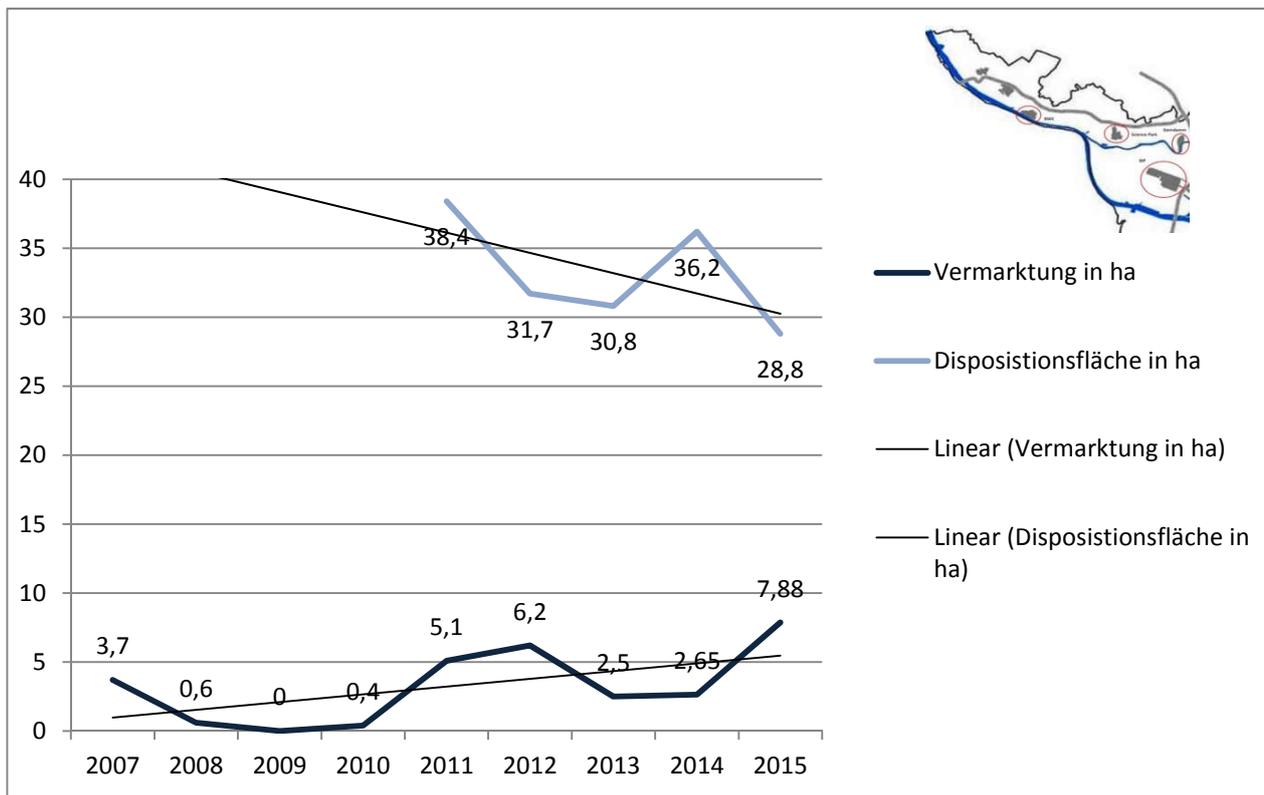
den Freuen etc.). Abbildung 5 stellt die jährliche Vermarktung in Hektar und die noch verfügbaren Gewerbeflächen (sog. Dispositionsreserve) in vier ausgewählten Gewerbeflächen (Bremer Industriepark, Bremer Wollkämmerei, Steindamm, Science Park) in Bremen-Nord auf Basis der WFB-Controlling-Berichte dar. Die Daten zeigen, dass die Vermarktungsleistung in den betrachteten Flächen im Mittel der vergangenen Jahre zunimmt und im Jahr 2015 den höchsten Wert des Betrachtungszeitraums beträgt. Die Dispositionsreserve geht dagegen im Mittel trotz in den vergangenen Jahren erfolgter Erschließungen zurück.

Weitere Flächenreserven stehen dabei v.a. im Bremer Industrie-Park, der Bremer Baumwollkämmerei, im

Science Park sowie im Lesum Park zur Verfügung. Im Bremer Industrie-Park liegt jedoch eine Anfrage eines Investors für ein Grundstück in der Größenordnung der vorhandenen Restflächen vor. Der Lesum Park soll zukünftig neben Gewerbeflächen auch Wohnraum bieten. Zudem sind einige der Restflächen u.a. aufgrund ihrer Größe und längeren Nichtnutzung kaum

marktgängig (vgl. Nischwitz, Böhme, Fortmann 2016b). Diese Rahmenbedingungen machen eine Debatte um zukünftige Gewerbeflächenbedarfe und mögliche zusätzliche Erschließungen im Bremer Norden erforderlich. Potenziale hierfür bestehen vor allem im Bremer Industrie-Park, an der Hermann-Fortmann-Straße und im Steindamm.

Abbildung 5: Vermarktung und Dispositionsreserve in vier ausgewählten Gewerbeflächen in Bremen-Nord



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung (IAW 2016); Datengrundlage: WFB-Controllingberichte (2007 – 2015)

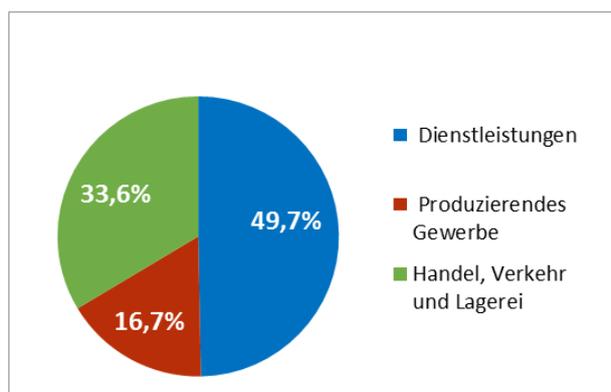
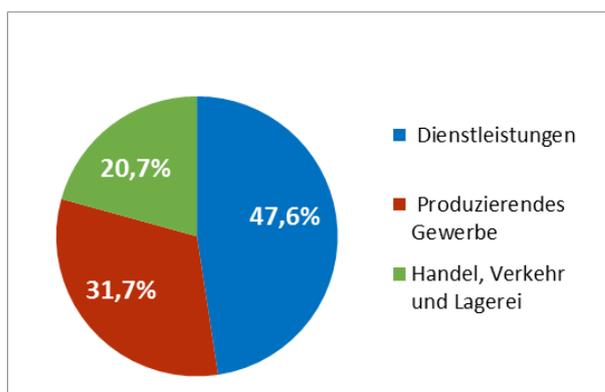
Wirtschaftsbereiche der Betriebe und Beschäftigten in Bremen-Nord

Das Unternehmensregister des Statistischen Landesamtes (StaLa) weist für die Stadt Bremen (Stand 2014) insgesamt 25.064 Betriebe⁹ aus, wovon 2.899 ihren Standort in Bremen-Nord haben (vgl. StaLa 2016, Unternehmensregister 2013/14). Während die Zahl der Betriebe in der Stadt seit 2006 kontinuierlich angestiegen ist (+4,6 %), war sie in Bremen-Nord bis 2012 leicht rückläufig (- 4,0 %). Ab dem Jahr 2013 konnte hier wieder ein leichter Anstieg erfasst werden.

In Bremen-Nord lag der Anteil an Betrieben aus dem produzierenden Gewerbe höher als in der Gesamtstadt

(16,7 % vs. 13,6 %). Dieser Wirtschaftsbereich hat auch mit einem Anteil von 31,7 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiterhin eine hohe arbeitsmarktpolitische Relevanz (siehe Abbildung 6). In der Gesamtstadt wurde noch ein Anteil von 25,4 % erreicht. Demgegenüber lagen die Anteile der SV-Beschäftigten in dem Bereich Handel, Verkehr, Lagererei mit konstant 20,7 % deutlich unter den Werten für die Gesamtstadt (27,1 %). Unterschiede lassen sich auch für den Bereich der Dienstleistungen ausmachen. Zum einen liegt der Anteil der Betriebe in Bremen-Nord mit 49,7 % deutlich unter dem für die Gesamtstadt (54,9 %). Zum anderen nahm in der Stadt Bremen seit 2010 der Anteil der SV-Beschäftigten im Dienstleistungsbereich auf 47,2 % zu (+ 2,5 %) während er in Bremen Nord leicht abnahm (um 0,4 auf 47,6 %).

⁹ Die Abschnitte Land- und Forstwirtschaft (A) und öffentliche Verwaltung (O) sind ausgenommen.

Abbildung 6: Betriebe nach Wirtschaftsbereichen in Bremen- Nord 2013 (Anteil in %)**Abbildung 7: Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in Bremen- Nord 2013 (Anteil in %)**

Produzierendes Gewerbe: WZ B-F; Handel, Verkehr, Lagerei: WZ G-I; Dienstleistungen: WZ J-S

Quelle: StaLa (2016), eigene Berechnung (IAW 2016)

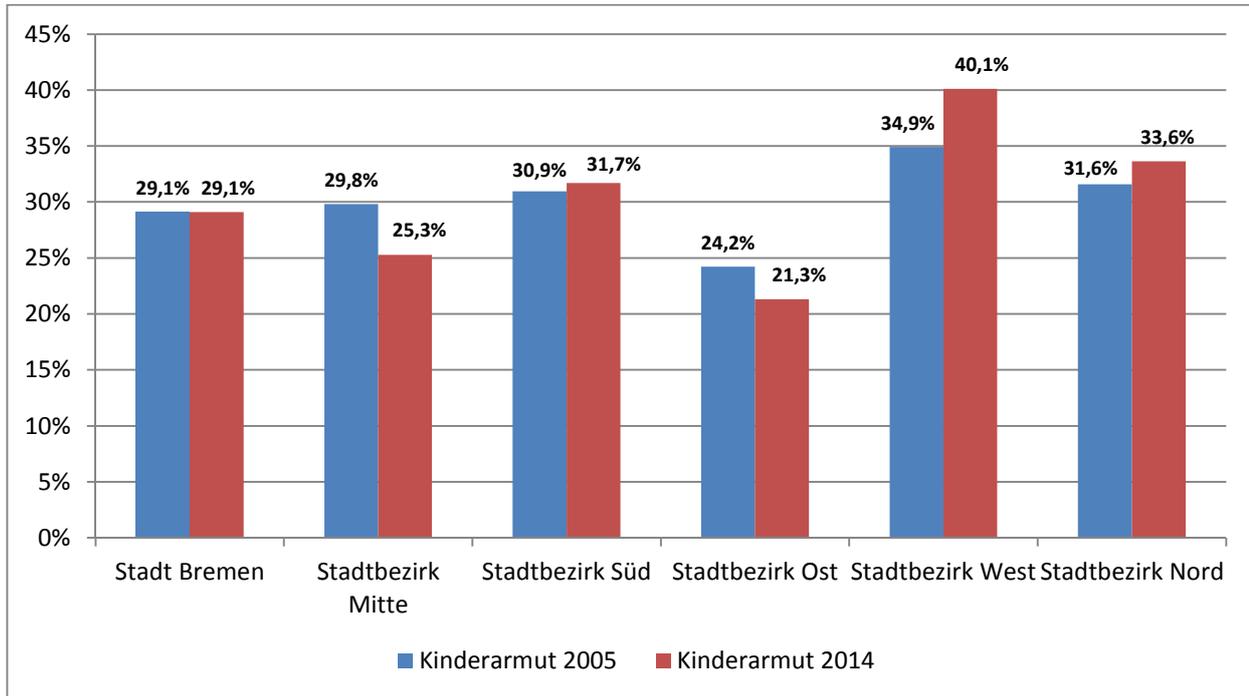
2.5 Soziales¹⁰

Armut ist ein großes Problem, insbesondere die Kinderarmut ist besorgniserregend

Trotz moderat positiver Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt gibt es kaum positive Auswirkungen auf den Bereich der Einkommen und den Bezug von Sozialleistungen nach dem SGB II. Bremen-Nord weist mit annähernd 20 Prozent (2014) die zweithöchste Hilfequote nach dem SGB-II aller Stadtbezirke Bremens auf. Die Dynamik ist zudem negativ. Auch hier gibt es auf Ortsteilebene erhebliche Differenzen, sowohl hinsichtlich der absoluten Werte als auch bezüglich der Entwicklung. Die Spanne reicht von 3,0 Prozent in Werderland und 6,6 Prozent in St. Magnus bis zu 25,8 Prozent in Blumenthal und 26,4 Prozent in Lüssum-Bockhorn (Stand 2014). Auch die Entwicklungstendenzen unterscheiden sich deutlich. Übergreifend gilt, dass die SGB-II-Quoten dort stark gesunken sind, wo sie 2005 eher unterdurchschnittlich waren (Werderland, Farge, Rekum, St. Magnus). Darüber hinaus gehen die Werte in Burgdamm, Vegesack und Fähr-Lobbendorf ebenfalls erkennbar zurück. Eine negative Dynamik hinsichtlich der Hilfebedürftigkeitsquoten gibt es dagegen in den Ortsteilen Grohn und Rönnebeck.

Eine besondere Problematik bildet die Hilfebedürftigkeit von Kindern (unter 15-Jährige in Haushalten mit SGB-II-Bezug), die in Bremen-Nord ebenfalls überdurchschnittlich hoch ist. Die sog. Kinderarmut lag auf Stadtteilebene 2014 zwischen 29 Prozent in Burglesum und fast 37 Prozent in Blumenthal und steigt seit 2005 an, in Blumenthal zum Beispiel um mehr als neun Prozent.

¹⁰ In diesem Themenbereich liegen weniger Umlanddaten zum Vergleich vor, da die Daten hier teilweise lokal unterschiedlich erfasst werden.

Abbildung 8: Kinderarmut in den Stadtbezirken von Bremen 2005 und 2014 in Prozent

Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016); Datengrundlage: StaLa Bremen (2015)

In den umliegenden Landkreisen ist die Kinderarmut dagegen deutlich geringer ausgeprägt. So beträgt der Anteil von unter 15-Jährigen, die in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II leben, im Landkreis Osterholz nur 9,2 Prozent und im Landkreis Wesermarsch 18 Prozent (Stand Dezember 2015).

Auch die mittleren steuerpflichtigen Einkommen haben sich in den vergangenen Jahren reduziert, in mehr als der Hälfte der Ortsteile sogar stärker als im städtischen Mittel. Hierbei sticht besonders der Ortsteil Grohn negativ hervor. Insgesamt lag das durchschnittliche steuerpflichtige Einkommen 2010 in elf von 14 Ortsteilen unterhalb des gesamtstädtischen Durchschnitts (vgl. Tabelle 2).¹¹

Insgesamt liegt eine starke Polarisierung zwischen den Ortsteilen in Bremen-Nord vor. Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht (Senat Bremen 2015) zeigt auf, dass sozial privilegierte Ortsteile wie St. Magnus in Bremen-Nord neben sehr armen Ortsteilen mit überdurchschnittlichen sozialen Problemlagen wie Blumenthal oder Lüssum oder Grohn mit starker sozialer Benachteiligung liegen.

¹¹ Die in der Tabelle 2 dargestellten Berichtsjahre zeigen die Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik unter den jeweils gültigen steuerrechtlichen Bedingungen. Bei der Interpretation der Ergebnisse im Zeitverlauf muss berücksichtigt werden, dass sich Verfahrensänderungen wie z.B. die Einführung der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung oder steuerrechtliche Änderungen wie die Ablösung des Anrechnungs- durch das Halbeinkünfteverfahren für Beteiligungen an Kapitalgesellschaften sowohl auf die Anzahl der erfassten Steuerpflichtigen als auch auf die Höhe des zu versteuernden Einkommens auswirken. Die absoluten Ergebnisse der verschiedenen Berichtsjahre sind daher nur bedingt miteinander vergleichbar.

Tabelle 2: Steuerpflichtige Einkommen in Bremen-Nord

Ortsteil	Durchschnittliches steuerpflichtiges Einkommen der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen (in EUR)			
	2001	2007	2010	Veränderung
Blumenthal	25.017	21.054	20.325	-18,8%
Lüssum-Bockhorn	24.894	21.550	21.523	-13,5%
Fähr-Lobbendorf	22.982	21.226	21.970	-4,4%
Burgdamm	26.227	22.511	22.403	-14,6%
Aumund-Hammersbeck	26.081	22.943	23.377	-10,4%
Rönnebeck	25.017	23.771	23.744	-5,1%
Grohn	47.499	30.079	24.491	-48,4%
Burg-Grambke	29.221	25.297	25.376	-13,2%
Farge	28.114	26.151	26.039	-7,4%
Vege sack	29.309	26.294	27.371	-6,6%
Rekum	31.072	29.660	29.806	-4,1%
Schönebeck	38.072	34.068	34.161	-10,3%
Lesum	35.165	33.626	34.444	-2,1%
St. Magnus	54.084	47.025	47.308	-12,5%
Stadt Bremen	33.381	29.802	30.189	-9,6%

Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016); Datengrundlage: Arbeitnehmerkammer (2015)

2.6 Bildung

Überdurchschnittliche Förderbedarfe stoßen auf eine eher (unter-)durchschnittliche Ausstattung mit Betreuungsangeboten für Kinder

Im Bereich Bildung zeigt der Vergleich der Ergebnisse des CITO-Tests¹² (2010-2012) aus dem 2. Armuts- und Reichtumsberichts des Bremer Senats einen überdurchschnittlichen Sprachförderbedarf der Kinder in Bremen-Nord. So benötigten im Stadtbezirk Nord ca. 42 Prozent der Kinder in den Jahren 2010-2012 eine zusätzliche Sprachförderung im Vergleich zu 38 Prozent in der Stadt Bremen und ca. 31 Prozent im Stadtbezirk Süd. Ein Umlandvergleich ist aufgrund unterschiedlicher Diagnostikverfahren nicht sinnvoll.

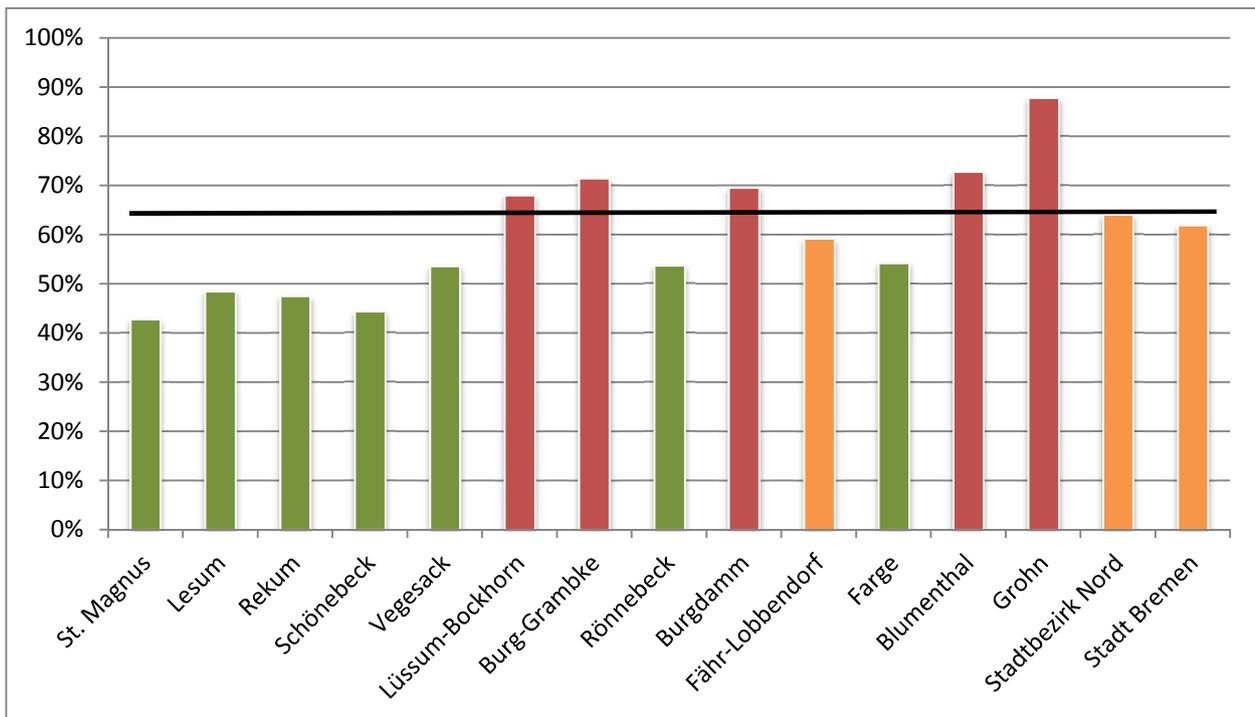
¹² Der Cito-Sprachtest ist ein digitales, zweisprachiges Instrument zur Sprachstandmessung für Kinder im Elementarbereich. Der Test hilft pädagogischen Fachkräften dabei, zu einem objektiven Ergebnis bei der Sprachstanderhebung zu gelangen.

Auch die Bildungsabschlüsse der Schüler/-innen eines Ortsteils können herangezogen werden, um Effekte von sozialer Benachteiligung deutlich zu machen. Der Vergleich der Bildungsabschlüsse zeigt eine überdurchschnittlich hohe Nicht-Abiturquote¹³ in Bremen-Nord. Besonders hoch ist

die Nicht-Abiturquote demnach in Grohn, Blumenthal, Burgdamm, Burg-Grambke und Lüssum-Bockhorn. Überdurchschnittlich oft machen dagegen die Jugendlichen in St. Magnus, Lesum, Rekum und Schönebeck das Abitur.

¹³ Der Indikator der Nicht-Abiturquote wurde gewählt, weil damit eine ausreichend große Anzahl an Schüler/-innen auf Ortsteilebene erfasst werden. Aussagekräftigere Bildungsindikatoren wie der Anteil der Schüler/-innen unterhalb eines mittleren Schulabschlusses liegen nicht auf Ortsteilebene vor. Von einem Vergleich der Abiturientenquoten mit dem Umland wurde aufgrund unterschiedlicher Schulsysteme abgesehen.

Abbildung 9: Nicht-Abiturquote 2010-2012 in den Ortsteilen von Bremen-Nord



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016); Datengrundlage: SSJFIS (2015b)

Die Angebote der frühkindlichen Bildung sowie die Anzahl der Ganztagsplätze in den Kindergärten und Schulen sind dagegen in Bremen-Nord zumeist unter dem städtischen Durchschnitt (Prigge, Böhme 2014; SSJFIS 2015b). Die Versorgungsquoten für unter 3-Jährige sind in allen drei Stadtteilen von Bremen-Nord bisher unter dem städtischen Durchschnitt. Auch der Ganztagsanteil ist mit Ausnahme von Vegesack in Bremen-Nord eher leicht unterdurchschnittlich.

Im Gegensatz zu den Betreuungsangeboten für unter 3-Jährige schwanken die Versorgungsquoten nach Stadtteilen bei den 3- bis 6-Jährigen kaum (SSKJF 2014). Sie liegen in den Stadtteilen von Bremen-Nord zwischen 93 Prozent in Burglesum, 95 Prozent in Vegesack und 97 Prozent in Blumenthal und damit in etwa wie im städtischen Mittel (94 Prozent). Bei den Anteilen von Betreuungsplätzen mit einer Betreuungszeit von acht Stunden (sog. Ganztagsanteile) im Kindergartenjahr 2015/2016 fällt auf, dass alle drei Stadtteile in Bremen-Nord niedrige, aber durchschnittliche Ganztagsquoten aufweisen.

Die Quote durchgängiger Einrichtungen beträgt breitenweit lediglich ca. 37 Prozent. In den Stadtteilen von Bremen-Nord liegen die Vergleichswerte jedoch höher (SSKJF 2014): In Bremen-Nord gibt es drei gebundene und zwei offene Ganztagsgrundschulen. Damit verfügen bisher aber erst fünf von 16 Grundschulen in Bremen-Nord über schulbezogene Ganztagsangebote. Hortangebote können dabei die lokalen Bedarfe nur zum Teil kompensieren. In Blumenthal

und Burglesum lag nach Berechnungen von 2013 der Ganztagsanteil im Grundschulbereich unterhalb des städtischen Mittels, in Vegesack leicht darüber. Im Bremen-Nord haben vier Sekundarschulen Ganztagsangebote. In jedem Stadtteil von Bremen-Nord gibt es damit jeweils eine weitere Oberschule, die bisher über keine Ganztagsangebote verfügt.

Mithilfe des Regional-Monitorings des Kommunalverbunds ist ein Vergleich der Ausstattung der sozialen Infrastruktur für das Jahr 2014 zwischen Bremen und dem Umland möglich (vgl. Kommunalverbund 2014). Die Daten zeigen, dass die Betreuungsquoten bei den unter 3-Jährigen v.a. in den Umlandgemeinden Schwanewede und Ritterhude deutlich über den Werten der gesamten Stadt Bremen und damit noch deutlicher über den Werten von Bremen-Nord liegen. Bei den 3- bis 6-Jährigen liegen die Betreuungsquoten in nahezu allen Umlandgemeinden höher als in Bremen-Nord (v.a. in Lemwerder, Ritterhude und Schwanewede). Auffällig ist jedoch, dass trotz der höheren Betreuungsquoten insgesamt der Anteil von Ganztagsplätzen in den umliegenden Landkreisen Osterholz und Wesermarsch deutlich niedriger ist als in der Stadt Bremen und in Bremen-Nord (vgl. Statistisches Bundesamt 2015). Von einem Vergleich der Betreuungsquoten der 6- bis 14-Jährigen wird abgesehen, weil hier die Daten des Kommunalverbunds nur Hortangebote und damit den Bereich der Ganztagsgrundschulen nicht erfassen. So ist aber in Ritterhude auch nur eine von drei Grundschulen Ganztagsgrundschule.

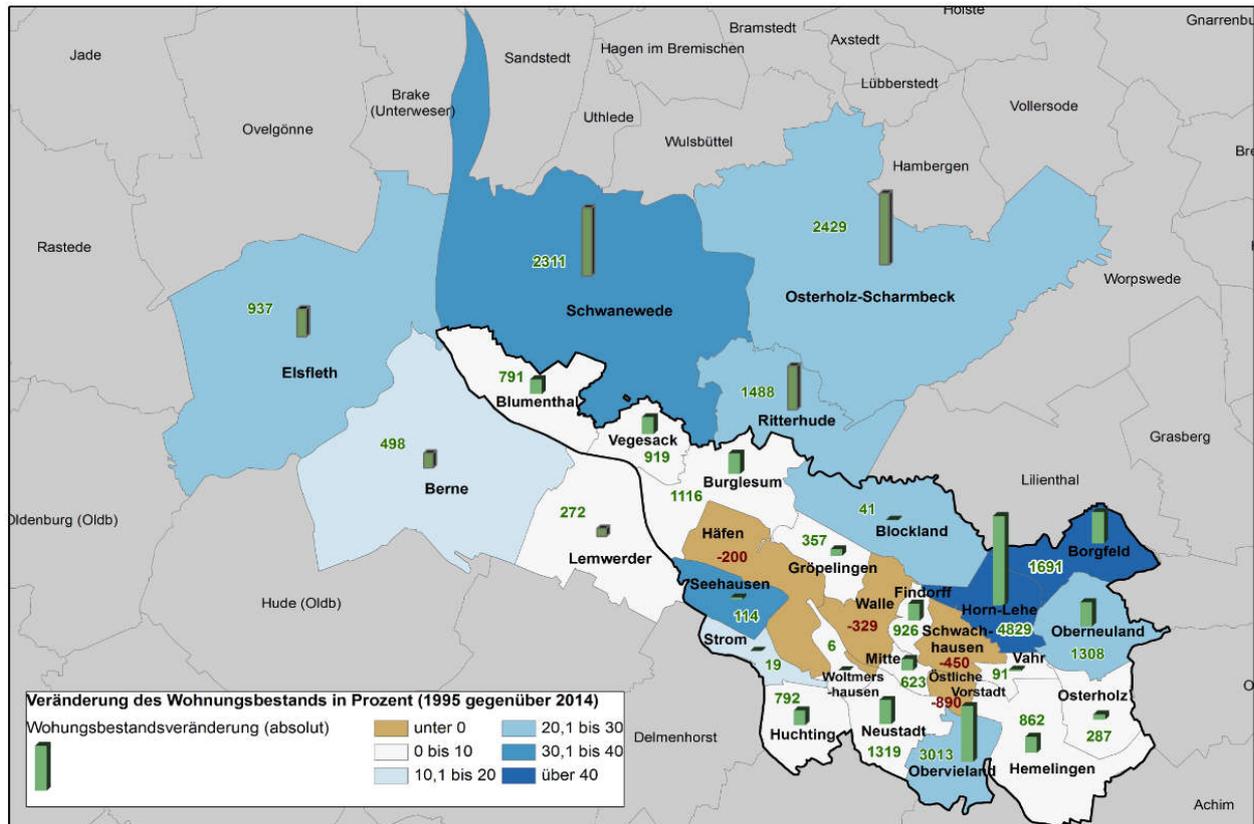
2.7 Bauen und Wohnen

Wenig Dynamik auf dem Wohnungsmarkt

Analog zu den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und der Bevölkerungsentwicklung ist auch der Wohnungsmarkt in Bremen-Nord in den vergangenen 20 Jahren durch eine geringe Dynamik gekennzeichnet. Vergleicht man die Bremer Stadtteile untereinander,

zeigt sich, das Bremen-Nord zu den Stadtteilen mit geringem Wohnungswachstum gehört. Die größte Entwicklung im Bremer Wohnungsbestand hat beispielsweise in Borgfeld im Bereich der Einfamilienhäuser stattgefunden. Auch im niedersächsischen Umland gab es zwischen 1995 und 2014 ein deutlich größeres Wohnungswachstum (siehe Karte 6).

Karte 6: Entwicklung des Wohnungsbestands in der Stadt Bremen und den nordbremischen Umlandgemeinden (1999-2014):



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2015); Datengrundlage Stala Bremen (2015); LSN (2015); Kartengrundlagen Geoinformation Bremen (2015); Bundesamt für Kartografie und Geodäsie 2015 (Stand 31.12.2014)

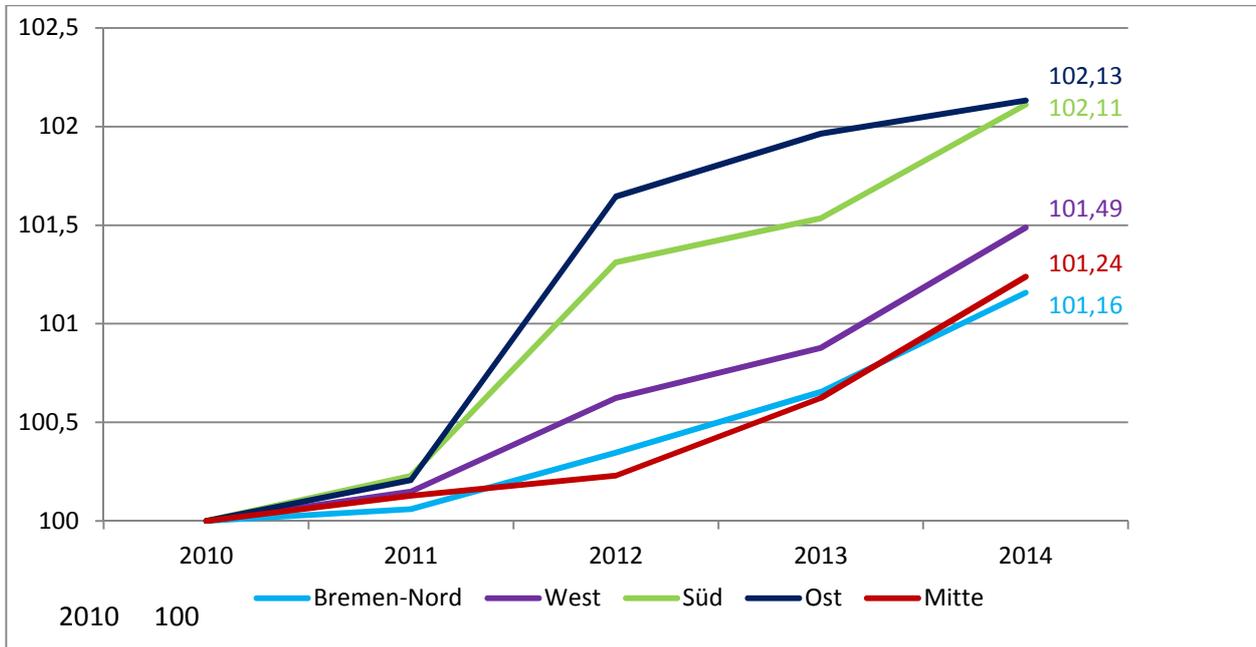
In der kurzfristigen Betrachtung der vergangenen fünf Jahre vollzogen sich in den Stadtbezirken unterschiedliche Entwicklungen im Wohnungsbestand, wobei die Bezirke Bremen Ost und Süd am stärksten hinzugewonnen haben, Nord und Mitte am schwächsten (siehe Abbildung 10).

Auch auf Ortsteilebene zeichnen sich deutliche Unterschiede ab. Während der Wohnungsbestand in Blumenthal seit 2000 stagniert, gab es zuletzt in Burglesum und Veegesack wieder leichte Wachstumstendenzen. Vor allem der Ortsteil St. Magnus zeigt ein deutliches Wachstum des Wohnungsbestandes um mehr als zehn Prozent von 1995 bis 2009, ab 2010 verlangsamte sich dieses Wachstum jedoch, bis 2014 betrug der Zuwachs noch 1,6 Prozent.

In Abbildung 11 wurden die Baufertigstellungen (gemessen in Wohnfläche) in Bremen-Nord ins Verhältnis zur gesamten in der Stadt Bremen fertiggestellten Wohnfläche gesetzt. Obwohl die Werte von Jahr zu Jahr stark schwanken, ist ein deutlicher Abnahmetrend erkennbar. Im Jahr 1995 fiel noch ein Drittel der neuen Wohnfläche in Bremen auf Bremen-Nord (40.330 m² von 121.790 m²). Das Jahr 2010 markiert mit fünf Prozent (4.150 m² von 75.550 m²) den bisherigen Tiefpunkt.

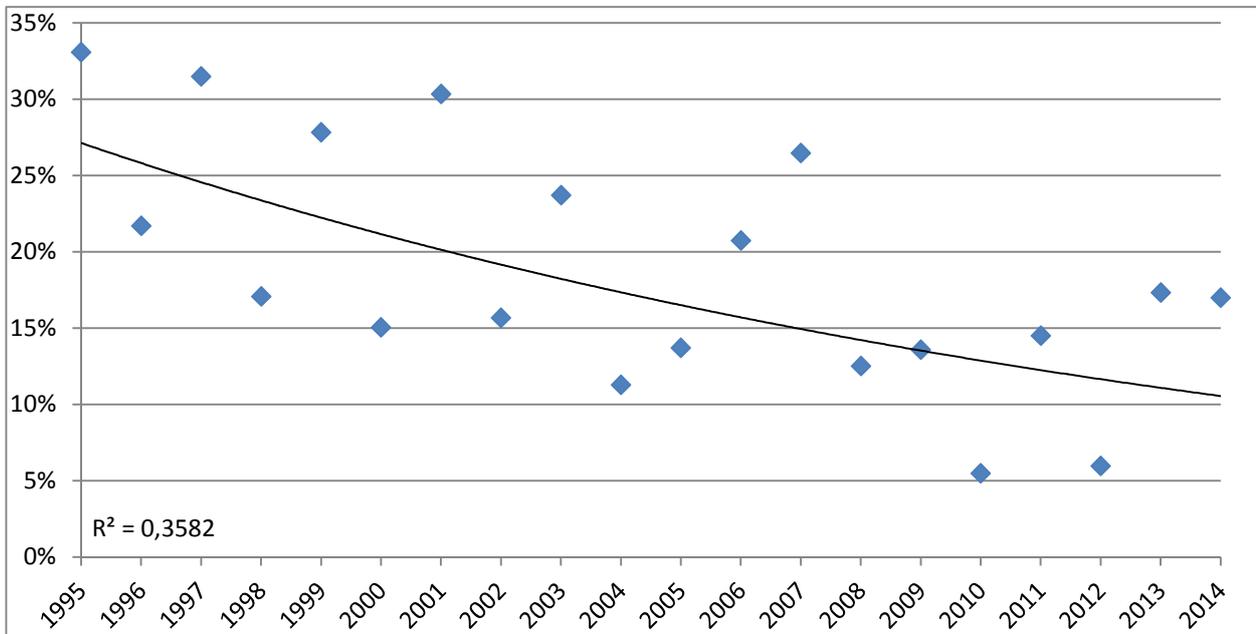
Die Zahl der Wohneinheiten zu steigern, ist erklärtes Ziel der Bremer Politik. Daher werden auch in Bremen-Nord neue Entwicklungen forciert. Die Baugebiete der sogenannten 40+Liste basierend auf der Wohnungsbaukonzeption befinden sich seit mehreren Jahren in Planung, Vorbereitung und Umsetzung (siehe Kapitel 4.4).

Abbildung 10: Entwicklung des Wohnungsbestands in den Stadtbezirken der Stadt Bremen (2010-2014), relative Darstellung



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016); Datengrundlage: StaLa Bremen (2016)

Abbildung 11: Anteil Bremen-Nords an neu fertiggestellter Wohnfläche in Bremen mit Trendlinie (1995-2014)



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016); Datengrundlage: StaLa Bremen (2016)

2.8 Zusammenfassung

Insgesamt starke Einwohnerverluste im Stadtbezirk, aktuell leichtes Wachstum aus Wanderungsgewinnen

Bremen-Nord hat seit 1995 deutliche Einwohnerverluste zu verzeichnen, die sich bis 2013 kontinuierlich fortgesetzt haben. Der Stadtteil Blumenthal war davon besonders betroffen und verlor seit 1995 über 10 Prozent seiner Einwohner. Ab 2013 zeichnen sich in allen drei Stadtteilen leichte Bevölkerungszuwächse ab. Dabei ist das leichte Wachstum zu einem großen Teil auf Wanderungsgewinne aus dem Ausland zurückzuführen. Insgesamt ist die Wanderungsbilanz Bremen-Nords gegenüber der Gesamtstadt und gegenüber dem Umland negativ.

Bremen-Nord altert überdurchschnittlich stark

Während die Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen in den anderen Stadtbezirken Bremens zugenommen hat, nahm sie in Bremen-Nord ab. Auch insgesamt hat das durchschnittliche Alter der Bevölkerung Bremen-Nords gegenüber der Stadt Bremen überproportional zugenommen. Burglesum ist einer der ältesten Stadtteile Bremens, in einigen Ortsteilen (z.B. St. Magnus und Lesum) stellt die Altersgruppe der Ü-65-Jährigen mittlerweile den größten Anteil an der Gesamtbevölkerung dar.

Der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund weist eine starke räumliche Konzentration auf

Im städtischen Vergleich ist Bremen-Nord der Stadtbezirk mit dem geringsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung. Dieser Anteil ist in den letzten Jahren in der Gesamtstadt wie auch in Bremen-Nord leicht angestiegen. Auf Ortsteilebene liegen jedoch sehr große Unterschiede vor, der Ortsteil Grohn weist den höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund mit rd. 44 Prozent auf. Da die Auslandsfernwanderungen nach Bremen-Nord in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen sind, ist mit einem weiteren Anstieg dieses Anteils zu rechnen.

Die Zahl der Arbeitsplätze ist gestiegen, trotzdem bleibt die Arbeitslosigkeit sehr hoch

Die Zahl der Arbeitsplätze hat sowohl gemessen am Wohnort als auch am Arbeitsort zugenommen. Die Entwicklung Bremen-Nords ist dabei allerdings weniger positiv als die Entwicklung der Gesamtstadt und die Entwicklung in einigen Umlandgemeinden (z.B. Osterholz-Scharmbeck, Lemwerder oder Schwanewede). Die Arbeitslosenziffer liegt am 30.06.2014 bei 15,8 Prozent und damit 2,6 Prozent höher als im städtischen Mittel. Auf Ortsteilebene variiert der Wert stark, die höchsten Arbeitslosenziffern liegen in Blumenthal, Lüssum-Bockhorn und Grohn vor.

Armut ist ein großes Problem, insbesondere die Kinderarmut ist besorgniserregend

2014 erhielt durchschnittlich jeder fünfte Einwohner Bremen-Nords Leistungen nach dem SGB-II, der Stadtbezirk hat damit die zweithöchste Hilfequote nach dem Stadtbezirk West. Auch dabei unterscheiden sich die Werte auf Ortsteilebene deutlich, die Spanne reicht von 6,6 Prozent in St. Magnus bis zu 25,8 Prozent in Blumenthal und 26,4 Prozent in Lüssum-Bockhorn (Stand 2014). Die Hilfsbedürftigkeit von Kindern bildet dabei eine besondere Problematik. Die sog. Kinderarmut lag auf Stadtteilebene 2014 zwischen 29 Prozent in Burglesum und fast 37 Prozent in Blumenthal und steigt seit 2005 an. Auch das durchschnittliche steuerpflichtige Einkommen in Bremen-Nord lag 2010 in elf von 14 Ortsteilen unterhalb des gesamtstädtischen Durchschnitts und hat sich zwischen 2001 und 2010 überdurchschnittlich stark reduziert.

Überdurchschnittliche Förderbedarfe stoßen auf eine eher (unter-)durchschnittliche Ausstattung mit Betreuungsangeboten für Kinder

Eine starke Differenz zwischen den Ortsteilen zeigt sich auch in der Betrachtung der Bildungsabschlüsse. Während Jugendliche in St. Magnus, Lesum, Reum und Schönebeck besonders oft das Abitur machen, liegt die Nicht-Abitur-Quote in Grohn, Blumenthal oder Lüssum-Bockhorn deutlich über dem städtischen Durchschnitt (in Grohn sogar bei über 80 Prozent). Die Angebote der frühkindlichen Bildung sowie die Anzahl der Ganztagsplätze in den Kindergärten und Schulen sind dagegen in Bremen-Nord zumeist unter dem städtischen Durchschnitt. Die Versorgungsquoten für unter 3-Jährige ist in allen drei Stadtteilen von Bremen-Nord bisher unter dem städtischen Durchschnitt. Auch der Ganztagsanteil ist mit Ausnahme von Vegesack in Bremen-Nord eher leicht unterdurchschnittlich.

Wenig Dynamik auf dem Wohnungsmarkt

Der Wohnungsmarkt weist eine geringe Dynamik auf, Bremen-Nord gehört zu den Stadtteilen mit dem geringsten Wachstum des Wohnungsbestands. Der Anteil an neuer Wohnfläche in Bremen, der in Bremen-Nord fertiggestellt wird, hat im Durchschnitt in den vergangenen 20 Jahren abgenommen. Im niedersächsischen Umland fand ein deutlich größeres Wachstum des Wohnungsbestandes statt. In Bremen-Nord liegen jedoch auch Unterschiede zwischen den Stadt- und Ortsteilen vor. Während der Wohnungsbestand in Blumenthal stagniert, gab es zuletzt in Burglesum und Vegesack leichtes Wachstum. Besonders stark wuchs der Wohnungsbestand im Ortsteil St. Magnus (mehr als 15 Prozent seit 1995).

Große sozialräumliche Differenzen auf Ortsteil- und Quartiersebene

Die kleinräumige Betrachtung insgesamt zeigt, dass sich alle Werte auf Ortsteilebene deutlich voneinander unterscheiden. In Ortsteilen wie Blumenthal oder Grohn häufen sich die Problemstellungen wie Bevöl-

kerungsverluste, hohe Arbeitslosigkeit und niedrige Bildungsabschlüsse und eine geringe Wohnbautätigkeit. Hier liegen komplexe Wechselwirkungen zwischen den Indikatoren vor. Andere Ortsteile wie St. Magnus oder Lesum sind von diesen Problemlagen kaum betroffen, sind dafür allerdings mit starker Überalterung konfrontiert.

Die Nachbargemeinden Schwanewede und Ritterhude entwickeln sich in vielen Bereichen positiver als Bremen-Nord

Der Einbezug des nordbremischen Umlands zeichnet ein differenziertes Bild, in dem insbesondere die nördlich anschließenden Nachbargemeinden Schwanewede und Ritterhude besonders hervorstechen. Im Betrachtungszeitraum fand hier in allen untersuchten Indikatoren eine sehr positive Entwicklung statt. Sowohl bei der Einwohnerzahl und dem Wohnungsbestand als auch bei den Arbeitsplätzen am Wohnort und am Arbeitsort waren hier Zuwächse zu verzeichnen. Auch die Betreuungsquoten von unter 3 Jährigen und 3-bis 6-Jährigen sind dort überdurchschnittlich hoch.

3 Analysen zur Wahrnehmung Bremen-Nords

In einem zweiten Analyseschritt wird im Folgenden die Außen- und Binnenwahrnehmung von Bremen-Nord untersucht. Zunächst wird eine Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken-Analyse aufgestellt, die die verschiedenen Standorteigenschaften des Stadtbezirks bewertet. Des Weiteren werden Analysen zur Innen- und Außenwahrnehmung Bremen-Nords zusammengetragen und insbesondere die Ergebnisse der 2011 durchgeführten Image-Studie zur „Marke Bremen-Nord“ berücksichtigt. Abschließend erfolgt eine Medienanalyse, die einerseits wichtige Themen und Geschehnisse von öffentlichem Interesse im Projektzeitraum aufzeigt, andererseits aber auch die Darstellung Bremen-Nords in der Presse widerspiegelt. Hierfür wurden die Berichterstattungen aus der Norddeutschen und dem Weser-Kurier aufgenommen und analysiert (Januar 2015 bis Juni 2016).

3.1 Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken – SWOT-Analyse

Die nachfolgende Analyse beleuchtet Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken für Bremen-Nord. Hierfür wurden verschiedene Quellen herangezogen. U.a. wurden die Ergebnisse der SWOT-Analysen der Stadtteilberichte von Blumenthal, Vegesack und Burglesum aus den Jahren 2010/2011 für Bremen-Nord zusammengeführt.

Andere wichtige Hinweise kamen aus den ausgewerteten Dokumenten wie zum Beispiel „Entwicklungsperspektiven für Bremen-Nord“ aus dem Jahr 2003 und dem Zukunftsprogramm „Wohnen und Arbeiten in Bremen-Nord“ aus dem Jahr 2006. Auch die Analysen der Studie „Marke Bremen-Nord 2011“ der Universität Bremen konnte wichtige Ergebnisse liefern, für die sowohl lokale Experten aus Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft als auch Bürger vor Ort über Bremen-Nord befragt wurden. Ergänzt wurden die Ergebnisse durch die Einschätzungen und Erkenntnisse, die sich aus den geführten Expertengesprächen, den Vor-Ort-Begehungen sowie durch die durchgeführten statistischen Auswertungen ergeben.

Hinweis: Die Sortierung erfolgt innerhalb ausgewählter Themenbereiche nach Häufigkeit der Nennungen des jeweiligen Punkts in den verschiedenen Quellen (die Kennzeichnung K steht für kontrovers, da der Punkt sowohl als Stärke als auch als Schwäche in verschiedenen Dokumenten auftaucht):

Stärken

Arbeit / Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> - Attraktive Gewerbeflächen^{1 3 7 8 9} – K - Erfolgreicher Besatz an Gewerbe- und Industrieunternehmen^{1 5 6 7 8}
Wohnen	<ul style="list-style-type: none"> - Hohe Wohnqualität durch Wasser und Parks^{1 3 4 5 6 8 9} - Günstige Mieten (und Grundstückspreise)^{4 6 9}
Versorgung	<ul style="list-style-type: none"> - Differenziertes Einzelhandelsangebot^{3 4 7 8 9} – K - Fußgängerzone Vegesack als Mittelzentrum^{5 6 12} - Wohnortnahe Gesundheitsversorgung¹ - K
Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> - Gute ÖPNV-Anbindung durch Regio-S-Bahn^{1 3 4 5 8} – K - Überdurchschnittlich gute funktionale und stadträumliche Straßenraumverträglichkeit¹⁶
Bildung	<ul style="list-style-type: none"> - Hochkarätige Bildungseinrichtung und Internationale Präsenz durch die Jacobs University^{1 3 7 8} – K
Freizeit	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vielseitiges kulturelles Angebot (vor allem in Vegesack: Kito ...), beliebte Events^{1 2 7 8} - K

Chancen

Arbeit / Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> - Potenzial an Arbeitskräften^{3 6 8} - Günstiges Angebot an Industrie- und Gewerbeflächen (BWK und BIP)³ - Neue Entwicklungen Science Park und Lesum Park als Chance für eine wirtschaftliche Ausdifferenzierung^{6 13}
Wohnen	<ul style="list-style-type: none"> - Nachverdichtungs- und Wohnbauflächenpotenziale für attraktiven Wohnraum^{1 2 6} - Hohe Naherholungs- und Aufenthaltsqualität als zentraler Faktor für die Stärkung des Wohnstandortes^{6 14}
Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> - Fertigstellung der A 281 als Vorteil für Wirtschaft^{6 7 8}
Freizeit	<ul style="list-style-type: none"> - „Bunker Valentin“ als Anziehungspunkt für regionale und überregionale Besucher²
Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ SWAH und WfB verfolgen die Entwicklung Bremen-Nords mit Engagement und stellen Finanzmittel für Studien und Konzepte zur Verfügung^{6 12}

Schwächen

Arbeit / Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> - Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit^{1 4 6 9} - Zu wenig Ausbildungsplätze^{3 4 6} - Image-, Lage- und Profilierungsprobleme der Gewerbeflächen^{1 7} – K
Wohnen	<ul style="list-style-type: none"> - Auf Ortsteilebene deutliche soziale Segregationstendenzen^{1 5 6 11} - Hohes Durchschnittsalter, Überalterung in den Einfamilienhausgebieten^{1 6} - Sanierungsstau im Gebäudebestand, insbesondere in Blumenthal^{5 6 15}
Versorgung	<ul style="list-style-type: none"> - Einzelhandelsleerstände in den Stadtteilzentren, vor allem in Blumenthal)^{1 6 9 15} – K
Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> - Fehlender Autobahnlückenschluss A 281^{3 6 16} - Lange Fahrtzeiten (ÖPNV) bis in die Bremer Innenstadt bei Startpunkten abseits der Regio-S-Bahn-Linie^{1 6} – K
Bildung	<ul style="list-style-type: none"> - Nicht nachfragegerechte Ausstattung des Bildungs- und Betreuungsangebotes^{4 6 10} -K
Freizeit	<ul style="list-style-type: none"> - Wenige Freizeitangebote für junge Leute^{1 4 5 6} - K
Image	<ul style="list-style-type: none"> - „Soziale Brennpunkte“ prägen mit einigen wenigen Schlagzeilen das allgemeine Bild^{1 3 4 6 7} - Schlechte Vermarktung lokaler Stärken^{3 6 14} - Öffentliche Wahrnehmung als abgehängter Stadtteil^{1 6}
Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Komplizierte und langwierige Genehmigungsverfahren^{4 6} - Wenig Entscheidungshoheiten im Stadtbezirk^{3 6}
Sonstiges	<ul style="list-style-type: none"> - Gescheiterte Schlüsselprojekte^{2 6 13}

Risiken	
Arbeit / Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> - Weiteres Sinken der Einkommen und Kaufkraft durch Verschlechterung des Arbeitsmarktes mit negativen Folgen für die Stadtteile^{1 6 10} - Potenzielles Scheitern von Jacobs University, Science Park und Lesum Park als negatives Signal für die wirtschaftliche Entwicklung Bremen-Nords^{6 13}
Wohnen	<ul style="list-style-type: none"> - Gefahr der Verfestigung von Gettoisierungstendenzen (insb. Grohner Düne, Blumenthal- Zentrum)^{1 2 5 6} - Hoher Sanierungs- und Investitionsstau im Gebäudebestand^{4 5 6 15} - Gefahr der Verstärkung der sozialen Segregation durch starke Migrationsbewegungen aus dem Ausland^{1 6 10} - Weitere Bevölkerungsverluste durch Abwanderung der Arbeitsbevölkerung in das Umland^{1 6 10} und den demografischen Wandel^{9 10} - Durch Verzögerungen bei Wohnungsbauprojekten kein adäquates Wohnraumangebot für junge Familien¹⁰
Versorgung	<ul style="list-style-type: none"> - Verschlechterung der Nahversorgungssituation durch Trading-down-Prozesse („altes Zentrum“ Blumenthal, Haven Hööv) und Zentralisierung in Fachmarkttagglomerationen^{1 4 6 7} - Die hausärztliche Versorgung ist in einigen Bereichen v.a. Blumenthal bereits unterdurchschnittlich und könnte sich durch Ruhestand von Ärzten weiter verschlechtern^{2 – K}
Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> - Starke Dominanz des motorisierten Individualverkehrs (MIV) in Bremen-Nord führt zu hoher Verkehrsbelastung (höchster Anteil des MIV in der Verkehrsmittelwahl nach Stadtbezirken (49 Prozent MIV Bremen-Nord zu 40 Prozent Gesamtstadt) und höchste Pkw-Verfügbarkeit pro Haushalt (1,03 PKW/Haushalt zu 0,82 in der Gesamtstadt)¹⁶
Bildung	<ul style="list-style-type: none"> - Ausstattung des Bildungs- und Betreuungsangebotes als Abwanderungsgrund bzw. Hinderungsgrund für Wohnen in Bremen-Nord seitens junger Familien⁶
Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Schwierige Kooperation / Kommunikation zwischen privaten Entwicklern und dem Bauamt bremst Entwicklungen^{2 6} - Konkurrenzempfinden (der Stadtteile) verhindert möglicherweise Kooperation⁶
Sonstiges	<ul style="list-style-type: none"> - Verhinderung von Nachverdichtungs-Entwicklungen und größeren Bauvorhaben durch Bürgerinitiativen^{2 6} - Starke soziale Benachteiligung als grundlegendes Entwicklungshemmnis betroffener Gebiete / des Stadtteils^{6 11}

Mithilfe der SWOT-Analyse ergibt sich ein sehr differenziertes Bild der Potenziale und Probleme in Bremen-Nord. Die Analyse zeigt, dass grundsätzlich viele positive Standortfaktoren und Entwicklungsmöglichkeiten vorliegen. Dies betrifft vor allem die Potenziale im Bereich Wohnen. Die hohe Wohnumfeldqualität durch die Weser und die Lesum, die zahlreichen Parks und Grünflächen und die landschaftlich ansprechenden, mitunter klein-städtischen Strukturen in der Nähe der Großstadt bieten ein Umfeld, das für viele Men-

schen ansprechend ist. Es bieten sich demnach große Potenziale, Bremen-Nord als Wohnstandort für neue Einwohner zu vermarkten. Allerdings besteht dafür die Notwendigkeit, das Wohnraumangebot, das Bildungs- und Betreuungsangebot und zum Beispiel das Freizeitangebot entsprechend zu qualifizieren.

Gleichzeitig bedrohen die Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 20 Jahre und ihre sozialen und städtebaulichen Ausprägungen die Qualitäten des

Stadtbezirks und dessen Wahrnehmung von innen und außen. Soziale Spaltung und sozialräumliche Polarisierung innerhalb und zwischen den Ortsteilen, die Bildung von sozialen Brennpunkten an der Grohner Düne und der George-Albrecht-Straße sowie der massive Leerstand im Blumenthaler Zentrum zeichnen ein Bild von Bremen-Nord, das einer hohen Lebens- und Wohnqualität entgegensteht. Hinzu kommt die Qualität des Bildungs- und Betreuungsangebotes, die in der Image-Studie von 2011 von den Bremen-Nordern selbst lediglich mit befriedigend minus bewertet wurde und auch den Quartiersmanager/-innen und Stadtentwicklungsexperten Sorgen bereitet.

Im Bereich Verkehr gibt es mittlerweile ein gutes Nahverkehrsangebot mit der Regio-S-Bahn. In Gebieten abseits der Bahnstationen liegen jedoch mitunter sehr hohe Reisezeiten in die Bremer Innenstadt (> 60 min) und zu verschiedenen Zielen innerhalb Bremens und Bremen-Nords vor. Es ist anzunehmen, dass in Bremen-Nord auch deshalb die höchsten Pkw-Quoten pro Haushalt in Bremen vorliegen und der MIV den höchsten Anteil an der Verkehrsmittelwahl in Bremen-Nord ausmacht.

Die SWOT-Analyse zeigt auch einige kontroverse Punkte auf. So tauchen einige Punkte wie z.B. das Freizeitangebot oder die Bildungssituation in einigen Quellen als Stärke und in anderen als Schwäche auf. Dies zeigt die grundsätzliche Schwierigkeit der Pauschalisierung auf Stadtteilebene. Nicht nur auf Ebene der Ortsteile ist Bremen-Nord sehr heterogen, auch in den einzelnen Themenbereichen muss weiter differenziert werden. So stellt im Bereich Bildung die Jacobs University zwar eine hochkarätige Bildungseinrichtung mit internationaler Ausrichtung dar, die Ausstattung der lokalen Schulen und das Betreuungsangebot hingegen wird eindeutig von verschiedenen Quellen als Schwäche eingestuft.

Die gescheiterten Schlüsselprojekte der letzten Jahre und Jahrzehnte werfen zudem ein schlechtes Bild auf die Handlungsfähigkeit und Problemlösungskompetenzen der Verantwortlichen in Politik und Verwaltung. Sie tragen auch zu einem Bild des Scheiterns und einer Atmosphäre des Niedergangs bei. Projekte wie der Science Park und auch die Entwicklung des Lesum Parks wurden als große Chance für die wirtschaftliche Entwicklung und die Ausdifferenzierung der Wirtschaftslandschaft vor Ort eingestuft. Insbesondere dem Science Park wurde dabei in zentralen politischen Konzepten eine Schlüsselrolle beigemessen. Die ursprünglichen Konzepte der Projekte konnten jedoch bislang nicht umgesetzt werden. Es erfolgten daher Änderungen in der Ausrichtung der Projekte, um ein Scheitern und die negativen Folgen, die ein Scheitern mit sich brächte, zu verhindern (Lesum Park mit neuem Schwerpunkt Wohnungsbau, Science Park mit einer Lockerung der Forschungs- und Entwicklungsfestsetzung im Bebauungsplan – vgl. Kapitel 4.2).

Quellen SWOT

1. Zusammenführung Stadtteilberichte 2010/2011
2. Medienanalyse Auswertung Berichte Weser- Kurier und Die Norddeutsche
3. Burmann/Müller 2011: Studie Marke Bremen-Nord – Expertenbefragung
4. Burmann/Müller 2011: Studie Marke Bremen-Nord – Befragung von Bürgern Bremen-Nords
5. Eigene Einschätzung durch Vor-Ort-Begehung
6. Einschätzung aus Expertengesprächen
7. SWAH 2012: Marketing Strategie für Bremen-Nord
8. Der Senat 2003: Entwicklungsperspektiven für Bremen-Nord
9. SWH und SUBV 2006: Wohnen und Arbeiten in Bremen-Nord
10. Eigene statistische Auswertungen (siehe Kapitel 2)
11. SSKJF 2014: Lebenslagen im Land Bremen – Armuts- und Reichtumsbericht
12. Dokumentenanalyse insgesamt (siehe Kapitel 4)
13. Schlüsselprojektanalyse insgesamt (siehe Kapitel 4)
14. SWAH 2015b: Freizeit- und Naherholungskonzept
15. SWAH 2015a: Abschlussbericht Immobilien-Standortmanagement Blumenthal
16. SUBV 2015: Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025
17. Nischwitz et al. 2016b: Kommunale Wirtschaftsförderung in Bremen

3.2 Wahrnehmung und Image – Außen- und Innenwahrnehmung der „Marke Bremen-Nord“

Ein negatives Image eines Stadtteils erschwert oder verhindert den Zuzug von neuen Einwohnern oder die Ansiedlung von Unternehmen. Zudem kann eine negative Selbstwahrnehmung eine erfolgreiche Anpassung und Entwicklungsdynamik verhindern, wenn der allgemeine Fokus zu sehr auf den Problemen oder der Vergangenheit liegt. Daher werden im Folgenden gezielt das Image und die Außen- und Innenwahrnehmung Bremen-Nords analysiert. Hierzu kann auf eine 2011 durchgeführte Studie der Universität Bremen zurückgegriffen werden (Burmann/Müller 2011).

Zudem lässt sich aus den selbst durchgeführten Experteninterviews ein Bild über die Wahrnehmung von Bremen-Nord und der einzelnen Stadtteile untereinander zeichnen.

Marke Bremen-Nord: zentrale Ergebnisse der Studie von 2011

Im Jahr 2011 wurde eine umfassende Studie zur Selbstwahrnehmung von Bremen-Nord angefertigt. Die Analyse wurde im Auftrag des Wirtschaftsressorts, des Wirtschafts- und Strukturrates und der WfB von Prof. Burmann und Andreas Müller des Lehrstuhls für Innovatives Markenmanagement (LiM) der Universität Bremen erarbeitet. Grundlage der Studie waren sowohl Expertengespräche mit Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die mit Bremen-Nord befasst sind, als auch eine umfassende Befragung der Bürger in den drei Stadtteilen.

Die Ergebnisse liefern ein sehr ausführliches Bild über Bremen-Nord und bildeten die Grundlage für weitere Aktivitäten des Wirtschaftsressorts und der WfB in Bremen-Nord (siehe Kapitel 4.1). Die zentralen Ergebnisse der Studie werden hier auf Grundlage von SWAH 2012 und Burmann/Müller 2011 aufgeführt:

- „Bremen-Nord wird von den befragten Bürgern insgesamt schlechter bewertet als Bremen insgesamt und der eigene Stadtteil (Ausnahme: Blumenthaler bewerten ihren Stadtteil am schlechtesten).
- Je älter die Befragten sind, desto schlechter fällt die Bewertung des Stadtbezirks Bremen-Nord aus. Besonders Befragte im Alter von 65+ geben Bremen-Nord schlechte Noten.
- Der Naturraum und die verkehrstechnische Anbindung bilden stadtteilübergreifend die wesentlichen Stärken von Bremen-Nord. Heterogene Bewertungen in Abhängigkeit vom jeweiligen Stadtteil dominieren das sonstige Bild.
- „Stärkste Übereinstimmung in der negativen Bewertung der Strukturmerkmale Ausbildung, Arbeit und Nachtleben über alle Stadtteile“. (SWAH 2012: 6-7)
- Insbesondere die Gruppe 65+ bewertet die Strukturmerkmale Ausbildung und Sicherheit schlecht.
- Die Befragten haben im Vergleich zu den Stadtbremern einen höheren Verbundenheitswert. Dies belegt für Bremen-Nord einen eigenen regionalen Identifikationsraum.
- Bremen-Nord ist dabei jedoch maßgeblich für die Altersgruppe 65+ ein relevanter Identifikationsraum. Jüngere Bremen-Norder fühlen sich

sowohl mit Bremen-Nord als auch mit Bremen relativ schwach verbunden.

- Gleichzeitigkeit von schlechter Bewertung von und Verbundenheit mit Bremen-Nord weist auf eine, durch gemeinsame Erlebnisse geprägte Identität der lokalen Bremen-Norder Bevölkerung hin („Schicksalsgemeinschaft“). (SWAH 2012: 6-7)
- „Das Merkmal „Nähe zum Fluss“ wird von den befragten Bürgern als wichtige Eigenschaft Bremen-Nords erkannt. Experten erkennen für die Zukunft besonderes Potenzial im Ausbau wassernaher Angebote.
- Strukturelle Defizite in den Bereichen Ausbildung, Arbeit, Kultur und Freizeit sowie Sicherheit prägen das Selbstbild negativ.“ (Burmann/Müller 2011: 48)

Selbstwahrnehmung in Bremen-Nord nach Ansicht der befragten Expert/-innen

Die Gesprächspartner zeichnen ein Bild, in dem sich die Identität „Bremen-Nord“ in Abgrenzung zur Stadt Bremen ergibt. Geht es nicht darum, sich gegen die Gesamtstadt abzugrenzen oder gemeinsame Interessen voranzubringen, nehmen sich die Bürger nicht als „Bremen-Norder“ wahr, sondern als Lesumer, Vegesacker oder Blumenthaler bzw. beziehen ihre örtliche Identität sogar noch kleinräumiger auf den Ortsteil.

Es scheint also eine deutliche Abgrenzungstendenz zu Bremen-Stadt vorzuliegen. Ebenso gibt es wenig Austausch oder konstruktiven inhaltlichen Bezug zum niedersächsischen Umland. Die niedersächsischen Nachbargemeinden werden vorwiegend innerhalb eines Konkurrenzgedankens thematisiert (zum Beispiel im Rahmen des Verlusts von Einwohnern Bremen-Nords durch attraktive Baulandausweisungen der Nachbarn oder im Rahmen der Anziehung von Kunden des Einzelhandels z.B. mit dem Einkaufszentrum Müllerloch in Blumenthal oder dem Mittelzentrum Vegesacks).

Die Gespräche und im Projekt durchgeführten Analysen ergeben auch ein Bild über die Wahrnehmung der drei Stadtteile untereinander. So wirkt die Binnenperspektive auf Stadtteilebene durch Konkurrenzgedanken geprägt. Insbesondere zwischen Vegesack und Blumenthal liegen Unstimmigkeiten vor. Dieses Verhältnis lässt sich zum Teil auf die starke Fokussierung von öffentlichen Investitionen und Dienstleistungen auf Vegesack und dessen Positionierung als Mittelzentrum zurückführen. Eine gemeinsame Positionierung und Vertretung der Nordbremer Interessen wird dadurch erschwert.

Viele Experten betonen, dass Bremen-Nord ein Image-Problem habe, was maßgeblich von Blumenthal und Gebieten wie der Grohner Düne geprägt ist. Sie schreiben dem Imageproblem eine maßgebliche

Verantwortung zu, dass Entwicklungen in Bremen-Nord schlechter oder langsamer verlaufen als andernorts.

Aber Bremen-Nord hat nicht nur ein Problem der Außen-, sondern auch ein Problem der Selbstwahrnehmung: Häufig würde ein sehr negatives Selbstbild von Bremen-Nord kommuniziert – „wir sind so abgehängt, wir sind anders als die anderen“. Dies stehe zudem noch in Verbindung mit einer Erwartungshaltung, die permanent enttäuscht werde – „keiner macht was für uns!“¹⁴. Ein Vertreter von SUBV kritisierte zum Beispiel auf einer Beiratssitzung den Umgang der Blumenthaler Akteure mit ihrem Stadtteil in der öffentlichen Debatte und wies darauf hin, dass die negativen Entwicklungen verstärkt würden, je länger die Probleme Blumenthals in der Öffentlichkeit diskutiert werden, ohne einen konstruktiven Lösungsansatz zu entwickeln (Kölling 28.02.2015: „Standpauke für den Beirat“).

Insgesamt betrachtet fehlt vielen Gesprächspartnern ein mittel- bis langfristiger strategischer Ansatz zur weiteren Entwicklung von Bremen-Nord. Bislang bleibe die Diskussion und Auseinandersetzung viel zu häufig bei der Präsentation und dem „Abfeiern“ von kleineren (durchaus erfolgreichen) Projekten stehen. Diese entfalten aber keine integrative Wirkung mit Blick auf ganz Bremen-Nord. Vermisst werden eine Vision und die Vorlage eigener Ideen aus Bremen-Nord heraus, die dann in die gesellschaftspolitische Debatte um die Zukunft und um konkrete Ansatzpunkte reingetragen werden.

Insbesondere das Überwinden der von der LiM-Studie herausgestellten Schicksalsgemeinschaft und der Abschied von der industriellen Vergangenheit stellen Erforderlichkeiten für eine strategische und nachhaltige Neuausrichtung Bremen-Nords dar. Eine solche Neuausrichtung geschieht allerdings nicht von alleine, es braucht eine Gestaltung dieses Prozesses und ein Angebot an alle Bremen-Norder an dieser neuen Entwicklung teilzuhaben.

3.3 Medienanalyse

Die Medienanalyse gibt einen Überblick über die Berichterstattung der Lokalnachrichten in und über Bremen-Nord. Grundlage ist die Erfassung und thematische Auswertung von Artikeln aus dem Weser-Kurier und der Regionalausgabe des Weser-Kuriers für Bremen-Nord „Die Norddeutsche“ zwischen Januar 2015 und Juni 2016. Aufgenommen wurden alle Artikel, die für die vorliegende Untersuchung relevante Themenfelder beinhalten. Diese Auswertung gibt

zum einen einen umfangreichen Überblick über zentrale Themen und Entwicklungen in Bremen-Nord. Zum anderen zeigt die Analyse auch, welche Diskussionen in der Presse geführt werden. Die Berichte aus der Norddeutschen wurden in folgende Themenbereiche untergliedert:

- Politik und Verwaltung
- Wirtschaft und Gewerbeflächen
- Stadtentwicklung, Städtebau und Wohnen
- Soziales
- Tourismus und Kultur
- Weiteres

Die Norddeutsche

Politik und Verwaltung

Ein großes Thema in der ersten Jahreshälfte 2015 waren die Bürgerschaftswahlen in Bremen. Neben Sonderseiten, in denen die Spitzenkandidaten der Beiräte Burglesum, Blumenthal und Vegesack zu wichtigen Themen Bremen-Nords befragt wurden, ging es um das Beirätesystem im Allgemeinen und die geringe Finanzausstattung der Beiräte im Besonderen.

Ein besonders wichtiges Thema dabei war die Idee eines Senatsbeauftragten für Bremen-Nord, die der ehemalige Bürgermeister Jens Böhrnsen im März 2015 für die kommende Legislaturperiode verkündete. Die politische Debatte hierzu wurde in der Norddeutschen abgebildet und die Idee zudem in einem Kommentar deutlich befürwortet. Die personelle Besetzung des Nord-Beauftragten in Martin Prange wurde seit ihrer Ankündigung im August und dem Antritt im September 2015 mehrfach kontrovers diskutiert (TOP-10-Thema mit 14 Meldungen bzw. 18 inklusive Weser-Kurier). Während die SPD-Untervorsitzende den Nord-Beauftragten „als richtigen Mann“ deklarierte, dürfe laut dem FDP-Bürgerschaftsabgeordneten die „Kompetenz [...] angezweifelt werden“¹⁵. In einem Kommentar der Norddeutschen wurde u.a. durch die fehlende Vollzeitstätigkeit die Wahl des Senatsbeauftragten als „halbherzig“ bezeichnet. Im Februar 2016 wurde vonseiten der SPD und von Gästen eines Diskussionsabends des WiR wiederholte Kritik laut. Schließlich stellte laut der Norddeutschen die SPD-Untervorsitzende im März 2016 einen Forderungskatalog für mehr Einsatz für Bremen-Nord auf, auf die der Nord-Beauftragte keine schnellen Lösungen versprach.

Nach dem Amtsantritt des neuen Senatsbeauftragten wurde Ende des Jahres auch die erste Sitzung des

¹⁴ Es handelt sich dabei nicht um direkte Zitate, sondern um sinn-gemäße Wiedergaben von Aussagen, mit denen die Expert/-innen in ihrer täglichen Arbeit in Bremen-Nord häufiger konfrontiert werden.

¹⁵ Bei allen Formulierungen in Anführungszeichen handelt es sich um Originalzitate aus den Zeitungsartikeln, die u.a. dazu dienen, den spezifischen Tenor der Berichterstattung wiederzugeben.

Arbeitskreises Bremen-Nord unter der neuen Führung in der Norddeutschen begleitet. Ein neues Konzept soll bis Mitte 2016 vorliegen, der Arbeitskreis soll nach Kritik „einer fehlenden Kursbestimmung“ (WiR) und jahrelangem „auf der Stelle treten“ (CDU) nun zügiger arbeiten und keine separate Betrachtung Bremen-Nords mehr vornehmen.

Sehr häufig waren das Bauamt Bremen-Nord und dessen Leiter Maximilian Donaubaier Akteure in den vorliegenden Berichten (TOP-10-Thema mit 10 Meldungen). Neben dem Bericht über die viel zitierte Aussage Donaubaier, dass Bremen-Nord „qualifiziert schrumpfen“ solle, die zum einen stark aus dem Zusammenhang gerissen wurde und zum anderen zahlreiche Einwände hervorrief, wird die Rolle des Bauamts und des Baurechts insbesondere beim Scheitern des Projektes Blumenthaler Bahnhof hinterfragt. Der Begriff der „Bauverhinderer“ fiel häufiger in diesem Zusammenhang (z.B. 11.04.2015). Die harsche Kritik an den Kompetenzen verlagert sich im Herbst in eine allgemeinere Kritik an der personellen Unterbesetzung des Amtes, der zumindest bis zum Ende des Jahres 2015 mit der Bewilligung von einigen Stellen Abhilfe geschafft wurde.

Nicht nur das Bauamt wird in der Berichterstattung häufig thematisiert, sondern auch das Finanzamt Bremen-Nord. Nach einer Verlagerung von zwölf Stellen durch die Finanzsenatorin im Dezember 2015 in die Innenstadt sah der Personalrat des Finanzamtes Bremen-Nord das Ende für das Amt, sodass eine „Angst vorm Aus“ entstand. Nach anhaltenden Diskussionen im Januar 2016, alle Stellen des Finanzamtes im Bremer Norden an das Finanzamt in der Bremen Innenstadt einzugliedern, einigte sich der Regionalaussschuss Bremen-Nord im März 2016, dass dies mit lediglich der Hälfte der Stellen geschehen solle.

Auch das neue Jobcenter in Vegesack findet mehrfach Erwähnung in der Berichterstattung. Der Neubau wurde in Betrieb genommen, kurz darauf klagten die Mitarbeiter über mögliche Schadstoffbelastungen, die aber ausgeschlossen werden konnten.

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2016 werden Forderungen nach sogenannten Stadtteilbudgets für Bremen-Nord vonseiten der CDU und Grünen laut. Die vergebenen Summen des Verkehrsressorts stehen seit Februar 2016 fest und werden gemäß der Einwohnerzahlen der Stadtteile angesetzt.

Wirtschaft und Gewerbeflächen

Im Bereich Wirtschaft und Gewerbeflächen dominiert im Frühjahr 2015 vor allem das BWK-Gelände die Berichterstattung. In vier Artikeln wurde über die historische Achse, die Arkaden und die Einweihung des Geländes berichtet. Im Juli 2015 erfolgte eine Ausschreibung der WfB zur Umgestaltung des Geländes zum Standort für Kreativwirtschaft. Im August wurden durch einen Artikel Pläne für ein Museum auf

dem Gelände laut, die Anfang des Jahres 2016 durch das Spicarium-Aus durch den Vorsitzenden des Fördervereins Grohn als wenig hoffnungsreich deklariert wurden. Dennoch gab es 2016 noch einen Artikel, in dem gemeldet wurde, dass sich der Kulturausschuss des Blumenthaler Beirats mit der Zukunft des Kämmeremuseums befasse.

Auch das Science Center im Science Park Grohn wird zunächst mit positiven Entwicklungsschritten wie der Vertragsunterzeichnung durch den Investor Specht sowie dessen Pläne für eine Spezialisierung im Bereich Gesundheitswirtschaft dargestellt. Später im Jahr 2015 ist die notwendige Änderung des Baurechts, da der ursprüngliche, forschungsnaher Ansatz der Science-Park-Flächen vom Investor so nicht umgesetzt wird, Thema mehrerer Meldungen. Im zweiten Quartal im Jahr 2016 wurde gemeldet, dass eine Privatschule auf dem Gelände abgelehnt wurde (Juni 2016). Im Monat zuvor wurde berichtet, dass Vereine der Grohner Bezirkssportanlage in Bedrängnis geraten, da sie im Zuge der Erweiterung der angrenzenden Jacobs University bis Anfang 2019 umziehen müssen.

Auch der Lesum Park rückt 2015 von den Planungen als Standort der Gesundheitswirtschaft mehr und mehr ab und wird verstärkt von Gewerbe zu Wohnen umgeplant. Laut Medienberichten im Februar 2016 sollen im Lesum Park 200 Wohnungen entstehen. Dies könne aber von den Projektentwicklern noch nicht endgültig bestätigt werden, sodass im März auf dem Ausschuss für Bau und Stadtentwicklung des Burglesumer Beirats über Änderungen des Bebauungsplans zugunsten von mehr Wohnraum diskutiert wurde. Im Mai 2016 wurde zudem verlautet, dass ein Pflegeheim für 105 Personen entstehen solle und der Beirat auf eine Sporthalle und mehr Parkplätze poche.

Stadtentwicklung, Städtebau und Wohnen

Die Grohner Düne ist über den gesamten Betrachtungszeitraum stets im Fokus der Berichterstattung (TOP-10-Thema mit 19 Meldungen bzw. 24 inklusive Weser-Kurier). Zunächst wird sie in der Norddeutschen im Zusammenhang mit dem 2014 gescheiterten Vorkaufversuch der Stadt thematisiert. Im April 2015 sorgen Ausschreitungen vor der Düne für Medienpräsenz des Quartiers, der Vorfall findet auch im Weser-Kurier Beachtung. Neben einem neuen Sicherheitskonzept bestimmt vor allem das (Warten auf) das neue Entwicklungskonzept die Medienberichte über die Grohner Düne. Sowohl die Sprecherin der CDU-Fraktion als auch die Sprecherin der Eigentümerin Grand City Property werfen dem Senat hierbei in der Presse Verzögerung und Langsamkeit vor. Im Januar 2016 liegt das Konzept vor, in dem Maßnahmen von rund 3,5 Mio. EUR zur Verbesserung der Grohner Düne und deren Umfeld enthalten sind. Das Konzept wird in mehreren Artikeln inhaltlich diskutiert und über Gespräche zwischen der Stadt und der Eigentümerin berichtet. Laut Medienberichten im Februar

2016 seien eine Umnutzung des Erdgeschosses und Standards für dortige Mietwohnungen beabsichtigt, die zu Mieterhöhungen im April 2016 sowie einer Auffrischung der Grün- und Außenanlagen (Juni 2016) durch die Grand City Property führen.

Im Betrachtungszeitraum ebenfalls in der Norddeutschen präsent ist das Haven Hööv't (TOP-10-Thema mit 15 Meldungen bzw. 21 inklusive Weser-Kurier). Zunächst schafft es das insolvente Einkaufszentrum im Frühjahr 2015 mit dezenten Hoffnungen in die Berichterstattung. Geht es zunächst um den „Überlebenskampf“ des insolventen Einkaufszentrums, lässt ein zweiter Artikel mit einem möglichen Investor (Roscoe) „Hoffnung“ aufblitzen. Auch ein dritter Artikel sieht die Verlängerung des Marktkauf-Mietvertrags als möglichen „Lichtblick“ für das Haven Hööv't. Im Herbst 2015 allerdings beherrscht ein Skandal um die unzulässige Baugenehmigung und eine deutliche Überschreitung der zulässigen Verkaufsfläche die Berichterstattung. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft werden thematisiert, die Baubehörde und der Bausenator stehen im Zentrum der Anschuldigungen. Ab 2016 wird in mehreren Artikel erneut die ungewisse Zukunft des Komplexes aufgegriffen, in denen von einem Neuaufbau als maritimes Fischerdörfchen (Januar 2016) bis zu einem Umbau zu einem gemischten Quartier aus Wohnen, Freizeitangeboten und Gastronomie (Februar 2016) reichen. Von April bis Juni 2016 beschäftigen die unklaren Besitzverhältnisse des Haven Hööv'ts die lokalen Akteure, die durch die weltweite Verstreuung der Eigentümer entstanden sind.

Des Weiteren sind im Frühjahr 2015 gleich zwei gescheiterte Bauprojekte in Bremen-Nord Thema. Der geplante Umbau des Blumenthaler Bahnhofs durch einen privaten Investor und dessen politisches Echo werden durch die Berichterstattung in der Norddeutschen und im Weser-Kurier begleitet. Der Investor beabsichtigte ergänzend zu den öffentlichen Umbaumaßnahmen des Busknotens eine Sanierung des historischen Bahnhofsgebäudes. Anfang April verkündete der Investor seinen Ausstieg aus dem Vorhaben unter Bezug auf die „Verzögerungen durch das Bauamt“, das mit immer neuen Auflagen das Projekt unwirtschaftlich gemacht habe. Ganz konkret kritisierte der Investor auch den Bauamtsleiter, der das Projekt nun „endlich totgekriegt habe“ (14.04.2015). Im Folgenden wird den verantwortlichen Behörden von der CDU Versagen vorgeworfen und der Leiter des Bauamtes als „Bauverhinderungsleiter“ bezeichnet. Die Angelegenheit „kocht hoch“ bis zur „Politposse“, über die auch im Weser-Kurier berichtet wird. In der weiteren Entwicklung folgen zahlreiche gegenseitige Vorwürfe zwischen dem Staatsrat, dem Bausenator und dem Investor bzw. seinen Planern. Um das Projekt vielleicht doch zu retten, möchte der Senator den Investor zu einem klärenden Gespräch bitten, danach endet die mediale Präsenz des Projektes, bis im Januar

2016 einmalig über anstehende Vorbereitungen und einen im März 2017 beginnenden Kreuzungsumbau am Blumenthaler Bahnhof berichtet wird.

Auch die Pläne eines Hochhauses in Vegesack, die sehr schnell am öffentlichen Gegenwind gescheitert sind, werden in der Norddeutschen und im Weser-Kurier begleitet. Am 31.03.2015 wird das Hochhaus in Vegesack nach dem Entwurf Teheranis zum ersten Mal in der Berichterstattung aufgegriffen, allerdings bereits unter der Überschrift „Proteststurm gegen Hochhauspläne“. Es folgt die Erklärung des Scheiterns des Projektes durch den Bausenator, da der Widerstand des Beirats und aus Teilen der Bevölkerung zu groß gewesen sei. Auch hier folgen zahlreiche gegenseitige öffentliche Anschuldigungen. Unter der Überschrift/Fragestellung ‚Großstadt oder Museumsdorf?‘ wird die Debatte in der Baudeputation zum Thema dargestellt.

Nach Investorenverhandlungen und dem Aufstellen des Bebauungsplans für das Tauwerk-Gelände (auch bekannt als Grohner Grün) im Mai 2015 wurde im Herbst desselben Jahres der Kauf durch einen Projektentwickler der Firma M-Projekt vermeldet. Für das Tauwerk-Gelände, das insbesondere Wohnungen umfassen soll, konnte zu Beginn des Jahres 2016 gemäß einer Meldung in der Norddeutschen keine genaue Anzahl an Wohneinheiten benannt werden, ehe im April 2016 bei der Präsentation der Pläne von 100 Wohneinheiten gesprochen wurde.

Die Situation in Blumenthals Zentrum ist ebenfalls in höherem Maße Teil der öffentlichen Debatte und Berichterstattung (Top-10-Thema mit 17 Meldungen). Die Veröffentlichung des Abschlussberichtes der Immobilienstandortmanager, die zwei Jahre im Blumenthaler Zentrum die Eigentümer zu mehr Investitionen bringen sollten, fasst die Norddeutsche unter der Überschrift „Blumenthal braucht Hilfe“. Ergebnis der Studie: Das Zentrum kann aus sich selbst heraus nicht gesunden, die Investitionshemmnisse seien zu tief greifend. Es brauche finanzielle Mittel aus der Städtebauförderung. Die Standortgemeinschaft ‚Blumenthal aktiv‘ fordert ein Gesamtkonzept für Blumenthal und die SPD-Fraktion im Blumenthaler Beirat forderte den Senat auf, das Blumenthaler Zentrum zum Stadumbaugebiet oder Sanierungsgebiet zu erklären. Parallel hierzu wird die Öffnung des Marktplatzes für den Autoverkehr diskutiert und im Oktober 2015 beschlossen. In einer ‚Betrachtung‘ einer Redakteurin werden die Maßnahmen der letzten Jahre für Blumenthal mit der Schlussfolgerung aufgezeigt, dass dieses Stückwerk nur an den Symptomen herumdoktert, nicht aber an den Ursachen. Es brauche einen „Oberkümmerer“ z.B. den Wirtschaftssenator, der die tief greifenden strukturellen Probleme Blumenthals angeht. Im Folgenden entwickelt sich die Debatte zur Forderung nach einem Stadumbaugebiet. Ein entsprechendes Konzept wird seither erarbeitet, u.a. im Rahmen einer Zukunftswerkstatt im März 2016, in der

Vorschläge für die Stadtentwicklung gesammelt wurden und eine Anschubfinanzierung in Höhe von drei Mio. EUR diskutiert wurde.

In Vegesack wird zudem zu Beginn des Jahres 2015 die Einrichtung eines Business Improvement Districts (BID) im Zentrum diskutiert. Ende 2015 berichtet ein weiterer Artikel über den schleppenden Fortschritt der Bestrebungen und den aktiv geführten Widerstand eines Gegners.

Insbesondere im Januar 2016 wurde vermehrt über die Markthalle in Vegesack berichtet. Nach einer temporären Schließung gab es zum Jahresbeginn Meldungen bezüglich einer Anfrage zur Zukunft des Gebäudes in der Bürgerschaft seitens der FDP sowie zu neuen Plänen des Betreibers. Der Senat sah hinsichtlich der Belebung der Markthalle den Eigentümer, die Albrecht Vermögensverwaltung, am Zug. Ende des Monats vermeldete der zuvor in der Markthalle wirtschaftende Gemüsehändler, dass er die Markthalle komplett übernehmen wolle. Dennoch gab es im Frühjahr 2016 Meldungen, dass die Markthalle als möglicher Standort für eine Filiale des Elektronikwarenhändlers expert Bening infrage käme.

In Burglesum machen im Frühjahr 2015 vor allem die Bürgerinitiativen gegen „Bausünden“ Stimmung und laden beispielsweise in St. Magnus Interessierte sowie Politiker zu einem Spaziergang der Bausünden ein. Zu deren großer Verärgerung erschienen die eingeladenen Vertreter von Politik und Verwaltung jedoch nicht. Die Gegenreaktion erfolgte mit „Bauinvestor auf den Barrikaden“, in dem Olaf Mosel, einer der in Bremen-Nord tätigen Immobilienentwickler die Kritik der Bürgerinitiativen zurückweist. Nach dem die Bürgerinitiative im Januar 2016 dem Beirat den Vorwurf des Nichtbeachtens von Unterschriften macht, bricht der Beirat Burglesum daraufhin mit der Bürgerinitiative Grünes St. Magnus. (Im Fokus der Bürgerinitiativen stehen vor allen Dingen die Projekte Billungstraße; Aumunder Friedhof und Oberes Emmatal.)

Mit Jahresbeginn 2015 wurde auch das Thema Wohnungsmarkt und Neubauentwicklung in den Medien diskutiert. Anlass war die im Februar veröffentlichte Wohnungsmarktprognose für 2030 (SUBV, GEWOS 2015), die für Bremen bei entsprechenden Bemühungen im Bereich Wohnungsangebot ein Bevölkerungswachstum von bis zu 6.000 Menschen prognostiziert. Die Debatte um Vorrang für Innenentwicklung und Ausweisung neuer Bauflächen wurde daher erneut zwischen SPD und Grünen kontrovers aufgegriffen. Für Bremen-Nord wird allerdings ein weiterer deutlicher Bevölkerungsverlust prognostiziert, so leben entsprechend der Prognose im Jahr 2030 nur noch 90.000 Menschen in Vegesack, Blumenthal und Burglesum. In diesem zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang fällt auch die Aussage Donaubausers, man müsse angesichts der Zahlen über ein „qualifi-

ziertes Schrumpfen“ Bremen-Nords nachdenken (siehe Politik und Verwaltung).

Tourismus und Kultur

Das Freizeit- und Naherholungskonzept (FUNK), das die Dortmunder Beratungsgesellschaft Heinze und Partner im Auftrag der WfB erstellt hat, war 2015 ein prominent vertretenes Thema in der Berichterstattung. Die Selbstdarstellung Bremen-Nords sei laut Gutachten vollkommen untauglich, um die zahlreichen positiven Seiten Bremen-Nords im Bereich Freizeit und Naherholung zu vermarkten. Insbesondere der (unter anderem) im Gutachten enthaltene Vorschlag, Bremen-Nord mit einem neuen Slogan (in der Presse: mit einem neuen Namen) zu vermarkten, ist mehrfach in der Presse aufgegriffen und von Nord-Bremer Akteuren kritisiert worden. In einer Sitzung der Wirtschaftsdeputation wurden kurz darauf die Aussagen des Konzeptes diskutiert, insbesondere die Empfehlung, sich vom „Wirtschaftsfaktor Tourismus“ zu verabschieden und verstärkt auf den lokalen bis regionalen Einzugsbereich der Freizeit- und Naherholungsqualitäten zu setzen. Im Oktober 2015 wurde die Bremer Agentur „Dialog Public Relations“ mit einem Etat von 20.000 EUR damit beauftragt, die neuen, vordergründig auf das Segment der Naherholung ausgerichteten Inhalte des FUNK mit einer Broschüre und Internetseite zu vermarkten, durch die laut Klaus Sondergeld (Februar 2016), dem Vertreter des Standortmarketings der WfB, „der Norden vorangebracht werden“ soll. In einem Kommentar in der „Norddeutschen“ im selben Monat wurde dies jedoch weiterhin als „nur in Maßen originell“ benannt und als „ein weiterer Beleg für die Lustlosigkeit [bezeichnet], mit dem Thema Bremen-Nord umzugehen“. Im April 2016 veröffentlichte die WfB die neue Broschüre mit dem Titel „Frische Brise – Grüne Wiese“ in einer ersten Auflage von 15.000 Exemplaren.

Ab April 2015 wurden die Verluste des Spicariums thematisiert. So muss durchschnittlich jede Eintrittskarte mit 19 EUR subventioniert werden. Zwischen Juli und Dezember folgen zahlreiche Berichte über die Debatte über eine mögliche Schließung des Spicariums. Entgegen zahlreicher Forderungen und Bemühungen diverser Parteien und Akteure, das Spicarium nicht zu schließen, wurde im Dezember 2015 das Aus des Spicariums vermeldet. Darauffolgend wurden mit dem Jahreswechsel, u.a. durch den Ortsamtleiter Vegesacks, Heiko Dornstedt, Pläne für eine Wiedernutzung des Speichers ab dem Sommer angekündigt. Nachdem die Idee eines Umzugs des Hauswirtschaftsmuseums „Köksch un Qualm“ durch den fehlenden maritimen Bezug ein eher kritisch bis negatives Medienecho erhielt, wurden im Frühsommer 2016 Pläne für ein Wal-Museum der Wirtschaftsdeputation vorgelegt. Die dahin gehende Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses galt im Juni 2016 nach entsprechenden Meldungen noch als ausstehend. Das

Spicarium ist das Thema 2015 mit den meisten Berichten (TOP-10-Thema mit 31 Meldungen bzw. 39 inklusive Weser-Kurier).

Auch die Folgen für die „Maritime Meile“, die somit nach dem Ende des Schaufensters Bootsbaus im Jahr 2012 ihren weiteren Ankerpunkt verloren hat, werden thematisiert. Schon vor der endgültigen Schließung des Spicariums zum Jahresende 2015 gab es Bemühungen der an der „Maritimen Meile“ beteiligten Akteure, die „Stiftung Vegesack Maritim“ zu gründen, um das maritime Erbe der Vegesacker Werftanlagen aufrechtzuerhalten. Eine Unterstützung des Projektes wurde jedoch im ersten Quartal 2016 durch den Bürgermeister Carsten Sieling und den Nord-Beauftragten Martin Prange verwehrt.

Der Bunker Valentin erreichte bereits vor seiner Eröffnung im November 2015 mehrere Meldungen, die erstere ankündigten, und danach eine weitgehend positive Berichterstattung. Ende 2015 wurde berichtet, dass das Konzept von Experten gelobt wird und Ende Juni 2016 wurden insgesamt 12.000 Besucher nach sechs Monaten Laufzeit vermeldet.

Soziales

Anfang 2015 steht die Veröffentlichung des Armuts- und Reichtumsberichts für Bremen im Mittelpunkt der Berichterstattung. Der Bericht zeigt deutlich, dass Bremen-Nord von armen Ortsteilen geprägt ist. Dies betrifft insbesondere Fähr-Lobbendorf, Blumenthal und Lüssum-Bockhorn (und somit ganz besonders den Stadtteil Blumenthal). „Inseln“ mit deutlich besseren Werten im Bereich Einkommen und Vermögen bilden hingegen die Ortsteile Schönebeck, St. Magnus und Lesum (welche bis auf Schönebeck zum Stadtteil Burglesum zählen). Im März 2015 wird die Thematik Armut noch einmal aufgegriffen und Zahlen des Statistischen Landesamtes zur wachsenden Altersarmut in Bremen-Nord aufgezeigt. Auch ein Artikel im Februar 2016 bildet ein Jahr später eine vergleichbare Lage ab, wobei Grohn als Ortsteil mit der am meisten verschlechterten sozialen Lage hervorsteicht.

Die Flüchtlingsthematik ist seit 2015 auch in Bremen-Nord ein präsent Thema, die Artikel handeln überwiegend von Berichten über geplante Unterkünfte. Anfang des Jahres steht dabei besonders die Einrichtung eines Heimes für alleinreisende, minderjährige Flüchtlinge an der Rekumer Straße in Blumenthal und die Skepsis der Anwohner im Fokus. Aber auch die Versorgungslage, persönliche Geschichten und Willkommensinitiativen werden in mehreren Artikeln thematisiert. Ebenso ist ein Brandanschlag in Blumenthal und die darauf folgenden Ermittlungen und Mahnwachen Teil der Flüchtlingsberichterstattung. Mit Ausnahme der 2016 immer noch entstehenden Zentralen Aufnahmestelle in der Vulkan-Zentrale, die sich immer noch im Umbau befindet, ebbt die Berichterstattung in Bezug auf die Flüchtlingsthematik

2016 ab. Es wird zumeist von sinkenden Zahlen in diversen Flüchtlingsunterkünften und Schließungen von Notunterkünften wie etwa wieder frei werdenden Turnhallen berichtet.

Im Februar 2015 wurde der Bericht zur Kriminalitätsentwicklung der Innenbehörde vorgelegt. Kerninhalt des Berichtes ist, dass die Sicherheitslage in Bremen-Nord besser ist, als viele Bürger und auch die Opposition (CDU) dies wahrnehmen. Diese hatte mit ihrem Antrag „Sicherheit in Bremen-Nord verbessern“ im vergangenen Jahr den Anlass für den Bericht der Behörde gegeben. Insgesamt habe sich die Anzahl von Körperverletzungs- und Raubdelikten verringert, allerdings kommt es innerhalb der drei Stadtteile auch zu Verschiebungen. Über zehn Artikel adressieren verschiedene Gewalttaten, unter anderem die Auseinandersetzungen verfeindeter Clans in der Grohner Düne, eine Schlägerei beim Vegesacker Hafenfest oder eine Massenschlägerei in Blumenthal.

Weser-Kurier

Nach dem in diesem Abschnitt die Themen der Regionalausgabe „Die Norddeutsche“ analysiert werden, wird darauffolgend die stadtbremische Ausgabe des Weser-Kuriers in Bezug auf Meldungen über Bremen-Nord analysiert.¹⁶ Diese Betrachtung soll zeigen, welche Themen aus Bremen-Nord in der Stadtbremer Ausgabe diskutiert werden und somit die Wahrnehmung und das Image Bremen-Nords beeinflussen.

Die Analyse zeigt, dass nur wenige Meldungen aus Bremen-Nord in der gesamtstädtischen Ausgabe des Weser-Kuriers erscheinen (Zeitraum hier März 2015 bis Juni 2016). Dies ist nach Aussagen eines Gesprächspartners aus der Redaktion „Die Norddeutsche“ geschichtlich gewachsen, da es in Bremen-Nord schon immer die Zeitung die Norddeutsche gab. Diese wurde irgendwann Teil des Weser-Kuriers. Daher berichtet die Norddeutsche ausführlich (auf vier Seiten pro Tag) über Bremen-Nord, während nur sehr ausgewählte Berichte über den Norden in den städtischen Teil des Weser-Kuriers aufgenommen werden. Bis vor einiger Zeit wurde über Bremen-Nord im Weser-Kurier in der Rubrik „Region“ berichtet.

Inhaltlich decken die Artikel im Weser-Kurier eine große Bandbreite verschiedenster Meldungen ab. Neben einzelnen Meldungen, die in der Regel negative Ereignisse zum Thema haben, z.B. Verkehrsunfälle, Überfälle, Gewalttaten, werden auch vereinzelte Berichte aus dem Bereich Kunst und Kultur aus Bremen-Nord im Weser-Kurier aufgegriffen (z.B. Sommer in Lesmona, Festival Maritim, Bunker Valen-

¹⁶ Dabei wurde einheitlich über den Betrachtungszeitraum hinweg anhand der Online-Suchfunktion der E-Paper-Ausgabe des Weser-Kuriers nach den Suchworten „Bremen-Nord“, „Blumenthal“, „Vegesack“ sowie „Burglesum“ gesucht und die Ergebnisse ausgewertet.

tin), diese behandeln vor allem Veranstaltungen und Einrichtungen in Vegesack.

Die allgemeine Lage Bremen-Nords wurde in einem Bericht über das Dialog-Forum der Handelskammer mit der Überschrift „Leichter Aufschwung in Bremen-Nord“ (03/2015) und einem Bericht über eine sinkende Anzahl von Straftaten (04/2015) sowie über die anhaltende Problematik sozialer Brennpunkte und sozialer Spaltung (05/2015) thematisiert. Des Weiteren wurde über den Verlust von 100 Arbeitsplätzen (11/2015), fehlende Kita-Plätze insbesondere in Blumenthal (04/2016) und über unterschiedliche Lebenserwartungen in den Bremer Stadtteilen, u.a. Vegesack, Blumenthal und Burglesum, Bericht erstattet.

Im Frühjahr 2015 sind die beiden Nordbremer Bauprojekte „Bahnhof Blumenthal“ und „Hochhaus Vegesack“ durch ihr Scheitern zur „Chefsache“ geworden, zu denen der Bausenator Stellung bezogen hat. Dies wurde in mehreren Meldungen im Weser-Kurier aufgegriffen.

Die Debatte um einen möglichen Senatsbeauftragten für Bremen-Nord, die in der Norddeutschen zahlreiche Meldungen füllte, wurde hingegen im Weser-Kurier nur in einem Bericht aufgegriffen. Ebenso wurde über das BWK-Gelände in Blumenthal im Zuge seiner Eröffnungsfeierlichkeiten einmal berichtet.

Das Haven Hööv't wurde zunächst aufgrund eines gewalttätigen Zwischenfalls gegen einen Sicherheitsbediensteten und bezüglich eines möglichen Kaufinteressenten in kurzen Berichten erwähnt. Ab dem Herbst

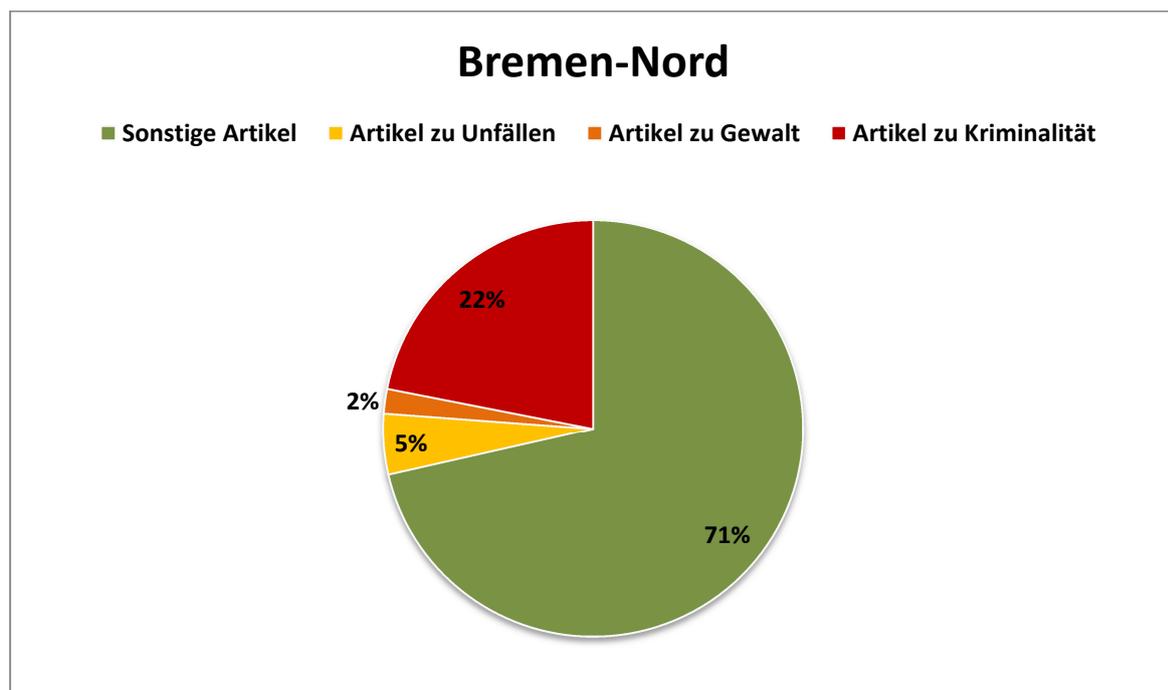
2015 wurde das Haven Hööv't in mehreren Meldungen thematisiert, nachdem große Ungereimtheiten bei der Baugenehmigungvergabe und die Ermittlung der Staatsanwaltschaft bekannt wurden. Im April 2016 erhielt das Haven Hööv't erneut eine Meldung, als die unklaren Besitzverhältnisse an die Öffentlichkeit drangen.

Auch die Grohner Düne stand im Fokus zweier Berichte über die dort eskalierte Fehde zweier Clans. Zudem wurde einmal mit dem Titel „Brennpunkte im Blick“ über Entwurfsarbeiten von Architekturstudenten der Hochschule zur Verbesserung der Siedlung berichtet. Anfang 2016 wird dann im Kontext des neuen Entwicklungskonzeptes für die Grohner Düne über die Summe von „3,5 Millionen für Grohner Düne“ berichtet.

Die Schließung des Spicariums und die Diskussionen darum im Vorfeld sind Ende 2015 ein mehrfach im Weser-Kurier aufgegriffenes Thema. Die Idee eines Wal-Museums als Nachfolgeprojekt des Spicariums war im April Teil der Berichterstattung.

Insgesamt wurden im Betrachtungszeitraum (03/2015 – 06/2016) 105 Meldungen mit Bezug zu Bremen-Nord im Weser-Kurier erhoben und analysiert. Neben der oben aufgeführten Inhaltsanalyse wurde auch der Anteil negativ konnotierter Themen gemessen an allen erhobenen Artikeln gezählt. Hierbei wurden lediglich eindeutig negativ konnotierte Themen wie Kriminalität, Gewalt und Unfälle einbezogen. Dabei ergibt sich insgesamt folgendes Bild:

Abbildung 12: Anteil negativ konnotierter Artikel über Bremen-Nord im Weser-Kurier



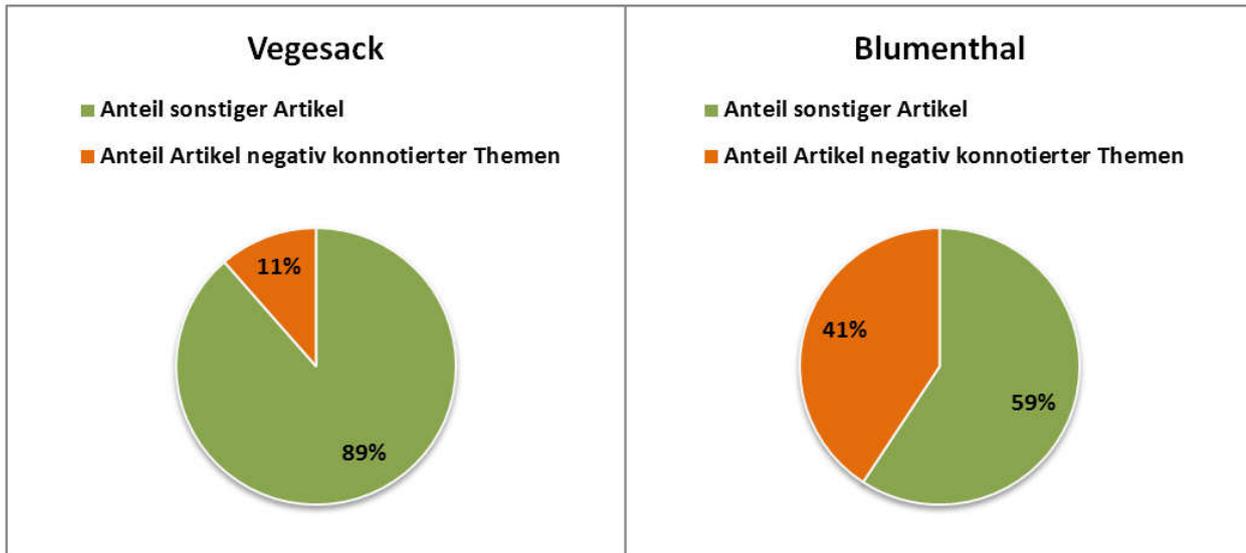
Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016) auf Basis des Weser-Kuriers

Es wird deutlich, dass über ein Viertel der Artikel, die im Weser-Kurier im Betrachtungszeitraum verfasst wurden, die ausgewählten negativen konnotierten Themen thematisieren.

Betrachtet man zudem die Ergebnisse der Artikelsuche nach den drei Stadtteilen Bremen-Nords, zeigt sich weiterhin, dass Burglesum mit sieben Meldungen

im Vergleich zu Vegesack mit 35 und Blumenthal mit 27 Meldungen kaum Repräsentation im Weser-Kurier erhalten hat. Zudem zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Vegesack und Blumenthal in Bezug auf negativ konnotierte Artikel und Meldungen (siehe Abbildung 13).

Abbildung 13: Anteil negativ konnotierter Artikel über Vegesack und Blumenthal im Weser-Kurier



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016) auf Basis des Weser-Kuriers

3.4 Zusammenfassung

Die hier erfolgten Analysen liefern zusammen ein differenziertes Bild der Außen- und Binnenwahrnehmung Bremen-Nords. Die Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken-Analyse trägt auf Basis unterschiedlicher Quellen ein Gesamtbild der Stärken und Schwächen Bremen-Nords zusammen und bewertet die unterschiedlichen Standorteigenschaften des Bezirks. Dabei ergeben sich Potenziale und Herausforderungen Bremen-Nords, die wichtige Hinweise für eine weitere Ausgestaltung von Handlungsstrategien liefert.

Die größten Stärken und Potenziale liegen laut SWOT im Bereich Wohnen. Das Wohnumfeld ist durch die Weser und die Lesum, die zahlreichen Parks und Grünflächen und die mitunter kleinstädtischen Strukturen in der Nähe der Großstadt von großer Qualität. Lesum und Vegesack bieten zudem funktionierende Stadtteilzentren und gewährleisten eine wohnortnahe Versorgung. Um die Potenziale im Bereich Wohnen allerdings für neue Bewohner zu erschließen, bedarf es dringend einem Ausbau des Bildungs- und Betreuungsangebotes. Neben den großen Schwächen der zu hohen Arbeitslosigkeit und des zu geringen Ausbildungsplatzangebotes stellen vor allem die zunehmenden

de soziale Spaltung und sozialräumliche Polarisierung innerhalb und zwischen den Ortsteilen eine große Gefahr für die Entwicklung Bremen-Nords dar. Die Bildung von sozialen Brennpunkten an der Grohner Düne und der George-Albrecht-Straße sowie der massive Leerstand im Blumenthaler Zentrum zeichnen in der Öffentlichkeit ein Bild von Bremen-Nord, das einer hohen Lebens- und Wohnqualität entgegensteht. Zudem werfen die gescheiterten Schlüsselprojekte wie die Gläserne Werft, das Spicarium, das Haven Höövöt oder der Science Park ein schlechtes Bild auf die Handlungsfähigkeit vor Ort und tragen zu einem negativen Bild bei.

Die Häufigkeit von kontroversen Aussagen, die je nachdem auf welchen räumlichen oder thematischen Teilaspekt man sie bezieht, in verschiedene Kategorien eingeordnet werden können, bestätigt das Bild der Datenanalyse. Bremen-Nord ist ein Raum mit hoch differenziert ablaufenden Entwicklungen und räumlich stark differierenden Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken. Dies muss bei der Entwicklung von Handlungsstrategien berücksichtigt werden.

Für den Bereich der Selbstwahrnehmung konnte auf eine 2011 durchgeführte Studie zur „Marke Bremen-Nord“ zurückgegriffen werden. Die Ergebnisse bestätigen das heterogene Bild Bremen-Nords. Die Bewer-

tung von Stärken und Schwächen von Nord-Bremer Bürgern differiert auf Stadtteilebene stark. Übereinstimmend wurden der Naturraum, die Nähe zum Fluss und die verkehrliche Anbindung besonders positiv bewertet, die Themen Arbeit, Ausbildung und Kultur und Freizeit (insb. Nachtleben) besonders negativ. Insgesamt wird Bremen-Nord von den Befragten schlechter bewertet als Bremen oder der eigene Stadtteil (mit Ausnahme des Stadtteils Blumenthal, der von seinen Bewohnern am schlechtesten bewertet wird). Trotz der negativen Bewertungen liegen vergleichsweise hohe Verbundenheits- und Identifikationswerte mit Bremen-Nord vor, was insbesondere durch die hohen Verbundenheitswerte bei älteren Menschen über 65 Jahren zustande kommt. Jüngere Menschen fühlen sich relativ schwach mit Bremen oder Bremen-Nord verbunden. Dies wird von den Verfassern der Studie als Schicksalsgemeinschaft gedeutet: eine gemeinsame Identität der Bewohner als Bremen-Norder, die durch die negativen Auswirkungen des wirtschaftlichen Strukturwandels geprägt wurde. Dies sollte für zukünftige Handlungsansätze bedacht werden, um sowohl den Älteren als auch besonders den Jüngeren ein Angebot machen zu können, an der positiven Entwicklung Bremen-Nords teilhaben zu können und mitzuwirken.

Die Ergebnisse der Studie konnten durch die im Rahmen des Projektes durchgeführten Gespräche weitestgehend bestätigt werden, insbesondere was das negative Image und die negative Selbstwahrnehmung betreffen. Ergänzend ist festzuhalten, dass der Eindruck entstanden ist, dass die Binnenperspektive auf Stadtteilebene durch Konkurrenzgedanken und Partikularinteressen geprägt ist und eine gemeinsame Positionierung als Bremen-Nord wenig erfolgt (dies wurde im Rahmen der anonymen Thesenbewertung in Kapitel 5 überwiegend bestätigt). Insbesondere zwischen Vegesack und Blumenthal liegen Unstimmigkeiten vor, was sicherlich auch auf die starke Fokussierung von Investitionen und öffentlichen Dienstleistungen auf Vegesack zurückzuführen ist.

Abschließend lieferte eine Medienanalyse in diesem Kapitel umfangreiche Einblicke in die Ereignis- und Diskussionslandschaft der vergangenen 18 Monate. In der Norddeutschen wurde im Wahljahr 2015 besonders viel über den neuen Senatsbeauftragten für Bremen-Nord und seinen Arbeitskreis berichtet. Auch das Bauamt stand 2015 besonders in der medialen Aufmerksamkeit, als aufgrund des geplatzten Umbaus des Blumenthaler Bahnhofs durch einen Investor der Behörde vorgeworfen wurde, eine „Bauverhinderungsbehörde“ zu sein. Die Grohner Düne und das Haven Hööv't waren ebenfalls häufig in der Berichterstattung, ebenso wie die Situation im Blumenthaler Zentrum und die aufkommende Debatte um ein Stadtumbaugebiet im alten Zentrum. Die meisten Berichte erfolgten im Analysezeitraum über das Spicarium und seine Schließung.

Insbesondere die Analyse der Artikel im Weser-Kurier zeigt, welche Themen aus Bremen-Nord in der Gesamtausgabe des Weser-Kuriers aufgegriffen werden. Dabei liegen große Überschneidungen zu den Themen vor, die besonders häufig in der Norddeutschen thematisiert wurden, wie der Senatsbeauftragte, das insolvente Haven Hööv't oder die Gewaltausbrüche und das neue Entwicklungskonzept für der Grohner Düne. Ergänzend wurde quantitativ untersucht, wie viele der Meldungen eine negative Konnotation enthalten und Artikel zu den Themen Kriminalität, Unfälle und Gewalt gesondert betrachtet. Dabei zeigt sich, dass rd. 30 Prozent aller Meldungen im Weser-Kurier mit Bremen-Nord-Bezug negativ konnotiert sind. Ein Großteil macht dabei das Themenfeld Kriminalität mit 22 Prozent aus. Differenziert man dies noch einmal auf Stadtteilebene, zeigt sich, dass insbesondere Blumenthal einen großen Teil negativer Meldungen aufweist (41 Prozent). Die Medienanalyse zeigt somit die Gründe und Grundlagen für das negative Innen- und Außenbild auf.

4 Analyse von Interventionen – Dokumente, Schlüsselprojekte, Arbeitskreise und Förderprogramme

Der Stadtbezirk Bremen-Nord steht seit mehr als zwei Jahrzehnten im Fokus von Politik, Verwaltung, Kammern und Verbänden. Die Datenanalyse (siehe Kapitel 2) hat deutlich aufgezeigt, welche vielschichtigen und tief greifenden Folgen der industrielle Strukturwandel in Bremen-Nord verursacht hat. Der Verlust von Arbeitsplätzen und die Verfestigung struktureller Arbeitslosigkeit, Einwohnerverluste und die Entwicklung von Segregationstendenzen auf Quartiersebene gehören zu den besonderen Entwicklungs Herausforderungen des Stadtbezirks. Die Datenanalyse zeigt auch, dass trotz der politischen Aufmerksamkeit und der Auflegung von vielen Programmen, Initiativen und Arbeitskreisen das Ziel einer umfassenden Trendwende in Bremen-Nord bislang nicht erreicht werden konnte. Aus diesem Grund werden in diesem Analyseteil die in den vergangenen Jahren unternommenen Interventionen zur Entwicklungsförderung Bremen-Nords zusammengestellt, analysiert und soweit möglich bilanziert.

Hierzu werden zunächst in der Dokumentenanalyse Dokumente, die Aussagen über die Entwicklung Bremen-Nords oder seiner Stadtteile treffen, untersucht. Im Anschluss werden zentrale Schlüsselprojekte aufgeführt und ihr Umsetzungsstand und ihre Wirkung beleuchtet. Des Weiteren wird die Arbeit des Rathaus-Arbeitskreises Bremen-Nord thematisiert. Aufgrund der hervorgehobenen Bedeutung und der Aktualität des Themas Wohnungsbau in der Bremer Politik und Gesellschaft werden auch dieses Themenfeld und die relevanten Konzepte und Projekte gesondert betrachtet. Abschließend erfolgt ein Überblick über Förderprogramme und ihre Einsatzgebiete z.B. die Gebiete der Städtebauförderung, Wirtschaftsförderung und Förderungen im Bereich Arbeitsmarkt und Bildung bzw. Betreuung.

4.1 Dokumentenanalyse

Für Bremen-Nord liegt eine Vielzahl von Dokumenten verschiedenster Art vor. Analysen, Studien, Konzepte und Programme unterschiedlicher Auftraggeber und Verfasser überschneiden sich in ihren Handlungsrahmen und Themenfeldern. Dieses breite Spektrum an unterschiedlichen Dokumenten zu sortieren und einzuordnen, bildete zunächst die zentrale Aufgabe der Dokumentenanalyse.

Hierfür wurden alle Dokumente mit dem räumlichen Bezugsrahmen Bremen-Nord oder kleinteiliger gesammelt und in einem nächsten Schritt analysiert. Für die Übersichtlichkeit wurden verschiedene Kategorien

gewählt, innerhalb derer die Dokumente in einem ersten Analyseblock sortiert werden konnten:

- Themenfelder (z.B. politische Konzepte und Programme, Stadtentwicklung, Marketing und Tourismus)
- räumliche Ebene
- Auftraggeber und Verfasser
- Einordnung (formell, informell)
- Kernthema

Im zweiten Arbeitspaket wurden die zentralen Dokumente in einem nächsten Analyseschritt auf ihre Aussagen und Ihre Wirkung hin in folgenden Kategorien untersucht:

- Kernaussagen und Ziele
- daraus resultierende Maßnahmen und ihre Umsetzung

In Kapitel 4.1.1 folgt nun eine Darstellung der relevanten Dokumente in den drei Themenfeldern „Politische Konzepte und Programme“, „Stadtentwicklung“ sowie „Marketing und Tourismus“. Hierbei werden die wichtigsten Themen und Aussagen benannt und der Zusammenhang hergestellt. In Kapitel 4.1.2 folgt dann eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit den in den Dokumenten aufgestellten Zielsetzungen und dem Umsetzungsstand der Maßnahmen.

4.1.1 Überblick über die Dokumentenlage nach Themenfeldern

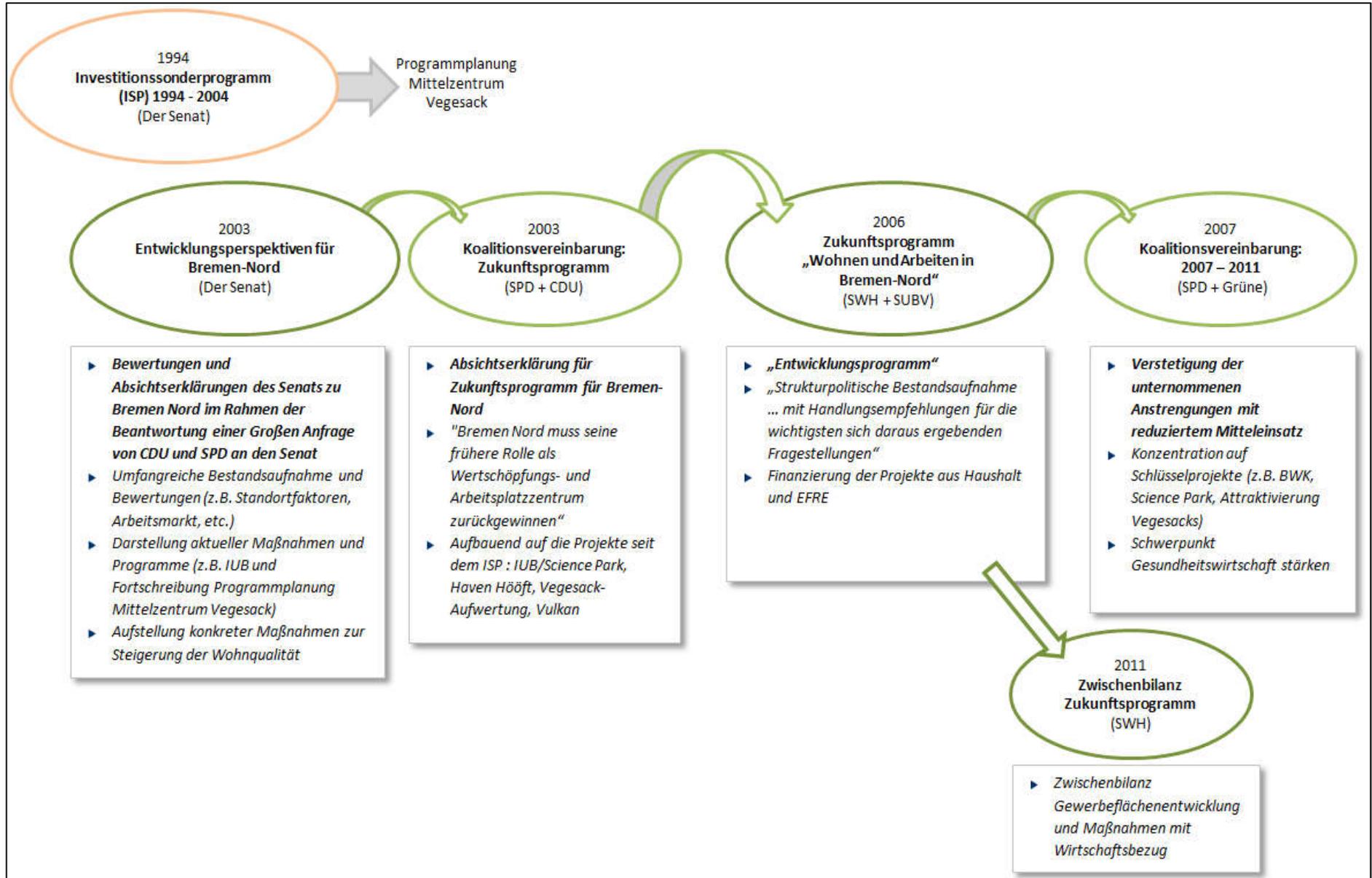
Zur besseren Übersichtlichkeit wurden innerhalb der Themenfelder Schaubilder erstellt, die die zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhänge zwischen den einzelnen Dokumenten verdeutlichen.¹⁷

Themenfeld „Politische Konzepte und Programme“

Was „Politische Konzepte und Programme“ betrifft, fällt eine umfangreiche Thematisierung der Gesamtsituation Bremen-Nords zu Beginn der 2000er-Jahre auf.

¹⁷ Eine tabellarische Komplettzusammenstellung aller ausgewerteten Dokumente liegt als Excel-Dokument vor.

Abbildung 14: Themenfeld Politische Konzepte und Programme (1994-2011)



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016)

2003 fertigte der Senat als Beantwortung einer Großen Anfrage von CDU und SPD mit dem Dokument „Entwicklungsperspektiven für Bremen-Nord“ (Senat 2003) umfangreiche Bestandsaufnahmen und Bewertungen der Situation des Stadtbezirks an. Zudem erfolgte eine Darstellung von Maßnahmen, die sich in Bremen-Nord in der Umsetzung befanden. Diese Maßnahmen gehen zu einem großen Teil auf das Investitionssonderprogramm (ISP, 1994-2004)¹⁸ zurück (z.B. die Entwicklung von IUB/Science Park, Haven Höövrt, Maßnahmen zur Aufwertung Vegesacks im Rahmen der Programmplanung Mittelzentrum Vegesack, Entwicklung der ehemaligen Vulkan-Flächen). Weitere konkrete Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung Bremen-Nords z.B. auch zur Steigerung der Wohnqualität wurden aufgestellt. In der kurz darauf folgenden Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU (2003) wurde die Absicht festgehalten, ein Zukunftsprogramm für Bremen-Nord zu entwickeln, das auf die im Rahmen des ISP angestoßenen Projekte aufbaut. Ziel der angestrebten Entwicklungen sollte es sein, Bremen-Nords frühere Rolle als Wertschöpfungs- und Arbeitsplatzzentrum zurückzugewinnen. Dieses Zukunftsprogramm wurde einige Zeit darauf mit dem Dokument „Wohnen und Arbeiten in Bremen-Nord“ (SWH und SUBV 2006) veröffentlicht. Dieses Konzept versteht sich als „Entwicklungsprogramm“ und „Strukturpolitische Bestandsaufnahme (...) mit Handlungsempfehlungen für die wichtigsten sich daraus ergebenden Fragestellungen“. Das Programm formuliert drei allgemeine, strategische Zielsetzungen:

- eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung Bremen-Nords (durch eine Stabilisierung des Industrie- und Gewerbebesatzes und einer Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur vor allem durch die Herausbildung eines Wissens- und Innovationsclusters um die IUB)
- eine Attraktivierung Bremen-Nords als Wohnstandort, Freizeitraum und touristisches Ziel (vor allem durch die verstärkte Nutzung landschaftlicher Qualitäten)
- die Behebung von Problemlagen in den Großwohnsiedlungen und Geschosswohnungsbauten des sozialen Wohnungsbaus (Zukunftsprogramm 2006: 32)

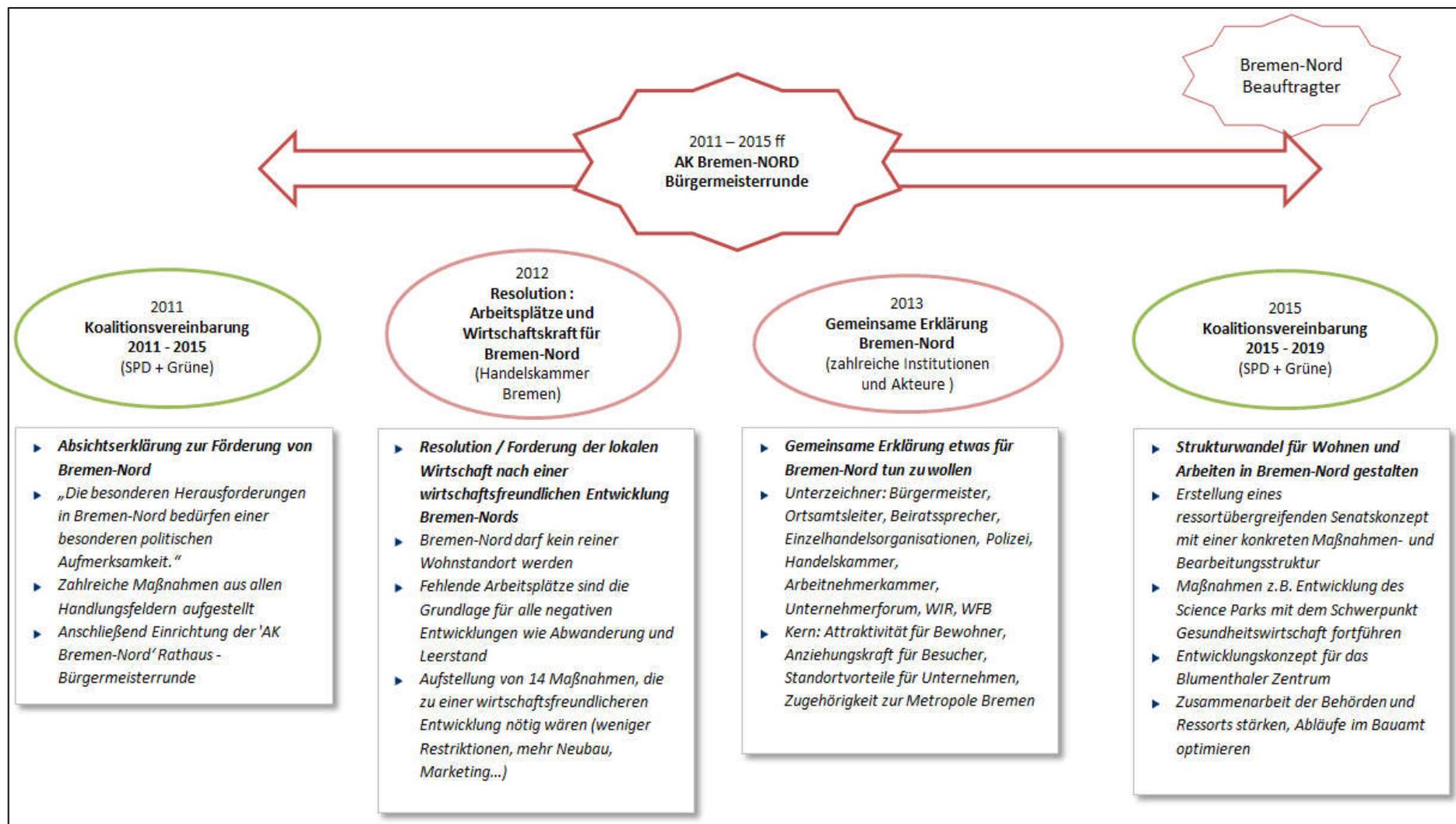
Das Dokument enthält darauf aufbauend zahlreiche Maßnahmen zur Gewerbeentwicklung, zur Zentrenentwicklung, zur Entwicklung des Verkehrs, des Tou-

rismus und der Naherholungsfunktionen sowie des Wohnungsbaus (siehe Kapitel 4.1.2).

2011 wurde eine Zwischenbilanz zur Umsetzung des Zukunftsprogramms in den Bereichen Gewerbeflächenentwicklung und Maßnahmen mit Wirtschaftsbezug von SWH erstellt. Dieses Dokument ist die einzige vorliegende Evaluation zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Zukunftsprogramm.

¹⁸ Das Investitionssonderprogramm wurde nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1992 für wirtschafts- und finanzkraftstärkende Investitionen aufgelegt. Das ISP lief von 1994 bis 2004 und umfasste ein Investitionsvolumen von rund 2,5 Mrd. EUR. (vgl. Website Senatspressestelle).

Abbildung 15: Themenfeld Politische Konzepte und Programme (2011-2015)



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016)

In der Koalitionsvereinbarung von 2007 wurde die Notwendigkeit einer besonderen Aufmerksamkeit für Bremen-Nord bekräftigt und eine Verstärkung der unternommenen Anstrengungen festgeschrieben. Diese sollte nun allerdings mit reduziertem Mitteleinsatz und durch eine Konzentration auf Schlüsselprojekte erfolgen.

Ab 2011 häufen sich dann – vermutlich im Kontext der politischen Aufmerksamkeit durch die sogenannte „Bürgermeisterrunde“, dem Rathaus-Arbeitskreis Bremen-Nord (siehe Kapitel 4.3) –, Resolutionen und gemeinsame Absichtserklärungen für die Zukunft des Stadtbezirks. Sie finden 2015 vor der Landtagswahl mit der Forderung und späteren Etablierung eines Senatsbeauftragten für Bremen-Nord ihren Höhepunkt. Aufgrund ihrer Bedeutung im Themenfeld politische Konzepte und Programme wurde der Rathaus-Arbeitskreis in die Analyse aufgenommen, obwohl er bislang kein eigenes öffentliches Dokument produziert hat.

Die Koalitionsvereinbarung von 2015 thematisiert Bremen-Nord und benennt Schwerpunktthemen und Handlungsbedarfe, die für eine positive Entwicklung Bremen-Nords vordringlich bearbeitet werden müssen. So wird die Aufstellung eines Entwicklungskonzeptes für Blumenthal und eines Sanierungsgebietes (oder ähnlicher Maßnahmen) für die Grohner Düne festgehalten. Ebenso soll die Zusammenarbeit der Behörden und Ressorts gestärkt und die Abläufe im Bauamt optimiert werden. Als zentrale Maßnahme wird die Erstellung eines ressortübergreifenden Senatskonzeptes mit einer konkreten Maßnahmen- und Bearbeitungsstruktur vereinbart.

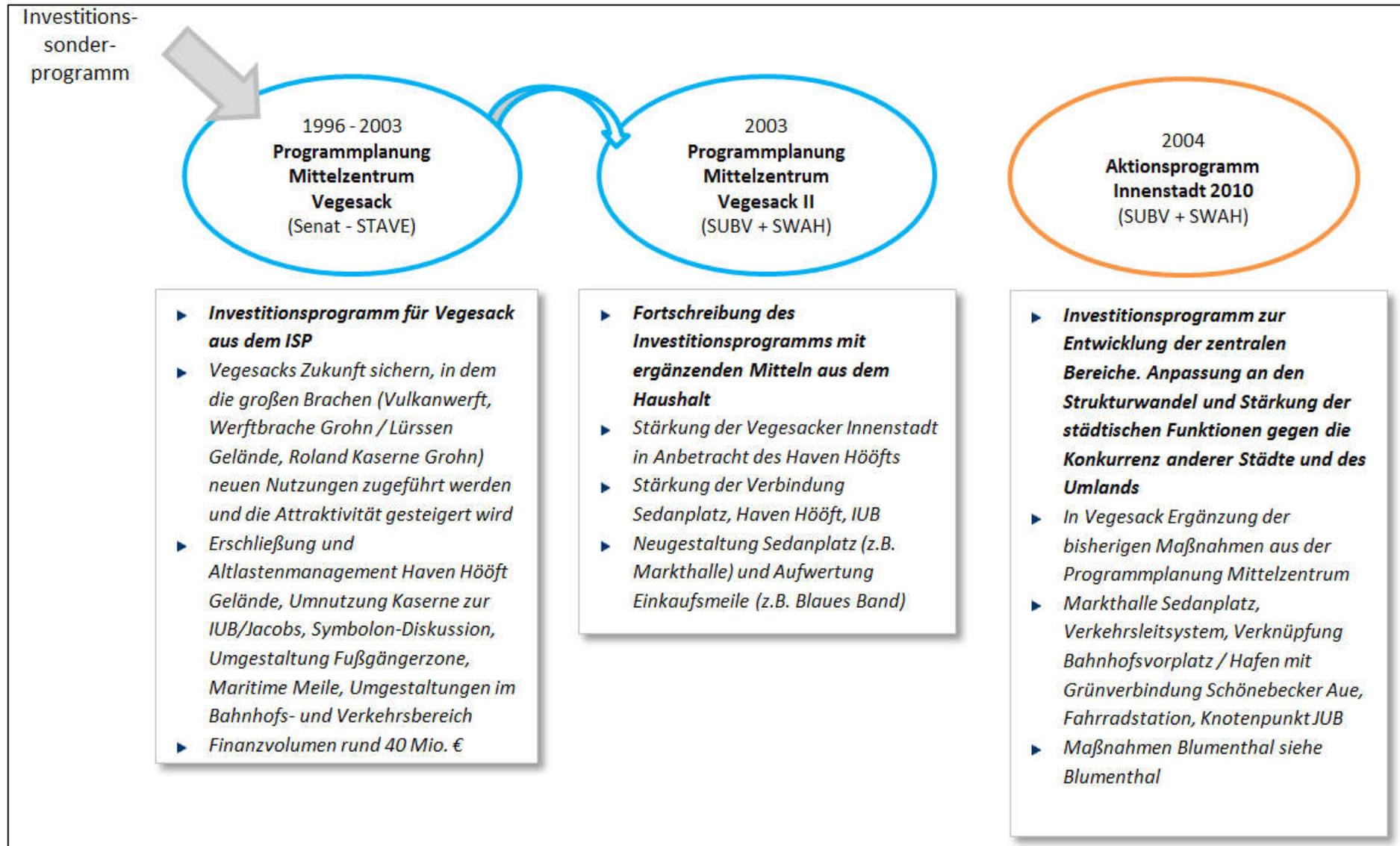
Themenfeld „Stadtentwicklung“

Im Themenfeld Stadtentwicklung wird insbesondere in Vegesack die Bedeutung des Investitions Sonderprogrammes deutlich. Die zentralen Maßnahmen in Vegesack, wie die Entwicklung der Jacobs University und des Hafens Höövts, der Maritimen Meile und der Umgestaltung der Fußgängerzone, gehen auf die 1996 beginnende „Programmplanung Mittelzentrum Vegesack“ und ihre Fortschreibung im Jahr 2003 zurück.

Zudem wurden die Maßnahmen in Vegesack ab 2004 ergänzt durch das Aktionsprogramm Innenstadt. Mit diesen Programmen wurden zahlreiche und investitionsintensive Maßnahmen in Vegesack geplant und umgesetzt. Von zentraler Bedeutung war dabei zunächst die Umnutzung der nicht mehr genutzten Flächen der Vulkan Werft (heutiges Gewerbegebiet Vulkan), der Werftbrache Grohn (heutiges Haven Höövts) und der Roland Kaserne Grohn (heutige JUB). Eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Maßnahmen in Vegesack findet sich in der Ziel- und Maßnahmenverfolgung in Kapitel 4.1.2 sowie in der Schlüsselprojektanalyse in Kapitel 4.2.

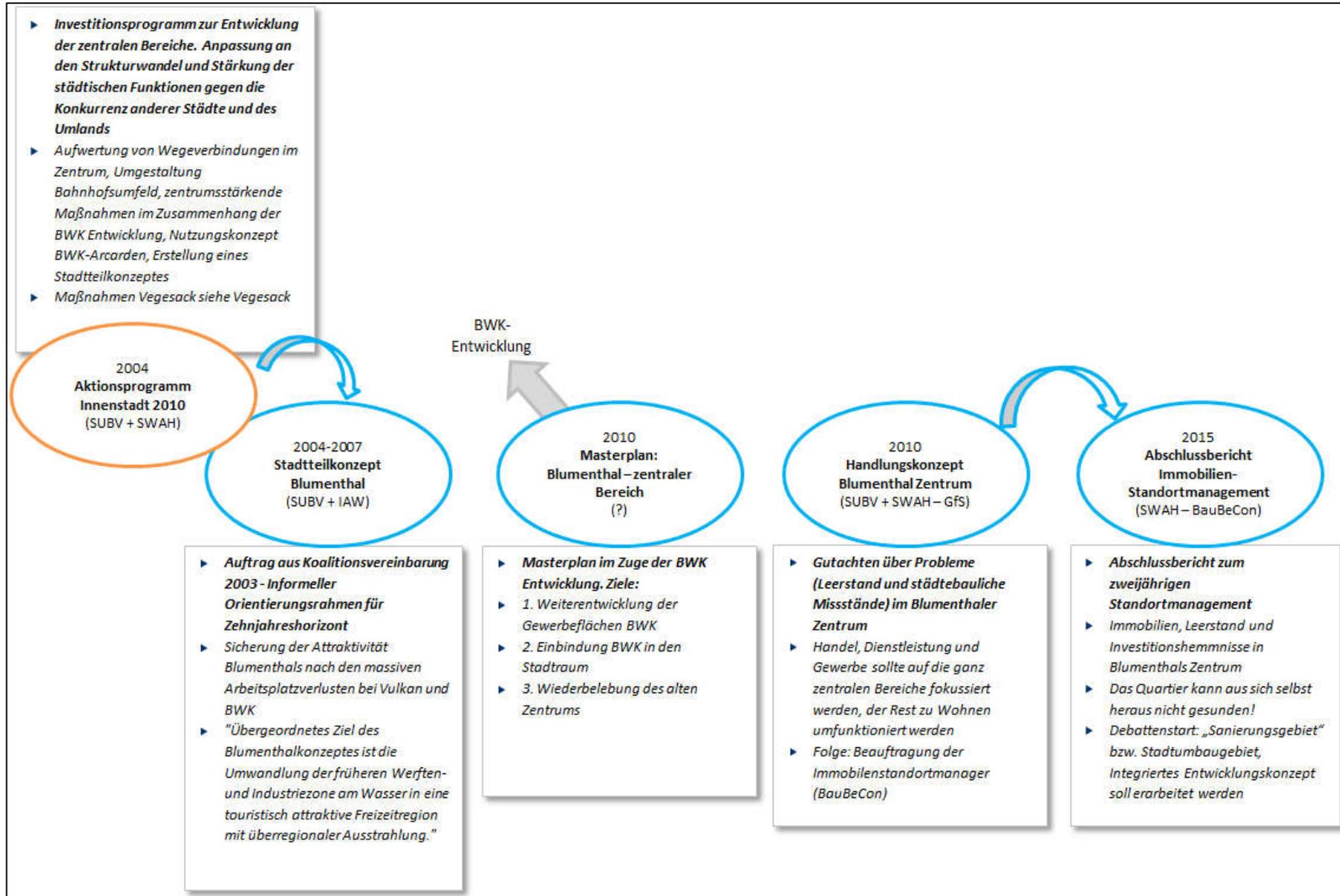
Das Aktionsprogramm Innenstadt sah auch Maßnahmen für das Blumenthaler Zentrum vor, insbesondere die Aufwertung von Wegeverbindungen im Zentrum und zentrumsstärkende Maßnahmen im Zusammenhang mit der Entwicklung der BWK-Flächen. In den folgenden Jahren wurden in diesem Kontext mehrere Konzepte für Blumenthal entwickelt.

Abbildung 16: Themenfeld Stadtentwicklung Vegesack



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016)

Abbildung 17: Themenfeld Stadtentwicklung Blumenthal



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016)

Aus dem Aktionsprogramm ging die Erstellung eines umfangreichen „Stadtteilkonzept Blumenthal“ (2007) hervor. Dieses Konzept sollte als informeller Orientierungsrahmen über einen Zeithorizont von zehn Jahren dienen, um Blumenthals Attraktivität nach den massiven Arbeitsplatzverlusten bei der Vulkan Werft und der BWK zu sichern. Im Zusammenhang mit der BWK-Entwicklung wurde 2010 ein „Masterplan Blumenthal – zentraler Bereich“ erstellt. Laut Zwischenbilanz des Zukunftsprogrammes wurde er in enger Abstimmung mit öffentlichen und privatwirtschaftlichen Partnern erstellt und sollte die Integration der neu entwickelten Gewerbeflächen auf dem BWK-Gelände mit der Wasserkante und dem restlichen Stadtteil fördern. Das Dokument liegt allerdings nicht vor und konnte auch nach mehrfachen Nachfragen bei städtischen Akteuren nicht ermittelt werden. Die Expertengespräche im Rahmen dieses Projektes ergeben, dass beide Konzepte für Blumenthal ohne konkrete Umsetzung und Wirkung blieben. Das Stadtteilkonzept sei beispielsweise mit sehr hohem Aufwand in einem umfangreichen Partizipationsprozess erstellt worden, im Anschluss an seine Fertigstellung sei es im Stadtteil jedoch nicht mehr thematisiert worden.

Seit 2010 wurden die Probleme im Blumenthaler Zentrum vermehrt adressiert. Das Gutachten „Handlungskonzept Blumenthal Zentrum“ der Gesellschaft für Stadtentwicklung im Auftrag von SUBV und SWAH zeigte die gravierenden Leerstände und städtebaulichen Missstände auf. Als Folge wurde vom SWAH ein „Immobilienstandortmanagement“ (der BauBeCon) für Blumenthal beauftragt. Durch gebündelte Beratungsangebote an Immobilienbesitzer vor Ort sollten sie die Investitionen in den Gebäudebestand im Blumenthaler Zentrum fördern. Entsprechend des Handlungskonzeptes sollte die Umnutzung überflüssiger Gewerbeeinheiten zum Wohnen zentraler Ansatz einer Entwicklung im Blumenthaler Zentrum sein.

2015 legten die Immobilienstandortmanager ihren Abschlussbericht vor. Mit der reinen Beratung von Eigentümern konnte kaum eine Wirkung erzielt werden. Ohne die Möglichkeit, auf besondere finanzielle Förderungen zurückgreifen zu können, ließen sich die Leerstandsproblematik und die Investitionshemmnisse nicht beheben. Die Aussagen des Abschlussberichts stießen die Debatte um ein Sanierungs- oder Stadumbaugebiet im Blumenthaler Zentrum an, da die Probleme zu gravierend für eine Gesundung aus sich selbst heraus seien. Die aktuelle Koalitionsvereinbarung sieht vor, ein integriertes Entwicklungskonzept für das Blumenthaler Zentrum anzufertigen und eine Aufnahme in die Städtebauförderung zu forcieren (vgl. SPD/Grüne 2015; vgl. Brandt 13.11.2015). Zudem wurde ein Verkehrskonzept erstellt, das verschiedene Varianten der Umgestaltung zentraler Achsen und Punkte in Blumenthal (z.B. Landrat-Christians-Straße, Marktplatz, Busbahnhof) prüft und Empfehlungen

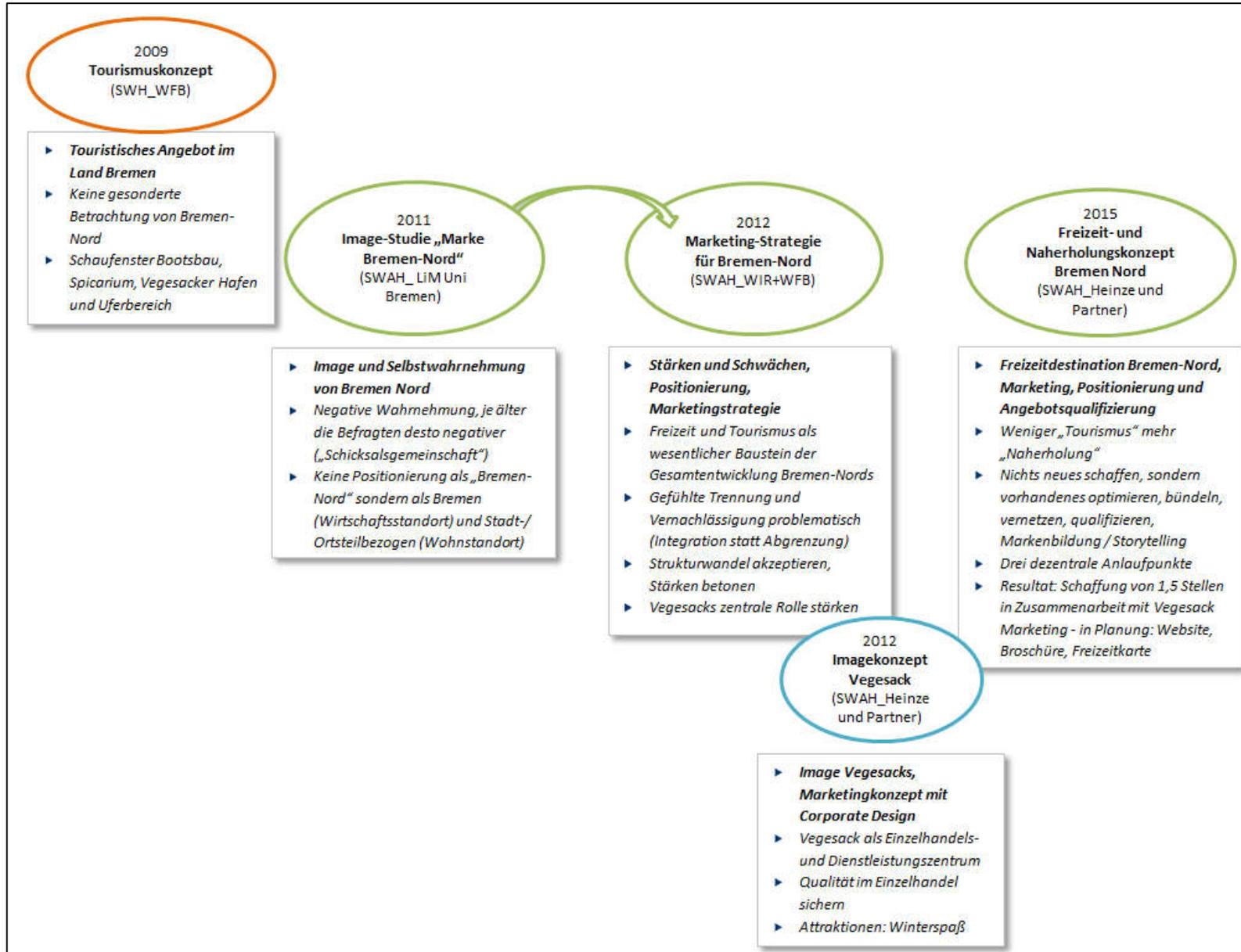
aufstellt. Mit dem Umbau des Busbahnhofs entsprechend dem Konzept wird noch 2016 begonnen. Für weitere Maßnahmen wird die Erstellung eines integrierten Entwicklungskonzeptes abgewartet (vgl. SUBV 2014, 21.03.2016). An einem solchen Konzept wird derzeit gearbeitet, im Frühjahr 2016 fanden bereits Beteiligungsverfahren statt. Das neue Konzept soll noch 2016 fertiggestellt werden und mit einer Anschubfinanzierung von drei Mio. EUR ausgestattet werden (vgl. Friedrichs 07.03.2016).

Themenfeld Marketing und Tourismus

Im Themenfeld Marketing und Tourismus agieren das Wirtschaftsressort (SWAH), die WfB und auch der Wirtschafts- und Strukturrat Bremen-Nord (WiR) als zentrale Akteure. Gemeinsam beauftragten sie 2011 die Universität Bremen mit einer umfangreichen Image-Studie zur „Marke Bremen-Nord“. Hier wurden auf Basis umfangreicher Befragungen Stärken (z.B. die Naturnähe) und Schwächen (z.B. die Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation) herausgearbeitet und Image und Selbstwahrnehmung des Stadtbezirks untersucht. Ein Ergebnis dieser Studie weist darauf hin, dass der Strukturwandel und die massiven Arbeitsplatzverluste die Innenwahrnehmung Bremen-Nords immer noch massiv negativ beeinflussen. (Die zentralen Aussagen finden sich in Kapitel 3.2.) Aus den Ergebnissen dieser Studie wurde 2012 eine „Marketing-Strategie für Bremen-Nord“ abgeleitet. Zudem wurde die Marketing-Strategie auf Vegesack übertragen und für den Stadtteil von Heinze und Partner ein Image- und Marketingkonzept erstellt („Imagekonzept Vegesack“ 2012).

2015 wurde zudem ein umfangreiches „Freizeit- und Naherholungskonzept“ (FUNK, Heinze und Partner) vorgelegt. Darin wird der Schwerpunkt der Aktivitäten in Bremen-Nord deutlich weg von Tourismus hin zu Naherholung gelegt. Anstatt neue Projekte anzugehen, sollten die vorhandenen Angebote im Stadtbezirk qualifiziert und besser vernetzt werden. In jedem Stadtteil soll ein zentraler Anlaufpunkt etabliert werden, der Besuchern die Angebote Bremen-Nords qualifiziert nahebringt. Auch die Umsetzung des Konzeptes wurde vom Konzeptersteller adressiert und klare Erfordernisse aufgezeigt. Für die Koordination und Umsetzung des Konzeptes wurde eine Stelle bei der WfB eingerichtet und mit Projektmitteln bis einschließlich 2017 ausgestattet.

Abbildung 18: Themenfeld Marketing und Tourismus



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016)

4.1.2 Ziel- und Maßnahmenverfolgung

Um eine Bilanzierung der Wirkungen der für Bremen-Nord aufgestellten Programme und Konzepte vorzunehmen, wurden diese im zeitlichen Längsschnitt analysiert. Hierfür wurde der Analysefokus auf zentrale politische Zielsetzungen gelegt und die jeweiligen Koalitionsvereinbarungen der Bremer Landesregierungen (seit 2003¹⁹) sowie das Zukunftsprogramm „Wohnen und Arbeiten in Bremen-Nord; Zukunft einer Region“ (SWAH & SUBV 2006 – im Folgenden Zukunftsprogramm²⁰) ausgewertet. Diese stellen i.d.R. einen konkreten räumlichen Bezug zu Bremen-Nord her. Außerdem wurden andere städtische Programme und Konzepte aus der Dokumentenanalyse (u.a. Tourismuskonzept, Aktionsprogramm Innenstadt) sowie andere thematische oder räumliche Konzepte wie z.B. das Freizeit- und Naherholungskonzept (Heinze und Partner 2015) oder das Stadtteilkonzept Blumenthal (IAW 2007) mit einbezogen, um die Auswertung gezielt zu ergänzen. Der Hauptfokus lag allerdings auf der Analyse der durch die Stadt bzw. der Politik entwickelten Konzepte für den Stadtbezirk Bremen-Nord und deren Umsetzung.

Zentral bei der Analyse der Programme und Konzepte waren die aus diesen ableitbaren Zielsetzungen und vor allem die daraus resultierenden, geplanten Maßnahmen. Einen Überblick der für Bremen-Nord definierten Ziele gibt die Abbildung 19. Um die Übersicht der zahlreichen Ziele und Maßnahmen zu erleichtern, wurden sie in der Analyse nach Themenschwerpunkten den sog. Entwicklungsleitlinien der Dokumente geordnet. Grob unterscheiden kann man zwischen Zielen und Maßnahmen, die sich auf die wirtschaftliche Entwicklung Bremen-Nords beziehen (so z.B. Tourismus, Einzelhandel, Gewerbeflächenentwicklung, Verkehr) oder den Stadtbezirk als Wohnstandort aufwerten (Naherholung, Wohn- und Quartiersentwicklung, Verkehr).

Letztlich wurden folgende fünf Entwicklungsleitlinien in der Analyse gewählt²¹:

- Zentrumsfunktionen/Einzelhandel (grün)
- Verkehr (orange)
- Tourismus/Naherholung/Freizeit (blau)
- Gewerbeflächenentwicklung (lila)
- Wohnen und Quartiersentwicklung (rot)

¹⁹ Soweit möglich werden vorher die jeweiligen Ausgangslagen in den einzelnen Themenbereichen beschrieben, auf denen die Ziele und Maßnahmen vieler in der Analyse betrachteten Programme und Konzepte beruhen. Im Rahmen des Investitionssonderprogramms (ISP) (1994-2004) sowie der Programmplanung Vege-sack (PMV 1996) wurden in Bremen-Nord bereits in den 1990er-Jahren Grundsteine gelegt, auf denen die in den letzten 10-15 Jahren definierten Maßnahmen für den Stadtbezirk aufbauen. Die Dokumente des ISP und der PMV liegen nicht vor und konnten daher nicht als eigenständiger Analysebaustein berücksichtigt werden.

²⁰ Zur besseren Nachvollziehbarkeit für den Leser wird in diesem Kapitel bei Aussagen aus zentralen Dokumenten von der üblichen Quellendarstellung abgewichen und der Kurztitel des jeweiligen Dokuments als Quelle angegeben.

²¹ Eine thematische Einordnung der einzelnen Maßnahmen und die Zuordnung zu bestimmten Zielsetzungen, wie sie hier vorge-

nommen wurde, liegt in dieser Form in den untersuchten Dokumenten nicht vor. Sie wurde für die Analyse gewählt, um den Überblick zu erleichtern. Die in dieser Analyse erwähnten Ziele der jeweiligen Dokumente waren ebenfalls nicht immer als „harte Zielformulierung“ in diesen enthalten. Auch weiche Formulierungen mit Zielcharakter wie z.B. „es ist wichtig den Bereich XY zu stärken“ wurden als eigenständiges Ziel betrachtet.

Abbildung 19: Ziele und Maßnahmen für Bremen-Nord

	Koalitionsvereinbarung 2003-2007 SPD/CDU	Zukunftsprogramm Bremen-Nord (2006)	Koalitionsvereinbarung 2007-2011 SPD/DIE GRÜNEN	Koalitionsvereinbarung 2007-2011 SPD/DIE GRÜNEN	Koalitionsvereinbarung 2015-2019 SPD/DIE GRÜNEN
..... Einzelhandel/Zentrumsfunktion					
..... Tourismus/Naherholung					
..... Gewerbeflächenentwicklung					
..... Verkehr					
..... Wohnen/Quartiersentwicklung					
	<ul style="list-style-type: none"> Weiterentwicklung des 2003 errichteten Einkaufszentrums Haven Hövvt. Aufwertung der Achse zwischen Haven Hövvt. und Sedanplatz u.a.: <ul style="list-style-type: none"> Bau einer Markthalle am Sedanplatz Errichtung wetterfester Passagen Umnutzung des Kaufhauses Kramer Bessere Vermarktung des Standorts Bremen-Nord durch koordinierte Zusammenarbeit des Einzelhandels Stärkung des Nebenzentrums Burglesum (Wegeverbindung zwischen beiden Polen/Parkmöglichkeiten im Zentrum) Revitalisierung des Nebenzentrums Blumenthal (städtebauliche Anbindung Blumenthalcenter an das Stadtteilzentrum, Aufwertung Bahnhof Blumenthal) 	<ul style="list-style-type: none"> Umgestaltung Sedanplatz/ Bau einer Markthalle Neuordnung Bushaltestelle Kirchheide Verknüpfung Fußgängerzone und Maritime Meile (Erneuerung der Wegeverbindungen) Innenstadtmarketing durch Citymarketing Vegesack e.V. Aufwertung Blumenthal: <ul style="list-style-type: none"> Gestalterische Aufwertung Landrat-Christians-Straße Arrondierung Blumenthalcenter Anbindung Bahnhof Blumenthal an die Farge-Vegesacker Eisenbahn Ausbau der Wegeverbindungen zur Weser Förderung gemeinsamer EHZ-Aktionen Burglesum: <ul style="list-style-type: none"> Erschließung Hindenburgstraße 	<ul style="list-style-type: none"> Standortgemeinschaften anregen/unterstützen (Achse Haven Hövvt. und Sedanplatz/ Attraktivierung Sedanplatz Nebenzentrale Funktionen Burglesums und Blumenthals stärken Weitere Unterstützung bestehender Stadtteilinitiativen (Bezug: Ganz Bremen) 	<ul style="list-style-type: none"> Stärkung der Stadtteilzentren insb. Blumenthalzentrum: Entwicklung verwaister Grundstücke und Umwandlung von Leerstand in Wohnraum Mittelfristig Strategie und Maßnahmenplan für den Ortskern erarbeiten und umsetzen Sanierung Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Vegesack Förderung regionaler Kunstprojekte 	<ul style="list-style-type: none"> In Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel Maßnahmen zur Verbesserung der zentralen Funktion von Vegesack erarbeiten Weiterentwicklung des Tourismuskonzepts (Maritime Meile und Bunker Valentin aufnehmen) Maritime Meile zur Verbesserung des touristischen Angebots nutzen Binnendünen in Blumenthal unter Landschaftsschutz stellen
	<ul style="list-style-type: none"> Intensivierung des Angebots an der Maritimen Meile: <ul style="list-style-type: none"> Nutzung des Hafen Speichers (Haven-Höbvt-Gelände) Ausbau der Strandlust zum Veranstaltungszentrum Wiederherstellung von Wätjens Park Ausbau Infrastrukturen Sportparksee Gramke Durchgehender Radwanderweg Farge-Burg Schaffung eines Tourismusbeauftragten 	<ul style="list-style-type: none"> Gestaltung des Speichervorplatzes (Maßnahme im Zuge der Neugestaltung des Vegesacker Hafens) Hafenmeisterhaus 	<ul style="list-style-type: none"> Entwicklung eines wirtschaftlich nachhaltigen Konzepts für die Gärerne Werft (Schäufenster-Bootsbau) Konzept zur besseren Vermarktung des Tourismus in Bremen Nord in Zusammenarbeit mit Trägern des bremischen Tourismus entwickeln und umsetzen Erhalt von Landschaft (inklusive Parks und Gärten), Schutz der Binnendüne 	<ul style="list-style-type: none"> Vermarktung des Tourismus in Bremen-Nord intensivieren. Besonderer Fokus: Maritime Meile, Festival Maritim (eigene Rolle im Tourismuskonzept) Sanierung Bürgerhaus – kulturelle Ankerfunktion Vegesack, Förderung regionaler Kunstprojekte Naherholungsfächen in HBN sichern, Binnendünen unter Landschaftsschutz stellen 	<ul style="list-style-type: none"> Gewerbegebiet BWK bedarfsgerecht weiterentwickeln, Historische Achse auf dem BWK-Gelände weiterentwickeln Science-Park/Science-Center in Kooperation mit privatem Investor entwickeln (Schwerpunkt Gesundheitswirtschaft).
	<ul style="list-style-type: none"> Gewerbliche Entwicklung des BWK-Geländes Aufwertung Gewerbegebiet Steindamm (verkehrlich Erschließung) & Erweiterung Entwicklung Science-Park Nutzung der Wilhelm-Kaisen-Kaserne Intensivierung der Vermarktung des BIP Verzicht auf Ausweisung einer Wasserschutzzone und dortige Gewerbeentwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> Revitalisierung Vulkan West : BWK-Gelände (22 ha) Bestandsentwicklung Vulkangelände (Lärmschutzkonzept) Erweiterung Gewerbegebiet Steindamm Entwicklung Hermann-Fortmann-Straße Science-Park: Entwicklung eines Science-Centers als Nukleus Verfolgung des Projekts Gesundheitspark Friedehorst/Lesum Park Brachflächenrevitalisierung im Gewerbegebiet Farge-West (Prüfung der Möglichkeiten der Aufwertung des Standorts) 	<ul style="list-style-type: none"> Entwicklung BWK-Gelände (Ausweisung Gewerbegebiet) Entwicklung des Science-Park und Bau eines Science-Centers als Nukleus Weiterentwicklung Klinikum Bremen-Nord Gesundheitspark Friedehorst/Lesum Park (Nutzung der Wilhelm-Kaisen-Kaserne) Entwicklung BIP (Entwicklungskonzept erstellen) 	<ul style="list-style-type: none"> Städtebauliche Entwicklung und Integration des BWK-Geländes in den Stadtteil Blumenthal Einführung AK Nord Rathaus-Bürgermeisterrunde Außenstandort der Wirtschaftsförderung in Bremen-Nord eröffnen Stärkere (regionale) Vermarktung des BIP Innovative Branchen v.a. im Bereich Umweltwirtschaft (z. B. Windenergie) in HBN entwickeln JUB/Science-Park weiterentwickeln Errichtung des Gesundheitsparks Friedehorst unterstützen Profilierung des Klinikums Bremen-Nord 	<ul style="list-style-type: none"> Ressortübergreifendes Gesamtkonzept für Bremen-Nord mit konkreten Maßnahmen und Umsetzungsstruktur erstellen Prozessabläufe im Bauamt Bremen-Nord optimieren Zusammenarbeit der Akteure stärken (SUBV, SWAH, WFB, Bauamt-Nord)
	<ul style="list-style-type: none"> Verbesserung/Bereitstellung der verkehrlichen Infrastruktur/Verkehrsanbindung <ul style="list-style-type: none"> Verlängerung der B74/A270 bis Farge 15-Minuten-Takt zwischen Vegesack und HBF Schienegebundener ÖPNV auf Strecke der Farge-Vegesacker-Eisenbahn Integriertes Verkehrskonzept zur besseren Verzahnung und Lenkung der Verkehre vorlegen 	<ul style="list-style-type: none"> Wiederinbetriebnahme Farge-Vegesacker-Eisenbahn Ausbau des A270/B74n (letzter Teilschnitt) Umgestaltung Bahnhofsvorplatz 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Aussagen 	<ul style="list-style-type: none"> Einheitlicher ÖPNV Tarif Bremen-Nord und Bremen-Stadt 15-Min.-Takt (Hauptverkehrszeit) Bremen Hauptbahnhof, Bahnhof Bremen-Vegesack Verbesserung der Umsteigesituation am BHF. Blumenthal 	<ul style="list-style-type: none"> Entwicklungskonzept für Blumenthal aufstellen und umsetzen Aufwertung der Grohner Düne (mit Einbezug der Besitzergesellschaft) Durch Ausweisung eines Sanierungsgebiets Voraussetzungen für den Ankauf der Grohner Düne durch die Gewoba schaffen WIN und Soziale Stadt weiterführen, insbesondere Fokus auf Blumenthal
	<ul style="list-style-type: none"> Umbau der Gewerbeflächen am Rönnebecker-Hafen für Wohn- und Dienstleistungsnutzung Ausweisung Wohnungsbauprogramm 	<ul style="list-style-type: none"> WIN und Soziale Stadt Wohnentwicklung an Weserlagen sowie Binnendünen (z. B. Prüfung Wohnbebauung am Grohner Sportboothafen) 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Aussagen 	<ul style="list-style-type: none"> Umwandlung von Leerstand in Wohnraum (Blumenthalzentrum) Förderung regionaler Kunstprojekte WIN und Soziale Stadt fortsetzen Unterstützung von Schulen mit bes. Herausforderungen Unterstützung von Migranten (insb. Grohn, Marßel, Lüssum-Bockhorn) 	

Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016)

Der folgende Text zeichnet ein Gesamtbild der Zielsetzungen und Maßnahmen in den einzelnen Entwicklungsleitlinien. Die Berücksichtigung jeder einzelnen geplanten Maßnahme und deren Umsetzung sind in diesem Rahmen nicht darstellbar und nicht zweckdienlich.

Ziele und Maßnahmen in der Entwicklungsleitlinie: Zentrumsfunktionen/Einzelhandel

Ein bedeutendes Feld, in dem diverse Maßnahmen zur Revitalisierung Bremen-Nords geplant und umgesetzt wurden, ist der Bereich der Förderung des Einzelhandels. Zentrale Zielsetzung ist dabei der Erhalt der Zentrumsfunktionen in Bremen-Nord im Mittelzentrum Vegesack und den Nebenzentren Burglesum und Blumenthal (siehe grüne Leitlinie in Abbildung 19).

Mittelzentrum Vegesack

Das Einkaufszentrum Haven Höövts wurde Mitte der 1990er-Jahre durch einen privaten Investor auf der städtebaulichen Brache der Lürssen Werft im Vegesacker Hafen entwickelt (siehe Kapitel 4.2.1 – Schlüsselprojekte). Der Produktionsstandort der Werft hatte sich bereits 1988 aus dem Bereich des Vegesacker Hafens verlagert. Eine 90.000 m² große Brachfläche entstand. Im Rahmen des Investitionssonderprogramms ISP (Schwerpunktprojekt) wurde diese in den 1990er-Jahren durch die Stadt für eine Folgenutzung aufbereitet. Im Jahr 2003 wurde das Einkaufszentrum dann eröffnet. Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen der Programmplanung Mittelzentrum Vegesack (PMV) das Leitbild „Shoppingmeile“ entwickelt. Es sah eine Achse zwischen Haven Höövts und dem Sedanplatz am Ende der Vegesacker Fußgängerzone vor. Das Ziel war es, das neue Einkaufszentrum weiterzuentwickeln, in den Stadtteil zu integrieren und mit der Fußgängerzone zu verknüpfen und das Mittelzentrum Vegesack insgesamt gegenüber der Konkurrenz aus dem Umland zu stärken (vgl. Zukunftsprogramm 2006: 20; Der Senat 2003: 7).

Daher wurde dies in der Koalitionsvereinbarung der Regierungskoalition SPD/CDU von 2003 als zentrale Maßnahmen forciert. Neben weiteren Maßnahmen waren der Bau einer Markthalle am Sedanplatz (siehe Kapitel 4.2.1 – Schlüsselprojekte) und die Umnutzung des heruntergekommenen Kaufhauses Kramer am oberen Ende der Shoppingmeile hier zentrale Aspekte (vgl. Koalitionsvereinbarung 2003).

In dem Programm Mittelzentrum Vegesack wurden mit insgesamt drei Maßnahmen zur Umgestaltung und touristischen Nutzung des Vegesacker Hafens (Umbau Hafenmeisterhaus, Gestaltung Speichervorplatz, neue Wegeverbindung) drei wichtige Komponenten der „Maritimen Meile“ in Vegesack umgesetzt. Diese sollten sowohl der Stärkung der Mittelzentrumsfunktion Vegesacks als auch des touristischen Angebots dienen (vgl. FHB 2010: 35).

Im Rahmen des Zukunftsprogramms von 2006 sowie den folgenden Koalitionsvereinbarungen (2007, 2011) und dem Aktionsprogramm Innenstadt (2004) wurde diese Entwicklung durch weitere Maßnahmen unterfüttert und die Entwicklung in Vegesack sukzessiv fortgeführt. Das Aktionsprogramm greift die Maßnahmen am Sedanplatz sowie eine Neugestaltung des Vegesacker Bahnhofs auf und ergänzt Maßnahmen zur Stärkung der Verbindungen im Vegesacker Zentrum wie z.B. ein Verkehrsleitsystem, die Verknüpfung des Bahnhofsplatzes und Hafens mit der Grünverbindung Schönebecker Aue und eine Fußgängerbrücke an der Hermann-Fortmann-Straße zum Bahnhof (vgl. Aktionsprogramm Innenstadt 2004: 32). Diese Maßnahmen sind allerdings bisher nur zum Teil umgesetzt worden.

In Vegesack wurden von 1996 bis 2004 rund 43 Mio. EUR aus dem ISP und EFRE investiert. Hinzu kamen 2006 weitere 3,4 Mio. EUR aus dem Aktionsprogramm Innenstadt (vgl. Der Senat 04.11.2008: 27). Das Zukunftsprogramm von 2006 benennt eine Investitionssumme in Höhe von rund 18 Mio. EUR öffentlicher Mittel in Vegesack, die für die Erschließung des Haven Höövts, die Umgestaltung der Fußgängerzone und das City Marketing Vegesack bis 2006 ausgegeben wurden (vgl. Zukunftsprogramm 2006: 18). Zudem wurden öffentliche Dienstleistungen im neuen Stadthaus am Sedanplatz zentralisiert und so die Position Vegesacks als Mittelzentrum gestärkt.

Trotz umfangreicher Investitionen konnten die Schlüsselprojekte am Anfang und Ende der Shoppingmeile (Haven Höövts, Markthalle am Sedanplatz) ihre Wirkung nicht entfalten und haben zeitweise sogar zu einer räumlichen Entzerrung des Einzelhandelsangebots geführt. Das Haven Höövts ist insolvent, die Markthalle am Sedanplatz wird zum Teil zwischengenutzt. Weitere Maßnahmen (siehe Abbildung 19) hatten eher einen flankierenden Charakter zum Hauptkonzept und sind von ihrer Bedeutung daher zweitrangig. Maßnahmen wie die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes zum Beispiel tauchen in allen Konzepten immer wieder auf, so jüngst als eine zentrale Maßnahme des neuen integrierten Entwicklungskonzeptes für die Grohner Düne (vgl. SUBV 2016, Entwurf).

Das höher gesteckte Ziel, den Standort gegenüber der Konkurrenz aus dem Umland zu stärken und attraktiver zu machen, dürfte nur zum Teil erfüllt worden sein. Das zeigen vor allem die gescheiterten Schlüsselprojekte im Einzelhandel, die nicht genügend Publikum für einen wirtschaftlichen Betrieb anziehen konnten. Die mittelzentralen Funktionen Vegesacks konnten im Einzelhandel zwar erhalten und im Bereich öffentlicher Dienstleistungen gestärkt werden, größere Entwicklungen im Bereich Einzelhandel und Dienstleistungen, Freizeit oder Beschäftigung konnten jedoch nicht angestoßen werden. Vor diesem Hintergrund ist die weitere Positionierung Vegesacks als

Mittelzentrum durch weitere Großprojekte fragwürdig. Die Stellung Vegesacks für die übrigen Ortsteile Bremen-Nords und für die Umlandgemeinden sollte daher neu diskutiert und Maßnahmen zur Sicherung und Stärkung relevanter Daseinsfunktionen überprüft werden. Im Hinblick auf die hier untersuchte Zielstellung scheinen hauptsächlich das Stadtmarketing des Vegesack Marketing e.V. und vor allem dessen Veranstaltungen erfolgreich zu sein. Durch diese werden Besucher angezogen und nicht unerhebliche Umsätze generiert (laut den Berechnungen des Freizeit- und Naherholungskonzeptes erzielten die Veranstaltungen in Bremen-Nord im Jahr 2013 mit rund 400.000 Besuchern eine Bruttowertschöpfung von acht Mio. EUR – vgl. SWAH 2015b: 5).

Nebenzentren Blumenthal und Burglesum

Neben der Stärkung des Mittelzentrums Vegesack war die Entwicklung der beiden Nebenzentren Blumenthal und Burglesum ein Schwerpunktbereich, der mit verschiedenen Maßnahmen hinterlegt wurde.

Zur Stärkung des Stadtteilzentrums Burglesum wurde Mitte der 1990er-Jahren die städtebauliche Sanierung des Zentrums durchgeführt. Hierfür wurden ca. 1,7 Mio. EUR aufgewendet. In den Folgejahren wurde diese Sanierung durch diverse kleinteilige Maßnahmen flankiert (siehe Abbildung 19; vgl. Zukunftsprogramm 2006: 18-20; Aktionsprogramm Innenstadt: 44). Diese scheinen zur Aufwertung des Zentrums Burglesum und dem Erhalt seiner nebenzentralen Funktionen beigetragen haben.

In Blumenthal entstand mit dem Blumenthal-Center ein neuer Einzelhandelsstandort (siehe Kapitel 4.2.1 – Schlüsselprojekte). Mit der Durchführung der Planung (öffentliche Aufwendungen von 0,2 Mio. Euro) zur Entwicklung des Blumenthal-Centers durch einen privaten Investor wurde ein Versuch unternommen, Kaufkraftabflüsse aus dem Zentrum Blumenthals zu stoppen. Das Blumenthal-Center wurde 2003 eröffnet (Quelle Zukunftsprogramm 2006: 18-20). Auch hier wurden die Ansatzpunkte in den Folgejahren durch diverse Maßnahmen flankiert (siehe Abbildung 19).

In Blumenthal konnte mit dem Blumenthal-Center ein neuer (auch für das Umland bedeutender) Einzelhandelsstandort geschaffen werden. Die Re-Attraktivierung des alten Zentrums ist jedoch nicht geglückt (siehe Kapitel 4.5.1 – Quartiersentwicklung). Auch im kommunalen Zentren- und Einzelhandelskonzept der Stadt Bremen (2009) wird betont, dass das Blumenthal-Center zum neuen dominierenden Pol geworden sei. Der Abwärtstrend im alten Zentrum Blumenthals hingegen setzt sich weiter fort. Es ist bisher nicht gelungen, die beiden Pole Zentrum und Blumenthal-Center ausreichend miteinander zu verknüpfen, sodass auch das Zentrum von der neuen Entwicklung profitiert (vgl. Zentrenkonzept 2009: 82). Um dies zu ermöglichen, sollte die Wegeverbindung

zwischen dem alten Zentrum und dem Blumenthal-Center verbessert werden. Dies wurde in der Koalitionsvereinbarung von 2003 definiert und im Zukunftsprogramm Bremen-Nord von 2006 mit der gestalterischen Aufwertung der Landrat-Christians-Straße konkretisiert. Diese zentrale Maßnahme für die Entwicklung des Blumenthaler Zentrums ist 13 Jahre später allerdings immer noch nicht vollständig umgesetzt.

Insgesamt betrachtet zeigt die Dokumentenanalyse in diesem Themenbereich, dass die Maßnahmen einer klaren strategischen Leitlinie gefolgt sind und weitestgehend über mehrere Jahre hinweg umgesetzt wurden. Insbesondere in Vegesack wurden die Maßnahmen in der Entwicklungsleitlinie Zentrumsfunktionen / Einzelhandel konsequent und mit hohem Mitteleinsatz umgesetzt. Hinsichtlich der Zielsetzung konnten diese jedoch nicht den gewünschten Effekt erzielen. In der Koalitionsvereinbarung der Regierungskoalition von 2015 wird daher betont, in Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel Maßnahmen zur Verbesserung der zentralen Funktionen in Vegesack erarbeiten zu wollen (vgl. Koalitionsvereinbarung 2015).

Ziele und Maßnahmen in der Entwicklungsleitlinie: Verkehr

Die Maßnahmenplanung und Umsetzung im Bereich des Verkehrs (seit 2003) zielte vorrangig auf die Verbesserung der Verbindung zwischen Bremen-Nord und der Stadt Bremen sowie auf die Optimierung des Verkehrs innerhalb des Stadtbezirks ab (siehe orange Leitlinie in Abbildung 19).

In den Jahren vor 2003 wurden mit dem dreispurigen Ausbau der A 27 (50 Mio. EUR) und dem Umbau des Ihlpohler Kreisels (vier Mio. EUR) die Verbindung für den MIV zwischen dem Stadtbezirk und der Stadt Bremen verbessert (vgl. Zukunftsprogramm 2006: 24 ff.). Durch diverse kleinteilige Maßnahmen (u.a. Parkmöglichkeiten, Parkleitsystem, Straßenbau zur Verbesserung des Verkehrsflusses) wurde die Erschließung des Mittelzentrums Vegesack für den MIV optimiert (insgesamt 3,6 Mio. EUR) (vgl. Zukunftsprogramm 2006: 25 ff.). Der ÖPNV wurde zwischen Bremen Hbf und dem Bahnhof Vegesack ausgebaut und Haltepunkte des SPNV umgebaut, wie z.B. der Umbau des Bahnhofs Burg (8,5 Mio. EUR). Zudem wurden Hauptverkehrsstraßen (Optimierung Busverkehr) ausgebaut (15 Mio. EUR).²²

Insbesondere die ÖPNV-bezogenen Maßnahmen wurden ab 2003 und in den Folgejahren durch weitere Entwicklungsvorhaben ergänzt. Hierzu gehörten u.a.:

- die Verbesserung der A 270/B 74n bis Farge

²² Maßnahme aus dem ÖPNV-Konzept von 1984.

- die Wiedereinführung des schienengebundenen ÖPNV auf der Strecke der Farge-Vegesacker Eisenbahn
- die Einführung eines 15-Minuten-Taktes zwischen dem Bahnhof Vegesack und Bremen Hbf zu Hauptverkehrszeiten
- die Entwicklung eines integrierten Verkehrskonzepts zur verbesserten Lenkung und Verzahnung der Verkehre
- die Einführung eines einheitlichen ÖPNV-Tarifs für die Zone Bremen-Stadt und Bremen-Nord
- die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Vegesack und des Verkehrsknotenpunktes Bahnhof Blumenthal (noch in der Durchführung)

Mit dem Ausbau des schienengebundenen ÖPNV sowie der Anpassung der Tarife und der kurzfristigen Taktung zwischen Bremen-Nord und Bremen-Stadt sind die ÖPNV-Verbindungsmöglichkeiten zwischen dem Zentrum und dem Stadtbezirk kontinuierlich verbessert worden. Auch der Ausbau der A 280/B 74n sowie diverser kleinerer Projekte haben die Möglichkeiten des Individualverkehrs im Inneren des Stadtbezirks erweitert. Für eine konkrete Bewertung wäre hier eine genaue Analyse der Verkehrsflüsse notwendig. Eine positive Wirkung kann jedoch angenommen werden. Trotzdem bleiben lange Reisezeiten und eine hohe Pkw-Abhängigkeit, besonders in den Bereichen Bremen-Nords, die nicht direkt an der Bahnlinie liegen, ein Problem für die Attraktivität vieler Wohnlagen. Der aktuelle Verkehrsentwicklungsplan zeigt insbesondere in Bremen-Nord deutliche Potenziale zur Aktivierung von Nachfrage im ÖPNV-Bereich bei entsprechender Angebotsqualifizierung auf (vgl. Verkehrsentwicklungsplan 2015: 38 ff; 60 ff.).

Ziele und Maßnahmen in der Entwicklungsleitlinie: Tourismus/Naherholung/Freizeit

Ein weiterer wichtiger Entwicklungsstrang für Bremen-Nord, der durch zahlreiche Maßnahmen vorangetrieben wurde, war der Bereich Tourismus und Naherholung/Freizeit (siehe blaue Leitlinie in Abbildung 19). Auch wenn einige Maßnahmen sicherlich auf beide Bereiche zutreffen, wird hier grob zwischen den beiden Kategorien unterschieden. Im Bereich Tourismus liegen zudem Überschneidungen mit der Entwicklungsleitlinie Zentrenfunktionen/Einzelhandel vor.

Tourismus

Im Kontext des städtebaulichen Leitbilds „Maritime Meile“ aus der PMV (1996) wurden die Uferbereiche in Vegesack neu gestaltet. Ziel war es hier, das Mittelzentrum Vegesack für Tourismus und Naherholung aufzuwerten. Dies umfasste die Herrichtung eines Liegeplatzes für das Schulschiff Deutschland (1997),

die Umgestaltung des Vegesacker Hafens (Sicherung Hafenspeicher, Umbau Hochwasserschutz, 1997) sowie die Umgestaltung der Weserpromenade (1999), bis zum Schaufenster Bootsbau. Insgesamt wurden 22,9 Mio. EUR für diese Maßnahmen aufgewendet, die vorrangig die touristischen Qualitäten Bremen-Nords stärken sollten (vgl. Zukunftsprogramm 2006: 24 ff.; vgl. Stadtteilbericht 2010; Website Senatspressestelle).

Ab 2003 wurden durch die bremische Politik weitere Maßnahmen definiert, die auf die geschaffenen touristischen Infrastrukturen aufbauen. In den Folgejahren wurden diese stetig erweitert (siehe Abbildung 19). Die Nutzung des alten Hafenspeichers (Spicarium) und das Projekt Schaufenster Bootsbau (Gläserne Werft) auf dem ehemaligen Gelände der Vulkan AG am oberen Ende der Maritimen Meile in Vegesack bildeten zentrale Maßnahmen zur Intensivierung des touristischen Angebots auf der Maritimen Meile (siehe Kapitel 4.2.1 – Schlüsselprojekte). Diese beiden Maßnahmen wurden im Rahmen des Zukunftsprogramms im Jahr 2006 auf den Weg gebracht. Seit dem Jahr 2007 wurden verstärkt Maßnahmen zur besseren Vermarktung des Tourismus und der zuvor geschaffenen und geplanten touristischen Infrastrukturen und Projekte in Bremen-Nord definiert. In der Koalitionsvereinbarung von 2011 wurde beispielsweise eine eigene Rolle Bremen-Nords im Tourismuskonzept als mögliche Maßnahme definiert, die in dieser Form aber nicht umgesetzt wurde (vgl. Tourismuskonzept 2015).

Insgesamt betrachtet haben die Maßnahmen im Bereich Tourismus, wie der Umbau des Vegesacker Hafens und die Umgestaltung der Weserpromenade sicherlich zu Standortattraktivität Vegesacks beigetragen und die Aufenthaltsqualität entlang der Weser im Stadtteil erhöht. Die darauf aufbauenden und geschichteten Schlüsselprojekte und deren Vermarktung, wie das Spicarium oder die Gläserne Werft, die das Angebot an der Maritimen Meile intensivieren und diese touristisch beleben sollten, waren letztlich allerdings nicht in der Lage, wirtschaftlich betrieben zu werden und zur Entwicklung der Tourismusbranche in Bremen-Nord beizutragen. Einen ähnlichen Befund bezogen auf die Entwicklung im Tourismus zog auch der Kreisvorstand „der Grünen“ in Bremen-Nord 2015: „In Bezug auf Tourismus oder Arbeitsplatzschaffung waren die zugrunde liegenden Erwartungen und die daraus abgeleiteten Maßnahmen nicht immer realistisch.“ (Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen, Kreisvorstand Bremen-Nord 2015.)

Diese Einschätzung wurde in der Analyse des 2015 erstellten Freizeit- und Naherholungskonzeptes bestätigt. Insgesamt seien die wirtschaftlichen Effekte der Freizeit- und Tourismuswirtschaft in Bremen-Nord sehr bescheiden. Hierfür werden verschiedene Gründe angeführt. Zum einen reiche das nur in Maßen originelle Freizeitangebot nicht aus, um Bremen-Nord auch bei „Nicht-Nordern“ als Ausflugsziel auf der mentalen

Landkarte zu etablieren. Landschaft und Geschichte seien überall vorzufinden, maritime Attraktionen seien andernorts umfangreicher (z.B. in Bremerhaven). Die oben beschriebenen Schlüsselprojekte in diesem Bereich seien für die hohen Erwartungen, die mit ihnen verbunden werden, zu klein dimensioniert und es gebe nicht ausreichend Mittel, um Defizite und Fehlentwicklungen auszugleichen (vgl. FUNK 2015: 5-7).

Naherholung/Freizeit

Der zweite Themenbereich behandelt die Naherholung und Freizeit. Auch hier wurden seit 2003 diverse Maßnahmen definiert und umgesetzt, um den Stadtbezirk in diesem Bereich zu stärken. In der Koalitionsvereinbarung von 2003 waren die Anlage eines durchgehenden Radwanderwegs von Farge bis Burg sowie die Wiederherrichtung des Wätjens Parks Maßnahmen, die zur Aufwertung des Freizeit- und Naherholungspotenzials in Bremen-Nord beitragen sollten. Der Wätjens Park wurde bis 2006 als Ausgleichsfläche für die Entwicklung des Vulkan-Gewerbegebiets wieder hergerichtet (vgl. Zukunftsprogramm 2006:31/ Website Umweltbetriebe Bremen).

Im Zuge der Sandentnahme für die Errichtung des Bremer Industrieparks ab dem Jahr 2002 wurde der Sportparksee Grambke (Burglesum) für den Badebetrieb und Wassersport errichtet (2,3 Mio. EUR). Außerdem wurde die Neugestaltung der Außenflächen des Freibads Blumenthal (0,1 Mio. EUR) durchgeführt. Aus privaten Mitteln wurde zudem 1997 der Golfpark Lesum errichtet (vgl. Zukunftsprogramm 2006: 32). Auch aufbauend auf diese Entwicklungen wurden hier seit 2003 diverse weitere Maßnahmen definiert und umgesetzt.

Die Reattraktivierung des Wätjens Parks, der Schutz der Binnendüne in Blumenthal und die Schaffung des Sportparksees Grambke als ein Zentrum für Wassersport stellen Naherholungspotenziale – nicht nur für Bremen-Norder – dar und sind positive Beispiele zur Erhöhung der Standortqualität im Bereich Wohnen und Naherholung. Auch wenn hier das Schlüsselprojekt, die geplante Entwicklung einer Ruderregattastrecke nach internationalen Maßstäben letztlich nicht realisiert wurde, tragen der See und das Wassersportzentrum zur Stärkung der lokalen und regionalen Naherholungsfunktion bei.

Mit dem Freizeit- und Naherholungskonzept und der eigens dafür geschaffenen Koordinierungsstelle bei der WfB soll nun der Ansatz verfolgt werden, vorhandene Qualitäten und Freizeitangebote zu qualifizieren und zu vernetzen und für bestimmte Zielgruppen spezifischer zu vermarkten. Dabei liegt der Schwerpunkt nicht mehr auf der Positionierung Bremen-Nords als überregionales Tourismusziel, sondern auf der Qualifizierung der Angebote im Stadtbezirk für Naherholung und Freizeitaktivitäten von Besuchern und Tagestouristen aus anderen Stadtteilen

Bremen-Nords, aus Bremen und dem näheren Umfeld (vgl. FUNK 2015: 12).

Ziele und Maßnahmen in der Entwicklungsleitlinie: Gewerbeflächenentwicklung

Ein weiterer Entwicklungsstrang, in den sich die geplanten und durchgeführten Maßnahmen für Bremen-Nord einteilen lassen, ist der Bereich Gewerbeflächenentwicklung (siehe lila Leitlinie in Abbildung 19). Auf Grundlage des IFP 1993 und des nachfolgenden Programms IFP 2010 wurden in Bremen-Nord im Bereich der Gewerbeflächenentwicklung bis 2003 folgende Maßnahmen durchgeführt.

Zum einen wurde das Gewerbegebiet Vulkan infolge des Konkurses der Vulkan Werft seit 1997 entwickelt (60,6 Mio. EUR bis 2006). Es hatte bereits bis 2006 ein Arbeitsplatzaufkommen vorzuweisen, welches dem der auf dem Gelände Beschäftigten bei der Schließung der Vulkan Werft entsprach. Außerdem wurden in Blumenthal 23 ha Fläche von der BWK erworben (Vulkan West) (14,2 Mio. EUR).

Bis 2003 wurde außerdem das Gewerbegebiet Steindamm durch die Errichtung einer Brücke über die naheliegende Eisenbahnlinie besser an das Verkehrsnetz angebunden (5,4 Mio. EUR). In Burglesum wurde zudem das Gewerbegebiet Marbel Süd erschlossen (0,8 Mio. EUR). Das Gewerbegebiet Uthoffstraße wurde durch die Schaffung neuer Parkmöglichkeiten aufgewertet (0,5 Mio. EUR) (vgl. Zukunftsprogramm 2006: 10 ff.).

Neben den gewerblichen Flächenentwicklungen wurde im Jahr 1999 die International University Bremen (IUB) in Bremen-Nord angesiedelt (117,9 Mio. EUR). In deren unmittelbarer Nähe sollte ab 2004 das Gewerbegebiet Science Park entstehen, welches Raum für forschungs- und technologieorientierte Unternehmen schaffen sollte. Diese beiden Entwicklungen stellten eine zentrale Maßnahmenkombination zur beabsichtigten wirtschaftlichen Neuausrichtung Bremen-Nords dar. In diesem Kontext wurden auch Flächen der Norddeutschen Steingut AG von der Stadt Bremen erworben (5,4 Mio. EUR) (vgl. Zukunftsprogramm 2006: 10 ff.).

In direkter Nähe zum Stadtbezirk Nord wurde außerdem seit 1994 der Bremer Industriepark (BIP)²³ entwickelt (vgl. Zukunftsprogramm 2006: 10 ff.).

Aufbauend auf den bis 2003 durchgeführten Maßnahmen wurden viele Gewerbeflächenprojekte in Bremen-Nord in den folgenden Jahren und Legislaturperioden weiterverfolgt. Die Koalitionsvereinbarung von 2003 stellt in diesem Themenbereich insbesondere

²³ Diesem wird aufgrund seiner Lage direkt an der Grenze zu Bremen-Nord eine strukturpolitische Relevanz für den Stadtbezirk zugeschrieben. Daher wird der BIP hier ebenfalls berücksichtigt.

re das Aufbauen auf die in den Jahren zuvor geschaffenen strukturpolitischen Ansätze, wie die Ansiedlung der IUB und der Revitalisierung der Vulkan-Flächen heraus (vgl. Koalitionsvereinbarung 2003). Zentrale Gewerbeflächenprojekte sind:

- die Entwicklung des Science Parks (nähe JUB)
- die Entwicklung des Gesundheitspark Friedehorst (Fläche Wilhelm-Kaisen-Kaserne) – jetzt Lesum Park
- die Entwicklung des BWK-/Vulkan-Geländes
- die Entwicklung des BIP
- Sonstiges (kleinere Gewerbegebiete/Flächen)

Science Park, Lesum Park und BWK-Gelände sind zentrale Schlüsselprojekte und werden daher in der Schlüsselprojektanalyse in Kapitel 4.2.1 genauer analysiert.

Das Resümee im Bereich der gewerblichen Flächenentwicklung fällt insgesamt positiv aus. Maßnahmen in einzelnen Gewerbegebieten wurden, aufbauend auf die bis 2003 getätigten Investitionen sukzessive umgesetzt. Allein die lange Jahre stillstehende Entwicklung des Science Parks und im Gewerbegebiet Farge-West konnten durch Maßnahmen der bremischen Politik bisher noch nicht verbessert werden.

Die gewerbliche Entwicklung auf dem BWK-Gelände und dem Vulkan-Gelände wurden und werden sukzessive fortgeführt. Im Bereich des Vulkan-Geländes wurde die öffentliche Erschließung und Entwicklung 2009 abgeschlossen. Dort haben sich zahlreiche Unternehmen angesiedelt und es konnten erhebliche Beschäftigungseffekte realisiert werden. Die vollständige Erschließung des BWK-Geländes (Baustufen 1 und 2) erfolgten bis Mitte 2015.

Das Gewerbegebiet Steindamm wurde bisher ebenfalls sukzessive weiterentwickelt. Hier stehe einem weiteren Ausbau (Stand 2013) die Klärung von Eigentumsfragen der Erweiterungsflächen im Weg. Die Intensivierung der Vermarktung des BIP ist gelungen, das Gewerbegebiet in naher Zukunft wahrscheinlich vollständig ausgelastet. Eine bedarfsgerechte Entwicklung sowie die stärkere Profilierung (innerbremischer Verlagerungsstandort) scheint geglückt. Auch die sonstigen Maßnahmen wurden weitestgehend mit positivem Ergebnis umgesetzt.

Für die gewerbliche Nutzung der ehem. Wilhelm-Kaisen-Kaserne wurde zu Zeiten des Zukunftsprogramms ein Entwicklungskonzept erarbeitet und Unterstützung der Stadt bei der Entwicklung zugesichert. Später wurde daraus das Projekt Lesum Park der Firma PROCON. Allerdings wurde gewerbliche Ausrichtung des Projektes 2015 aufgrund von Umsetzungsschwierigkeiten reduziert und der Fokus dieser Projektentwicklung auf Wohnungsbau verlagert (siehe Kapitel 4.2.1 und 4.4).

Die Entwicklung des Science Parks und der Bau des Science Centers gingen nach der Erschließung der Flächen 2010 nicht voran. Die ursprüngliche Ausrichtung des Gebiets aus wissensintensiven Dienstleistungen und Forschungsunternehmen und die damit verbundenen Erwartungen an eine Neuausrichtung der Nordbremer Wirtschaftsstruktur konnten nicht erfüllt werden. Die 2015/2016 stattgefundene Anpassung des Planungsrechts und der geplante Bau des „Science Centers“ bzw. „Next Campus Nord“ durch die Residenzgruppe lassen nun allerdings eine Entwicklung erwarten (siehe Kapitel 4.2.1). Inwiefern durch die Lockerung der Eingrenzung zulässiger Nutzungen der Bezug zur JUB erhalten bleibt, bleibt allerdings fraglich. Genauso ist abzuwarten, welche Rolle neben der Firma Phytolutions weitere potenzielle Ausgründungen aus der JUB für den Standort spielen werden. Ebenso unklar ist die Situation der JUB ab dem Jahr 2018. Obwohl sich die JUB nach Ansicht des Senats (Stand Ende 2015) auf einem guten Weg der Konsolidierung befinde, legt der aktuelle Jahresbericht der JUB eine erhebliche Finanzierungslücke offen (siehe Kapitel 4.2.1).

Ziele und Maßnahmen in der Entwicklungsleitlinie: Wohnen und Quartiersentwicklung

Der Entwicklungsstrang Wohnen- und Quartiersentwicklung stellt den letzten Handlungsbereich dar, dem Maßnahmen für die Entwicklung des Bremer Nordens zugeordnet werden (siehe rote Leitlinie in Abbildung 19).

Bis zur Aufstellung des Programms „Wohnen und Arbeiten in Bremen-Nord – Zukunft einer Region“ im Jahr 2006, wurde vor allem der Bau von Einfamilienhäusern und die Erschließung neuer Wohngebiete in den Ortsteilen Blumenthal, Vegesack, St. Magnus, Burgdamm, Grambke und Schönebeck vorangetrieben. Zudem wurden Altenwohnungen im Geschosswohnungsbau in den Ortsteilen Burg und Lesum geschaffen. Hochwertiger Wohnraum (Deichgrafen) ist im Vegesacker Zentrum in direkter Nähe zur Weser entstanden (vgl. Zukunftsprogramm 2006). Als zentrale Maßnahme ab 2003 wurde der Umbau der Gewerbeflächen am Rönnebecker Hafen für eine Wohnnutzung sowie eine Prüfung von möglichen Wohnentwicklungen in Weserlagen und auf Binnenflächen im Stadtbezirk aufgestellt.

Die Weiterführung von sozialen Stadtteilentwicklungsprogrammen wie WiN und Soziale Stadt erhielt eine zentrale Position in dieser Entwicklungsleitlinie. Die Behebung von Problemlagen in den Großsiedlungen und Geschosswohnungsbauten des sozialen Wohnungsbaus wurde als eine von drei strategischen Zielsetzungen des Zukunftsprogramms aufgestellt (vgl. Koalitionsvereinbarung 2003, Zukunftsprogramm 2006). Im Segment des Geschosswohnungsbaus in Marßel, der Grohner Düne, Lüssum-Bockhorn wurden zudem Verbesserung des Wohnumfeldes und der

Wohnungen sowie der Rückbau von Gebäuden mit hohem Leerstand gefördert (vgl. Zukunftsprogramm 2006; siehe Kapitel 4.4.1).

Ab 2011 steht die Entwicklung im Blumenthaler Zentrum verstärkt im Fokus der Koalitionsvereinbarungen. Dies betrifft die mögliche Umwandlung von gewerblichem Leerstand in Wohnraum im Blumenthaler Zentrum sowie die Erstellung eines neuen Entwicklungskonzepts für Blumenthal (vgl. Koalitionsvereinbarung 2011, 2015). In der Koalitionsvereinbarung von 2015 wurde zudem der Fokus auf die Verbesserung und schlussendlich den Erwerb der Grohner Düne sowie ein neues Entwicklungskonzept für Blumenthal gelegt.

Der Bereich Wohnen und Quartiersentwicklung weist vor allem im Bereich der Entwicklung neuer Wohnbauflächen eine sehr schleppende Umsetzung der getroffenen Zielsetzungen auf. Viele Wohnbauprojekte sind noch in der Planungs- und Vorbereitungsphase (so z.B. Wohnbebauung am Rönnebecker Hafen, Wohnbebauung Dewers-Gelände, Grohner Grün), die Verhandlungen mit Investoren gestalten sich schwierig (siehe auch Kapitel 2.6, 3.3 und 4.4). Zudem fällt auf, dass insbesondere kleine Entwicklungen mit weniger als 50 Wohneinheiten geplant werden, was zur Folge hat, die verpflichtende Quote für sozialen Wohnungsbau nicht erfüllen zu müssen (siehe Kapitel 4.4 - Wohnungsbau).

Städtebauförderungsprogramme wie Soziale Stadt und auch das Bremer Programm WiN wurden stetig fortgesetzt. Zusammenfassend lässt sich für diesen Bereich sagen, dass Marßel sich mittlerweile nur noch in einer verstetigenden Förderung befindet und sich das Quartier entsprechend der Indizes stabilisiert hat. Hinzugekommen ist allerdings das Alte Zentrum Blumenthal, das aufgrund starker Problemlagen seit 2014 WiN-Mittel erhält. Hierfür soll ein Konzept zur Beantragung einer Förderung durch Städtebaufördermittel erstellt werden. Lüssum-Bockhorn und die Grohner Düne sind weiterhin Zielgebiet der Förderungen; für die Grohner Düne wird gerade ein neues Entwicklungskonzept erstellt, um weitere Städtebaufördermittel zu beantragen (vgl. SUBV 2016 (Entwurf)). Die komplexen Wirkungen und Effekte in dieser Leitlinie können in diesem Kontext allerdings nicht bewertet werden, ebenso wie die Unterstützung der Schulen mit besonderen Herausforderungen und die Integrationsmaßnahmen von Migranten in Bremen-Nord (siehe Abbildung 19). Eine detailliertere Auseinandersetzung mit Förderungen in diesen Bereichen erfolgt in Kapitel 4.5.

4.1.3 Zwischenbilanzierung Dokumentenanalyse

Die Dokumentenanalyse legt offen, dass eine unübersichtliche Vielzahl an Konzepten, Studien und Programmen in den letzten 15 bis 20 Jahren entstanden ist. Dies lässt den politischen Willen erkennen, an der

durch den wirtschaftlichen Strukturwandel ausgelösten Situation Bremen-Nords etwas zu ändern. Die Dokumente adressieren auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen zahlreiche Handlungsfelder und stellen Maßnahmen zur Entwicklung Bremen-Nords und seiner Ortsteile auf. Insgesamt wurden über 50 Dokumente recherchiert und analysiert, die Aussagen zu Bremen-Nord treffen.

Die Maßnahmen und Handlungsempfehlungen, die häufig und umfangreich in den Konzepten aufgeführt werden, enthalten keinerlei Operationalisierung. Es wird nicht klar, wer, wann und mit welchen Mitteln die jeweiligen Maßnahmen umsetzen soll. Ohne eine konkrete Zuweisung von Verantwortlichkeiten, Zeiträumen und Mitteln scheint eine Umsetzung komplexer Maßnahmen mehr als fraglich und wirft die Frage nach einem „Konzepte-Aktionismus“ auf. Das Freizeit- und Naherholungskonzept 2015 ist das erste Dokument, das eine umfangreiche Umsetzungsstrategie beinhaltet. Zur Sicherstellung der Umsetzung des erarbeiteten Konzeptes wurde eigens eine Koordinierungsstelle eingerichtet.

Insgesamt werden in den analysierten Dokumenten keine Aussagen über die Finanzmittel für die Umsetzung von formulierten Maßnahmen getroffen. Die Nachverfolgung der Maßnahmen in der durchgeführten Analyse zeigt, dass die zuständigen Ressorts die Maßnahmen mit ihren Haushaltsmitteln umgesetzt haben, sofern keine EFRE- oder Städtebaufördermittel genutzt werden konnten. Ein gesonderter, für Bremen-Nord bereitgestellter Fördertopf vonseiten der Stadt, aus dem Maßnahmen des Zukunftsprogramms hätten gesichert finanziert werden können, gab es nicht. Viele zentrale Maßnahmen (in Vegesack) gehen noch auf die Impulsgebung des Investitionssonderprogramms von 1994 zurück.

In der Gesamtschau lässt sich der Nutzen mancher Konzepte hinterfragen. Besonders in Blumenthal wurden viele Dokumente erstellt, die keine oder wenig konkrete Maßnahmen zur Adressierung der herausgearbeiteten Probleme und Ansatzpunkte nach sich ziehen.

Es wurden selten Evaluationen der angestoßenen Konzepte angefertigt. Es ist sehr schwer nachzuvollziehen, was aus welchem Konzept mit welchem Erfolg oder Effekt umgesetzt wurde. Einzig die Zwischenbilanz zum Zukunftsprogramm unternimmt vonseiten des Wirtschaftsressorts den Versuch einer Bilanzierung. Das Dokument beinhaltet jedoch nur eine Aufzählung der umgesetzten Maßnahmen und der investierten Summen, eine Erfolgskontrolle im engeren Sinne wurde dabei nicht angefertigt.

Die Ziel- und Maßnahmenverfolgung in Kapitel 4.1.2 zeigt, dass auf Zielebene in allen fünf analysierten Bereichen insgesamt eine Strategie erkennbar ist, die über die verschiedenen Konzepte über die Zeit verfolgt wurde. Viele der aufgestellten Maßnahmen,

insbesondere die investitionsintensiven Schlüsselprojekte in Vegesack, wurden weitestgehend umgesetzt. Jedoch konnten die Maßnahmen in den zentralen Bereichen Tourismus und Einzelhandel wenig Wirkung entfalten, bei den Maßnahmen im Bereich Gewerbeflächen und Verkehr konnten jedoch positive Effekte erzielt werden (siehe auch Kapitel 4.2).

Als zentrale Akteure in Bremen-Nord präsentieren sich SWAH und die WfB. Diese beiden Institutionen versuchen durch Konzepterstellung und Beauftragung verschiedenster anderer Akteure für Handlungsfelder, die ein eng gefasstes Verständnis von Wirtschaft erweitern (wie z.B. die Immobilienstandortmanager, FUNK-Koordination) die Entwicklung Bremen-Nords in einem integrierten Ansatz zu beeinflussen.

4.2 Schlüsselprojektbilanzierung

Neben der Betrachtung der umfangreichen Dokumentenbasis ist eine gesonderte Betrachtung zentraler Projekte, sogenannter „Schlüsselprojekte“, von Bedeutung, um die Entwicklungen in Bremen-Nord einordnen zu können.

Die nachfolgende Auflistung stellt Schlüsselprojekte vor, die in den letzten zwei Jahrzehnten in Bremen-Nord entwickelt oder angestoßen wurden. Die hier aufgeführten Schlüsselprojekte wurden in zentralen Dokumenten zur Entwicklung Bremen-Nords formuliert (z.B. im Zukunftsprogramm „Wohnen und Arbeiten in Bremen-Nord“ siehe Dokumentenanalyse Kapitel 4.1) oder in der Bürgermeisterrunde, dem Rathaus-AK Bremen-Nord als Schlüsselprojekte thematisiert (siehe Kapitel 4.3). Ausschlaggebend für die Kategorisierung als Schlüsselprojekt ist die (potenzielle) Bedeutung und Ausstrahlkraft des Projektes, die über das eigentliche Projekt hinausgehen soll. Die jeweiligen Projekte wurden in den entsprechenden Dokumenten als Projekte formuliert, die einen Mehrwert für die Entwicklung des Stadtteils oder ganz Bremen-Nords erzielen sollen. Als Schlüsselprojekte wurden folgende Projekte eingeordnet und untersucht:

Wirtschaftsstrukturelle Projekte:

- Jacobs University (IUB) 1999 / 2001
- Science Park 2004 / 2009
- Lesum Park (Gewerbe) 2011 / 2015
- BWK-Gewerbegebiet 2012 / 2015

Zentrenentwicklung und Einzelhandel:

- Haven Höövt 1996 / 2003
- Markthalle am Sedanplatz 2002 / 2007
- Maritime Meile Vegesack:
 - Gläserne Werft / Schaufenster Bootsbau 2003 / 2008
 - Spicarium 2011
- Blumenthal-Center 2003

Wohnungsbauprojekte:

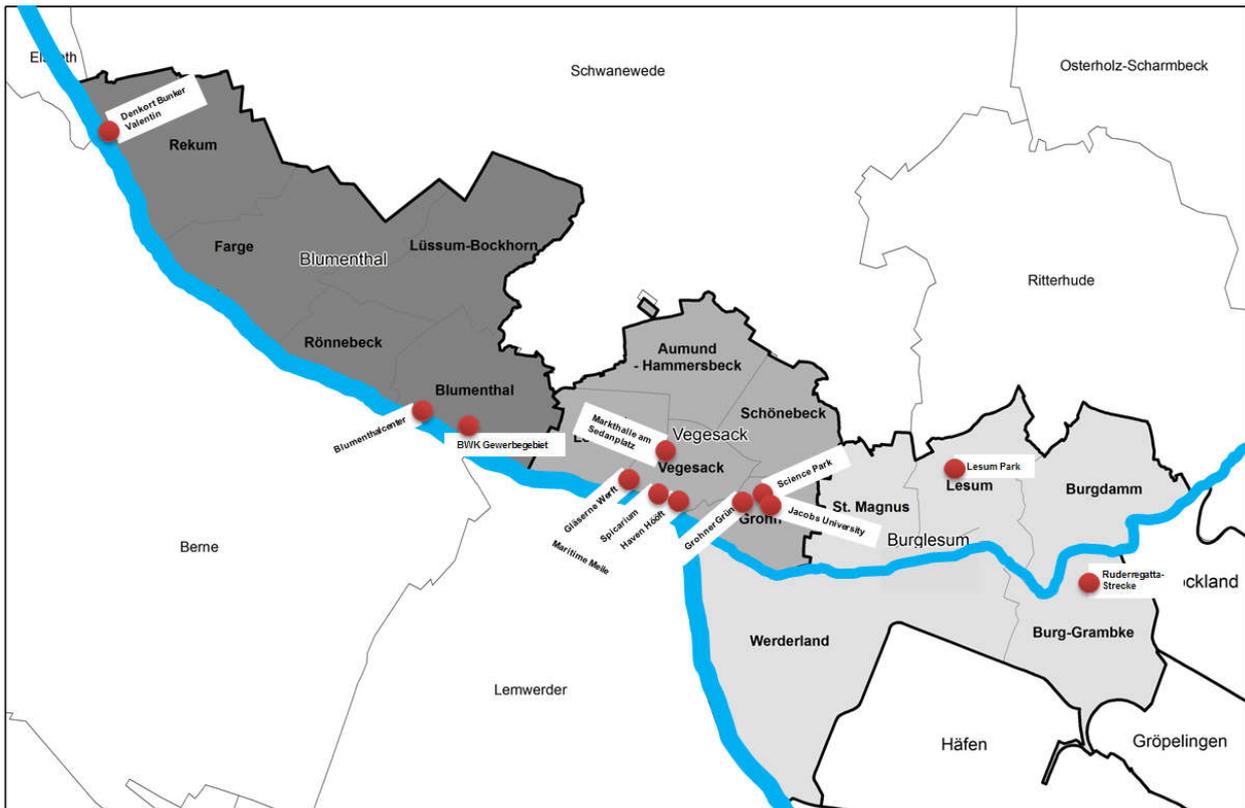
- Grohner Grün 2012
- Lesum Park (Wohnen) 2015

Kultur und Freizeit:

- Internationale Ruderregattastrecke 1999
- Denkort Bunker Valentin 2009 / 2015

Die räumliche Verortung der Schlüsselprojekte in Bremen-Nord ist der Karte 7 zu entnehmen. In kurzen Steckbriefen werden anschließend die einzelnen Schlüsselprojekte beschrieben und deren strategische Bedeutung skizziert. Der Umsetzungsstand und die Wirkung der Projekte werden eingeordnet.

Karte 7: Schlüsselprojekte in Bremen-Nord



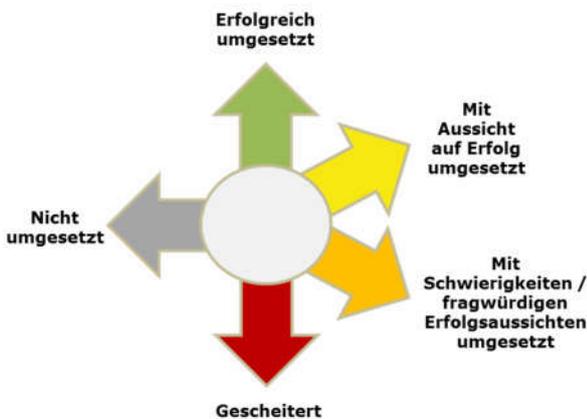
Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016)

4.2.1 Steckbriefe zentraler Schlüsselprojekte

Nachfolgend werden die Schlüsselprojekte in kurzen Steckbriefen dargestellt und einer Bilanzierung unterzogen. Neben einer Beschreibung des Projektes und dem jeweiligen aktuellen Stand (Juni 2016) wird die strategische Bedeutung des Projektes erörtert.

Rathaus-Arbeitskreis oder von anderen Ressortvertretern herangezogen. Die dort gesetzten Ziele und Wirkungsabsichten der Projekte dienen als Grundlage für die anschließende Bilanzierung. Diese erfolgt darauf aufbauend mit einer Einordnung von Umsetzungsstand und Wirkung. Die dafür notwendigen Informationen wurden aus zahlreichen unterschiedlichen Dokumenten und Medienberichten entnommen und zusammengeführt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird daher auf eine Angabe der Quellen im Text verzichtet.

Für eine übersichtliche Bilanzierung wurde ein grafisches Kategoriensystem aufgestellt, in dem die Projekte einer von sechs Kategorien von „Erfolgreich umgesetzt“ bis „Gescheitert“ und „Nicht umgesetzt“ zugeordnet werden. Projekte, die sich derzeit in Umsetzung befinden, wurden je nach Entwicklung in die Kategorien „in Planung“, „Mit Aussicht auf Erfolg umgesetzt“ oder „Schwierigkeiten und unklare Erfolgsaussichten“ eingeordnet.



Hierzu wurden die Aussagen aus den innerhalb der Dokumentenanalyse ausgewerteten zentralen Programmen und Konzepten für Bremen-Nord, z.B. das Zukunftsprogramm 2006 sowie Aussagen aus dem

Wirtschaftsstrukturelle Projekte:

	Jacobs University
Beschreibung	<p>Die Jacobs University Bremen (JUB) (ehemals International University Bremen - IUB) ist eine private internationale Hochschule, die 1999 im Ortsteil Grohn (Stadtteil Vegesack) auf dem ehemaligen Gelände der Roland-Kaserne gegründet wurde und 2001 den Lehrbetrieb aufgenommen hat. Zurzeit sind rund 1.100 Studierende aus 102 verschiedenen Ländern an der Universität eingeschrieben.</p> <p>Für die Entwicklung der Universität wurde seitens des Landes Bremen eine Anschubfinanzierung von 110 Mio. EUR an öffentlichen Mitteln bereitgestellt. Finanzieren sollte sich die Universität aus Studiengebühren, Drittmitteln sowie privaten Spenden. Das ursprüngliche Finanzierungskonzept reichte allerdings nicht aus, um die laufenden Kosten der Universität zu decken. Vor dem Aus bewahrte die Universität im Jahr 2006 eine Zuwendung der Jacobs Foundation von insgesamt 200 Mio. EUR sowie Zuwendungen des Landes von insgesamt 23 Mio. EUR bis 2011 und 40 Mio. EUR aus der Hochschulförderung des Bundes. Trotz der Millionenzuwendungen gelang es der JUB nicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Ende 2012 wies sie ein strukturelles Defizit von 20 Mio. EUR pro Jahr auf. Infolgedessen wurde ein Konsolidierungsplan mit einer Laufzeit bis 2018 aufgestellt, mit dem die JUB bis 2018 ohne Hilfen des Landes Bremens auskommen soll. Bis dahin werden noch einmal 15 Mio. EUR an Landesmitteln gewährt. Im Zuge der Konsolidierung muss die Universität in den Bereichen Studium, Lehre und Forschung neu aufgestellt werden. Der Betrieb der Universität wird neu strukturiert, die Zahl der Studierenden muss erhöht und die Zahl der Mitarbeiter verringert werden. Die Schwerpunkte der Universität wurden auf drei Themenbereiche gebündelt, die Zahl der Studiengänge reduziert.</p>
Aktueller Stand	<p>Zurzeit befindet sich die JUB mitten innerhalb der Konsolidierungsphase. Die JUB sei nach Ansicht des Senats auf einem guten Weg. Der aktuelle Jahresbericht legt zwar einen ausgeglichenen Haushalt vor, nach Auslaufen der öffentlichen Zuwendungen und der Reduzierung der Mittel der Jacobs Foundation im Jahr 2018 ergebe sich nach derzeitigem Stand allerdings wieder ein Defizit von über 9,5 Mio. EUR. Diese Finanzierungslücke muss im kommenden Jahr geschlossen werden, um den Konsolidierungsplan einzuhalten.</p>
Strategische Bedeutung	<p>Die Jacobs University sollte einen Entwicklungsimpuls für Bremen-Nord geben und dabei helfen, die Bewältigung des Strukturwandels voranzutreiben. Auch dem langjährigen Negativtrend der Einwohnerentwicklung des Stadtbezirks sollte die Universität durch die Ansiedlung von Studenten und Mitarbeitern vor Ort entgegenwirken. Für die Entwicklung des angrenzenden Gewerbegebiets Science Park, stellt(e) die Universität den Ausgangspunkt dar. Gemeinsam sollten Science Park und JUB einen zentralen Impuls für die Ausdifferenzierung der nordbremischen Wirtschaftsstruktur geben und einen neuen Schwerpunkt in den Bereichen Forschung und Entwicklung und wissensintensiver Dienstleistungen entwickeln. Diese erhofften Wirkungen und die Synergie-Effekte mit dem Science Park waren zentrales Argument für die Bereitstellung öffentlicher Gelder für die Entwicklung der JUB (Der Senat 2003: 8).</p>

<p>Bilanz</p>	<div data-bbox="427 248 1294 835" data-label="Diagram"> </div> <p>Die bisherige Entwicklung zeigt offensichtliche und strukturelle Schwierigkeiten im Finanzierungskonzept der JUB auf. Ob es gelingt, den Konsolidierungskurs umzusetzen, bleibt zum derzeitigen Zeitpunkt fraglich.</p> <p>Das zentrale Ziel der öffentlichen Förderungen der JUB, die Ausdifferenzierung der Wirtschaftsstruktur und die Entwicklung eines Gewerbegebiets mit wissensintensiven Branchen im Science Park, wurde bis zum derzeitigen Zeitpunkt nicht erreicht. Auch wenn mit dem Next Campus Nord (siehe Schlüsselprojekt Science Park) nun eine erste Entwicklung im Science Park absehbar ist, ist der Synergie-Effekt zwischen Universität und Gewerbefläche kaum vorhanden. Bisher fand mit dem Unternehmen Phytolutions nur eine Ausgründung aus der JUB statt. In wie fern sich dies im Rahmen des Neustrukturierungsprozesses der JUB ändern wird, bleibt derzeit offen.</p> <p>Zudem scheint es wenig Bezug zwischen der Universität und dem lokalen Kontext zu geben. Es stellt sich die Frage, ob sich nicht analog zu Bremerhaven eine eher natur- und wirtschaftswissenschaftlich aufgestellte (Fach-)Hochschule besser in das Umfeld in Bremen-Nord eingebettet und damit bei der Bewältigung des Strukturwandels hätte besser unterstützen können.</p>
----------------------	--

	Science Park
Beschreibung	<p>Der Science Park ist ein Gewerbegebiet im Vegesacker Ortsteil Grohn, welches in direkter Nähe zur 1999 gegründeten JUB liegt. Hier sollte – in erster Linie – Raum für die Ansiedlung technologie-orientierter Unternehmen geschaffen werden und mögliche Synergie-Effekte mit der JUB entstehen, um so den Strukturwandel in Bremen-Nord voranzutreiben. Der Bau eines Science Centers sollte als Nukleus und Inkubator für die Entwicklung des Gebiets dienen.</p> <p>Die Umsetzung dieses Projektes wurde bereits 2004 vom Bremer Senat beschlossen. Die Flächen wurden 2009 durch die Stadt Bremen erworben und 2010 erschlossen. Der Bau des Science Centers wurde ab 2011 durch einen privaten Investor geplant, jedoch nicht umgesetzt. Die Fläche wurde 2015 von einem anderen Investor, der Residenz-Gruppe, gekauft. Dieser will sie nun als gewerblichen Komplex unter dem Namen „Next Campus Nord“ entwickeln. Da die vorgesehenen Mieter aus dem Bereich Gesundheitswirtschaft vornehmlich keinen Bezug zur JUB haben, mussten die baurechtlichen Einschränkungen des Science Parks verändert werden, um auch Gewerbe ohne Bezug zu Forschung und Entwicklung auf der Fläche zu ermöglichen.</p>
Aktueller Stand	Zuletzt wurde der Bebauungsplan 1299, der die Nutzung des Gebiets des Science Parks reguliert, geändert. Ende 2015 wurde in der Presse ein Baubeginn für die zweite Jahreshälfte 2016 angekündigt.
Strategische Bedeutung	Der Science Park sollte neben der JUB und dem Projekt Lesum Park maßgeblich zu einer Ausdifferenzierung der Wirtschaftsstruktur in Bremen-Nord beitragen. Beabsichtigt war die Realisierung eines Technologieparks, welcher Ansiedlung für FuE-orientierte Unternehmen ermöglicht und auch Platz für Ausgründungen aus der naheliegenden Universität bereithält und somit vor Ort den Technologietransfer von Wissenschaft in die Wirtschaft fördert. Im Zukunftsprogramm 2006 wurde die Entwicklung des Science Parks als eines der wichtigsten Projekte zur Bewältigung des Strukturwandels in Bremen-Nord herausgestellt. Bis 2013 sind bereits rund 4,6 Mio. EUR öffentlicher Mittel in die Entwicklung der Fläche investiert worden (SWAH 27.11.2013: 4).
Bilanz	<div style="text-align: center;"> </div> <p>Die Entwicklung des Science Parks bzw. der Bau eines Science Centers hat sich jahrelang hingezogen. Zum einen bereiten die unsichere Situation der JUB, zum anderen eine mangelnde Nachfrage und die Einschränkungen der gewerblichen Nutzung durch das Bauplanungsrecht für den Science Park Schwierigkeiten bei der Vermarktung. Nun scheint die Umsetzung einer ersten Projektentwicklung absehbar. Nach der bisherigen Entwicklungsgeschichte des Projektes kann dies als positives Zeichen gewertet werden. Fraglich bleibt, inwiefern es zukünftig gelingt, das angestrebte Ziel einer Ausdifferenzierung der Wirtschaftsstruktur innerhalb Bremen-Nords zu realisieren. Zwar ist die Ansiedlung von FuE-orientierten Unternehmen weiterhin gewünscht, letztlich könnte sich der Science Park aber zu einem Gewerbegebiet ohne große Bezüge zu FuE entwickeln.</p>

	Lesum Park
Beschreibung	Der Lesum Park (ehemals Gesundheitspark Friedehorst) ist ein städtebauliches Projekt auf dem Gelände der ehemaligen Wilhelm-Kaisen-Kaserne. In direkter Nähe zur Inneren Mission Friedehorst (und ursprünglich in enger Abstimmung mit dieser) soll durch einen privaten Investor ein neues Stadtquartier mit einem Schwerpunkt im Bereich Gesundheitswirtschaft entstehen. Seit 2011 arbeitet PROCON in Abstimmung mit der Inneren Mission Friedehorst und der Stadt Bremen an der Realisierung des Lesum Parks. Das ursprüngliche Konzept umfasste neben neuen Wohngebäuden, Nahversorgung und Einrichtungen im Pflegebereich auch die Entwicklung von Produktions- und Dienstleistungseinheiten in einem Gesundheitspark mit überregionaler Ausstrahlung. Im Jahr 2015 wurde die Konzeption allerdings verändert, da sich in der Entwicklung des gewerblichen Teils Umsetzungsschwierigkeiten ergaben („mangelnde Nachfrage und fehlende Investitionskraft der Vereinigten Anstalten Friedehorst“ (B-Plan 1209: 4)). Die gewerbliche Nutzung wurde zugunsten einer stärkeren Ausrichtung auf Wohnen reduziert.
Aktueller Stand	Die Erschließung des Lesum Parks, der Bau eines Ärztehauses, eines Nahversorgers und erster Wohneinheiten sind abgeschlossen. Aufgrund der erforderlichen Änderungen in der Konzeption wurde im Dezember 2015 die Änderung des Bebauungsplanes 1209 von Gewerbefläche zu Wohnbaufläche beschlossen. Das neue Konzept umfasst zusätzliche 150 Wohneinheiten auf den ehemaligen Gewerbeflächen. Die Bremer Quote für Sozialwohnungen von 25 Prozent soll dabei umgesetzt werden.
Strategische Bedeutung	Das Projekt Lesum Park sollte mit dem gewerblichen Schwerpunkt in der Gesundheitswirtschaft neben dem Science Park zur Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur in Bremen-Nord beitragen und auch Impulse für die Beschäftigung mit sich bringen. Nun gilt der Lesum Park als zentrales Wohnungsbauprojekt, das mit seiner ausgezeichneten Standortgunst (integrierte Lage, ÖPNV-Anbindung) dazu beitragen soll, die steigenden Wohnraumbedarfe in Bremen zu decken und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
Bilanz	<p>Der Lesum Park als gewerbliche Entwicklung im Gesundheitsbereich als „wirtschaftspolitisches Schwerpunktprojekt“ (SUBV/SWAH 2013: 2) wird so nicht mehr umgesetzt und muss daher als gescheitert bewertet werden.</p> <p>Das Projekt insgesamt wird allerdings umgesetzt und die Neuausrichtung auf Wohnen verspricht gute Erfolgsaussichten, da die Wohneinheiten des ersten Bauabschnitts bereits fertiggestellt wurden. Der Lesum Park trägt somit dazu bei, neuen Wohnraum in integrierter Lage in Bremen-Nord zu schaffen. Die ursprünglich erhofften Effekte auf die Wirtschaftsstruktur und die Beschäftigung werden sich so allerdings nicht einstellen können.</p>

	BWK- Gelände
Beschreibung	Bei der Entwicklung des BWK- Geländes handelt es sich um eine zentrale Gewerbeflächenentwicklung für produzierendes Gewerbe im Ortsteil Blumenthal auf dem Gelände der ehemaligen Bremer Woll-Kämmerei. Im Rahmen von betrieblichen Umstrukturierungsprozessen der Bremer Woll-Kämmerei wurde ein Teilgrundstück nicht mehr benötigt und 2003 von der Stadt Bremen erworben. Für die insgesamt 23 ha große Fläche wurde im Jahr 2006 ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt, um die potenziellen Nutzungsmöglichkeiten des alten Gebäudebestands auf dem BWK- Gelände zu ermitteln und ein Konzept zur gewerblichen Nutzung zu erarbeiten. Geplant wurde die Ansiedlung produzierender Betriebe aus den Branchen Metall-, Maschinen- und Anlagenbau sowie Windenergie und Logistik. 2008 wurden die Erschließungsarbeiten für die erste Baustufe (Vulkan West) beendet. 2012 erwarb die Stadt Bremen nach dem Ende der Bremer Woll-Kämmerei die restlichen Flächen für die Entwicklung der zweiten Baustufe (BWK). Die Erschließung der zweiten Baustufe wurde im Frühjahr 2015 mit der Einweihung der historischen Achse, die eine Querverbindung durch das Gebiet zur Weser schafft, abgeschlossen. Für die Erschließung der zweiten Baustufe wurden ca. 14 Mio. EUR (EFRE- und Landesmittel) aufgewendet.
Aktueller Stand	Die Vermarktung der Flächen auf dem BWK-Gelände läuft. Derzeit befinden sich unter anderem ein Chemiefaserunternehmen, ein Heizkraftwerk, eine Tischlerei, ein Catering-Unternehmen, Metall verarbeitende Betriebe, der Bremer Wollhandel, diverse Logistiker, ein Lackierzentrum und ein Dienstleister für Energie- und Entsorgungswirtschaft auf dem Gelände. Weitere Entwicklungen befinden sich in Planung. Die WfB geht von einer mittelfristig positiven Entwicklung des Geländes aus. Die mögliche Entwicklung des ehemaligen Sortierhauses an der historischen Achse mit einem Mix aus Büros, Ateliers, Gewerbe und kultureller Nutzungen wird von der WfB geprüft und vorangetrieben. Die Arkadengebäude am Eingang des Geländes wurden bereits von einem Investor (M-Projekt) saniert und von ersten Nutzern, beispielsweise dem Ortsamt, bezogen.
Strategische Bedeutung	Im Zukunftsprogramm 2006 wurde herausgestellt, dass das Potenzial an freien Gewerbeflächen in Bremen-Nord im Vergleich zu anderen Stadtbezirken äußerst gering sei. Mit der Entwicklung der ehemaligen Flächen der Bremer Woll-Kämmerei sollte dem entgegengewirkt werden. Mit der Schaffung von Ansiedlungsmöglichkeiten im produzierenden Gewerbe sollte der Standort gestärkt und Unternehmen die Möglichkeit zur Erweiterung gegeben werden. Laut Zukunftsprogramm sollte durch die Entwicklung auch das strukturelle Defizit Bremen-Nords insgesamt vermindert werden.
Bilanz	<div style="text-align: center;"> </div> <p>Die Entwicklung des BWK- Geländes läuft gut an und das Projekt wurde mit Aussicht auf Erfolg umgesetzt. Erste Unternehmen des produzierenden Gewerbes nutzen die neuen Gewerbeflächen bereits. Für eine weitere Ausdifferenzierung der Unternehmensstruktur, wie es für die historischen Gebäude geplant wird, muss allerdings auch das Umfeld weiter entwickelt werden. Gastronomische Angebote und ein ansprechendes Umfeld im Nahbereich sowie im weiteren Sinne gute Wohn-, Betreuungs- und Freizeitangebote sind für Unternehmen von zunehmender Bedeutung. Hier liegen besonders in Blumenthal große Handlungserfordernisse vor.</p>

Zentrenentwicklung und Einzelhandel:

Haven Hööv't	
Beschreibung	<p>Das Einkaufszentrum auf dem Gelände der ehemaligen Lürssen Werft am historischen Hafen in Vegesack wurde 1996 beschlossen. Zuvor scheiterten mehrere alternative Ideen für die Nutzung der Fläche, die mit Mitteln der Programmplanung Mittelzentrum Vegesack nach dem Ende der Werftnutzung hergerichtet wurde. Das größte Einkaufszentrum in Bremen-Nord wurde von der Albrecht Vermögensverwaltung (AVW) errichtet und 2003 eröffnet.</p> <p>Die ursprünglichen Pläne beinhalteten neben Einzelhandel auch Freizeiteinrichtungen (Kino, Diskothek, Bowlingbahn), die für Vegesack eine wichtige Angebotsergänzung für junge Menschen dargestellt hätten. Diese Pläne wurden allerdings vom Investor nicht umgesetzt. Seit 2012 befindet sich das Haven Hööv't in der Insolvenz. Ein Großteil der Einzelhandelsfläche steht leer.</p>
Aktueller Stand	<p>Die Staatsanwaltschaft prüft Unstimmigkeiten bei der zulässigen Verkaufsfläche. Ein potenzieller Investor hat sich seitdem zurückgezogen, neue Nutzungsmöglichkeiten oder Investoren sind zurzeit nicht im Gespräch. (Durch die Baurechtsverletzung besteht die Gefahr, dass ein neuer Eigentümer bei einer baulichen Veränderung, einen großen Teil der Verkaufsfläche rückbauen oder umwidmen müsste.) Hinzu kommen unklare Eigentumsverhältnisse, die durch weltweite Verstreuung der Eigentümer/-firmen entstanden sind.</p>
Strategische Bedeutung	<p>Mit dem Zentrum sollte der Kaufkraftabfluss nach Niedersachsen gestoppt und dazu beigetragen werden, dass Vegesack in Verbindung mit den anderen Projekten ein attraktives Mittelzentrum wird. Die Ergänzung des Freizeitangebots in dem geplanten aber nicht umgesetzten Teil des Zentrums wäre für diese Mittelzentrumsfunktion ebenfalls eine positive und wichtige Entwicklung gewesen.</p>
Bilanz	<div style="text-align: center;"> </div> <p>Die Insolvenz kann als Beleg dafür herangezogen werden, dass das Konzept in wirtschaftlicher Hinsicht nicht erfolgreich war. Auch andere positive Umfeldwirkungen des Haven Hööv'ts werden nicht ersichtlich. Der Bau der Waterfront in Gröpelingen wenige Zeit später lieferte dem Haven Hööv't zusätzlich starke Konkurrenz im nahen Umfeld.</p> <p>Die zentralen Zielsetzungen des Haven Hööv'ts wurden nicht erreicht. Es liegen derzeit keine Konzepte für eine weitere Nutzung vor, das Projekt wird daher als gescheitert eingeordnet.</p>

	Markthalle am Sedanplatz
Beschreibung	Die Markthalle am Sedanplatz sollte mit einem Angebotsmix aus Gastronomie und Verkaufsständen, z.B. Handel mit Frischwaren, den Sedanplatz beleben. Sie bildet das Ende der Vegesacker Fußgängerzone und der sogenannten „Einkaufsmeile“ (Achse Haven Hööv – Sedanplatz). Wie auch das Haven Hööv wurde sie durch die Albrecht Vermögensverwaltung (AVW) errichtet und im Jahr 2007 eröffnet. An der Finanzierung beteiligte sich die Stadt Bremen mit einer stillen Beteiligung in Höhe von 1,9 Mio. EUR. Die Markthalle hatte schon kurze Zeit nach Eröffnung zahlreiche Mieterwechsel und Leerstandsphasen zu verzeichnen.
Aktueller Stand	Die Markthalle am Sedanplatz wird von einem Obst- und Gemüsehändler zwischengemietet. Dieser hat Anfang des Jahres sein Sortiment erweitert und bietet nun Supermarkt-Artikel an. Er plant eine Erweiterung auf die gesamte Fläche der Markthalle.
Strategische Bedeutung	Mit dem Haven Hööv wurde ein großflächiger Einzelhandelsstandort abseits der Vegesacker Fußgängerzone geschaffen, der für die gewachsenen Einzelhandelsstrukturen eine Konkurrenz darstellte. Die Markthalle am Sedanplatz sollte daher als attraktiver Ankerpunkt und oberer Anlaufpunkt der Einkaufsmeile dienen und somit auch die Kundenfrequenz in der Vegesacker Fußgängerzone erhöhen. Um die Verbindung zwischen Haven Hööv und Markthalle bzw. dem alten Zentrum zu stärken, wurde ebenfalls das „Blaue Band“ als Fußgängerleitsystem gepflastert.
Bilanz	<div style="text-align: center;"> <p>Das Diagramm zeigt die Bilanz des Projekts. Ein zentrales Element 'in Planung' mit einem Fragezeichen ist von vier Pfeilen umgeben. Ein roter Pfeil nach unten zeigt auf 'Gescheitert'. Ein grauer Pfeil nach oben zeigt auf 'Erfolgreich umgesetzt'. Ein grauer Pfeil nach rechts zeigt auf 'Mit Aussicht auf Erfolg umgesetzt'. Ein grauer Pfeil nach links zeigt auf 'Nicht umgesetzt'. Rechts neben dem Diagramm steht der Text 'Schwierigkeiten und unklare Erfolgsaussichten'.</p> </div> <p>Das Konzept der Markthalle am Sedanplatz erzielte nicht den gewünschten Erfolg, sodass das Gebäude zwischenzeitlich mehrfach leer stand und zwischengenutzt wurde. Bereits innerhalb des ersten Jahres nach der Eröffnung zeichnete sich ab, dass das ursprünglich geplante Konzept nicht funktionieren würde. Auch wenn die Halle derzeit durch einen Händler genutzt wird, ist der Versuch, einen starken Ankerpunkt am Ende der Fußgängerzone zu schaffen, als gescheitert anzusehen.</p>

	Maritime Meile: Schaufenster Bootsbau / Gläserne Werft
Beschreibung	<p>Das Schaufenster Bootsbau war ein Projekt zur Stärkung der touristischen Standortqualität an der Maritimen Meile in Bremen Vegesack, welches Touristen Einblicke und Erfahrungen rund um das Thema Schiff- und Bootsbau nahebringen sollte. Zudem konnten sich Arbeitslose dort u.a. handwerklich im Bereich Bootsbau und Tischlerei qualifizieren. Im Frühjahr 2009 wurde das Schaufenster Bootsbau sowie dessen touristischer Teilbereich, die „Gläserne Werft“, auf dem ehemaligen Werft-Gelände der Bremer Vulkan AG eröffnet. Betrieben wurde das Projekt durch die Bremer Bootsbau Vegesack GmbH (BBV). Bremen investierte ca. 3 Mio. EUR aus EFRE-Mitteln, um die Realisierung zu ermöglichen. Die Besucherzahlen waren jedoch zu gering, um das Projekt wirtschaftlich betreiben zu können. Im Frühjahr 2012 wurde das Projekt eingestellt und die Gläserne Werft geschlossen.</p>
Aktueller Stand	<p>Das Schaufenster Bootsbau wurde aufgrund der Insolvenz der BBV im Frühjahr 2012 geschlossen. Das Gelände am oberen Ende der Maritimen Meile in Vegesack liegt seitdem brach.</p>
Strategische Bedeutung	<p>Das Projekt Schaufenster Bootsbau sollte als ein Baustein dienen, um zusammen mit dem Spicarium und dem Schulschiff Deutschland die Maritime Meile im Vegesacker Zentrum zu beleben und das dortige Angebot für Touristen zu intensivieren.</p>
Bilanz	<div style="text-align: center;"> </div> <p>Das Gelände am Ende der Maritimen Meile liegt brach, eine Folgenutzung konnte nicht realisiert werden. Das Scheitern des Projektes stellt das erste gescheiterte Projekt an der Maritimen Meile in Vegesack dar, auf das noch das Spicarium folgen sollte. Lediglich das Schulschiff Deutschland verbleibt vor Ort und kann noch als Anlaufstelle für Touristen dienen.</p>

	Maritime Meile: Spicarium
Beschreibung	Das Spicarium war ein Museum, das einen zentralen Baustein im Gesamtkonzept der Maritimen Meile in Vegesack darstellte. Das Museum beherbergte eine Dauerausstellung zu maritimen Themen wie Schiffbau und Schifffahrt und stellte mit der Darstellung der historischen Entwicklung des Vegesacker Hafens oder der Thematik Yachtdesign lokale Bezüge her. Im Jahr 2011 wurde es im alten Hafenspeicher-Gebäude im Vegesacker Hafen eröffnet. Die Besucherzahlen des Spicariums blieben weit hinter den jährlich erwarteten 30.000 Besuchern zurück. Das so entstandene Defizit von rd. 150.000 EUR pro Jahr wurde bis 2015 von der Stadt übernommen, um das Spicarium als zentrale Anlaufstelle für die Maritime Meile zu erhalten. Ende des Jahres 2015 entschied sich die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen allerdings für die Schließung des Spicariums. Insgesamt wurden für die Sanierung des Gebäudes sowie eine Anschubfinanzierung und den Betrieb des Museums rund 5 Mio. EUR öffentlicher Gelder aufgewendet.
Aktueller Stand	Das Spicarium wurde im Dezember 2015 geschlossen. Im Juni 2016 wurde als Folgenutzung des Hafenspeichers eine Bespielung durch die bras e.V. beschlossen. Dieser Träger möchte das Museum mit einem ähnlichen Konzept wie im Geschichtenhaus im Bremer Schnoor in Zusammenarbeit mit arbeitslosen Menschen zum Thema Walfang und mit maritimen Fotoausstellungen bespielen. Eine Eröffnung ist für Anfang 2017 geplant.
Strategische Bedeutung	Das Spicarium sollte als ein Baustein dienen, um zusammen mit dem Schaufenster Bootsbau und dem Schulschiff Deutschland die Maritime Meile im Vegesacker Zentrum zu beleben und das dortige Angebot für Touristen zu intensivieren. Es wird auch im aktuellen Freizeit- und Naherholungskonzept als zentraler Anlaufpunkt für Vegesack vorgesehen.
Bilanz	<div style="text-align: center;"> </div> <p>Das Museumskonzept des Spicariums konnte nicht die erwarteten Besucherzahlen erreichen. Zum einen waren diese mit 30.000 Besuchern pro Jahr wohl deutlich zu hoch gegriffen, zum anderen verfügte das Angebot nicht über eine entsprechende Strahlkraft für potenzielle Besucher.</p> <p>Neben dem Schaufenster Bootsbau stellt das Spicarium das zweite gescheiterte Projekt zur Attraktivierung der Maritimen Meile in Vegesack dar. Lediglich das Schulschiff Deutschland verbleibt vor Ort und kann noch als Anlaufstelle für Besucher dienen. Die Weiternutzung durch die bras mit maritimem Bezug ist eine positive Aussicht, ob das Angebot jedoch ausreichen wird, um als Ankerpunkt für die Maritime Meile zu dienen, bleibt fraglich.</p>

	Blumenthal-Center
Beschreibung	<p>Das Blumenthal-Center ist ein großflächiges Einzelhandelsprojekt auf dem sog. „Müllerloch“-Grundstück im Stadtteil Blumenthal. Das Center beherbergt u.a einen Edeka sowie einen Aldi-Markt und einen Baumarkt.</p> <p>Das Blumenthal-Center wurde 2003 eröffnet. Das Projekt wurde überwiegend privat entwickelt (Ten Brinke Gruppe). Bis auf Planungskosten von 0,2 Mio. EUR wurde die öffentliche Hand nicht belastet. Bereits im Zukunftsprogramm von 2006 wurde eine Erweiterung des Blumenthal-Centers auf der angrenzenden Bahrs Plate als Maßnahme in Blumenthal festgelegt. Die Erweiterung wurde lange geplant, der Investor zog sich jedoch 2013 zurück. Nun entwickelt ein holländischer Projektentwickler die Erweiterung um ein Fachmarktzentrum.</p>
Aktueller Stand	<p>Die Bauarbeiten zur Erweiterung um ein Fachmarktzentrum begannen Anfang 2016. Das Angebotsspektrum soll um die Bereiche Textilien, Schuhe, Tiernahrung, Drogerie und Gastronomie erweitert werden. Im Sommer / Herbst 2016 soll die Erweiterung des Blumenthal-Centers eröffnet werden. Gegenüber der Norddeutschen äußerte sich der Projektleiter der Ten Brinke Gruppe, die auch die Weiterentwicklung durchführt, dass Mietverträge für die Immobilie schon unterzeichnet wurden.</p>
Strategische Bedeutung	<p>Durch Ansiedlung nicht zentrenrelevanten, großflächigen Einzelhandels im Blumenthal-Center am Müllerloch sollte den Kaufkraftabflüssen aus dem Blumenthaler Zentrum entgegengewirkt und das Blumenthaler Zentrum insgesamt gestärkt werden.</p>
Bilanz	<div data-bbox="454 902 1292 1478" data-label="Diagram"> </div> <p>In Blumenthal ist mit dem Blumenthal-Center ein neuer (auch für das Umland bedeutender) Einzelhandelsstandort entstanden. Die Reattraktivierung des alten Zentrums ist jedoch nicht geglückt. Auch im kommunalen Zentren- und Einzelhandelskonzept der Stadt Bremen wird betont, dass das Blumenthal-Center zum neuen dominierenden Pol geworden sei. Der Abwärtstrend im alten Zentrum setze sich weiter fort, auch da die beiden Pole bisher nicht ausreichend miteinander verknüpft werden konnten. Auffällig ist hier, dass die Maßnahme einer Verbesserung der Wegeverbindung zwischen altem Zentrum und Blumenthal-Center, die bereits in der Koalitionsvereinbarung von 2003 definiert und im Zukunftsprogramm Bremen-Nord von 2006 mit der gestalterischen Aufwertung der Landrat-Christians-Straße konkretisiert wurde, 13 Jahre später noch nicht vollständig umgesetzt werden konnten.</p>

Wohnungsbauprojekte:

	Grohner Grün
Beschreibung	Beim Projekt „Grohner Grün“ handelt es sich um ein städtebauliches Wohnbauprojekt auf der ehemals gewerblich genutzten Fläche des Tauwerk-Geländes (auch „Kleine Wolke“) im Stadtteil Vegesack. Auf dem 3,3 ha großen Grundstück soll durch einen privaten Investor ein neues Wohnquartier realisiert werden. 2012 wurde ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt und eine Planung für 115 Wohneinheiten und einen Grünzug entwickelt. Anschließend konnte jedoch lange kein Investor gefunden werden, der bereit war, die Fläche entsprechend zu bebauen. Ende 2015 wurde die Fläche an einen privaten Investor (M Projekt) veräußert, der jetzt die Projektentwicklung nach eigenen Planungen umsetzen möchte. Die aktuelle Bebauungskonzeption des Investors sieht eine Mischung aus bauträgerfreien Grundstücken für Einfamilienhäuser sowie eine Bebauung mit Reihenhäusern und Geschosswohnungsbau mit Miet- und Eigentumswohnungen vor (rund 100 WE).
Aktueller Stand	Die Abstimmungsgespräche über eine neue Bebauungskonzeption innerhalb des Bebauungsplanverfahrens (1243) laufen derzeit. Das Planverfahren soll im Herbst 2016 abgeschlossen werden. Erste Bauarbeiten könnten ab Anfang 2017 beginnen (Stand Juni 2016). Die erste Bebauungsidee des Investors sah 48 Einfamilienhäuser für die Fläche vor, dies ist dem Bremer Senat allerdings zu wenig, um die Ziele der Wohnungsbaukonzeption und des Sofortprogramms (siehe Kapitel 4.4) einzuhalten. Beim Kauf der Fläche hat sich der Investor ein Rücktrittsrecht einräumen lassen – sollte man sich mit dem Bauamt im Rahmen des laufenden Bebauungsplanverfahrens nicht einig werden und vom ursprünglichen städtebaulichen Entwurf abweichen können, kann er die Fläche an den Vorbesitzer (Leifheit AG) zurückgeben.
Strategische Bedeutung	Mit dem Grohner Grün soll ein attraktives Wohnquartier in integrierter Lage in Grohn geschaffen werden, dessen Entwicklung sowohl in der Bremer Wohnungsbaukonzeption als auch im Rahmen des Rathaus-Arbeitskreises eine hohe Bedeutung beigemessen wird. Vor dem Hintergrund der Konkurrenzsituation mit den nordbremischen Umlandgemeinden ist die Entwicklung von qualitativ hochwertigem Wohnraum für Familien besonders wichtig.
Bilanz	<div style="text-align: center;"> </div> <p>Eine Bebauung der Fläche in Grohn mit einer Mischung aus Einfamilienhäusern, Reihenhäusern und Geschosswohnungsbau entspricht den Zielsetzungen der Wohnungsbaukonzeption und würde zu einer Ausdifferenzierung des Wohnungsmarktes in Bremen-Nord positiv beitragen. Zum Erfolg dieses Projektes kann zum derzeitigen Zeitpunkt (Juni 2016) keine Aussage getroffen werden, da die weitere Entwicklung von einer Einigung zwischen den Behörden – insbesondere dem Bauamt Bremen-Nord – und dem Investor abhängt.</p>

Lesum Park (Wohnen)	
Beschreibung	<p>Die Entwicklung des Lesum Parks war ursprünglich ein wirtschaftsstrukturelles Projekt, da ein Gewerbestandort für die Gesundheitswirtschaft mit ergänzender Wohnbebauung und Versorgungseinrichtungen entstehen sollte. Da sich dieser Ansatz nicht umsetzen ließ, wurde das Projekt Ende 2015 überarbeitet und als Wohnbauprojekt mit rd. 200 Wohneinheiten neu konzipiert (siehe oben und Kapitel 4.4).</p> <p>Steckbrief Lesum Park und Bilanzierung siehe oben (Schlüsselprojekt Lesum Park)</p>
Bilanz	<div style="text-align: center;"> <p>The diagram features a central white circle with a question mark and the text 'in Planung'. Four arrows radiate from this circle: <ul style="list-style-type: none"> An upward-pointing arrow labeled 'Erfolgreich umgesetzt'. A leftward-pointing arrow labeled 'Nicht umgesetzt'. A downward-pointing arrow labeled 'Gescheitert'. A rightward-pointing arrow labeled 'Mit Aussicht auf Erfolg umgesetzt'. To the right of the diagram, there is text: 'Lesum Park Wohnen: Mit Aussicht auf Erfolg umgesetzt' and 'Schwierigkeiten und unklare Erfolgsaussichten'. Below the diagram, it says 'Lesum Park Gewerbe: Gescheitert'.</p> </div> <p>Der Lesum Park als gewerbliche Entwicklung im Gesundheitsbereich als „wirtschaftspolitisches Schwerpunktprojekt“ (SUBV/SWAH 2013: 2) wird so nicht mehr umgesetzt und muss daher als gescheitert bewertet werden.</p> <p>Das Projekt insgesamt wird allerdings umgesetzt und die Neuausrichtung auf Wohnen verspricht gute Erfolgsaussichten, da die Wohneinheiten des ersten Bauabschnitts bereits fertiggestellt wurden. Der Lesum Park trägt somit dazu bei, neuen Wohnraum in integrierter Lage in Bremen-Nord zu schaffen. Die ursprünglich erhofften Effekte auf die Wirtschaftsstruktur und die Beschäftigung werden sich so allerdings nicht einstellen können.</p>

Kultur- und Freizeitprojekte:

	Internationale Ruderregatta-Strecke Grambke
Beschreibung	Der Ausbau des Sportparksees Grambke als Badesee und Zentrum für Wassersport mit internationaler Ruderregattastrecke war ein zentrales Projekt für Bremen-Nord in der Koalitionsvereinbarung der Regierungskoalition von 2003. Der Grambker Sportparksee, der im Kontext der Sandentnahme für den Bremer Industrie Park entstanden ist, wurde in der Folge als Badesee und Wassersportsee ausgebaut. Im Jahr 2006 wurde im Zukunftsprogramm der Ausbau des Sees auf 2.300 Meter Länge angedacht, um eine Ruderregattastrecke zu realisieren, die internationalen Wettkampfmaßstäben genügt.
Aktueller Stand	Die Ruderregattastrecke nach internationalen Wettkampfmaßstäben wurde nicht realisiert. Um internationalen Wettkampfmaßstäben zu genügen, hätte neben der eigentlichen Wettkampfstrecke noch ein Rückholkanal realisiert werden müssen. Die Kosten und der Aufwand hierfür waren zu hoch. Im Zuge des Ausbaus des Sportparksees Grambke als Badesee und für den Wassersport ist aber trotzdem eine Regattastrecke für Ruderer, Segler und Kanuten realisiert worden.
Strategische Bedeutung	Der Ruderregattastrecke wurde im Zukunftsprogramm eine überregionale Ausstrahlung beigemessen, im Zuge internationaler Wettkämpfe wären Besucher angezogen worden. Der Sportparksee Grambke erhöht das Wohnstandortpotenzial der Region und bietet ein hohes Naherholungspotenzial.
Bilanz	<div style="text-align: center;"> <p>Das Diagramm zeigt die Bilanz des Projekts. Ein zentrales Element 'in Planung' mit einem Fragezeichen ist von vier Pfeilen umgeben. Ein Pfeil nach oben zeigt auf 'Erfolgreich umgesetzt'. Ein Pfeil nach unten zeigt auf 'Gescheitert'. Ein Pfeil nach links zeigt auf 'Nicht umgesetzt'. Ein Pfeil nach rechts zeigt auf 'Mit Aussicht auf Erfolg umgesetzt'. Rechts daneben steht 'Schwierigkeiten und unklare Erfolgsaussichten'.</p> </div> <p>Die im Zukunftsprogramm 2006 angedachte Ruderregattastrecke mit internationalen Wettkampfmaßstäben ist niemals gebaut worden. Der See stärkt allerdings trotzdem den Wohnstandort Bremen-Nord durch seine Naherholungs- und Freizeitqualitäten. Die Bedeutung ist allerdings lokal und nicht überregional.</p>

	Denkort Bunker Valentin
Beschreibung	Der Bunker Valentin ist ein ehemaliger U-Boot-Bunker aus der Zeit des Nationalsozialismus im Stadtteil Blumenthal und wurde als Gedenkstätte ausgebaut. Der Bremer Senat stellte hierfür im Jahr 2009 die Weichen. Insgesamt flossen 3,8 Mio. EUR (davon 50 Prozent Bundesmittel) in den Ausbau des Gedenkorts. Die Landeszentrale für politische Bildung soll den Betrieb des Bunkers Valentin finanzieren. Im Oktober des Jahres 2015 wurde die Gedenkstätte eröffnet. Das Gelände und das zugehörige Informationszentrum können nun an fünf Tagen in der Woche besucht werden.
Aktueller Stand	Die Gedenkstätte Bunker Valentin wurde im Oktober 2015 eröffnet und in der ersten Jahreshälfte 2016 bereits von rund 12.000 Besuchern besichtigt. Seit Juni 2016 ist der Denkort Bunker Valentin auch an den Weser-Radweg angeschlossen.
Strategische Bedeutung	Als Gedenk- und Kulturstätte von überregionalem Interesse im Stadtteil Blumenthal kann der Denkort Bunker Valentin einen nördlichen Ankerpunkt für Besucher bilden. Auch im Freizeit- und Naherholungskonzept wird er als eine der drei dezentralen Anlaufstellen für Besucher Bremen-Nords eingebunden.
Bilanz	<div style="text-align: center;"> <p>Das Diagramm zeigt die Bilanz des Projekts Bunker Valentin. Ein zentrales Element ist ein Kreis mit der Aufschrift 'in Planung?'. Von diesem Zentrum gehen vier Pfeile in die Himmelsrichtungen aus: ein grüner Pfeil nach oben, beschriftet mit 'Erfolgreich umgesetzt'; ein grauer Pfeil nach unten, beschriftet mit 'Gescheitert'; ein grauer Pfeil nach links, beschriftet mit 'Nicht umgesetzt'; und ein grauer Pfeil nach rechts, beschriftet mit 'Mit Aussicht auf Erfolg umgesetzt'. Rechts neben dem Diagramm steht der Text 'Schwierigkeiten und unklare Erfolgsaussichten'.</p> </div> <p>Das Projekt wurde erfolgreich umgesetzt. Inwiefern dies angenommen und ob es positive Auswirkungen für den Stadtteil oder den Bezirk haben wird, bleibt abzuwarten. Durch die periphere Lage des Denkmals ist eine positive Wirkung auf Bremen-Nord kein Selbstläufer. Durch die Anbindung an den Weser-Radweg kann der Denkort als erste Anlaufstelle für Besucher dienen, die dann die weiteren Freizeit- und Naherholungs- sowie Gastronomieangebote entlang des Radwegs nutzen. Allerdings ist derzeit durch den schlechten Zustand des Blumenthaler Zentrums in der Nähe kein adäquates Angebot verfügbar.</p>

4.2.2 Zwischenbilanzierung Schlüsselprojektanalyse

Die Schlüsselprojekte lassen einen deutlichen strategischen Ansatz erkennen, der so auch in den entsprechenden Dokumenten von 2003 und 2006 formuliert wurde: die Stärkung Vegesacks als Mittelzentrum und die wirtschaftliche Ausdifferenzierung und Stärkung der Wissensökonomie durch die Jacobs University und den angrenzenden Science Park. Dieser Ansatz wurde (vermutlich auch aufgrund des mangelnden Erfolgs dieser Ansätze) bei der Entwicklung des BWK-Geländes nicht weiter verfolgt. Hier erfolgte die Schwerpunktlegung auf den Bereich des produzierenden Gewerbes.

Ein Großteil der zentralen Schlüsselprojekte verortet sich im Stadtteil Vegesack (siehe Karte 7). Dabei wurden viele Projekte im Rahmen der „Programmplanung Mittelzentrum Vegesack“ (siehe Kapitel 4.1) mit umfangreichem öffentlichem Investitionsvolumen durchgeführt. Außerhalb Vegesacks liegen nur vereinzelte Projekte, die zudem einen vergleichsweise geringen Einsatz öffentlicher Finanzmittel aufweisen.

Die Schlüsselprojekte – besonders die zentralen Projekte in Vegesack – weisen dabei eine Vielzahl an „Sorgenkindern“ und „Fehlzündungen“ auf. Das Haven Hööv't befindet sich in der Insolvenz, die Jacobs University kämpft weiterhin mit einer schwierigen finanziellen Lage und wird mit öffentlichen Mitteln unterstützt. Der Science Park, dessen Synergiewirkung mit der JUB zur Diversifizierung der Wirtschaftslandschaft ein wichtiges Argument für die Gewährung öffentlicher Fördergelder an die Privatuniversität darstellte, bleibt bislang weit hinter den Erwartungen zurück. Das Spicarium konnte die erwarteten Besucherzahlen nicht erreichen und wurde Ende 2015 geschlossen. Ebenso gibt es keine Entwicklungsperspektiven für die gescheiterte Gläserne Werft, deren brachliegende Überreste nun das Ende der Vegesacker Maritimen Meile bilden. Auch das Baugelbiet Grohner Grün fand lange keinen Investor, der das städtebaulich anspruchsvolle Konzept umsetzen wollte. Nun scheint eine baldige Bebauung absehbar, allerdings ohne Umsetzung des ursprünglichen Konzepts. Eine Neuausrichtung fand auch im Projekt Lesum Park statt, da die Entwicklung des neuen Gewerbeschwerpunkts in der Gesundheitswirtschaft nicht gelang. Nun wird der Lesum Park mehr zur ebenfalls wichtigen Ausdifferenzierung des Wohnungsangebots beitragen, als zur Entwicklung der Wirtschaftsstruktur. Die internationale Ruderregattastrecke wurde aus Kostengründen nicht umgesetzt.

Der Ortsteil Blumenthal hat sich innerhalb der Analysen als einer der Ortsteile mit den problematischsten Ausgangslagen herausgestellt. Hier wurden in den vergangenen 15 Jahren das BWK-Gelände als Gewerbeflächenentwicklung (öffentliche Initiierung) und das Blumenthal-Center als Einzelhandelsentwicklung

(private Initiierung) als zentrale Projekte umgesetzt. Die beiden Projekte können als Entwicklungspole gesehen werden, zwischen denen jedoch das alte Zentrum mit seinen massiven Leerstandsproblemen und Investitionsstaus liegt. Die gestalterische Aufwertung der verbindenden Landrat-Christians-Straße wurde bereits 2003 als politisches Ziel festgehalten, ist aber bisher nicht umgesetzt worden. In Blumenthal müssen dringend weitere Maßnahmen erfolgen, um eine weitere Abkopplung des alten Ortskerns von der Entwicklung der neuen Gewerbe- und Einzelhandelspole und mögliche negative Wechselwirkungen und Folgeeffekte zu verhindern.

4.3 Rathaus-Arbeitskreis Bremen-Nord

Hintergrund und Zielsetzung

Die Entwicklung von Bremen-Nord war dem ehemaligen Bürgermeister Böhrnsen ein besonderes, persönliches Anliegen. Im Herbst 2011 gründete er daher unter Federführung der Senatskanzlei den Rathaus-Arbeitskreis Bremen-Nord, die sogenannte Bürgermeister-Runde.

Das Ziel: in ausgesuchten Handlungsfeldern und anhand von Schlüsselprojekten eine nachhaltige Trendwende in und für Bremen-Nord einzuleiten. Es ging explizit um die Umkehr negativer Trends, wie sie sich in der Entwicklung der Zahlen für die Einwohner, Beschäftigung und Arbeitsplätze widerspiegeln (siehe Kapitel 2).

Aufgegriffen wurden hierbei insbesondere Zielbereiche und Projekte aus dem „Zukunftsprogramm Wohnen und Arbeiten in Bremen-Nord“, wie sie bereits 2006 formuliert wurden und für das im Jahr 2011 eine wirtschaftsstrukturpolitische Zwischenbilanz vorlag (siehe Kapitel 4.1). Vor diesem Hintergrund wurden folgende Themenschwerpunkte und Ziele für den Rathaus-AK benannt:

- Arbeitsmarkt: Neuschaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen
- Bevölkerung: Konsolidierung der Einwohnerzahlen
- Wohnstandort: Förderung des Wohnungsbaus bzw. der Bautätigkeit; Umsetzung der Wohnbaukonzeption
- Wirtschaft: Bereitstellung und Profilierung von attraktiven Gewerbeflächen; Sicherung und Erhöhung von Arbeitsstätten, Förderung des Tourismus
- Zentrenentwicklung: Konsolidierung und Stärkung der bestehenden Zentren
- Gewährleistung von Bildung und sozialer Teilhabe; innere Sicherheit.

Umgesetzt werden sollten diese Zielsetzungen durch eine stärkere Bündelung von Ressortmaßnahmen und einer Initiierung von neuen Maßnahmen mit Akteuren vor Ort.

Organisation und Arbeitsstruktur

Die Zusammensetzung des fast 40-köpfigen Arbeitskreises, der zweimal im Jahr tagte, orientierte sich stark an der bestehenden Fachverwaltung und den zuständigen Ressorts. Ergänzt wurde diese Gruppe durch Vertreter aus den drei Ortsämtern und Beiräten sowie von Gesellschaften des Landes Bremen wie WfB und BTZ. Insgesamt lag der Anteil öffentlicher Akteure im Rathaus-AK bei rd. 70 Prozent.

Insofern waren „private“ Akteure u.a. aus den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Bildung und Soziales, die in Bremen-Nord beheimatet sind, deutlich unterrepräsentiert. Zu den beteiligten Wirtschaftspartnern zählten u.a. Interessengruppen wie der WiR (Wirtschafts- und Strukturrat Bremen-Nord) und die beiden Marketinggesellschaften aus Blumenthal und Vegesack sowie jeweils zwei Vertreter der Wohnungswirtschaft und ansässiger Betriebe. Der Bereich der Sozialpartner (Bildung, Kultur, Freizeit, Initiativen, Umwelt etc.) war noch schwächer besetzt. Ihn deckten lediglich zwei Interessenvertreter für die Arbeitnehmerschaft (Arbeitnehmerkammer, IG Metall) und für die Kulturseite der Dachverband Stadtkultur Bremen e.V. ab.

Augenfällig war in diesem Gremium somit die weitgehende Nichtberücksichtigung von weiteren Akteuren aus Bremen-Nord: Hierzu zählen Vertreter aus der Gesundheitswirtschaft, der JUB, dem gesamten Bildungs- und Weiterbildungsbereich, von Betreuungseinrichtungen, der Arbeitsagentur, dem Freizeit- und Kulturbereich, freien Trägern sowie von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen.

Die Zusammensetzung und die beachtliche Größe des Rathaus-AK²⁴ sprechen eher für ein Gremium, was weniger einer aktiven Steuerung des Entwicklungsprozesses in Bremen-Nord, sondern mehr dem Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Ressorts diene.

Die konkrete Arbeit des Rathaus-AK sollte in drei Arbeitsgruppen erfolgen. Sie wurden Ende 2011 zur Unterstützung des AK gegründet:

- AG 1 Wohnen: Wohnungsbau, Flächen, Chancen und Perspektiven (Leitung SUBV/BBN)
- AG 2 Wirtschaft: Wirtschaft und Arbeit unter Einbeziehung von Einzelhandel, Handwerk, Zen-

tren- und Mittelzentrenkonzeptionen (Leitung SWAH)

- AG 3 Soziales: Soziales, Bildung, Inneres und gesellschaftliche Teilhabe (Leitung SK)

In unterschiedlicher Intensität tagten und arbeiteten die drei AGs bis 2014. Sie begleiteten die Behandlung und Umsetzung konkreter Schlüsselprojekte (z.B. Science Park, BWK-Gelände, Grohner Düne) oder forcierten bedarfsorientiert konkrete Maßnahmen (u.a. George-Albrecht Straße; Schule am Wasser).

Auch in den drei Arbeitsgruppen (s.u.) gelang nur partiell eine Öffnung hin zu Akteuren aus dem Stadtbezirk. Es blieb der AG 2 Wirtschaft vorbehalten, eine nennenswerte Anzahl an Vertretern jenseits des politisch-administrativen Bereichs – zumindest auf der Einladungsliste – einzubinden (Verbände und Unternehmen).²⁵

Nach der Bürgerschaftswahl 2015 wurde im Juni 2015 ein Senatsbeauftragter für Bremen-Nord ernannt, der die Aktivitäten des Rathaus-AK weiterführen und neu ausrichten will.

Themenschwerpunkte und Schlüsselprojekte

Die aufgezeigte stark verwaltungslastige Struktur des Rathaus-AK und seiner Arbeitsgruppen prägte die Auswahl an Themen, die Arbeitsweise und Art der Diskussionen. Von daher lagen die Schwerpunkte weniger in einer strategisch orientierten Gesamtkonzeption für Bremen-Nord und deren Umsetzung, sondern auf einer ressortspezifischen Präsentation und Verfolgung von ausgesuchten Handlungsfeldern und Projekten.

In erster Linie wurden so Zielsetzungen, Themenschwerpunkte und Schlüsselprojekte fortgeführt, wie sie bereits seit Mitte/Ende der 1990er-Jahre vorlagen (vgl. Kap. 4.2). Die 2011 anvisierte „Initiierung von neuen Maßnahmen mit Akteuren vor Ort“ (Protokoll der AG Wirtschaft v. 15.12.2011, S. 1) ist daher kaum zu erkennen.

Es lassen sich für die Zeit zwischen November 2011 und März 2015 fünf zentrale Themenstränge aufzeigen. Hinterlegt sind sie mit (Schlüssel-)Projekten und Aktivitäten, die sich – mit wenigen Ausnahmen – kontinuierlich durch die analysierten Programme und Initiativen der letzten 15 bis 20 Jahre durchziehen (siehe Kapitel 4.1):

²⁴ „Der Arbeitskreis ist ja nicht gerade klein. Als ich zum ersten Mal bei einer Sitzung war, hat mich die Zahl der Leute, die im Saal saßen förmlich erschlagen“. Vegesacker Beiratssprecher Jürgen Hartwig am 04.01.2016 im Weser-Kurier.

²⁵ Im Laufe der AG-Sitzungen (acht) nahm die Anzahl an Teilnehmern (Liste von 45 Einzuladenden) insgesamt (von 23 auf 12) und aus dem privaten Bereich (Industriebetriebe, Interessenverbände) kontinuierlich ab (von zehn auf vier).

Tabelle 3: Themenstränge und Schlüsselprojekte/-aktivitäten des Rathaus-AK

Themenstrang	Schlüsselprojekte/-aktivitäten
Wirtschaft – Gewerbegebiete	BWK-Gelände; BIP; Lesum und Science Park
Quartiersentwicklung und soziale Brennpunkte	Grohner Düne; George-Albrecht-Straße
Tourismus und Naherholung	Maritime Meile; Spicarium; BBV; FUNK
Zentrenentwicklung und Einzelhandel	Vegesacker Innenstadt; Haven Hööv't; Blumenthaler Zentrum
Wohnen – Pilotvorhaben der Wohnungsbaukonzeption	Dewers-Gelände; Hartmannstift; Grohner Grün; Lesum Park

Quelle: Eigene Zusammenstellung IAW (2016)

Eine kritische Bilanz

Vor der Landtagswahl im Mai 2015 zog der ehemalige Bürgermeister für seinen Rathaus-AK „eine gute Bilanz“ (Pressemitteilung vom 12.03.15). Mit dem Verweis auf vier große Wirtschaftsentwicklungsprojekte²⁶ gäbe es eine gute Grundlage für positive Effekte in den nächsten Jahren.

Aber ist dem wirklich so?

Ein Blick auf die Erfolgsbilanz der aufgezeigten Projekte offenbart (siehe Tab. 4): Insgesamt betrachtet erscheint die Bilanz des bisherigen Rathaus-AK etwas durchwachsen.

„Was wurden nicht für Traumschlösser entworfen: 1.200 Arbeitsplätze sollten neben dem Campus (JUB, d.V.) entstehen (...). Gekommen ist alles ganz anders. Die Uni hat existenzielle Probleme. Den Science Park gibt es nicht. Und es ist derzeit nicht gewiss, ob es ihn jemals geben wird. Die Realität hat die Traumschlösser von damals zu Staub zerfallen lassen.“

Kommentar v. Michael Brandt im WK am 21.05.2016 zum Oeversberg.

Neben vielen gescheiterten Vorhaben und einigen Hoffnungsträgern (BWK und BIP, FUNK: Freizeit- und Erholungskonzept) befinden sich etliche Projekte immer noch in der Vorbereitungsphase. Andere Vorhaben, wie die Ansiedlung der Gesundheitswirtschaft im Lesum Park, der Science Park oder die Bebauung des ehemaligen Tauwerk-Geländes mussten angesichts von Umsetzungsschwierigkeiten in ihrer Aus-

richtung deutlich verändert werden. Letztendlich fehlt ein stimmiger, integrierter und mutiger Ansatz für Bremen-Nord.

²⁶ BWK-Gelände, Lesum Park, Science Park und Bremer Industriepark (BIP).

Tabelle 4: Umsetzungsstand der Schlüsselprojekte des Rathaus-AK¹⁾

Projekt	Thema im AK	Stand Umsetzung				
	Anzahl	nicht begonnen	in Planung	in Umsetzung	fertig	gescheitert
Wirtschaft						
BWK-Gelände ²⁾	8X				X	
Lesum Park ²⁾	7x			X		
Science Center / Park ²⁾	6x		X			
Bremer Industriepark, BIP ²⁾	3x			X	X	
Tourismus und Naherholung						
Spicarium ²⁾	4x					X
Marketingkonzept	3x			X		
Schaufenster Bootsbau, BBV ²⁾	3x					X
FUNK	2x			X		
Zentrenentwicklung Einzelhandel						
Haven Hööv ²⁾	3x					X
Blumenthal Zentrum ²⁾	3x		X			
Blumenthal Bahnhof ²⁾	3x		X			
Sedanplatz Markthalle ²⁾	2x					X
Quartiersentwicklung						
Grohner Düne ²⁾	7x		X			
George-Albrecht-Str. ²⁾	4x				X	
Alwin-Lonke-Quartier	4x		X			
Wohnen und Wohnungsbaukonzeption						
Dewers-Gelände ²⁾	5x		X			
Grohner Grün ²⁾	3x		X			
Hartmannstift	3x		X			

1) Auswertung der Protokolle und Präsentationen von zehn AK-Sitzungen (02/2012 bis 12/2015) sowie von weiteren Dokumenten (siehe Kap. 4)

2) Schlüsselprojekte, die bereits Bestandteil des Zukunftsprogramms 2006 waren und größtenteils als Schwerpunktprojekte im Rahmen des Investitions-Sonderprogramms (ISP, 1994-2004), des Gewerbeflächenprogramms (IFP, 1993-2001 und 2002-2010) und der Programmplanung Mittelzentrum Vegesack (PMV, 1997-2004) verfolgt wurden.

Quelle: Eigene Zusammenstellung IAW (2016)

Es gab innerhalb des Rathaus-AK keine kritische Aufbereitung und Bilanz der eigenen fachlich-inhaltlichen Arbeit. Der Arbeitskreis war bislang kein Ort für eine kritische und strategisch ausgerichtete Auseinandersetzung um den richtigen Weg und um neue Ansätze für Bremen-Nord. In der Handlungslogik der beteiligten Ressorts ging es vielmehr um eine Präsentation von eigenen erfolgreich durchgeführten Einzelvorhaben. Oder mit Worten eines Gesprächs-

partners aus Bremen-Nord: ein „Abfeiern von Projekten, die auch ohne den Rathaus-AK umgesetzt worden wären“.

Und damit werden bereits zwei wesentliche Schwächen des bisherigen Rathaus-AK benannt: 1. Der Verzicht auf eine eigene Programmatik und Gestaltungsrolle eines innovativen Entwicklungsprozesses in Bremen-Nord. 2. Stattdessen konzentrierte man sich auf die Begleitung mehrheitlich unverbundener Ein-

zelprojekte (z.B. JUB, BWK), von denen man sich Ausstrahlungseffekte und Rückenwind für die Entwicklung im gesamten Stadtbezirk erhoffte. Die erwarteten Wirkungen auf die Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarkt sowie auf die Einwohnerzahl blieben jedoch (in der Regel) aus.

Dabei sollen keineswegs das Engagement der beteiligten Akteure und wichtige Ergebnisse der jeweiligen Arbeit geschmälert werden: so die zeitnahe und erfolgreiche Behandlung von Problemlagen bei sozialen Brennpunkten (George-Albrecht-Str.) oder die Konzentration auf die Entwicklung von Gewerbeflächen (BIP). Auch der institutionalisierte Austausch zwischen den zuständigen Ressorts und den Akteuren aus Bremen-Nord ist eine wesentliche Voraussetzung, um gemeinsam Entwicklung betreiben zu können.

Dennoch: Nach fast fünf Jahren Rathaus-AK bedarf es einer ehrlichen Bilanzierung der bisherigen Arbeit und der gewählten Organisationsformen. Dies ist bislang nicht erfolgt, noch wird sie angestrebt. Es wäre nun an der Zeit die nächsten Schritte einzuleiten, um einen konsistenten strukturellen und inhaltlichen Rahmen für die weitere Entwicklung von Bremen-Nord zu erreichen. Dabei gilt es, sich folgende Fragen zu stellen und insbesondere diese zu beantworten:

- Wie verknüpfe ich sinnvoll die vielen vorhandenen Programme, Konzepte und Gesprächskreise?
- Welche politisch-administrative Struktur ist für Bremen-Nord zielführend und sinnvoll?
- Wie erreiche ich vor Ort eine Aufbruchstimmung?
- Wie schaffe ich eine von allen Akteuren in Bremen-Nord gemeinsam getragene Strategie und insbesondere deren Umsetzung?
- Was sind die konkreten Zielsetzungen und welche Ressourcen benötige ich für ihre Erreichung?
- Und welche Funktionen hat hierbei der neue Rathaus-AK?

Mit dem neuen Bremen-Nord-Beauftragten und dem Neustart des Rathaus-Arbeitskreises gäbe es die Chance, eingetretene Pfade zu verlassen, neu zu denken und neu zu handeln (siehe Kapitel 6 Empfehlungen). Allerdings ist auch schon wieder ein Jahr vergangen, ohne dass es ein starkes Signal und konkrete Ideen für einen mutigen Neustart gegeben hätte.

4.4 Wohnungsbau – Konzeption, Sofortprogramm und 40+-Flächen

Neben der Neuausrichtung der Wirtschaftsstruktur ist auch die Ausdifferenzierung des Wohnungsbestands ein zentrales Ziel der Aktivitäten in Bremen-Nord. In zentralen Dokumenten (siehe Kapitel 4.1) und im Rathaus-AK (siehe Kapitel 4.3) wird die Bedeutung

des Themas hervorgehoben und Projekte von hoher Priorität und Bedeutung für die Entwicklung Bremen-Nords werden benannt. Auch auf gesamtstädtischer Ebene nimmt der Wohnungsbau im Rahmen des Bevölkerungswachstums und des angespannten Wohnungsmarktes eine wichtige Rolle ein. Aktuelle Erhebungen zeigen deutlich, dass Wohnen und der Kauf von Immobilien in Bremen deutlich teurer werden. Diese Entwicklung vollzieht sich auch in Teilen Bremen-Nords, hier ist der Wohnungsmarkt jedoch sehr heterogen (vgl. Weth 02.07.2016). Da Wohnen ein immer zentraleres Thema für die Stadtpolitik wird, wird im Folgenden kurz auf die gesamtstädtischen Grundlagen des Wohnungsbaus, die Wohnungsbaukonzeption, das Sofortprogramm Wohnungsbau und die Wohnbauflächen 40+ eingegangen, um anschließend die zentralen Wohnungsbauflächen und Projekte in Bremen-Nord und deren Umsetzungsstand aufzuzeigen und zu bilanzieren. Neben den entsprechenden städtischen Konzepten (z. B. SUBV 2010; Website SUBVa) dienen vor allem aktuelle Berichte der Verwaltungen als Antworten auf Anfragen an den Senat sowie Protokolle des Bündnisses für Wohnen und des Rathaus-AK als Grundlage für diesen Themenbereich. Ergänzt wurden die Ausführungen durch Ergebnisse der anderen Analysen des Projektes, wie der Medienanalyse oder der Dokumentenanalyse (siehe Kapitel 3.3 und 4.1).

Bremer Wohnungsbaukonzeption und STEP Wohnen:

Mit der Erarbeitung und Aufstellung einer neuen Wohnungsbaukonzeption, dem Stadtentwicklungsplan Wohnen (STEP Wohnen) wird der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr bis zum Sommer 2016 die Umsetzungsstrategie im Rahmen der „Wachsenden Stadt“ für das Handlungsfeld Wohnen vorlegen. Dieser Plan wird die Wohnungsbaukonzeption 2010 unter Berücksichtigung der Ergebnisse des GEWOS-Gutachtens (Februar 2015) und neuer demografischer Trends fortschreiben und in eine integrierte Stadtentwicklung einbinden.

Sofortprogramm Wohnungsbau:

Um kurzfristig auf steigende Bevölkerungsprognosen und ein zu geringes Angebot an preisgünstigem Wohnraum im Bremer Wohnungsmarkt zu reagieren, verabschiedete der Senat im Dezember 2015 das Sofortprogramm Wohnungsbau. Im Rahmen des Sofortprogramms sind kurzfristig insbesondere die städtischen Flächen zur Verfügung zu stellen, für die bereits Planungsrecht vorliegt oder zeitnah geschaffen werden kann. Die Verfahren der Ausschreibung, Vergabe und der Baurechtsschaffung sollen in diesem Sinne beschleunigt werden. Hierfür wurde eine Arbeitsgruppe der Ressorts Wirtschaft, Bau, Soziales und Finanzen unter Federführung des Wirtschaftsressorts gegründet. Bis Ende 2017 sollen so 2.000 zusätzliche Wohnein-

heiten (WE) vornehmlich durch Unternehmen der AG Wohnen und der privaten Wohnungswirtschaft geschaffen werden. Sie dienen einer zusätzlichen Verbreiterung des Wohnangebotes im preislimitierten Segment. Schwerpunkte werden die Überseestadt, aber auch Bremen-Nord mit dem Lesum Park und dem Tauwerkquartier (auch bekannt als Grohner Grün) bilden. Weitere 3.500 Wohnangebote sollen in Modulbauweise / serielles Bauen geschaffen werden.

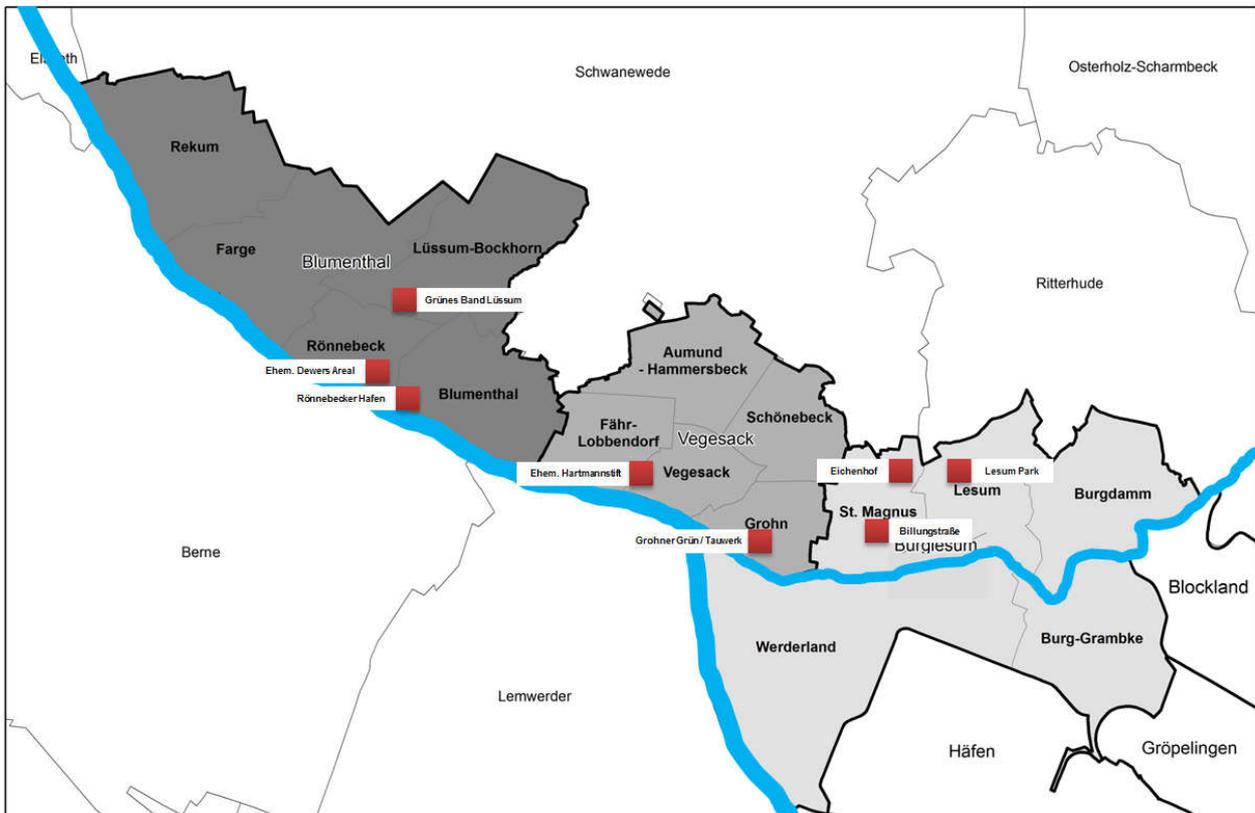
Wohnbauflächen 40+ des Bremer Bündnisses für Wohnen:

Die Bremer Wohnungsbaukonzeption legt einen großen Schwerpunkt auf eine zielgerichtete Innenentwicklung und die Nutzung vorhandener Flächenpo-

tenziale in der Stadt. Das Bündnis für Wohnen wurde 2012 ins Leben gerufen, um u.a. die Bautätigkeit zu fördern, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und den Wohnungsbestand weiterzuentwickeln und zu modernisieren.

In diesem Rahmen wurden vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr städtische und private Wohnbauflächen benannt, die vorrangig bis 2015 bzw. 2020 entwickelt werden sollen. Insgesamt sollen dabei rund 4.800 Wohneinheiten entstehen, davon rund 70 Prozent im Geschosswohnungsbau und rund 30 Prozent im Einfamilienhausbereich. Die sog. 40+-Flächen werden regelmäßig aktualisiert.

Karte 8: 40+-Flächen in Bremen-Nord



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von Website SUBVa

In Bremen-Nord liegen zurzeit acht der 40+-Flächen:

Billungstraße (St. Magnus / Burglesum)	<ul style="list-style-type: none"> - 46 WE - Fläche im Besitz der Stadtgemeinde - Erste Ausschreibung erfolglos, zweite Ausschreibung 2016, Verkaufsverhandlungen mit Bieter laufen - Bebauungsplan im Verfahren (1274), Fertigstellung nach Durchführung eines qualifizierenden Gutachterverfahren unter Einbeziehung von Ortsamt/Beirat und Bieter <p><i>Die Bebauung der Billungstraße war und ist immer wieder Ziel kontroverser Debatten, angestoßen von Bürgerinitiativen, die sich gegen „Bausünden“ und „übermäßige Verdichtung“ positionieren (siehe Kapitel 3.3 Mediananalyse).</i></p>
Grohner Grün / Tauwerkgelände (Grohn / Vegesack)	<ul style="list-style-type: none"> - 130 WE - Fläche im Besitz vom M-Projekt (Olaf Mosel) - Schwerpunkt-Fläche im Sofortprogramm Wohnungsbau - Bebauungsplan im Verfahren (1243) <p><i>Seit 2012 liegt ein städtebauliches Konzept vor, auf dessen Grundlage jedoch kein Investor zum Kauf der Fläche gefunden werden konnte. Der neue Investor bebaut die Fläche nur unter der Bedingung, ein anderes Baukonzept umsetzen zu können. Sollte es zwischen dem Bauamt und dem Investor im Bebauungsplanverfahren keine Einigung geben, kann M-Projekt vom Kauf zurücktreten (siehe Kapitel 4.2.1 Schlüsselprojektanalyse).</i></p>
Lesum Park (Lesum / Burglesum)	<ul style="list-style-type: none"> - 200 WE - Projektentwicklung: PROCON - Erster Bauabschnitt läuft, Vermarktung läuft - Schwerpunkt Fläche im Sofortprogramm Wohnungsbau - Bebauungsplan rechtskräftig (1209); 1. Änderung vom 16.03.2016 <p><i>Die ursprüngliche Idee, Gewerbe aus der Gesundheitsbranche im Lesum Park anzusiedeln, ist 2015 gescheitert. Der Bebauungsplan wurde daher von Gewerbe (GE) zu Wohnen (WA) geändert und 150 zusätzliche Wohneinheiten geplant. Die Wohnbebauung entsteht vornehmlich in Einzel- und Reihenhausbauweise (siehe Kapitel 4.2.1 Schlüsselprojektanalyse).</i></p>
Eichenhof (St. Magnus / Burglesum)	<ul style="list-style-type: none"> → 34 WE → Projektentwicklung: Hegemann Gruppe / August Reiners → Im Bau – Vermarktung läuft – bezugsfertig März 2017 → Bebauungsplan rechtskräftig (V+E 56) <p><i>Hochwertige Eigentumswohnungen in vier Gebäuden mit 2 Geschossen plus Penthouse und Tiefgarage (Website Eichenhof.)</i></p>
Grünes Band Lüssum	<ul style="list-style-type: none"> → 30 WE → Eigentümer GEWOBA → Bisläng nicht bebaut → Bebauungsplan rechtskräftig (1287) <p><i>Nach dem Rückbau von fünf Punkthochhäusern im Rahmen der Städtebauförderung wurden auf den frei gewordenen Flächen neue öffentliche Grünflächen geschaffen. Der Bebauungsplan sieht ergänzend zur Arrondierung der Bestandsbebauung rund 25 Einfamilienhäuser und die Schaf-</i></p>

	<i>fung von Altenwohnungen vor.</i>
Rönnebecker Hafen (Rönnebeck / Blumenthal)	<ul style="list-style-type: none"> → 60 WE → Eigentümer Stadtgemeinde und private Eigentümer → Bislang nicht bebaut → (laut SUBV 2016: Klärungsbedarf wegen Eigentumsverhältnissen und Hochwasserschutz) → Bebauungsplan rechtskräftig (1262) <p><i>Der Planaufstellungsbeschluss wurde bereits 1998 gefasst, der Bebauungsplan ist seit 2004 rechtskräftig. Seit 2003 wird der Umbau des Rönnebecker Hafens zu Wohnnutzung immer wieder in zentralen Dokumenten und Konzepten als wichtiges Ziel der Entwicklung Bremen-Nords formuliert. 13 Jahre später ist dort allerdings noch keine Bebauung erfolgt (siehe Kapitel 4.1.2).</i></p>
Ehem. Dewers-Gelände (Rönnebeck / Blumenthal)	<ul style="list-style-type: none"> - 49 WE - Fläche im Besitz der Deutschen Reihenhäuser AG - Bauantrag liegt vor - Bisher kein Baubeginn – keine Vermarktung - Bebauungsplan rechtskräftig (394) <p><i>2013 scheiterte eine Bebauung durch einen Investor, da Grundstückspreis und Sozialbindung zu hoch empfunden wurden. Erst mit dem Verkauf an die Deutsche Reihenhäuser AG für nur 1,1 Mio. EUR und der Gestattung von 49 Wohneinheiten und damit dem Ausfall der 25-prozentigen Sozialwohnungsquote, ist eine Bebauung nun absehbar. (Theiner 09.08.2013; Die Linke 2015.)</i></p>
Ehem. Hartmannstift	<ul style="list-style-type: none"> → 50 WE → Besitzer: Stadtgemeinde → Erste Ausschreibung erfolglos, zweite Ausschreibung 2016, Verkaufsverhandlungen mit Bieter laufen → Bebauungsplan rechtskräftig (1574 + 911); neuer vorhabenbezogener Bebauungsplan nach begleitendem Qualifizierungsverfahren mit Bieter und Gestaltungsgremium 2016/2017 <p><i>Übergangsweise werden die Gebäude bis Ende 2016 zur Unterbringung von Geflüchteten genutzt.</i></p>

Quellen: SUBV 2016 und Website SUBVa)

Außerhalb der priorisierten Flächen fanden vereinzelte Entwicklungen im Bereich Wohnungsbau statt. Dabei setzten vor allem Olaf Mosel und die Firma M-Projekt in den vergangenen Jahren Bauprojekte im Bereich Einfamilienhaus und gehobener Geschosswohnungsbau um, z.B. das Lindenquartier oder die Aumunder Wiesen im Stadtteil Vegesack.

Wohnen als politische Zielsetzung in Bremen-Nord:

Die Koalitionsvereinbarung von 2003, die umfangreiche Zielsetzungen für Bremen-Nord enthielt, sah vor, mit der Ausweisung eines spezifischen Wohnungsbauprogramms für Bremen-Nord qualitativ hochwertigen Wohnraum zu schaffen. Ein spezifisches Wohnungsbauprogramm für Bremen-Nord existierte unse-

rem Kenntnisstand nach jedoch nicht. Maßnahmen diesbezüglich wurden in der Wohnungsbaukonzeption von 2010 für ganz Bremen berücksichtigt (vgl. SUBV 2010). Im Zukunftsprogramm für Bremen-Nord folgten im Jahr 2006 weitere Maßnahmen im Wohnungsbau. So wurden als zentrale Maßnahmen im Zukunftsprogramm die städtebaulichen Neuordnungen des Rönnebecker Hafens sowie des Dewers-Geländes für Wohnungsentwicklung in Weserlage (damals noch mit 70 Stadtvillen und Einfamilienhäusern) und die bauleitplanerische Vorbereitung für die Fläche „Kleine Wolke“ (Grohner Grün/Tauwerkgelände) vorgesehen. Auch eine Umnutzung des ehemaligen Geländes der Sarstedt-Werft zu altengerechten Wohnformen wurde im Zukunftsprogramm aufgestellt. Dieses Gelände wird mittlerweile wieder industriell genutzt. Ebenfalls sollte z.B. die Binnenentwicklung und Absicherung von rund 500 Wohneinheiten in Blumenthal

(u.a. Bodden Wölpsche, Cranzer Straße und Sandkuhlenweg) erfolgen (vgl. Zukunftsprogramm 2006). Das Baugebiet am Bodden ist mittlerweile fertig erschlossen und entwickelt. Die Entwicklung der Cranzer Straße und des Sandkuhlenwegs wurden im Zuge der Priorisierung der Wohnungsbauentwicklungen zunächst nicht weiter vorangetrieben, nun bestehen aber aktuelle Forderungen des Beirats an das Bauamt Nord, die planungsrechtliche Absicherung der Bauflächen weiter voranzutreiben (vgl. Beirat Blumenthal 14.03.2016). Die Cranzer Straße wird im Sofortprogramm Wohnungsbau als „Suchraum für Wohnungsbau / serielles Bauen“ verzeichnet (vgl. SUBV/BBfW 13.06.2016).

Die Wohnungsbaukonzeption von 2009 sah noch wesentlich mehr Wohnbauflächen in Bremen-Nord, die bis 2015 bzw. 2020 realisiert werden sollten. Dort wurden 19 Flächen markiert auf denen insgesamt rund 600 Wohneinheiten entstehen sollten. Aufgrund von mangelndem Interesse von Investoren und vorliegenden Entwicklungshemmnissen wurde 2012 durch die AG Wohnen des Rathaus-AK eine Priorisierung von 6 Flächen vorgenommen (siehe 40+-Flächen oben ohne Grünes Band Lüssum und Eichenhof). Diese wurden in den Sitzungen des AK in den folgenden Jahren immer wieder thematisiert. (Siehe Kapitel 4.3; vgl. SUBVE 2010; Rathaus AK - AG Wohnen 2012; Theiner 12.03.2013.)

Stadt-regionale Kooperation

Ende der 1990er-Jahre wurde im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzeptes der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen im Bereich Bremen-Nord und seinen Nachbargemeinden die „Region Unterweser“ gegründet und ein regionales Siedlungsstrukturkonzept erstellt. Entlang einer zentralen Entwicklungssachse wurden zehn Entwicklungspotenziale definiert:

- Wohnen am Rönnebecker Hafen
- Zentrumsentwicklung Blumenthal
- Revitalisierung Bremer Vulkan
- Zentrumsentwicklung Vegesack
- Wissenschaftsstandort Grohn
- Zentrumsentwicklung Burglesum
- Aufwertung Lesum-Schleife Bahnhof Burg
- Wohnen auf dem "Dicken Ort"
- Gewerbe Ritterhude / Scharmbeckstotel
- Zentrumsentwicklung Osterholz-Scharmbeck (vgl. Baumheier 2000: 340).

Neben einer unverbindlichen Kommunikation entfaltete die Region Unterweser allerdings keine Wir-

kungskraft und wurde nach einiger Zeit nicht mehr fortgesetzt.

Umsetzungsstand und Bilanzierung:

Bisher wurde lediglich im Projekt Eichenhof und im ersten Bauabschnitt des Lesum Parks mit dem Bau begonnen. Für die Planung von Kinderbetreuungsplätzen hat das Sozialressort Anfang 2015 mit der Baubehörde über zukünftige Bauprojekte in Bremen-Nord Rücksprache gehalten. Danach wird von den beiden Ressorts damit gerechnet, dass die Bebauung der Dewers-Flächen und der Billungstraße 2016/2017 fertiggestellt wird. Mit der Fertigstellung des Grohner Grüns/Tauwerksgeländes und des Hartmannstifts wird frühestens 2019 gerechnet. Eine Realisierung der Projekte Rönnebecker Hafen und Grünes Band Lüssum wird erst langfristig realisiert werden (Brandt; Theiner 10.03.2015).

Damit konnten bisher nur zwei der als besonders wichtig erachteten Flächen zu einem Baubeginn gebracht werden. Beide liegen im Stadtteil Burglesum, der sich innerhalb der Datenanalyse (siehe Kapitel 2 sowie Datenreport Bremen-Nord) als der Stadtteil Bremen-Nords mit den geringsten Problemlagen und dem höchsten Wohlstand hervorgehoben hat. Hochwertige Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser werden in Lesum und St. Magnus dementsprechend entwickelt. Vor dem Hintergrund der angestrebten Ausdifferenzierung des Wohnungsbestands ist es dementsprechend positiv zu werten, dass durch die Neuausrichtung des Lesum Parks auf Wohnen nun auch entsprechend viele Wohnungen im unteren Preissegment durch die Sozialwohnungsbauquote von 25 Prozent in integrierter Lage im Zentrum Lesums entstehen sollen. Für die wirtschaftlichen Zielsetzungen Bremen-Nords ist die Neuausrichtung des Lesum Parks ein erheblicher Rückschlag, für die Wohnungsentwicklung jedoch ein guter Schritt in die richtige Richtung.

Ebenfalls Bewegung kommt nun nach langem Stillstand in die Projekte Hartmannstift, Billungstraße und Grohner Grün/Tauwerksgelände. Bei den Flächen des ehemaligen Hartmannstifts und der Billungstraße sieht es nach Vermarktungsschwierigkeiten in der ersten Ausschreibungsrunde nun so aus, als könnte eine zeitnahe Bebauung stattfinden. Bieter für die Flächen sind vorhanden, Konzepte werden in Kooperationen zwischen Ortsamt/Beirat, Bieter und Bauamt erstellt, bevor der Kaufvertrag abgeschlossen und der Bebauungsplan abgeschlossen wird.

Die Entwicklung des Grohner Grüns/Tauwerksgeländes wies ebenfalls zunächst Schwierigkeiten und langen Stillstand auf und hat nun gute Aussicht auf Umsetzung. Die neue Bebauung wird allerdings vom ursprünglichen Konzept abweichen, welches nach Aussagen des Investors als nicht wirtschaftlich umsetzbar gilt. Damit waren die Ressourcen für die

Durchführung des städtebaulichen Wettbewerbs und für die von der Eigentümerin beauftragte Agentur zur Umsetzung des Konzepts vergeblich. Die Vorgehensweise der Stadtgemeinde, beim Verkauf eigener Flächen die Erstellung eines qualitativ-hochwertigen Nutzungskonzepts ins Bieterverfahren zu integrieren, scheint effizienter. Allerdings birgt diese Vorgehensweise ebenfalls die Gefahr qualitativer Einbuße bei schlechter Marktlage und Verkaufsabsichten der Stadt (siehe Dewers-Gelände).

Im Stadtteil Blumenthal konnte bisher keines der angestrebten Projekte in die Bauphase gebracht werden. Am Rönnebecker Hafen findet keine Entwicklung statt, obwohl das Gebiet bereits seit den 1990er-Jahren als besonderes Entwicklungspotenzial thematisiert wird. Jüngst wurde in den Medien der geplante Bau einer Steinbrechanlage auf der Fläche neben diesem potenziellen Wohngebiet thematisiert. Diese sei aller Voraussicht nach zu genehmigen, da der entsprechende Bebauungsplan trotz der Diskussion um Wohnen an der Weser Industrieflächen ausweist und bislang nicht aktualisiert wurde (vgl. Schumacher 20.07.2016). Das Dewers-Gelände konnte nur einen Entwickler finden, in dem Preis und Sozialwohnungsbindung reduziert bzw. aufgehoben wurden. Auch die Neubebauung am Grünen Band Lüssum mit Ein- und Zweifamilienhäusern ist nicht für die nahe Zukunft geplant. Diese Entwicklung deckt sich mit den Aussagen der im Projekt durchgeführten Expertengespräche, wonach Vertreter der Immobilienwirtschaft Projekte in Blumenthal zu den derzeitigen Marktbedingungen als nicht wirtschaftlich umsetzbar einschätzen und dort nicht aktiv werden.

Zudem fällt auf, dass viele Gebiete unterhalb der 50 Wohneinheiten liegen, die notwendig sind, damit die Bremer Sozialwohnungsquote von 25 Prozent greift. Preisgünstigen Wohnraum in diesem Sinne wird bislang nur im Lesum Park erforderlich. Inwiefern sich die Quote bei Grohner Grün/Tauwerksgelände durchsetzen lässt, bleibt mehr als fraglich, da der Investor im Falle einer für ihn nicht zufriedenstellenden Regelung vom Kauf zurücktreten könnte und damit über eine entsprechend gute Verhandlungsposition verfügt. Bei den wenigen realisierten Bauprojekten in den letzten Jahren in Bremen-Nord und den öffentlichen Vorwürfen, das Bauamt Bremen-Nord sei eher eine „Bauverhinderungsbehörde“ erscheint es nicht wahrscheinlich, dass man eine Bebauung riskieren würde. Beim Dewers-Gelände wurde aufgrund der schleppenden Vermarktung der Fläche ebenfalls eine Reduzierung auf 49 Wohneinheiten und damit ein Verzicht auf Sozialwohnungen eingeräumt.

Bei der Aufmerksamkeit für neue Wohneinheiten sollte die Entwicklung des Bestands nicht vergessen werden. Insbesondere in Blumenthal liegt ein umfangreicher Investitions- und Modernisierungstau vor. Um dem entgegenzuwirken, bietet Energiekonsens zum Beispiel im Programm „Bremer Modernisieren“

in Zusammenarbeit mit dem Bauamt Nord seit 2014 kostenlose Beratungsgespräche über die Chancen einer Modernisierung an. Die Erfahrungen des Immobilien-Standortmanagements im Blumenthaler Zentrum (vgl. Kapitel 4.1) zeigen jedoch, dass Beratungsangebote alleine – zumindest in Ortsteilen mit kumulierten Problemlagen wie Blumenthal – nicht ausreichen, um eine positive Entwicklung anzustoßen.

Insgesamt lässt sich für den Bereich Wohnungsbau bilanzieren, dass trotz hoher politischer Priorität in den letzten zehn Jahren kaum große Wohnungsbauprojekte umgesetzt werden konnten. Dies bestätigt sich auch in der Datenanalyse im Bereich Bauen und Wohnen (siehe Kapitel 2.6). Die Gründe hierfür sind vor allem in Blumenthal u.a. in der schlechten Marktsituation, der weiten Entfernung zur Stadt und dem schlechten Image des Stadtteils zu suchen. Auch dem Bauamt wurde in der Presse und in Veranstaltungen immer wieder eine zu langsame und zu wenig kooperative Bearbeitung vorgeworfen.

4.5 Förderprogramme

Nachdem in den vorangegangenen Kapitelteilen vielschichtige Interventionen mit spezifischem Bremen-Nord-Bezug untersucht und bilanziert wurden, erfolgt nun eine Betrachtung weiterer Förderprogramme. Dabei werden zunächst die Programme der Städtebauförderung und Quartiersentwicklung in Fördergebieten Bremen-Nords untersucht. Anschließend erfolgt eine Betrachtung der Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktpolitik sowie der Förderungen in den Bereichen Bildung, Betreuung und frühkindliche Förderung. Da es sich dabei, im Gegensatz zur Städtebauförderung, nicht um quartierspezifische Förderungen handelt, wird im Rahmen der Betrachtungen gezielt die Relevanz für Bremen-Nord herausgestellt.

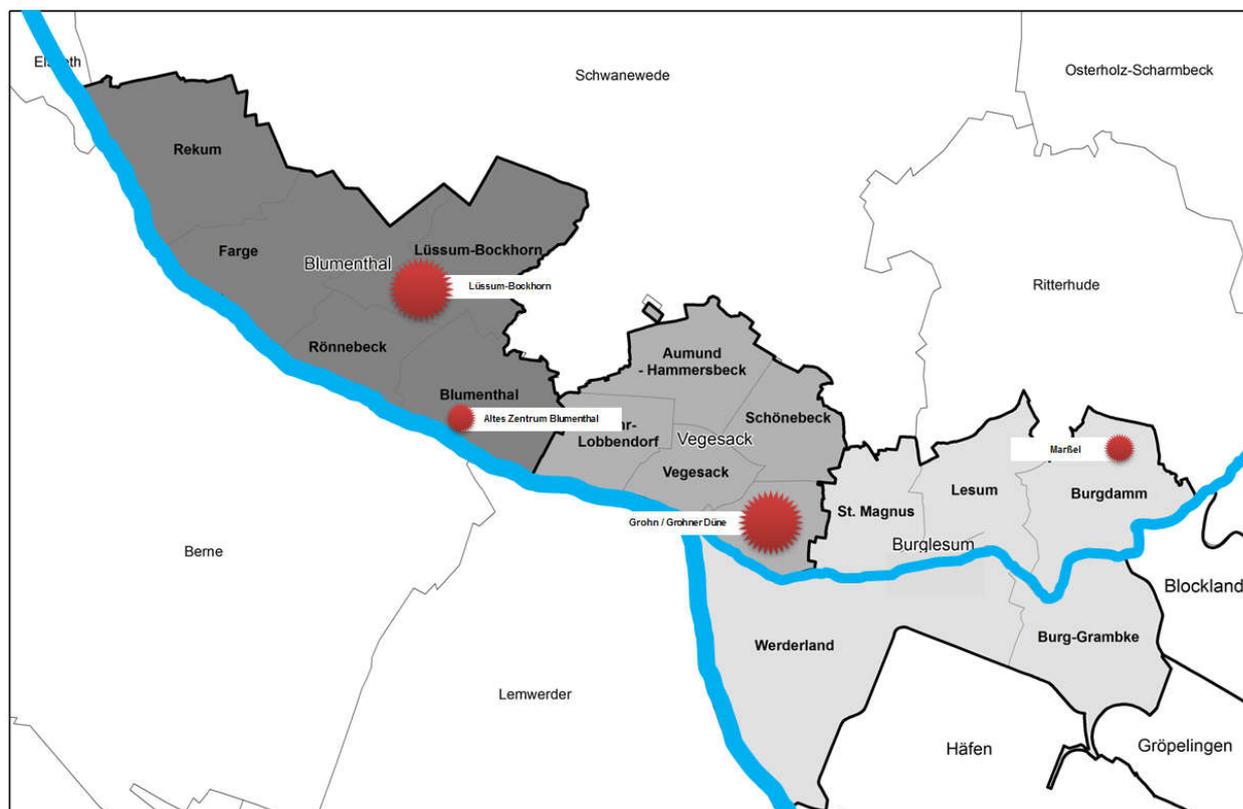
4.5.1 Städtebauförderung und Quartiersmanagement

In Bremen-Nord befinden sich (Stand 06/2016) zwei Gebiete in der Städtebauförderung, der Ortsteil Grohn mit der Grohner Düne sowie der Ortsteil Lüssum-Bockhorn. Bis einschließlich 2014 wurde auch der Ortsteil Marßel mit der Siedlung Marßeler Feld gefördert. Blumenthal erhält seit 2014 Mittel des Bremer Programms Wohnen in Nachbarschaften (WiN) und befindet sich in der Erstellungsphase eines Konzeptes zur Beantragung von Städtebauförderungsmitteln. Im Folgenden werden die Gebiete und die dort umgesetzten Maßnahmen dargestellt. Da die Förderungen nicht abgeschlossen sind, liegen derzeit keine veröffentlichten Gesamtübersichten der Investitions- und Fördervolumina vor. Da in den Gebieten verschiedene Förderprogramme und öffentliche Mittel kombiniert werden, herrscht eine unübersichtliche Datenlage im Bereich der Finanzmittel. Die dem Projekt verfügbaren Informationen über Fördersummen wurden zusammenge-

tragen und aufgeführt, um so zumindest eine Einordnung in eine Größenordnung zu ermöglichen. Soweit Evaluationen der Programme vorliegen, wurden diese als Grundlage für eine Einschätzung der Wirkungen

herangezogen. Liegen keine ausführlichen Evaluationen vor, begrenzt sich die Einschätzung auf die Untersuchungen und Gespräche im Rahmen dieses Projektes.

Karte 9: Städtebauförderungs- und Quartiersmanagementgebiete in Bremen-Nord



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von Website SUBVb

Blumenthal: Lüssum-Bockhorn

Anlass und Problemstellung:

Der Ortsteil Lüssum-Bockhorn, nördlich des Blumenthaler Zentrums an der Grenze zu Schwanewede gelegen, ist vornehmlich geprägt durch Geschosswohnungsbau aus den 1950er-bis 1970er-Jahren. Ehemals im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus entstanden, waren die Siedlungsbestände von häufigen Eigentümerwechseln, mangelnder Investitionstätigkeit und einer sozial unausgewogenen Belegungspolitik betroffen. Hoher Leerstand, Wohnumfeldmängel und die Bildung eines sozialen Brennpunktes waren die Folge. Es liegen überdurchschnittlich hohe Transferleistungsabhängigkeiten, Migrationsanteile und häufige soziale Konflikte sowie ein geringeres Bildungsniveau als im städtischen Durchschnitt vor. Innerhalb der Bewohnerschaft herrscht zudem eine hohe Fluktuation. Die Siedlung lässt sich als Gebiet der Erstintegration beschreiben. Teil der aktuellen Förderungen ist der gesamte Ortsteil Lüssum-Bockhorn, die Probleme kon-

zentrieren sich räumlich vor allem auf bestimmte Siedlungsbereiche um den Lüssumer Ring und die Lüssumer Heide.

Eigentümer:

Die Siedlungen sind im Bestand mehrerer großen Wohnungsunternehmen, unter anderem der GEWO-SIE, der GEWOBA und der Vonovia.

Aktuelle Förderkulissen:

- Soziale Stadt seit 1999
- LOS I, II, III seit 2003 (-2020)
- WiN seit 1999
- Früher: Modellvorhaben, städtebauliche Sanierung, Stadtumbau West

Förderhistorie:

Seit Ende der 1980er-Jahre gilt Lüssum-Bockhorn als "Bereich mit besonderem Entwicklungsbedarf", 1990

wurde ein förmliches Sanierungsgebiet festgelegt, das bis 2001 zahlreiche bauliche Veränderungen anstieß. In diesem Zeitraum konnten auch im Rahmen des Modellvorhabens "Nachbesserung von Großsiedlungen" umfangreiche Sanierungen der Wohngebäude forciert werden. Die Wohnungsbestände um den Lüssumer Ring wurden 1992 von der GEWOBA aufgekauft, saniert und das Wohnumfeld verbessert. 1997 wurde mit dem „Haus der Zukunft“ ein Quartierszentrum eröffnet, das vielfältige soziale Angebote für die Bewohner des Ortsteils beherbergt. 1998 wurde die Siedlung in das Bremer WiN-Programm und 1999 in die Soziale Stadt aufgenommen. Ab 2004 kamen Förderungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS) und Stärken vor Ort hinzu. Das Quartiersentwicklungskonzept wurde 2004 abgeschlossen, die Situation vor Ort war aufgrund der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit und Armut allerdings immer noch problematisch. Daraufhin folgte 2006 die Aufnahme in das Programm Stadtumbau West. Ein neues Integriertes Handlungskonzept (2006) und ein Stadtumbauvertrag mit den (fünf) Eigentümern ermöglichten weitere Veränderungen im Gebäudebestand, unter anderem den Rückbau von fünf Punkthochhäusern. Die Wohnungsunternehmen verpflichteten sich darin, im Rahmen einer Public-private-Partnership über das normale Maß der Bestandsbewirtschaftung hinausgehende Mittel für den Stadtumbau bereitzustellen. Im Gegenzug sicherte die Stadt zu, bestehende Förderungen fortzuführen und sich verstärkt um die Akquisition weiterer Fördermittel aus anderen Programmen zu bemühen. Der Stadtumbau West endete 2011, seitdem ist Lüssum-Bockhorn noch Teil der WiN- und Soziale-Stadt-Förderungen. Das Quartiersmanagement in Lüssum-Bockhorn weist zudem eine besondere Kontinuität auf, da die Quartiersmanagerin dort seit rund 25 Jahren, seit Beginn des Programms Nachbesserung von Großwohnsiedlungen, tätig ist.

Maßnahmen:

Durch die lange und differenzierte Förderhistorie wurden im Gebiet zahlreiche und vielschichtige Maßnahmen aus dem baulichen wie sozialen Bereich durchgeführt. Nachfolgend werden beispielhaft einige Maßnahmen aufgezeigt:

- Abriss von fünf Punkthochhäusern (-320 WE)
- Sanierung der Wohnbebauung (durch die Eigentümer GEWOBA und GEWOSIE)
- Anlage des "Grünen Band Lüssum", mit Mehrgenerationenspielplatz, Bolzplatz u.a.
- Aufwertung von öffentlichen Plätzen, Spielplätzen, Schulhöfen
- Bau und Einrichtung des Quartierszentrums „Haus der Zukunft“

- Etablierung eines Quartiersmanagements
- Zahlreiche soziale Projekte im Rahmen von WiN und Soziale Stadt (z.B. Sprachförderung, Gewaltprävention, Streetwork, Frühberatung etc.)

Investitions- und Fördervolumen

- Gesamtfördersumme der öffentlichen Hand im Rahmen der Städtebauförderung Bremen: 1,8 Mio. EUR zzgl. 2,4 Mio. EUR für die energetische Sanierung einer Schule (vgl. SUBV 20.05.2016)
- Finanzhilfen des Bundes im Programm Soziale Stadt: bis einschl. 2014: 1.271.502 EUR, 2015: 60.000 EUR (vgl. SUBV 30.04.2015: 7)
- Finanzhilfen des Bundes im Programm Stadtumbau West: bis einschl. 2014: 1.367.284 – 2015 keine Förderung mehr durch Stadtumbau West (vgl. SUBV 30.04.2015: 9)
- Jährliche WiN-Mittel: 150.000 EUR – 100%-Fördergebiet, Prioritätsstufe 2 mit einem Index von 228 (Stand 2013) (vgl. SUBV/SSKJF 31.10.2013:5; SUBV/SSKJF 2013: 10)
- Investitionen der privaten Wohnungsunternehmen im Rahmen des Stadtumbauvertrags: 5,8 Mio. EUR (vgl. SUBV 20.05.2016)
- Laut BMVBS wurden im Rahmen der städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen der 1990er-Jahre zuzüglich zu den rund 2 Mio. öffentlichen Geldern rund 20 Mio. EUR von den privaten Eigentümern investiert (vgl. BMVBS 2011: 29)
- Der Betrieb und die Angebote des Quartierszentrums „Haus der Zukunft“ werden von zahlreichen öffentlichen und privaten Geldgebern finanziert (z. B. AfSD, SSJFIS, WiN, ev. Kirche, GEWOBA, Spenden von z.B. Sparkasse und Lions Club)

Bewertung / Einschätzung:

Große Teile des Gebäudebestands befinden sich nach der Sanierung in einem guten Zustand, die Ziele der Sanierung sind weitestgehend erreicht worden. Durch den Rückbau der besonders problematischen Punkthochhäuser im Rahmen des Stadtumbaus konnte die Leerstandsquote deutlich verringert werden. Einige Siedlungsbestände (z.B. Vonovia) weisen aber auch heute noch deutlichen Investitionsbedarf auf. Umfangreiche private Investitionen wurden ausgelöst und verschiedene öffentliche Gelder in das Gebiet geholt. Das Bundesministerium befindet in seiner Bilanzierung vor allem die soziale Komplementierung der Sanierung als besonders zweckdienlich und gelungen umgesetzt. Ebenso habe die erfolgreiche Bewohnerbeteiligung zum Erfolg beigetragen (vgl. BMVBS 2011: 29).

Durch eine gute Zusammenarbeit der Akteure vor Ort, dem Aufbau einer aufsuchenden Sozialarbeit in Kooperation mit der Vonovia und eine veränderte Belegungspraxis der Wohnungseigentümer/-innen konnte die Situation (nach Einschätzung des Quartiersmanagements) trotz der immer noch bestehenden Problemlagen verbessert werden. Allerdings ist die einseitige Sozialstruktur im Quartier nach wie vor problematisch und konnte auch durch die langjährige Förderung im Zuge der Städtebauförderung nicht entscheidend verändert werden. Verfestigte Arbeitslosigkeit, Armut und Erstintegration sind weiterhin gesellschaftliche Herausforderungen, die über die Einflussmöglichkeiten auf Quartiersebene hinausgehen. Auch daher hat der Stadtteil heute immer noch ein schwieriges Image (vgl. BMVBS 2011: 30). Das Sozialmonitoring zeigt aber auch, dass sich die Indikatoren verbessern (vgl. SUBV/SSKJF 2013). Der Einsatz von Städtebauförderungsprogrammen zeigt nur langfristige Erfolge. So konnte Lüssum-Bockhorn über die Jahre stabilisiert werden, die stigmatisierende äußere Erscheinung konnte in den Bereichen und Wohnungsbeständen, die saniert wurden, verbessert werden. In der Lüssumer Heide muss dies in den nächsten Jahren nachgeholt werden.

Blumenthal: Altes Zentrum Blumenthal

Anlass und Problemstellung:

Das Zentrum Blumenthals ist im besonderen Maße von den Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs der Industrie, insbesondere seit Ende der Bremer Woll-Kämmerei, betroffen. Nicht nur die wirtschaftliche Situation stellt sich besonders problematisch dar, sondern auch die Abwanderung von Bevölkerung und ein zunehmender Sozialstrukturwandel. Leerstände in zentralen Lagen und städtebauliche Missstände breiten sich aus. Einige Straßenzüge, in denen früher inhabergeführter Einzelhandel und kleine Dienstleistungseinrichtungen beheimatet waren, stehen nahezu komplett leer (z.B. Mühlenstraße). Die Bebauung ist heterogen, im Kern der George-Albrecht-Straße konzentrieren sich viele Problemlagen in mehreren vierstöckigen Geschossbauten, die in den 1960er-Jahren als Arbeiterwohnheime errichtet wurden. Eine kleinteilige teils unklare Eigentümerstruktur, Zwangsversteigerungen und Leerstände und fehlende Investitionstätigkeiten sorgen für Probleme. Hinzu kamen vermehrte nachbarschaftliche Konflikte in der George-Albrecht-Straße, die sich in den vergangenen Jahren durch die Anhäufung von „extrem hilfsbedürftigen Personengruppen“ (AK Blumenthal 2013: 2) zu einem sozialen Brennpunkt entwickelte. Konflikte unter den Bewohnergruppen, Verwahrlosung, Vermüllung und eine hohe (Jugend-)Kriminalität prägten den schlechten Ruf des Quartiers in den letzten Jahren stark und wirken sich auch auf das Bild Blumenthals und Bremen-Nords aus.

Eigentümer:

Kleinteilige Eigentümerstruktur

Förderkulissen:

- WiN seit 2014

Förderhistorie:

Nachdem 2012 die Situation an der Blumenthaler George-Albrecht-Straße immer weiter eskalierte, brachten die Regierungsparteien Ende 2012 einen Dringlichkeitsantrag in die Bürgerschaft ein, mit der Forderung eine vernetzte Quartiersentwicklung in Blumenthal zu initiieren. Auch verschiedene soziale und öffentliche Institutionen (z.B. Schulen, Roma-Projekt, Ortsamt, AfSD, Kita und Horte, Polizei, DO-KU, Flüchtlingsberatungsstelle der AWO, Caritas etc.) hatten sich aufgrund der massiven Problemlagen bereits im Arbeitskreis Blumenthal zusammengeschlossen, um durch Vernetzung und abgestimmtes Handeln die Wirkungskraft ihres Handelns zu erhöhen und Problemlösungen zu erarbeiten. Ihre vordringliche Forderung nach einem Quartiersmanagement als zentrale Anlaufstelle wurde 2013 erfüllt. Das „Alte Zentrum Blumenthals“ wurde als flankierendes WiN-Gebiet (ohne Handlungskonzept) ausgewiesen, ein Quartierszentrum eingerichtet und eine Quartiersmanagerin eingestellt. Allerdings sollte die Finanzierung zunächst zulasten der Budgets anderer WiN-Gebiete erfolgen, was große Kritik hervorrief (vgl. Grunewald 21.11.2015). Aufgrund der massiven städtebaulichen, wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen Blumenthals wurde 2015 über die mögliche Aufnahme Blumenthals in die Städtebauförderung diskutiert. Zurzeit wird unter Federführung des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr ein solcher Prozess mit den relevanten Akteuren vor Ort vorbereitet. Ein Konzept liegt derzeit (06/2016) noch nicht vor, soll aber noch 2016 fertiggestellt werden.

Maßnahmen:

- Aufbau eines Quartierstreffs
- Stärkung des nachbarschaftlichen Miteinanders und der Begegnung
- Förderung von Spracherwerb und Grundbildung
- Temporäre Spielstraße in der George-Albrecht-Straße
- Frauengruppe in der George-Albrecht-Straße

Investitions- und Fördervolumen:

- Finanzhilfe des Bundes bis einschl. 2015: 0 EUR
- Jährliche WiN Förderung: 20.000 EUR

Bewertung / Einschätzung:

Nach Einschätzung des Quartiersmanagements erfüllt das Quartierszentrum eine wichtige Funktion, in dem eine Greifbarkeit und Ansprechbarkeit vor Ort gewährleistet wird. Das Zentrum ist ein Kristallisationspunkt für alle Aktivitäten und Menschen vor Ort. Es konnten Kontakte zu vielen Bewohnern aufgebaut werden. Mittlerweile gibt es auch immer mehr Veranstaltungen von anderen Akteuren. Auch das Image nach außen habe sich verbessert, es gibt weniger schlechte Meldungen in der Presse, was auch durch die im Projekt vorgenommene Medienanalyse bestätigt werden kann (vgl. Kapitel 3.3 Medienanalyse – wenig Meldungen über sozialen Brennpunkt, mehr über Stadtumbaudiskussion). Die aufgebauten Strukturen und Netzwerke sind allerdings immer in Gefahr, da die Mittelzusagen zurzeit nur kurzfristig erteilt werden. Eine langfristige Planung ist somit nicht möglich. Auch eine zunächst diskutierte Finanzierung Blumenthals zulasten anderer WiN-Gebiete kann nicht im Sinne einer integrativen, nachhaltigen Stadtentwicklung sein. Trotz enger Haushaltsrestriktionen dürfen benachteiligte Gebiete nicht gegeneinander in eine derartige Konkurrenz um die nötigsten Mittel zu versetzt werden.

Die neue Aufmerksamkeit für Blumenthal vonseiten der Politik und Verwaltung ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Problemlagen in Blumenthal so tief greifend und selbstverstärkend sind, dass sie ohne großmaßstäbliche Interventionen nicht behoben werden können – hierfür sind die aktuellen Mittel von 20.000 EUR pro Jahr nicht ausreichend. Dies ist die klassische Aufgabe der Städtebauförderung, die Beantragung von Mitteln und die Erstellung eines integrierten Handlungskonzeptes stellen daher nach der Einrichtung eines Quartiersmanagements einen weiteren positiven Entwicklungsschritt dar. Kritisch anzumerken bleibt jedoch, dass für Blumenthal in der Vergangenheit bereits diverse Konzepte mit nicht unerheblichem Aufwand erstellt wurden (siehe Kapitel 4.1.1 Dokumentenanalyse), auf die keine Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmen folgte. Für eine Veränderung der Situation sind nun erhebliche Investitionen nötig.

Vege sack: Grohn / Grohner Düne

Anlass und Problemstellung:

Die Grohner Düne ist eine Großwohnanlage aus den frühen 1970er-Jahren, die seit den 1980er Jahren einen besonderen Entwicklungsbedarf aufweist. In mehreren Hochhäusern mit bis zu 15 Geschossen um einen Innenhof angeordnet, weist die Grohner Düne auf geringer Fläche eine sehr hohe Einwohnerdichte auf. In 570 Wohneinheiten leben zurzeit ca. 1500 Menschen. Der industrielle Strukturwandel, der wirtschaftliche Niedergang der Vulkan-Werft und die schwierige Eigentümerkonstellation der Siedlung führten in den 1990er-Jahren zum Abstieg der Siedlung, einer

Konzentration von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Missstände sowie städtebaulichem Verfall. Seit einigen Jahren ist die Düne bevorzugter Einwanderungsort für Zuwanderer aus dem Nahen Osten, dem Kosovo und der Türkei (87 Prozent der Bewohner haben Migrationshintergrund), es herrschen sehr hohe Fluktuationsraten vor. In die Schlagzeilen rückte die Grohner Düne in jüngerer Vergangenheit immer wieder durch gewalttätige Ausschreitungen und Probleme mit rivalisierenden Clans.

Eigentümer:

Grand City Property: Zuvor erfolgten häufige Eigentümerwechsel. Bremen versuchte 2014 selbst durch die GEWOBA die Siedlung zu erwerben, setzte sich aber nicht gegen das Angebot des Investors GCP durch.

Förderkulissen:

- Soziale Stadt seit 1999
- LOS II und III seit 2008 (-bis 2020)
- WiN seit 1999
- Früher: Modellvorhaben

Förderhistorie:

Von 1984 bis 1990 wurden im Rahmen des Bremer Modellvorhabens zur Nachbesserung von Großwohnsiedlungen erste Sanierungen durchgeführt. 1998/99 erfolgten weitere bauliche Sanierungen und die Aufnahme in die Förderprogramme Wohnen in Nachbarschaften (WiN) und Soziale Stadt. Seit 2005 befindet sich der gesamte Ortsteil in den Programmen Soziale Stadt, WiN und LOS, um eine stärkere Verzahnung mit dem Umfeld zu ermöglichen. Seit 2001 gibt es ein Quartiersmanagement vor Ort. Ein sechsmal jährlich stattfindendes WiN-Forum entscheidet über die Projektanträge, die sich an den definierten Bedürfnissen im Stadtteil orientieren.

Das Modellprojekt „Pro Düne“ sollte ab 2013 die sich verschärfende soziale Brennpunktsituation abfedern und insbesondere die Integration der dort wohnenden Großfamilien und Clans der Mhallamiye befördern. Hierfür wurden laut Weser-Kurier 170.000 EUR von der Stadt Bremen zur Verfügung gestellt (vgl. Theiner 18.11.2013). Aufgrund mangelnden Erfolgs wurde „Pro Düne“ 2014 beendet. Eine ressortübergreifende Staatsräterunde tagt seitdem über das weitere Vorgehen. Es liegt ein Integriertes Handlungskonzept aus dem Jahr 2006 vor. Ab 2015 wurde ein neues Konzept von den Büros Planwerkstadt und FORUM erarbeitet, welches sich lange im Abstimmungsprozess befand und im Januar 2016 dem Senat vorgelegt wurde. Das neue Entwicklungskonzept für die Grohner Düne umfasst ein investives Maßnahmenvolumen von rund 3,5 Mio. EUR (allerdings inklusive der Umbaumaßnahmen am Vegesacker Bahnhofsvorplatz von einer

Million Euro), die unter anderem durch die Beantragung von Städtebauförderungsmitteln umgesetzt werden sollen (vgl. SUBV 2016 (Entwurf): 60f.).

Maßnahmen:

Bauliche Sanierung in den 1980er und 1990er Jahren – aktuell: Quartiersmanagement, Bewohnertreff, WiN-Forum zur Entscheidung über Projekte, Projekte zur Integration und nachbarschaftliches Zusammenleben, Bildungsprojekte, Projekte zur Stärkung der sozialen Kompetenzen etc.

Investitions- und Fördervolumen:

- Gesamtfördersumme 1999-2005 laut IHK 2006: 1,6 Mio. EUR aus WiN, Soziale Stadt und LOS (vgl. SUBV/SAFGJF 2006: 12)
- Finanzhilfen des Bundes im Programm Soziale Stadt: bis einschl. 2014: 470.970 EUR, 2015: 120.000 EUR (vgl. SUBV 30.04.2015: 7)
- Finanzhilfen des Bundes im Programm Stadtumbau West: 2015: 100.000 EUR (Aufnahmejahr 2015) (vgl. SUBV 30.04.2015: 9)
- Jährliche WiN-Mittel: 75.000 EUR – 50%-Fördergebiet. Die Grohner Düne hat derzeit Prioritätsstufe 1 mit einem Index von 331 (Stand 2013) (vgl. SUBV/SSKJF 31.10.2013 :5; SUBV/SSKJF 2013: 10).

Bewertung / Einschätzung:

Trotz langfristiger Verweildauer in den Programmen der sozialen Stadtteilentwicklung zeigt die aktuelle Debatte, dass die erzielten Wirkungen gering sind. Ein Vergleich der Fördervolumina mit anderen Gebieten wie Lüssum-Bockhorn zeigt allerdings auch eine deutliche Differenz der bisher aufgewendeten Mittel. Das aktuelle Entwicklungskonzept enthält weitere Maßnahmen von rund 3,5 Mio. EUR. Trotzdem können Probleme, die durch die Bauart und die städtebaulichen Gegebenheiten verursacht sind und die Gesamtsituation mit beeinflussen, nicht in diesen Programmen und nicht ohne Mitwirken der Eigentümer adressiert werden. Die Aussagen und Maßnahmen im neuen integrierten Entwicklungskonzept heben die Notwendigkeit einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Eigentümer besonders hervor. Die Medienanalyse zeigt aber, dass bereits im Erstellungsprozess des Konzepts Unstimmigkeiten entstanden sind, so wurde der Stadt öffentlich von der Eigentümerin GCP vorgeworfen, in den Erstellungsprozess nicht ausreichend eingebunden worden zu sein (vgl. Brandt 20.01.2016).

Burglesum: Marßel / Marßeler Feld

Anlass und Problemstellung:

Das Wohngebiet Marßeler Feld ist ein Zeilenbaugbiet der 1960er-Jahre, das größtenteils durch 3-4-geschossige Wohngebäude geprägt ist und im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus errichtet wurde. Marßel liegt im Ortsteil Burgdamm im Stadtteil Burglesum am nordöstlichen Rand Bremen-Nords an der Grenze zu Ritterhude zwischen der A27 und B74. Mittlerweile ist Marßel nur noch in der flankierenden WiN-Förderung, die Städtebauförderungsprogramme im Gebiet sind abgeschlossen. Ihr Ziel war die Verbesserung städtebaulicher Defizite und Wohnumfeld-Mängel sowie der Ausbau der sozialen Infrastruktur. Marßel wies eine hohe Arbeitslosigkeit sowie einen hohen Anteil an Ausländern und Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem Aussiedler aus den GUS-Staaten sowie einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen auf. Zudem herrschte vor der sozialen Stadtteilförderung ein Mangel an bildungs- und integrationsfördernden Angeboten im Ortsteil.

Eigentümer:

GEWOBA und Brebau

Förderkulissen:

- WiN (Verstetigende Förderung)
- Früher: Modellvorhaben, Soziale Stadt, EFRE

Förderhistorie:

Von 1990 bis 1998 wurden im Rahmen des Modellvorhabens zur Nachbesserung von Großsiedlungen bauliche Sanierungen vorgenommen. Ab 1998 erhielt das Gebiet Mittel aus WiN und LOS, von 1999-2008 war Marßel zudem Teil des Städtebauförderprogramms Soziale Stadt. Für den Bau des Quartierszentrums konnten zusätzlich EFRE-Mittel eingesetzt werden. Eine Evaluation im Jahr 2004 hatte ergeben, dass sich die Lage im Quartier soweit stabilisiert hat, dass mit einem schrittweisen, geordneten Ausstieg aus der Förderung (Phasing Out) begonnen werden konnte. Es folgte die Entwicklung des Konzeptes "Selbsttragende Strukturen", die WiN- und Soziale-Stadt-Förderung wurde als „Gebiet mit flankierendem WiN-Mittel-Einsatz" auf eine 25%-Förderung reduziert. 2008 wurden ein Quartiersfonds für kleinteilige, bewohnergetragene Projekte und ein Stabilisierungsfonds für den Betrieb des Nachbarschaftshauses, der Hintergrundberatungen und den Quartiersrat eingerichtet. In Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure und der Bewohner wurden Schlüsselprojekte ausgewählt, für deren Fortbestand prioritär andere Finanzierungsmöglichkeiten gesucht wurden. Das Quartiersmanagement übernimmt statt einer steuernden nur noch eine beratende Funktion. Der Quartiersrat sorgt für die Organi-

sation der Quartiersforen und den Quartiersfonds. Im Monitoring 2013 lag der Index Marßels unter 200, womit das Gebiet nun kein Vermutungsgebiet mehr ist und nur noch geringe Mittel als verstetigende Förderung erhält.

Maßnahmen:

- Bauliche Sanierungsmaßnahmen
- Soziale Maßnahmen
- Schlüsselprojekte in der Verstetigung:
 - Etablierung eines Nachbarschaftshauses mit Café (Förderung durch Baureport, Mietfreiheit durch GEWOBA)
 - Etablierung des Jugendhauses ups (AWO)
 - Türkische Erziehungsberatung, Streetworker und Quartiersservice
 - Einrichtung einer Polizeistation in einer Wohnung

Investitions- und Fördervolumen:

- Finanzhilfe des Bundes bis einschl. 2014: 456.969 EUR
- WiN Mittel seit 2013: 20.000 EUR / Jahr (Verstetigende Förderung – 2008 lag der Index bei 219 und Priorität 4, 2013 lag er dann unter 200, sodass Marßel nicht mehr im Monitoring als Vermutungsgebiet aufgeführt wird)

Bewertung / Einschätzung:

Das Gebiet hat sich nach Einschätzung des Sozialmonitorings positiv entwickelt und kann nun als sozial stabil bewertet werden, auch wenn es immer noch zu vereinzelt Problemen kommt.

4.5.2 Einzelbetriebliche Wirtschaftsförderung

Zahlreiche Programme und Maßnahmen aus den Bereichen Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung zielten in der Vergangenheit auch auf den Stadtbezirk Bremen-Nord. Da diese Aktivitäten jedoch im Gegensatz zur Städtebauförderung überwiegend nicht quartiersbezogen ausgerichtet sind, erfolgt die Auswertung hier nicht nach Stadtteilen, sondern nach thematischen Schwerpunkten. Jeweils wird zunächst das Ziel von ausgewählten wesentlichen Politikprogrammen in diesem Themenbereich kurz erläutert, ehe im Anschluss eine Darstellung von entsprechenden Aktivitäten in Bremen-Nord erfolgt.

Wirtschaftsförderung

Für den vom wirtschaftlichen Strukturwandel stark betroffenen Stadtbezirk Bremen-Nord ist aufgrund des markanten Rückgangs von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in den letzten 40

Jahren eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung von zentraler Bedeutung. Aus diesem Grund soll nachfolgend betrachtet werden, welche Impulse für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Bremen-Nord von der Wirtschaftsförderung ausgingen. Da die Gewerbeflächen- und Zentrenentwicklung aber bereits im Rahmen der Schlüsselprojektanalysen betrachtet wurde, erfolgt an dieser Stelle ein Fokus auf die einzelbetriebliche Förderung in der vergangenen EU-Programmplanungsperiode von 2007 bis 2013/14.²⁷ Hierbei sollen die drei zuwendungsstärksten Programme der einzelbetrieblichen Förderung in Bremen dahin gehend betrachtet werden, welchen Schwerpunkt sie auf Unternehmen im Stadtbezirk Bremen-Nord hatten. Da diese Programme jedoch keine regionalspezifische Ausrichtung haben, ist deren Anwendung auf Betriebe in Bremen-Nord kein Bewertungskriterium für den Erfolg bzw. Misserfolg der jeweiligen Förderinstrumente. Aufgrund der Tatsache, dass ein „Screening“ aller geförderten Unternehmen nach dem jeweiligen Unternehmenssitz und den erhaltenen Fördermitteln mit enormem Aufwand verbunden ist, werden nachfolgend nur die sog. Top-Listen (Nischwitz, Böhme, Fortmann 2016) der drei ausgewählten Programme nach geförderten Unternehmen in Bremen-Nord untersucht. Zudem erfolgt exemplarisch die Nennung weiterer geförderter Betriebe.

Landesinvestitionsförderprogramm (LIP)

Die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionsmaßnahmen erfolgt im Land Bremen seit 1994 durch ein eigenes Landesinvestitionsförderprogramm (LIP). Das LIP hat sich seitdem als Hauptinstrument zur Unterstützung gewerblicher Investitionen im Land Bremen etabliert. Die Ausgestaltung des LIP wird allerdings in einem hohen Maße von den Vorgaben der EU (u.a. durch das Beihilfe- und Wettbewerbsrecht, EFRE) und durch das GRW bestimmt. Im LIP werden die vom Land bereitgestellten Finanzmittel zur einzelbetrieblichen Investitionsförderung mit Kofinanzierungsmitteln des Bundes (GRW) und der EU (EFRE) verknüpft.

Relevanz für Bremen-Nord

Unter den Top Ten der einzelbetrieblichen LIP-Förderung im Land Bremen im Begünstigtenverzeichnis des Bremer EFRE-Programms 2007-2013 ist kein Unternehmen des Stadtbezirks Bremen-Nord verzeichnet, obgleich die Top Ten mehr als zwei Drittel aller vergebenen Finanzmittel im Rahmen der

²⁷ Ferner sei auf die Publikation des Instituts Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen zur Kommunalen Wirtschaftsförderung in Bremen verwiesen (Nischwitz, Böhme, Fortmann 2016), in der eine Bilanz zur Gewerbeflächenentwicklung in Bremen vorgenommen und einzelne Gewerbestandorte wie der Bremer Industrie-Park, der Science Park sowie das Gelände der Bremer Wollkammerei detaillierter betrachtet werden.

einzelbetrieblichen Investitionsförderung auf sich vereinigen. Allerdings erhielt z.B. die in Blumenthal ansässige BVT Brenn- und Verformtechnik Bremen GmbH in den Jahren 2008/2012 350.000 EUR aus EFRE-Mitteln und würde mit dieser Summe in einer Top-15-Liste auftauchen. Des Weiteren listen auch die Zuwendungsberichte der Senatorin für Finanzen von 2009 bis 2010 sowie 2011 bis 2013 alle Unternehmen, die Projektförderungen erhalten haben. Unter den Top 5 der Stadt Bremen ist im Zeitraum 2009-2010 wiederum kein Unternehmen in Bremen-Nord zu

finden. Lediglich im Untersuchungszeitraum 2011 bis 2013 gehört die Bootswerft Winkler GmbH & Co. KG in Burglesum mit einer Projektförderung in Höhe von ca. 200.000 EUR zu den Top5 der einzelbetrieblichen Investitionsförderung nach dem GRW/LIP. Einschränkung ist aber anzumerken, dass einige geförderte Betriebe im Bremer Industrie-Park ihren Sitz haben, der geografisch zwar zum Stadtbezirk Mitte-Häfen zählt, als Gewerbegebiet jedoch auch oftmals zum Stadtbezirk Bremen-Nord gerechnet wird.

Tabelle 5: Räumliche Verteilung der GRW/LIP-Förderung nach Stadtgemeinde Bremen und Stadtbezirken (2008-2014)

Stadtgemeinde / Stadtbezirk	Förderung			Investition	Arbeitsplätze
	Anzahl ¹⁾	Zuschuss ²⁾	Darlehen ²⁾	Inv.-Volumen	neue DAP
	absolut	in tsd. EUR			absolut
Bremen (Stadt)	112 (74)	4.072	1.933	204.021	867
– Nord	12 (8)	605	236	19.283	55,5
– Süd	19 (13)	537	254	31.308	240,0
– West	9 (6)	267	168	9.115	40,5
– Ost	44 (30)	1.628	817	55.997	255,5
– Mitte / Häfen	28 (17)	1.035	458	88.288	275,5

1) in Klammern = Anzahl Darlehen

2) Zeitraum: 2011- 2013; Zuschuss hier aufgrund der Datenlage inkl. ergänzender Zuschussförderung);

Darlehen = Subventionswert

Quellen: eigene Zusammenstellung nach SWAH-Bleihungsberichten (2010-2013) und Jahresberichte LIP (2008-2014)

Auch Tabelle 5 zeigt auf, dass Unternehmen im Stadtbezirk Bremen-Nord zwischen 2008 und 2014 nur einen unterdurchschnittlichen Anteil an LIP-Mitteln hatten. Auffällig sind zudem die durch LIP induzierten geringen Investitionsvolumina und absoluten Arbeitsplatzeffekte in Bremen-Nord.

FEI

Im Land Bremen werden Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsvorhaben (FEI) von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft durch ein eigenes FuE-Innovationsprogramm des Landes unterstützt.

Relevanz für Bremen-Nord

Unter den Top Ten der einzelbetrieblichen FEI-Förderung im Land Bremen findet sich im Begünstigtverzeichnis des Bremer EFRE-Programms 2009-2013 ein Unternehmen (ThyssenKrupp System Engineering) aus Bremen-Nord. Die Haindl Kunststoffverarbeitung GmbH aus Bremen-Blumenthal erhielt aber

2007/2010 sowie 2010/2012 ebenfalls zwei größere FEI-Projektförderungen mit einem Gesamtvolumen von ca. 230.000 EUR. Des Weiteren listen auch die Zuwendungsberichte der Senatorin für Finanzen von 2009 bis 2010 sowie 2011 bis 2013 alle Unternehmen, die Projektförderungen erhalten haben. Unter den Top5 der Stadt Bremen ist im Zeitraum 2009-2010 sowie im Untersuchungszeitraum 2011 bis 2013 kein Unternehmen in Bremen-Nord zu finden. Es erfolgten aber kleinere Mittelvergaben an die Ambulante Reha Friedehorst gGmbH (zwei Vergaben zwischen 2011 und 2014 mit insgesamt ca. 22.000 EUR) sowie an das Neurologische Rehabilitationszentrum Friedehorst (eine Vergabe ca. 12.000 EUR im Zeitraum 2009/2011).

PFAU

Einzelbetriebliche Innovationsförderung im Bereich Umweltwirtschaft wird in Bremen u.a. durch das

„Programm zur Förderung anwendungsnaher Umwelt-techniken (PFAU)“ umgesetzt.

Relevanz für Bremen-Nord

Unter den Top Ten der einzelbetrieblichen Förderung im Land Bremen im Begünstigtverzeichnis des Bremer EFRE-Programms 2008-2014 belegen die Phytolutions GmbH (zwei Förderungen in Höhe von 242.000 EUR zwischen 2009 und 2011) und die Jacobs University (zwei Förderungen in Höhe von ca. 200.000 EUR im Jahr 2009) die Plätze 2 und 3. Die Jacobs University kooperierte dabei mit der BREWA WTE GmbH im Rahmen des Aufbaus einer grünen Algen-Industrie im Pilotmaßstab neben einer Industriekraftwerksanlage in Bremen-Blumenthal. Ferner erhielt die Haindl Kunststoffverarbeitung GmbH 2009 eine PFAU-Förderung. Des Weiteren listen auch die Zuwendungsberichte der Senatorin für Finanzen von 2009 bis 2010 sowie 2011 bis 2013 alle Unternehmen, die Projektförderungen erhalten haben. Unter den Top5 der Stadt Bremen sind im Zeitraum 2009-2010 sowie im Untersuchungszeitraum 2011 bis 2013 mehrere Fördermittelträger aus dem Stadtbezirk Bremen-Nord verzeichnet. Dazu gehören wiederum die Jacobs University und die Phytolutions GmbH. Ferner erhielt die Deutsche Windtechnik GmbH im Bremer Industrie-Park drei Projektbewilligungen.

4.5.3 Arbeitsmarktpolitik

Neben der Wirtschaftsförderung ist auch die Arbeitsmarktpolitik für einen vom ökonomischen Strukturwandel stark geprägten Stadtbezirk wie Bremen-Nord von besonderer Bedeutung. Die sog. lokale Arbeitsmarktpolitik steht in Bremen unter dem Motto „Prävention und Aktivierung“. Ausbildungsförderung, Qualifizierungsförderung, Beschäftigungsförderung, Unterstützung bei Existenzgründung oder berufsbezogene Beratung sind dabei die wesentlichen Leistungsfelder. Die Landesarbeitsmarktpolitik ist eingebettet in die Europäische Beschäftigungsstrategie. Eine enge Abstimmung besteht mit den Förderprogrammen der Agenturen für Arbeit und den Arbeitsgemeinschaften in Bremen und Bremerhaven. Nachfolgend sei die Bremer Arbeitsmarktpolitik in ihren groben Grundzügen erläutert und hinsichtlich der für Bremen-Nord relevanten Bestandteile skizziert. Dazu wird zunächst das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm (2008-2013) erläutert, ehe auf einige neuere Entwicklungen eingegangen wird.

Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm (2008-2013)

Die lokale Arbeitsmarktpolitik konstituiert sich im sog. Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP), das die verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Handlungsfelder zu einer kohärenten Strategie zusammengeführt und mit anderen relevanten Politikfeldern verknüpft. Das BAP wurde für die Jahre

2008-2013/14 mit seinen Fonds auf vier zentrale Handlungsfelder²⁸ ausgerichtet. Für die Jahre 2008 bis 2013 standen im BAP insgesamt ca. 120 Mio. EUR zur Verfügung und damit rund 20 Mio. EUR pro Jahr. Allein die Fonds 1 bis 3 umfassten jedoch 17 verschiedene arbeitsmarktpolitische Programme, deren Bilanzierung für die gesamte Stadt bzw. für einen einzelnen Stadtbezirk ein eigenes Forschungsvorhaben darstellen würde. Deshalb soll lediglich punktuell die Umsetzung des BAP im Stadtbezirk Bremen-Nord ausgeführt werden. Da diese Programme jedoch überwiegend keine regionalspezifische Ausrichtung haben, ist deren Anwendung in Bremen-Nord kein Bewertungskriterium für den Erfolg bzw. Misserfolg der jeweiligen Förderinstrumente. Es sei zudem darauf hingewiesen, dass für die neue ESF-Förderperiode (2014-2020) ein neues BAP in Kraft getreten ist, dessen Fördergrundsätze zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht analysiert werden können.

Relevanz für Bremen-Nord

Aufgrund der Vielzahl an Einzelprogrammen des BAP, die jedoch nicht regionalspezifisch verortet sind, ist die Zuordnung von Maßnahmen zum Stadtbezirk Bremen-Nord nur nach einer aufwendigen Einzelfallprüfung möglich. Nach Angaben der Abteilungsleiterin des Arbeitsressorts (Jansen 2012) können etwa 4,9 Mio. EUR in über 70 Projekten von 2008 bis 2011 (ESF, EFRE und Landesmittel) direkt Bremen-Nord zugeordnet werden. So wurden allein in diesem Zeitraum ca. 3.500 Teilnehmende mit Maßnahmen erreicht und ca. 3.300 Beratungen durchgeführt. Konkrete Projektbeispiele sind:

- Die Arbeitslosen- und Sozialberatung Nord in Vegesack bietet u.a. Beratung zu Themen wie Arbeitslosengeld I und II, Grundsicherung oder schwierige Lebenslagen an sowie unterstützt in Behörden- und Ämterangelegenheiten.
- „Verbesserung der Berufsfähigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ (SoPu II) war ein Projekt der Senatorin für Bildung mit einem Volumen von ca. 123.000 EUR, das von 2008 bis 2010 durchgeführt wurde.
- Das Projekt „Schulverbund der Altenpflegeschulen in Bremen“ am Berufsförderungswerk Friedehorst in Bremen-Lesum richtet sich an die Zielgruppe Jugendlicher und junger Erwachsener mit besonderem Förderbedarf.

²⁸ Fonds 1: „Strukturwandel arbeitsmarktpolitisch flankieren – Beschäftigungspotenziale ausbauen!"; Fonds 2: „Kompetenzen der Menschen fördern – Individuelle Arbeitsmarktchancen stärken!"; Fonds 3: „Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen – Teilhabe an Beschäftigung ermöglichen!"; Fonds 4: „Schwerbehinderte Menschen fördern – Integration unterstützen!";

- Die Jugend Informations- und Beratungsstelle JIB in Burglesum ist eine dezentrale und zertifizierte Beratungsstelle für junge Menschen bis 25 Jahre.
- Mit dem Landesprogramm „Geförderte Beschäftigung und soziale Stadtentwicklung“ werden Maßnahmen für Langzeitarbeitslose der Träger der Grundsicherung (Jobcenter) in Bremen und Bremerhaven durch zusätzliche Angebote mit finanziellen Mitteln des ESF ergänzt. Zu den besonderen definierten sozialräumlichen Quartieren gehören mit den Ortsteilen Blumenthal und Lüssum-Bockhorn auch Gebiete in Bremen-Nord. Aufgrund von Änderungen der arbeitsmarktpolitischen Vorgaben des Bundes und Finanzierungsschwierigkeiten des Landes steht das Programm jedoch seit Jahren unter Druck. So wurden sozialversicherungspflichtige Stellen in Beschäftigungen in der Mehraufwandsvariante oder in ehrenamtliche Beschäftigungen mit Aufwandsentschädigung umgewandelt. Die Anzahl der Stellen (im Jahr 2012 gab es noch mehr als 460 Plätze in Bremen-Nord) hat sich dabei zunehmend reduziert. Die Finanzierung der Regionalen Netzwerke endete 2015. Mit dem neuen BAP (2014-2020) gelten zudem nun neue rechtliche und finanzielle Grundlagen für die Beschäftigungsförderung.
- Mit dem Landesprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS-Bremen II)“ wurden Kleinstvorhaben, sogenannte Mikroprojekte zur Förderung der beruflichen Eingliederung und Orientierung sowie Organisationen und Netzwerke, die sich für benachteiligte Menschen am Arbeitsmarkt einsetzen, gefördert. Umgesetzt wird das Programm schwerpunktmäßig in den WiN-Gebieten (u.a. Grohn, Lüssum), aber auch in Gebieten mit besonderen sozialen Problemlagen außerhalb der WiN-/Soziale-Stadt-Gebiete. In Bremen-Nord fanden im Rahmen von LOS II diverse Projekte statt (u.a. Berufsorientierungskurse, Schulvermeidungsprojekte, PC-Kurse, Deutsch- und Alphabetisierungskurse).

Neben diesen genannten größeren Maßnahmen fanden eine Vielzahl an Mikroprojekten unterschiedlicher Träger auch in Bremen-Nord statt. Dazu gehören Nähwerkstätten, Hausaufgabenhilfen, Integrationslotsen, Elternschulungen sowie Angebote zur Gesundheitsförderung. Ferner gab es diverse Projekte im Zusammenhang mit dem mittlerweile eingestellten Programm „Bremen produktiv, Bremen integrativ“, in dessen Rahmen langzeitarbeitslose Bremer/-innen Gelegenheit zu einer geförderten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung über zwei bis drei Jahre hatten.

Neuere Entwicklung der lokalen Arbeitsmarktpolitik (ab 2015)

Zwei wesentliche neuere Entwicklungen gibt es in der lokalen Arbeitsmarktpolitik Bremens seit Inkrafttreten des neuen BAP bis Juni 2016: zum einen der Aufbau der Jugendberufsagentur und zum anderen die Einrichtung von lokalen Förderzentren für Langzeitarbeitslose.

Jugendberufsagentur Bremen

Die Jugendberufsagentur Bremen ist eine gemeinsame Einrichtung der Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven, des Jobcenters Bremen, des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, der Senatorin für Kinder und Bildung sowie der Senatorin für Soziales, Frauen, Integration und Sport. Die Aufgabe der Jugendberufsagentur ist die rechtskreisübergreifende Beratung von jungen Menschen unter 25 Jahren in allen Fragen der Berufswahl. Mit einer systematischen Ansprache und Begleitung aller jungen Menschen ohne Berufsabschluss bis zum Alter von 25 Jahren sollen zum einen individuelle Potenziale besser erschlossen und deutlich mehr Chancen eröffnet werden, einen Berufsabschluss zu erreichen. Außerdem sollen eine bessere Orientierungshilfe schon in den allgemeinbildenden Schulen und eine Umstrukturierung des Übergangssystems die jungen Menschen dazu befähigen, ihre Optionen besser einschätzen zu können und damit ihren Weg in den Beruf schneller zu finden. Im Land Bremen gibt es seit Ende 2015 drei Standorte der Jugendberufsagentur.

Relevanz für Bremen-Nord

Ein Standort der Jugendberufsagentur ist Bremen-Vegesack.

Förderzentren für Langzeitarbeitslose in Bremen

Ein Förderzentrum ist ein Förderangebot des Jobcenters zur Unterstützung Langzeitarbeitsloser in ihren Integrationsbemühungen in Richtung Arbeitsplatz. In einer längerfristig angelegten Kombination (i.d.R. 9 Monate) aus Praxisanteilen, Fördermodulen und einer individuellen Unterstützung durch Jobcoaches und Sozialpädagogen soll versucht werden, eine Integration von Langzeitarbeitslosen in Arbeit zu ermöglichen oder zumindest die Chancen einer Arbeitsaufnahme durch den weitestgehenden Abbau von Vermittlungshemmnissen deutlich zu verbessern. Förderzentren wurden in Gröpelingen, Huchting, Vegesack und Hemelingen sowie in Bremerhaven eingerichtet.

Relevanz für Bremen-Nord

Im Förderzentrum Bremen-Nord stehen im Kooperationsverbund von Grone-Schulen Niedersachsen GmbH -gemeinnützig- Standort Bremen-Nord und

dem Arbeit und Lernzentrum e.V. insgesamt 50 Plätze für Langzeitarbeitslose über 25 Jahren zur Förderung und Unterstützung auf dem Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt bereit.

4.5.4 Bildung, Betreuung und frühkindliche Förderung

Zahlreiche Programme und Maßnahmen aus den Bereichen Bildung und Betreuung zielten in der Vergangenheit auch auf den Stadtbezirk Bremen-Nord. Da diese Aktivitäten jedoch im Gegensatz zur Städtebauförderung überwiegend nicht quartiersbezogen ausgerichtet sind, erfolgen die Auswertungen hier nicht nach Stadtteilen, sondern nach thematischen Schwerpunkten. Jeweils wird zunächst das Ziel von ausgewählten wesentlichen Politikprogrammen in diesem Themenbereich kurz erläutert, ehe im Anschluss eine Darstellung von entsprechenden Aktivitäten in Bremen-Nord erfolgt.

U6-Ausbaukonzept zum Kindergartenjahr 2019/2020

Wie im Abschnitt 2.5 gezeigt wurde, hatten Blumenthal und Burglesum mit Stand Anfang 2015 eine unterdurchschnittliche Versorgungsquote mit Krippenangeboten, Vegesack lag dagegen etwas oberhalb des städtischen Mittels. Die Ganztagsanteile lagen bei den unter 3-Jährigen v.a. in Blumenthal sehr niedrig, während in der Altersgruppe der 3- bis 6-Jährigen der Ganztagsanteil in allen drei Stadtteilen von Bremen-Nord leicht unterdurchschnittlich ausfiel. Das im Januar 2015 beschlossene Senatskonzept („Sozialräumlicher Ausbau und Weiterentwicklung der frühkindlichen Förderung und Bildung in der Stadtgemeinde Bremen bis zum Kindergartenjahr 2019/2020“) soll diese durch die nachfrageorientierte Steuerung des Ausbaus der Kindertagesbetreuung entstandenen Unterschiede in der Kindertagesbetreuung zwischen den verschiedenen Stadtteilen mittelfristig nivellieren (SSKJF 2014). Es wird dabei unter Berücksichtigung der Elternumfrage des Deutschen Jugendinstituts sowie von Neubaugebieten, Frauenerwerbstätigkeit, Altersentwicklung und Flüchtlingszahlen vorgeschlagen, das Angebotsniveau in der Kindertagesbetreuung bis zum Jahr 2020 so zu erweitern, dass in allen Stadtteilen annähernd gleiche Versorgungsstrukturen zu finden sind. Als Zielwerte des Ausbaus gelten eine Versorgungsquote von 50 Prozent für 0- bis unter 3-Jährige bzw. 98,1 Prozent für 3- bis unter 6-Jährige. Gleichzeitig beabsichtigt das Sozialressort, die Durchgängigkeit bis zum Jahr 2020 deutlich zu verbessern. Mit auf die jeweiligen Sozialräume abgestimmten Werbekonzepten soll es gelingen, noch mehr Familien von den Vorteilen der frühkindlichen Bildung zu überzeugen. Ferner wird geplant, die Aktivitäten der Sprachförderung mit Fokus auf diejenigen Einrichtungen mit zahlreichen Sprachförderkindern deutlich zu intensivieren.

Relevanz für Bremen-Nord

Blumenthal und Burglesum hatten mit Stand Anfang 2015 eine unterdurchschnittliche Versorgungsquote mit Krippenangeboten, Vegesack lag dagegen etwas oberhalb des städtischen Mittels. Die Ganztagsanteile lagen bei den unter 3-Jährigen v.a. in Blumenthal sehr niedrig, während in der Altersgruppe der 3- bis 6-Jährigen der Ganztagsanteil in allen drei Stadtteilen von Bremen-Nord leicht unterdurchschnittlich ausfiel. Von der geplanten Angleichung der Versorgungsquoten auf 50 Prozent der unter 3-Jährigen und 98 Prozent der 3- bis 6-Jährigen bis in das Jahr 2020 werden jedoch alle drei Stadtteile profitieren. So müssen den Berechnungen nach in Blumenthal bis 2020 noch mindestens 62, in Vegesack 42 und in Burglesum 78 Betreuungsplätze für unter 3-Jährige entstehen. Im Bereich der 3-bis 6-Jährigen wird für den Stadtteil Vegesack bis 2020 ein Ausbaubedarf in Höhe von 55 Plätzen errechnet. In Burglesum und Blumenthal besteht aufgrund einer erwarteten sinkenden Zahl von Kindern derzeit kein weiterer Ausbaubedarf von Betreuungsplätzen für 3- bis 6-Jährige. Bedingt durch sich verändernde Bevölkerungsdaten (Stichwort „Wachsende Stadt“) sind diese Planzahlen jedoch möglicherweise mittlerweile obsolet und bedürfen dringend einer Aktualisierung.

Index- und Schwerpunkteinrichtungen

Bremen hat bis 2016 – im Gegensatz zu fast allen vergleichbaren deutschen Großstädten – kein spezifisches Konzept, das eine Weiterentwicklung von Kindertagesstätten in Armutsquartieren hin zu Familienzentren vorsieht. Personalverstärkungen in sog. Indexeinrichtungen tragen lediglich dem höheren Aufwand für die Betreuung Rechnung. Indexeinrichtungen sind Bremer Kindertagesstätten mit zahlreichen Kindern aus sozial benachteiligten Lebenslagen. Diese erhalten in der Stadtgemeinde Bremen nach einem Beschluss des Senats einen höheren Personalschlüssel. Dadurch wurde gewährleistet, dass in jeder Gruppe dieser Einrichtungen eine zweite pädagogische Fachkraft für eine Betreuungszeit von 20 Wochenstunden zur Verfügung steht (Prigge, Böhme 2013: 197). Zudem existieren sog. Schwerpunkteinrichtungen. Diese sollen die Verteilung von Kindern mit besonderem Förderbedarf steuern. Sie erhalten zusätzliche Personalressourcen und bieten die räumliche Ausstattung zur Betreuung von behinderten Kindern. Dafür steht eine zweite Fachkraft im Kindergarten während der Betreuungszeiten zur Verfügung. Schwerpunkteinrichtungen mit vielen Kindern aus sozial benachteiligten Lebenslagen erhalten keine weiteren zusätzlichen Personalressourcen.

Relevanz für Bremen-Nord

Nach einer Liste des Sozialressorts aus dem Jahr 2008 gibt es 60 Index- und 41 Schwerpunkteinrichtungen in

der Kindertagesbetreuung der Stadt Bremen. Davon entfallen auf den Stadtbezirk Bremen-Nord

- neun Indexeinrichtungen (je eine in Burgdamm, Rönnebeck, Grohn, Aumund-Hammersbeck, Blumenthal, je zwei in Vegesack, Lüssum-Bockhorn)
- acht Schwerpunkteinrichtungen (je eine in Grohn, Lüssum-Bockhorn, Rekum, Burgdamm, Aumund-Hammersbeck, St. Magnus, zwei in Blumenthal)

Konsultationseinrichtungen

Konsultationseinrichtungen verfügen über spezielle Schwerpunkte, wie beispielsweise Sprachförderung und interkulturelle Arbeit, Umwelt und Ökologie, Zusammenarbeit mit den Eltern etc. Sie stehen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Einrichtungen für Hospitationen und eine Beratung zur Verfügung. Ziel ist die Vernetzung und Vermittlung beispielhafter Konzepte. Bis zu zehn Kindertageseinrichtungen können jährlich als Konsultationseinrichtungen gefördert werden, insgesamt bis zu drei Jahre lang.

Relevanz für Bremen-Nord

Im Jahr 2016 erhält keine Kindertagesstätte in Bremen-Nord die Förderung als Konsultationseinrichtung. Im Jahr 2010 war jedoch z.B. die Kita am Wasserturm Konsultationseinrichtung für alltagsintegrierte Sprachförderung, das Kinder- und Familienzentrum Grohn Konsultationseinrichtung für Resilienzförderung bei Kindern und deren Familien sowie das Kinder- und Familienzentrum Beckedorfer Straße in Aumund-Hammersbeck Konsultations-Kita für die Öffnung der Kita für Kinder unter drei Jahren.

Sprachförderprogramme

In den Bremer Kindertagesstätten kommen eine Vielzahl an unterschiedlichen Sprachförderprogrammen zum Einsatz. Zum einen kann das Bundesprogramm „Schwerpunkt-Kitas – Sprache und Integration“ bzw. das Nachfolgeprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ genannt werden. Zudem hat die Stadt Bremen 2015 ein neues sozialraumorientiertes Sprachförderkonzept erlassen. Auf dessen Grundlage erhalten Einrichtungen in Abhängigkeit von der Anzahl ihrer Sprachförderkinder in drei Stufen zusätzliche Mittel. Ferner gibt es das Konzept der Bücher-Kitas, welches die sprachliche Bildung im Kita-Alltag unterstützt. Des Weiteren wurde durch die Senatorin für Kinder und Bildung 2015 ein Modellvorhaben zur Durchgängigkeit in der Sprachbildung von der Kita in die Grundschule initiiert, an dem fünf Standorte teilnehmen.

Relevanz für Bremen-Nord

Aufgrund nur bedingt öffentlich verfügbarer Daten zur Anzahl der Sprachförderkinder differenziert nach einzelnen Einrichtungen ist es nur schwer möglich, den Sprachförderstatus einer jeden Kindertagesstätte in Bremen einzuschätzen. Bekannt ist jedoch, dass sechs Einrichtungen den Status Schwerpunkteinrichtung Sprache und Integration (je eine Einrichtung in Aumund-Hammersbeck, Burg-Grambke, Burgdamm und Grohn, zwei Einrichtungen in Lüssum-Bockhorn) hatten und nun fünf Einrichtungen in Bremen-Nord als Sprachkita gefördert werden (je eine Einrichtung in Blumenthal, Grohn und Fähr-Lobbendorf, zwei Einrichtungen in Lüssum-Bockhorn). Ferner existiert eine Liste der sog. Bücher-Kitas. Hier befinden sich von derzeit 21 Einrichtungen insgesamt fünf in Bremen-Nord (je eine Bücher-Kita in St. Magnus, Lesum, Burg-Grambke sowie zwei in Lüssum-Bockhorn). Die Schule am Wasser in Grohn ist Standort des Modellprojektes Durchgängigkeit in der Sprachbildung.

Ganztagsschulprogramm

Angebote ganztägigen Lernens in Grundschulen waren in Bremen genau wie in den übrigen Teilen der alten Bundesrepublik lange Zeit weitgehend die Ausnahme. Die durch die PISA-Studien offenbarten Mängel in den Lernprozessen der Kinder sowie die verstärkte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt ließen aber in den 2000er-Jahren auch in Bremen eine Debatte darüber entstehen, wie Schulen mithilfe von strukturellen Veränderungen auf diese gesellschaftlichen Rahmenbedingungen reagieren können. Die Erfahrungen mit den Betreuungsprojekten der 1980er-Jahren sowie der Wunsch, Lernprozesse qualitativ zu verbessern, führten dabei konsequenterweise zur Entwicklung ganztägiger Schulkonzepte (Hempe-Wankerl, Lorenz 2008: 77). So kam es seit dem Jahr 2002 in mehreren Wellen, insbesondere durch finanzielle Unterstützung des Bundes, und begleitet durch politische Kontroversen um die „richtige“ Form der Ganztagschule zum Ausbau der Ganztagschulen in Bremen, insbesondere in der gebundenen Variante.

Relevanz für Bremen-Nord

In Bremen-Nord gibt es drei gebundene und zwei offene Ganztagsgrundschulen:

- Schule Borchshöhe (gebunden; Vegesack)
- Schule an der Grambker Heerstraße (gebunden; Burglesum)
- Tami-Oelfken-Schule (gebunden, Blumenthal)
- Schule Alt-Aumund (offen, Vegesack)
- Schule Burgdamm (offen, Vegesack)

Damit verfügen bisher aber erst fünf von 16 Grundschulen in Bremen-Nord über schulbezogene Ganz-

tagsangebote, was eine Quote von 31 Prozent ergibt. Ganztagsquoten im Vergleich der stadtbremischen Stadtteile wurden mit Daten von 2013 von Rolf Prigge und René Böhme (2014) erhoben. Dabei wurden die Schüler/-innen in Ganztagschulen und Horten ins Verhältnis zur Anzahl der Grundschüler/-innen im Stadtteil gesetzt. In Blumenthal (39 Prozent) und Burglesum (40 Prozent) lag der Ganztagsanteil dabei unterhalb des städtischen Mittels (47 Prozent), in Vegesack (53 Prozent) leicht darüber. Weitere Ausbauschritte seit dem Jahr 2013 haben zwar das gesamtstädtische Betreuungsniveau weiter angehoben (ca. 50 Prozent), keine der neuen Ganztagsgrundschulen liegt allerdings im Stadtbezirk Bremen-Nord. Hier bestehen noch erhebliche Potenziale für den weiteren Ganztagsausbau.

Im Bremen-Nord haben folgende Sekundarschulen Ganztagsangebote:

- Oberschule in den Sandwehen (gebunden, Blumenthal)
- Oberschule an der Lehmhorster Straße (teilgebunden, Blumenthal)
- Gerhard-Rohlf-Oberschule (teilgebunden, Vegesack)
- Oberschule an der Helsinkistraße (teilgebunden, Burglesum)

In jedem Stadtteil von Bremen-Nord gibt es damit jeweils eine weitere Oberschule, die bisher über keine Ganztagsangebote verfügt.

Quartiersbildungszentren

Eine besondere Form der Ganztagsgrundschule stellt in Bremen das sog. Quartiersbildungszentrum dar. Das Quartiersbildungszentrum ist ein strategischer Ansatz, eine Schule intensiv mit ihrem Stadtteil zu verzahnen und vielfältige Beratungs- und Unterstützungsleistungen für sozial benachteiligte Familien in einem Kooperationsverbund von Schule und Kindertagesstätte unter Einbezug des jeweiligen sozialen Umfelds niedrigschwellig zu bündeln.

Relevanz für Bremen-Nord

Im Stadtbezirk Bremen-Nord gibt es kein Quartiersbildungszentrum. Entsprechende Planungen diesbezüglich sind nicht bekannt.

Lernen vor Ort und QUIMS

In der Programmlaufzeit von 2009 bis 2014 wurde mithilfe des Programms "Lernen vor Ort" Bremen/Bremerhaven in beiden Kommunen ein Bildungsmanagement entwickelt, das neue Formen der Bildungskoordination erprobt hat. Neben Aktivitäten des Bildungsmanagements und des Bildungsmonitorings wurde auf der Ebene des Stadtteils Gröpelingen ein lokales Bildungsbüro eingerichtet. Gemeinsam mit

Stadtteileinrichtungen, Ortspolitik und Verwaltung wurden durch die Mitarbeiter/-innen des lokalen Bildungsbüros Ansätze für eine bessere Bildung in Gröpelingen entwickelt und umgesetzt. Neben dem stärkeren Einbezug außerschulischer Partner (sog. „kommunale Bildungslandschaften“) und dem Aufbau des Quartiersbildungszentrums in Gröpelingen wurde im Rahmen von Lernen vor Ort auch das Konzept „Qualität in multikulturellen Schulen“ (QUIMS) aus dem Kanton Zürich umgesetzt. Dadurch sollen Schulen in diesem Stadtteil in den Feldern sprachliche Bildung, Bildungserfolg, Partizipation und Stadtteilkooperation mit externer Unterstützung zusätzliche Maßnahmen und Projekte umsetzen. QUIMS wurde im Rahmen von Lernen vor Ort 2013 auch in Huchting und Blumenthal umgesetzt.

Relevanz für Bremen-Nord

Lediglich das Programm QUIMS weist eine Relevanz für Bremen-Nord auf, da es 2013 auch nach Blumenthal adaptiert wurde. Schulen mussten hierfür einen QUIMS-Beauftragten benennen, welcher eine spezifische Schulung erhielt. Zudem konnten Fördermittel für QUIMS-Projekte beantragt werden. Der aktuelle Status des Programms ist unklar, wahrscheinlich ist jedoch, dass das Programm nach Ende der Förderperiode von Lernen vor Ort ausgelaufen ist.

4.5.5 Zwischenbilanzierung der Förderprogramm-Analyse

In diesem Kapitel wurden verschiedene Förderprogramme des Landes bzw. der Stadt Bremen mit Blick auf den Stadtbezirk Bremen-Nord zusammengefasst und analysiert.

Im Bereich der Städtebauförderung und der Quartiersentwicklung liegen insbesondere in den Großsiedlungen Bremen-Nords lange Interventionsgeschichten vor. Bereits zu Beginn der 1990er-Jahre wurden im Rahmen der Modellvorhaben zur Nachbesserung von Großsiedlungen in drei Nord-Bremer Großsiedlungen umfangreiche bauliche Sanierungen mit hohem Investitionsvolumen vorgenommen. Im Rahmen der heutigen Städtebauförderung wurde dieser baulich-investitive Ansatz in Lüssum-Bockhorn im Programm Stadtumbau-West weitergeführt. Der dortige Umbau der Siedlungen gilt vor allem durch den erfolgreichen städtebaulichen Vertrag mit den Wohnungsunternehmen als eines der Vorzeigebispiele des Stadtumbaus in Bremen und hat mit den Mitteln der Städtebauförderung hohe Investitionen im Quartier ausgelöst (vgl. SUBV 20.05.2016). Die umfangreichen baulichen Veränderungen wurden mit einem dauerhaften Einsatz der Programme Soziale Stadt und WiN ergänzt, es konnten vielfältige Angebote etabliert werden.

Die anderen Städtebauförderungs- und WiN-Gebiete in Bremen-Nord agieren jedoch mit einem wesentlich geringeren Fördervolumen. In der Grohner Düne und

in Marßel sind nach dem Modellvorhaben kleinteiligere, soziale Interventionen mit geringerem Mittelumfang umgesetzt worden. Dieses Vorgehen hat in Marßel die gewünschten Erfolge erzielt. Die sozialen Indikatoren im Gebiet haben sich so verbessert, dass Marßel nun kein Vermutungsgebiet mehr ist und sich nur noch in einer verstetigenden WiN-Förderung befindet. In der Grohner Düne konnten diese Wirkungen nicht erzielt werden. Hier bilden vor allem die Bebauungsstruktur, die Bewohnerstruktur sowie die häufigen Eigentümerwechsel problematische Wirkungsabhängigkeiten. Mit dem neuen integrierten Handlungskonzept und der Beantragung von weiteren Städtebaufördermitteln bestehen nun neue Ansätze, in Kooperation mit dem Eigentümer neue Maßnahmen zur Stabilisierung der Grohner Düne umzusetzen.

Im Blumenthaler Zentrum ist trotz vielfältiger städtebaulicher und sozialer Problemlagen bis 2014 keine Intervention erfolgt und auch jetzt bleibt mehr als fraglich, wie die vielschichtigen, sich überlagernden und sich gegenseitig verstärkenden Problemlagen mit dem Budget von 20.000 EUR pro Jahr adressiert werden sollen. Zwar konnten die sozialen Probleme vor Ort im Rahmen des Quartiersmanagements abgeschwächt und deeskaliert werden, die vielschichtigen (auch baulich-investiven) Entwicklungshemmnisse des Blumenthaler Zentrums bedürfen jedoch großer und schneller Interventionen, um eine Negativwirkung auf den gesamten Orts- und Stadtteil zu reduzieren. Insofern sind die aktuellen Bestrebungen, ein integriertes Entwicklungskonzept zu erarbeiten und damit eine Städtebauförderung zu beantragen, ein wichtiger und dringender Schritt in die richtige Richtung.

Hinsichtlich der Aktivitäten der einzelbetrieblichen Wirtschaftsförderung in der vergangenen EFRE-Förderperiode 2007-2013 zeigte sich, dass bei LIP und FEI Unternehmen in Bremen-Nord nur eine vergleichsweise geringe Bedeutung hatten, während bei PFAU im Kontext der Jacobs University und der Phytolutions GmbH mehrere PFAU-Förderungen erfolgten. Bei LIP wurde zudem deutlich, dass entsprechend auch die induzierten Investitionsvolumina und die Arbeitsplatzeffekte in Bremen-Nord im Vergleich der Stadtbezirke eher gering ausfielen.

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik war aufgrund der Vielzahl an Einzelprogrammen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms, die jedoch nicht regionalspezifisch verortet sind, die Zuordnung von Maßnahmen zum Stadtbezirk Bremen-Nord nur nach einer aufwendigen Einzelfallprüfung möglich (z.B. Jugend Informations- und Beratungsstelle JIB in Burglesum, die Arbeitslosen- und Sozialberatung Nord in Vegesack, Projekt „Schulverbund der Altenpflegeschulen in Bremen“). Nur bedingt liegen aber detaillierte Informationen über die Erfolge dieser Ansätze vor. Auffällig ist, dass Ansätze zur Verzahnung von öffentlich

geförderter Beschäftigung und Quartiersentwicklung im Untersuchungszeitraum an Bedeutung verloren haben, was in Anbetracht verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit in einzelnen Quartieren von Bremen-Nord kritisch zu bewerten ist. Neue Förderaktivitäten des Landes Bremen seit 2015, wie die Jugendberufsagentur und der Ansatz der Förderzentren, haben jeweils einen von drei Standorten im Land auch in Bremen-Vegesack. Inwieweit diese Maßnahmen jedoch in Anbetracht des Ausmaßes an (Jugend-) bzw. Langzeitarbeitslosigkeit in Bremen-Nord angemessen gestattet sind und auch in den gesamten Stadtbezirk hineinwirken, bleibt bis Juni 2016 noch offen.

In einer Kurzanalyse wurden zudem verschiedene Aktivitäten im Zeitraum 2008 bis 2015 im Bereich Kindertagesbetreuung und (Ganztags-)Schulentwicklung betrachtet. Zunächst wurde aufgezeigt, dass die Systematik des Bremer Kita-Ausbaus eine soziale Schieflage zwischen Stadtteilen erzeugt hat. Von der geplanten Angleichung der Versorgungsquoten auf 50 Prozent der unter 3-Jährigen und 98 Prozent der 3- bis 6-Jährigen bis in das Jahr 2020 werden jedoch alle drei Stadtteile profitieren. Fördermaßnahmen für Kindertagesstätten wie Index- und Schwerpunkteinrichtungen, Konsultationseinrichtungen sowie spezifische Sprachunterstützungsprogramme kommen auch in Bremen-Nord zur Anwendung. Aufgrund nur bedingt öffentlich verfügbarer Daten zur sozialen Lage der Kinder, differenziert nach einzelnen Einrichtungen, ist es nur schwer möglich, den Förderstatus einer jeden Kindertagesstätte einzuschätzen. Hinsichtlich der Ganztagsangebots ist zu konstatieren, dass Angebote ganztägigen Lernens (Ganztagschulen und Horte) in Bremen-Nord unterdurchschnittlich vorhanden sind. Ausbauanstrengungen der vergangenen drei Jahre gingen zudem vollständig am Stadtbezirk Bremen-Nord vorbei. Hier bestehen noch erhebliche Potenziale für den weiteren Ganztagsausbau. Auch die betrachteten Schulentwicklungsprogramme haben für Bremen-Nord bisher kaum eine Relevanz: So gibt es im Stadtbezirk Bremen-Nord bisher kein Quartiersbildungszentrum. Entsprechende Planungen diesbezüglich sind nicht bekannt. Auch in Bezug auf das Programm „Lernen vor Ort“ hatte nur das Teilprogramm QUIMS eine Relevanz für Bremen-Nord, da es 2013 auch nach Blumenthal adaptiert wurde. Der aktuelle Status des Programms ist aber unklar. Als Zwischenfazit kann festgehalten werden, dass Förderprogramme für Betreuung und Bildung für Bremen-Nord bisher eine unterdurchschnittliche Bedeutung haben. In Anbetracht der enormen sozialen Herausforderungen (Armut, nicht-deutsche Muttersprache), aber auch hinsichtlich der Zielsetzung, junge gut ausgebildete Familien für Bremen-Nord zu interessieren, sind in diesem Themenfeld wesentlich mehr Anstrengungen als zuletzt erforderlich.

5 Zwischenbilanz – Thesen und Ergebnisse der Expertengespräche

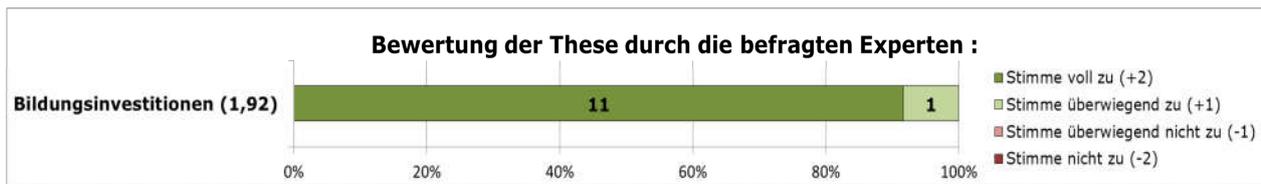
Aus den zuvor dargestellten Analysen und den 16 durchgeführten Expertengesprächen ergibt sich ein umfassendes Gesamtbild über Bremen-Nord, seine derzeitige Lage, die Entwicklungsmöglichkeiten sowie die Herausforderungen und Problemstellungen. Diese Einschätzungen wurden von der Projektgruppe in zehn Thesen zusammengefasst und den Gesprächspartnern anonym zur Bewertung vorgelegt. Die befragten Expert/-innen konnten der These dabei von „Stimme voll zu“, über „stimme überwiegend zu“ bis „stimme überwiegend nicht zu“ und „stimme gar nicht zu“ bewerten. Auch die Möglichkeit, keine Aussage zu treffen wurde gegeben, ebenso wie die Möglichkeit, eigene Kommentare zu verfassen. Von den insgesamt 16 Expert/-innen nahmen zwölf an der Online-Abfrage teil, was einer Rücklaufquote von 75 Prozent

entspricht. Die nachfolgenden Thesen sind in der Reihenfolge ihrer Zustimmungsquote (Mittelwert²⁹) angeordnet.

Umfangreiche und langfristige Investitionen im Bildungsbereich sind wesentliche Voraussetzung für eine positive Entwicklung Bremen-Nords.

Um den Teufelskreis von Arbeitslosigkeit und sozialer Benachteiligung zu durchbrechen, braucht es qualitativ hohe und personell aufwendige Betreuung im Bildungs- und Ausbildungsbereich. Zudem sind gute Schulen eine Grundvoraussetzung für die Ansiedlung junger Familien aus der Mittelschicht.

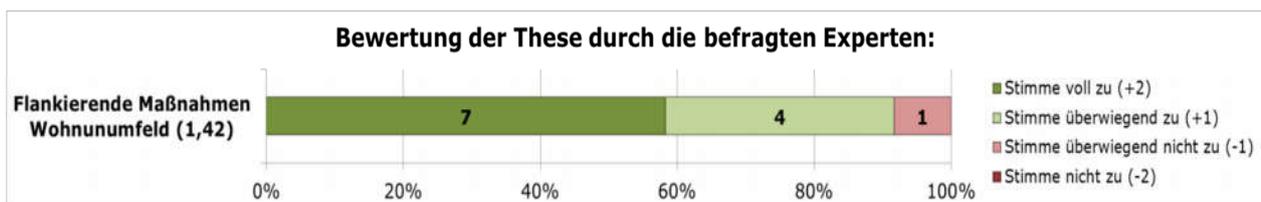
²⁹ Der Mittelwert als Zustimmungsquote wurde zur Vergleichbarkeit gebildet, indem den Antworten Werte von +2 bei „Stimme voll zu“ bis -2 bei „Stimme nicht zu“ zugewiesen wurden. „Keine Aussage“ wurde mit 0 gewertet. Diese Summe wurde durch die Anzahl der abgegebenen Bewertungen dividiert und ergibt so den Mittelwert (abzulesen in Klammern).



Diese These erhält mit einem Mittelwert von 1,92 und elf vollen und einer überwiegenden Zustimmung die deutlichste Unterstützung der befragten Experten. Die Dokumentenanalyse zeigt, dass der Bereich Bildung bislang nicht zur Genüge mit in die strategischen Überlegungen zur Entwicklung Bremen-Nords einbezogen wurde. Zwar spielte die Etablierung der Jacobs-University in den Entwicklungsstrategien der 2000er-Jahre eine tragende Rolle, die Qualität von Schulen und Betreuungsangeboten jedoch wurde nicht zum Schwerpunkt gemacht und weist, wie die bisherigen Analysen gezeigt haben, noch große Handlungserfordernisse auf.

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze und eines größeren Angebots an angemessenem Wohnraum müssen durch viele andere Maßnahmen und Aktivitäten flankiert werden.

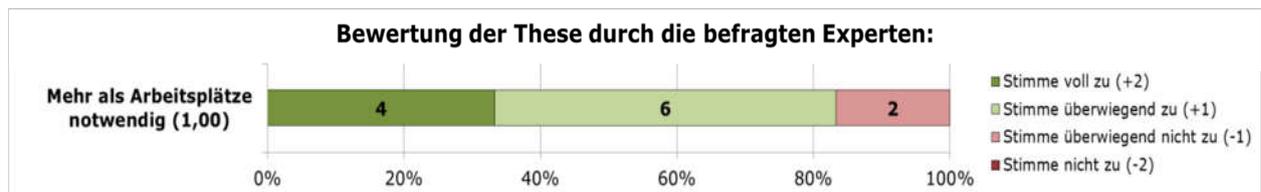
Das Akzeptanzproblem Bremen-Nords bei der gewünschten Zielgruppe ist wesentlich mehr als ein Problem des Angebotsmangels im Bereich Wohnen und von wohnortnahen Arbeitsplätzen. Es müssen sehr viele Bereiche (die Qualität und Quantität von Kinderbetreuung und Schulen, das Freizeitangebot und auch Image und Sicherheitsempfinden) adressiert werden, um Bremen-Nord attraktiver zu machen und neue Bewohner-Zielgruppen wie z.B. junge Familien anzuziehen.



Die Betrachtung der Entwicklung der Arbeitsplätze am Wohnort und am Arbeitsort und die Betrachtung der Entwicklung der Nachbargemeinden zeigt deutlich, dass Bremen-Nord als Wohnstandort für Arbeitnehmer/-innen weniger attraktiv ist als andere Standorte. Die in diesem Projekt durchgeführten Analysen geben wichtige Hinweise darauf, warum dies der Fall ist: Ein nicht nachfragegerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot und ein schlechtes Image durch vereinzelte Brennpunkte sind zwei wichtige Faktoren, die neben dem Arbeitsplatz und dem Baugrundstück eine entscheidende Rolle bei der Wohnstandortwahl spielen.

Bremen-Nord wird den hohen Verlust an industriellen Arbeitsplätzen auch in Zukunft nicht wieder ausgleichen können.

Hohe Arbeitslosigkeit und der Verlust von Arbeitsplätzen durch den wirtschaftlichen Strukturwandel machen weitere Anstrengungen für neue Arbeitsplätze in Bremen-Nord erforderlich. Aber: Nur durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze (v.a. im produzierenden Gewerbe) wird man die komplexen Problemlagen, die sich durch die Folgeerscheinungen von Arbeitslosigkeit entwickelt und verfestigt haben, nicht lösen können.

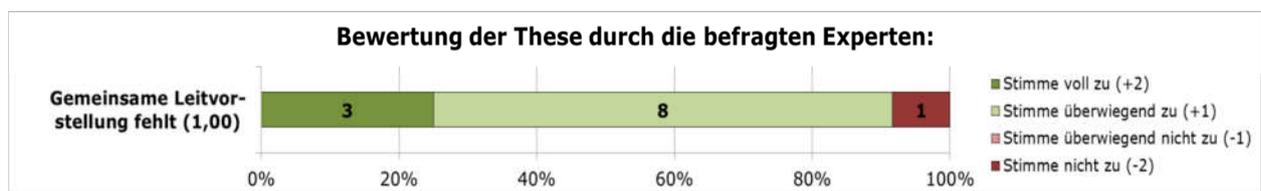


Diese These erfährt ebenfalls große Zustimmung. Besonders in Verbindung mit der starken Zustimmung zur oberen These lassen sich daraus Schlüsse ziehen. In der Vergangenheit war die Diskussion um die Zukunft Bremen-Nords von verschiedenen Akteuren der Stadt und Wirtschaft vorwiegend auf den Bereich der Wiederansiedlung von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe fokussiert. Ansätze zur Ausdifferenzierung der Wirtschaftsstruktur wie der Science Park und der Lesum Park konnten die gewünschte Wirkung nicht entfalten. Sowohl die aktuellen Diskussionsveranstaltungen als auch die hier unternommenen Analysen zeigen, dass die Probleme Bremen-Nords wesentlich vielschichtiger sind. Ein Gewinn an Arbeitsplätzen alleine, wenn diejenigen, die diese Arbeitsplätze besetzen, Bremen-Nord nicht als Wohn- und Lebensmittelpunkt für sich und ihre Familie infrage ziehen, wird sehr begrenzte Wirkungen für die gesamte Ent-

wicklung des Stadtbezirks nach sich ziehen. Bremen-Nord muss mit einem integrierten Ansatz von Arbeiten, Wohnen, Freizeit und Bildung zu einem attraktiven Ort gemacht werden.

Es fehlt an einer gemeinsamen Leitvorstellung und einer integrierten Gesamtstrategie zur Entwicklung von Bremen-Nord.

Es gibt bislang keine grundlegende Diskussion über die Zukunft Bremen-Nords. Eine integrierte und übergreifende Strategie für die Entwicklung Bremen-Nords fehlt – eine Strategie, die auf einer gemeinsamen, nach vorne gerichteten Zielvorstellung über die Zukunft Bremen-Nords aufbaut und diese Schritt für Schritt umsetzt. Es dominieren sektorale Konzepte und Einzelmaßnahmen.



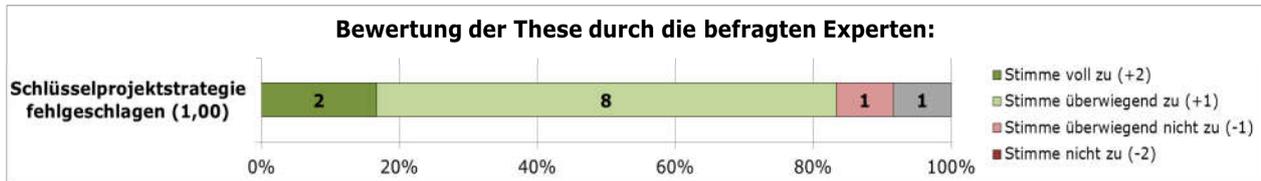
Nur eine Stimme lehnt diese These ab, der Rest stimmt ihr überwiegend oder voll zu. Die befragten Expert/-innen betonten allerdings auch, dass, obwohl einer integrierten Gesamtstrategie eine hohe Bedeutung beigemessen wird, auch die Umsetzung dieser Strategie mit einer Operationalisierung, klaren Zuständigkeiten und Befugnissen sowie finanziellen Mitteln hinterlegt sein muss. Dies kann aus den Erfah-

rungen der Dokumentenanalyse nur bestätigt werden – bisher herrschte weniger ein Mangel an Konzepten vor als vielmehr ein Mangel an einer koordinierten und integrierten Umsetzungsstrategie.

Die Programmatik der letzten Jahre, Bremen-Nord durch zentrale Schlüssel- und Prestigeprojekte zu entwickeln, war nicht erfolgreich.

Zahlreiche Projekte sind mit teilweise hohem Ressourceneinsatz durchgeführt worden. Neben einer zum Teil bescheidenen Erfolgsbilanz dieser Aktivitäten

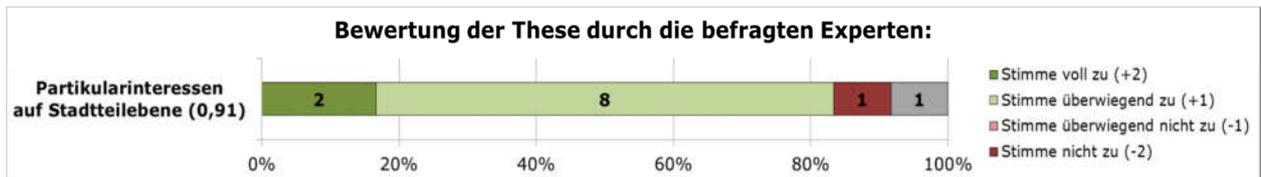
stehen diese Einzelmaßnahmen meist unverbunden nebeneinander und haben keine größere Wirkung für den Stadtbezirk erzielen können. Im Gegenteil werfen gescheiterte Projekte ein schlechtes Bild auf Bremen-Nord.



Auch diese Aussage wird überwiegend unterstützt, bei einer Ablehnung und einer Enthaltung. Vor allem wird bemängelt, dass die durchgeführten Projekte, obwohl sie vielleicht die richtige Absicht verfolgten, sich nicht in die Gegebenheiten vor Ort einfügten und kein realistisches Konzept und Mittelausstattung für eine langfristige erfolgreiche Umsetzung gegeben ist bzw. war. Auch wird angemerkt, dass die Erwartungen an Projekte dieser Art wohl einfach zu hoch gegriffen waren.

Die drei Stadtteile sprechen nicht mit einer Stimme. Sie wirken nicht gemeinsam auf eine positive Gesamtentwicklung hin.

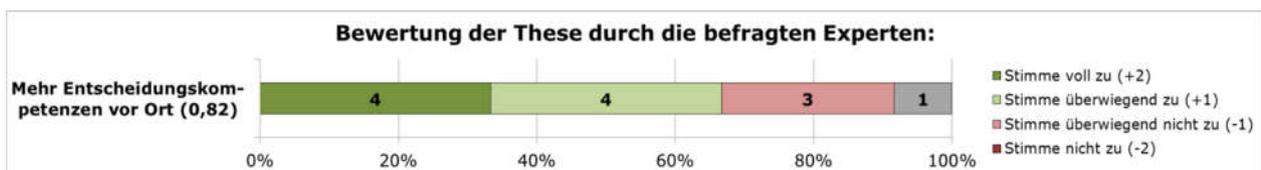
Auf Ebene Bremen-Nords gibt es keine übergreifenden Zuständigkeiten, sondern drei Ortsämter mit sehr begrenzten Handlungsspielräumen. Zwischen ihnen dominieren Partikularinteressen und Uneinigkeit, insbesondere zwischen Vegesack und Blumenthal, was einer positiven Entwicklung Bremen-Nords entgegensteht.



Hierbei werden insbesondere die Differenzen zwischen Vegesack und Blumenthal hervorgehoben. Auch der Vorschlag eines zentralen Ortsamtes wird von den befragten Expert/innen in einem Kommentar gemacht, dies hätte eine bessere Ressourcenausnutzung und höheres politisches Gewicht für Bremen-Nord zur Folge.

Bremen-Nord braucht mehr Entscheidungskompetenzen vor Ort.

Nur wenige Entscheidungen, die Bremen-Nord betreffen, können tatsächlich vor Ort getroffen werden. Es ist an der Zeit, offen über neue Organisationsformen und Strukturen zu sprechen: z.B. Stärkung des Bauamtes; Gründung einer regionalen Entwicklungsagentur, Zusammenführung der Beiräte und Ortsamtsleitungen; Bremen-Nord als eigene Stadtgemeinde (...).



Hierbei gehen die Meinungen der befragten Expert/innen auseinander. Insgesamt überwiegt jedoch die Zustimmung dazu, dass Bremen-Nord mehr Entschei-

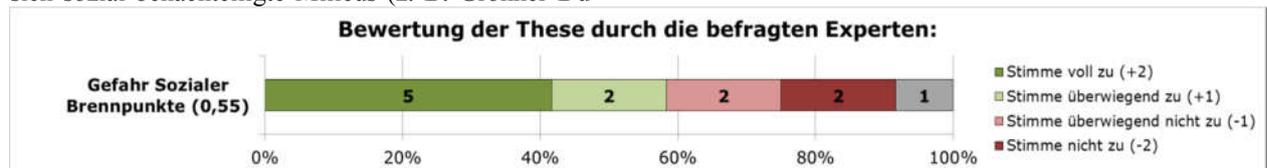
dundungskompetenzen vor Ort braucht. In den Kommentaren zeigt sich jedoch, dass die Vorstellungen über eine mögliche Umsetzung dieses Vorschlags stark

auseinandergelassen – so wird die eigene Stadtgemeinde zum Beispiel von einem Kommentierenden als einzige Alternative gesehen, während sie von anderer Seite deutlich abgelehnt wird und die Verbindung zur Stadtgemeinde Bremen verstärkt werden sollte.

Die Entwicklungen in den sozialen Brennpunkten gefährden die gesamte Entwicklung Bremen-Nords.

In bestimmten Ortsteilen und Quartieren konzentrieren sich sozial benachteiligte Milieus (z. B. Grohner Dü-

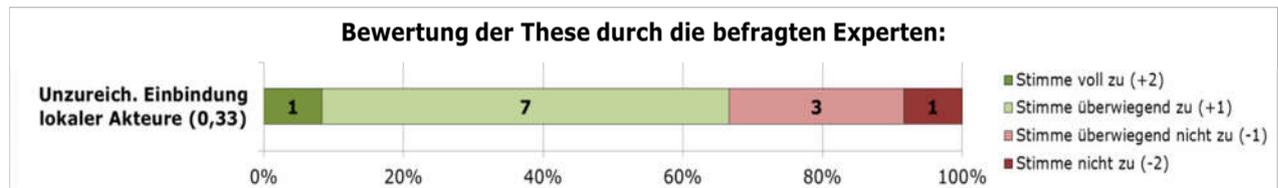
ne, George-Albrecht-Straße, Alwin-Lonke-Quartier) und die Problemlagen ballen sich. Die Problemlagen in den „sozialen Brennpunkten“ prägen allerdings, auch durch die mediale Berichterstattung und die öffentliche Debatte, das gesamte Image von Bremen-Nord und gefährden dadurch die gesamte Entwicklung des Stadtbezirks.



Auch bei dieser These gehen die Meinungen deutlich auseinander, dies betrifft laut den Kommentaren allerdings eher den Bereich der Berichterstattung und des Images als die grundsätzliche Feststellung, dass es eine problematische Ballung von Problemlagen in einigen Gebieten gibt. Die einen stimmen der These zu, dass das negative Bild und der Fokus auf diese Probleme Bremen-Nords die Entwicklung hemmt, da der Stadtbezirk dann weniger von Arbeitnehmern und Familien als Wohnstandort nachgefragt wird. Die anderen betonen, dass eine gewisse Aufmerksamkeit für die Probleme unerlässlich ist, um Ressourcen und Aufmerksamkeit für eine neu einzuleitende positive Entwicklung zu gewinnen.

Die Menschen vor Ort, ihre Erfahrungen und Kompetenzen werden nur unzureichend in die Entscheidungen des Senats und der Ressortspitzen eingebunden.

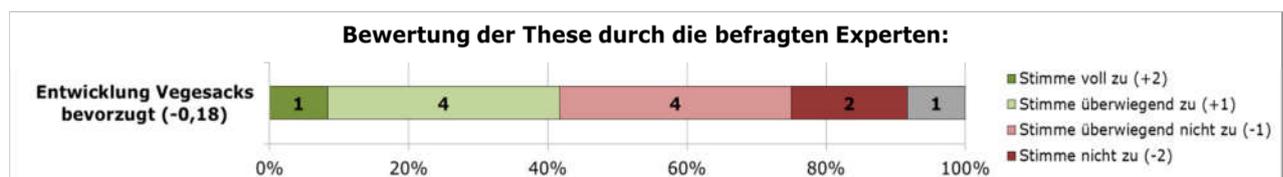
Die lokalen Akteure (zivilgesellschaftlicher, privatwirtschaftlicher und sozialer Art) werden zu wenig in die Entscheidungsprozesse eingebunden, es herrscht eine Top-Down-Mentalität bei den jeweiligen Entscheidungsträgern.



Trotz einer überwiegenden Zustimmung zu dieser These überrascht doch die vergleichsweise hohe Ablehnung – insbesondere, da vor allem lokale Akteure befragt wurden. Aus den Kommentaren lässt sich auf eine Übersättigung an Diskussionen schließen – eine Mischung aus ergebnislosen Diskussionen mit zahlreichen Akteuren und Einzelinteressen und „eigenständig vor Ort getroffenen Fehlentscheidungen“ machen eher den Ruf nach einer übergeordneten Koordination stark.

Die Förderung Vegesacks als Mittelzentrum geht zulasten der Entwicklung Blumenthals.

Die Konzentration von Schlüsselprojekten und öffentlichen Dienstleistungen in Vegesack ist mitverantwortlich für die negative Entwicklung des Blumenthaler Zentrums. Dort fehlt es u.a. durch die Zentralisierung der Arge und des Bürgerservices an Anlaufpunkten, die früher für eine Belebung des Zentrums gesorgt haben.



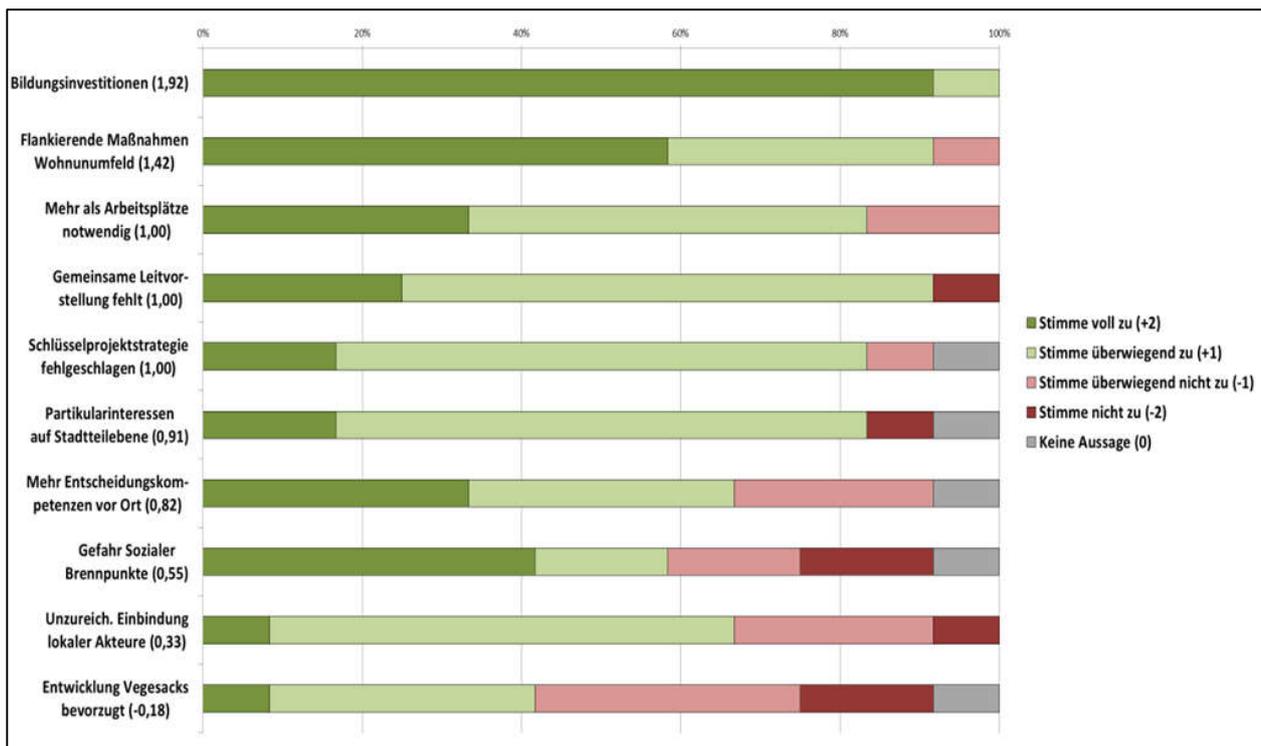
Diese These erhält insgesamt den geringsten Zustimmungswert, wird allerdings immer noch von fünf Befragten überwiegend bestätigt. Auch in den Kommentaren zur Uneinigkeit von Blumenthal und Vegesack bei der These zu den drei Ortsteilen wurden die Ungleichheit in der Mittelverteilung und ein fehlender Ausgleich für Blumenthal thematisiert. Andererseits wird auch die Bedeutung der Stärkung Vegesacks im Zuge des wirtschaftlichen Umbruchs für den Gesamtbezirk betont und die Priorisierung damit gerechtfertigt.

Zusammenfassung der Thesenbewertung

Die überwiegende Bestätigung der Thesen zeigt, dass die Analysen und Gespräche innerhalb des hier durchgeführten Projektes greifbare und validierbare Ergebnisse hervorgebracht haben. Die Differenzierung bei einigen Thesen zeigt auch, dass es sich bei den Problemen und Lösungsansätzen in Bremen-Nord um

komplexe und kontrovers diskutierbare Themenkomplexe handelt. Daher ist der wichtigste Ansatz für eine zukünftige Entwicklung, dies in einer breit diskutierten strategischen Leitvorstellung für die mittel- und langfristige Entwicklung Bremen-Nords zusammenzuführen und Umsetzungsfelder zu benennen und zu ermöglichen. Die ersten Thesen mit der höchsten Zustimmung zeigen dabei deutlich, dass dabei vor allem die Bereiche Bildung und Wohnen in einem integrierten Ansatz mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Intervention in problematischen Stadtquartieren vereinbart werden müssen. Die zentralen Aspekte der Entwicklung Bremen-Nords werden im folgenden Teil auf Grundlage der durchgeführten Analysen, Gespräche und Thesenauswertungen zusammenfassend aus Sicht der wissenschaftlichen Projektbearbeitung diskutiert.

Abbildung 20: Gesamtübersicht der Thesenbewertung durch die Expert/-innen (geordnet nach Zustimmungquote / Mittelwert)



Quelle: Eigene Auswertung IAW (2016)

6 Diskussion zentraler Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Bremen-Nord ist ein Stadtbezirk mit besonderer Entwicklungsgeschichte, die wie kaum ein anderer Bremer Bezirk durch den wirtschaftlichen Strukturwandel geprägt wurde. Die sich daraus ergebenden besonderen Herausforderungen sind seit Jahren im Fokus der Bremer Politik. Eine generelle und nachhaltige Trendwende konnte allerdings trotz aller Bemühungen bislang nicht erreicht werden.

Ziel der vorliegenden Untersuchung war es deshalb, ein Gesamtbild des Stadtbezirks Bremen-Nord zu zeichnen und darin die zentralen Entwicklungstrends sowie Entwicklungspotenziale und -hemmnisse aufzuzeigen. Zudem wurden die zahlreichen Aktivitäten und Handlungsansätze verschiedener Akteure analysiert und bilanziert. Aus der Bilanzierung der Aktivitäten der vergangenen zwei Jahrzehnte lassen sich Hinweise und Empfehlungen zur nachhaltigen Entwicklung des Stadtbezirks Bremen-Nord ableiten. Dabei kann dieser umfangreiche Fundus an Datenaufbereitungen (siehe auch Datenreport Bremen-Nord) und Analysen als Grundlage für die zukünftig handelnden Akteure und ihre Handlungsschritte dienen und eine einheitliche und fundierte Wissensbasis über zentrale Entwicklungsaspekte Bremen-Nords liefern. Auf Grundlage dieses umfassenden Gesamtbildes werden im Folgenden konkrete Ansatzpunkte für eine Neupositionierung des Stadtbezirks aufgezeigt und erste Umsetzungsschritte skizziert. Zunächst werden die zentralen Befunde des Projektes zusammengefasst.

6.1 Zentrale Befunde: Gesamtbild und Bilanzierung

Ziel des Vorhabens war es, neben einer Bilanzierung bisheriger Aktivitäten, ein Gesamtbild Bremen-Nords auf Basis von Datenauswertungen und unterschiedlichen Analysen zu zeichnen. Im Folgenden werden die wesentlichen Befunde der Untersuchung zusammengefasst und zentrale Entwicklungstrends, -potenziale und -hemmnisse aufgezeigt. Anschließend folgt eine zusammenfassende Bilanzierung der bisherigen Aktivitäten und Interventionen.

Die Untersuchung offenbart – neben der Aufarbeitung vielschichtiger Einzelentwicklungen in den Bereichen Bevölkerungsentwicklung, Arbeitsmarkt, Soziales, Bildung und Wohnungsmarkt (siehe Kapitel 2.7) – zwei generelle und bedeutsame Entwicklungstrends:

- **Eine Abkopplung der Entwicklung Bremen-Nords von der Entwicklung der Gesamtstadt und der Umlandgemeinden (insbesondere von den Nachbargemeinden Schwanewede und Ritterhude).**

Seit einigen Jahren sind in Bremen-Nord besonders in den Bereichen Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsplatzentwicklung wieder leichte positive Entwicklungen zu beobachten. Dennoch zeigt der Vergleich mit der Gesamtstadt und den Umlandgemeinden deutlich, dass sich die positiven Entwicklungen dort wesentlich stärker vollziehen. Im Bereich Bevölkerungsentwicklung fällt zum Beispiel besonders auf, dass das Bevölkerungswachstum der letzten Jahre fast ausschließlich auf Auslandsfernwanderungen zurückzuführen ist. Während die Gesamtstadt verstärkt junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren gewinnen konnte, hat Bremen-Nord hier Bevölkerung verloren. Das Durchschnittsalter Bremen-Nords ist überdurchschnittlich hoch und Burglesum ist neben Oberneuland der Stadtteil mit der ältesten Bevölkerung.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt stellt sich zunächst positiv dar, sowohl die Arbeitsplätze am Wohnort als auch am Arbeitsort haben in den vergangenen Jahren wieder zugenommen. Allerdings taten sie dies in geringerem Umfang als in der Gesamtstadt und in den Nachbargemeinden (insbesondere Schwanewede, Lemwerder und Osterholz-Scharmbeck). Prägnant ist dabei die Unterscheidung zwischen der Entwicklung der Arbeitsplätze am Wohnort und am Arbeitsort. Denn diese Zahlen zeigen, dass Bremen-Nord vielfach von Arbeitnehmer/-innen nicht als Wohnstandort gewählt wird. Obwohl die Zahl der Arbeitsplätze vor Ort gestiegen ist, bleibt die Arbeitslosigkeit anhaltend hoch. Blumenthal und Vegesack weisen nach Gröpelingen die höchsten Arbeitslosenziffern in Bremen auf. Die Durchschnittseinkommen lagen 2010 in 11 von 14 Nordbremer Ortsteilen unterhalb des städtischen Durchschnitts. Armut hat sich in vielen Quartieren von Bremen-Nord ausgebreitet.

Auch im Bereich Bildung und Betreuung liegen hier im gesamtstädtischen Vergleich überdurchschnittlich hohe Herausforderungen vor. Dies betrifft z.B. die Sprachförderung, während gleichzeitig das Bildungs- und Betreuungsangebot nur durchschnittlich bis unterdurchschnittlich gut ausgestattet ist.

Demgegenüber haben im niedersächsischen Umland v.a. Ritterhude und Schwanewede (zum Teil auch Osterholz-Scharmbeck) deutliche Gewinne bei Bevölkerung und Arbeitsplatzentwicklung zu verbuchen. Hier hat in den vergangenen 20 Jahren auch eine besonders hohe Bautätigkeit stattgefunden.

- **Eine starke sozialräumliche Segregation auf Ortsteilebene, die sich in nahezu allen untersuchten Indikatoren widerspiegelt.**

Die Auswertungen in den Bereichen Bevölkerungsentwicklung, Arbeitslosigkeit, Einkommen, Armut und Kinderarmut, Bildung sowie Migrationsanteil und Auslandszuwanderung zeigen große Unterschiede in den Entwicklungen auf Ortsteilebene auf. Auch der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht bestätigt, dass eine große soziale Spaltung in Bremen-Nord vorliegt.

Besonders negative Werte und damit kumulierende Problemlagen mit komplexen Wechselwirkungen liegen in den Ortsteilen Lüssum-Bockhorn, Blumenthal, Grohn und (mit Einschränkung) Burgdamm vor. In diesen Ortsteilen befinden sich auch die Zielgebiete der Quartiersentwicklung durch WiN und die Städtebauförderung. Hier herrschen Bevölkerungsverluste und hohe Arbeitslosigkeit, geringe Durchschnittseinkommen, eine hohe Nicht-Abiturquote und ein besonders hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (z.B. Grohn mit rd. 46 Prozent im Jahr 2015) vor.

Auf Stadtteilebene hebt sich Burglesum positiv von den anderen beiden Stadtteilen Vegesack und Blumenthal ab und weist mit St. Magnus und Lesum zwei Ortsteile auf, die sich besonders positiv entwickelt haben. St. Magnus gilt laut Armuts- und Reichtumsbericht als sozial-privilegierter Ortsteil. Hier stellt allerdings ein hohes Durchschnittsalter und eine einsetzende Überalterung eine Entwicklungs herausforderung für die Zukunft dar.

Neben diesen zwei zentralen Entwicklungstrends sind für den weiteren Umgang mit Bremen-Nord auch die besonderen Charakteristika Bremen-Nords zu beachten. So weisen Bremen und insbesondere Bremen-Nord doch erhebliche Besonderheiten im Städtevergleich auf: In anderen Großstädten ist das Umland i. d. R. weiter vom Stadtkern entfernt als andere innerstädtische Gebiete – in Bremen liegt das Umland (z.B. Achim, Weyhe, Stuhr, Lilienthal, Oyten) teilweise näher an der Innenstadt als Bremen-Nord (v.a. Blumenthal und Vegesack). Dies wirkt sich auch in den ÖPNV-Wegezeiten aus, so ist man z.B. von Achim und Kirchweyhe in unter 15 Minuten in Bremen, während man von Vegesack und Blumenthal mindestens 20 bis 30 Minuten benötigt.

Aufgrund dieser besonderen Randlage ist Bremen-Nord nicht mit anderen Stadtquartieren in anderen Großstädten zu vergleichen. Bremen-Nord ähnelt in den Charakteristika daher eher einer Großstadt (ca. 100.000 Einwohner) in der Nähe anderer Großstädte mit etwa 500.000 Einwohner (z.B. Neuss, Mülheim, Offenbach, Witten, Esslingen, Ludwigsburg, Bergisch Gladbach, Fürth, Delmenhorst). Diese Städte weisen aber mit Ausnahme von Delmenhorst und Offenbach jeweils eine deutlich günstigere Sozialstruktur auf als die jeweils nahe gelegene Großstadt. Zudem sind diese Städte mit Ausnahme von Offenbach und Esslingen seit 2011 nicht von Schrumpfung, sondern von Bevölkerungswachstum gekennzeichnet.

Entwicklungspotenziale und -hemmnisse

Die positiven Standorteigenschaften und Entwicklungspotenziale liegen vor allem in naturräumlichen Gegebenheiten und den sich daraus ergebenden Wohnumfeldqualitäten. Neben den hohen Naherholungspotenzialen werden auch die kulturellen Veranstaltungen

durchgehend als positiver Standortfaktor Bremen-Nords gesehen – hier bestehen vor allem Potenziale in der weiteren Bekanntmachung dieser Angebote über Bremen-Nord hinaus. Mit dem Freizeit- und Naherholungskonzept (FUNK; SWAH 2015b) und der entsprechenden Koordinierungsstelle bei der WfB ist hier ein zielgerichteter und potenziell nachhaltiger Impuls gesetzt worden. Diesen gilt es weiter fortzuführen und in breiter aufgestellte Entwicklungsaktivitäten in Bremen-Nord einzubinden.

Auch die gute Verkehrsanbindung Bremen-Nords wird grundsätzlich positiv bewertet. Durch die Regio-S-Bahn sind die angebundenen Stationen und der Bremer Hauptbahnhof sehr gut erschlossen. Die Analysen zeigen jedoch auch, dass eine hohe Pkw-Abhängigkeit besteht. Abseits der direkten Bahnlinie sind daher in Zukunft neue und innovative Lösungen gefragt, um eine nachfragegerechte Mobilität auch ohne privaten Pkw möglich zu machen.

In Anbetracht der überwiegend gut bewerteten Wohnumfeldqualität und Verkehrsanbindung stellen die verfügbaren Flächen für den Wohnungsbau auf ehemaligen Gewerbeflächen und Nachverdichtungspotenzialen im Bestand ein großes Entwicklungspotenzial dar. Vor dem Hintergrund von Bevölkerungswachstum und dem Bremer Anspruch und Ziel, „wachsende Stadt“ zu sein, sowie steigender Miet- und Immobilienpreise, ist dies grundsätzlich positiv für die weitere Entwicklung Bremens und Bremen-Nords. Die Analyse der bisherigen Wohnungsbauprojekte zeigt jedoch deutlich, dass trotz dieser scheinbar guten Grundvoraussetzungen viele seit über zehn Jahren vorgestellten Wohnungsbauprojekte in Bremen-Nord nicht gut vorankommen und vielschichtige Entwicklungshemmnisse vorliegen.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die zu geringe Zahl an Arbeits- und Ausbildungsplätzen werden dabei seit 20 Jahren als zentrale Entwicklungshemmnisse Bremen-Nords diskutiert. Die hier durchgeführten Analysen haben weitere Felder aufgedeckt und zusammengeführt, die für eine Neupositionierung Bremen-Nords von Bedeutung sind:

Die qualitative und quantitative Ausgestaltung des Bildungs- und Betreuungsangebotes spielt für die Zukunftsfähigkeit von Bremen-Nord eine zentrale Rolle. Einerseits ist dies ein wichtiger Entscheidungsfaktor für Arbeitnehmer/-innen mit Familie bei der Wohnstandortwahl. Andererseits kann Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Benachteiligung langfristig nur über Bildung entgegengewirkt werden. Die Häufung von sozialen Problemlagen in bestimmten Quartieren und die zunehmende sozialräumliche Segregation wirken sich zudem negativ auf die gesamte Entwicklung aus.

Alle Studien und Gespräche bestätigen, dass das Image und auch die Selbstwahrnehmung von Bremen-Nord vergleichsweise negativ sind. Um gegen das

Image als abgehängter Stadtbezirk mit immer wiederkehrenden Schlagzeilen in sozialen Brennpunkten anzukommen, braucht es mehr als einige schöne Veranstaltungen und naturräumliche Qualitäten. Die vielen gescheiterten Schlüsselprojekte und Unstimmigkeiten in der politischen und behördlichen Landschaft, die immer wieder in den Medien diskutiert werden, tragen zu diesem Bild zusätzlich bei. Sie werfen ein schlechtes Licht auf die politischen und fachlichen Handlungskompetenzen der verantwortlichen Akteure.

Die Ansätze zur wirtschaftlichen Neuausrichtung Bremen-Nords im Bereich wissensintensiver Dienstleistungen (Science Park) und kürzlich auch im Bereich Gesundheitswirtschaft (Lesum Park) haben bislang nicht die erhofften Wirkungen erzielt. Insbesondere im Hinblick auf die kapitalintensive Förderung der Jacobs University ist dies besonders bedauerlich. Auch die Schlüsselprojekte in Vegesack im Rahmen der Programmplanung Mittelzentrum Vegesack (Haven Hööv, Markthalle, Spicarium, Gläserne Werft), die mit hohen Investitionssummen einhergingen, sind als gescheitert zu betrachten. Zahlreiche Wohnungsbauprojekte, die seit dem siedlungsstrukturellen Konzept (1999) und dem Zukunftsprogramm (2006) als zentrale Entwicklungen forciert werden, kommen nicht oder nur sehr langsam voran. Die seit Ende der Neunzigerjahre verfolgte Strategie, über Schlüssel- bzw. Schwerpunktprojekte einen erfolgreichen Anpassungsprozess in Bremen-Nord einzuleiten, ist in vielen Teilen gescheitert.

Angesichts der zahlreichen Konzepte, Programme, Initiativen und Maßnahmen der vergangenen 20 Jahre kann man den beteiligten Institutionen und Menschen den guten Willen nicht absprechen. Die Dokumentenanalyse zeigt aber ein undurchsichtiges Portfolio an Studien, Konzepten und dazugehörigen Maßnahmen, das nur mit erheblichem Aufwand zu durchdringen ist. Vielfach fehlt es an einer konkreten Umsetzungsorientierung: Es mangelt an einer Unterfütterung mit Ressourcen, fundierten Maßnahmen, verbindlichen Aussagen zur Unterstützung, Übernahme von Verantwortlichkeiten und der Zielerreichungsüberprüfungen.

Es fehlte bislang eine konsistente Koordination, Abstimmung und sinnvolle Bündelung der Aktivitäten. Stattdessen dominierten Einzelaspekte und -projekte. Die Aktivitäten laufen nebeneinander her, statt ineinanderzugreifen. Aktuell (Stand 06/2016) gibt es eine Reihe von Arbeitskreisen und Runden, die sich mit der Entwicklung Bremen-Nords befassen, und versuchen dies auf Ressortebene miteinander zu verzahnen:

Der Bremen-Nord-Beauftragte des Senats startete im Rathaus-AK im Frühjahr 2016 eine Abfrage bei den Ressorts zu den laufenden Aktivitäten in Bremen-Nord:

- Staatskanzlei (SK): Fortführung des Rathaus-Arbeitskreises Bremen-Nord des neuen Bremen-Nord-Beauftragten (inkl. neuem Steuerungs- und

Arbeitskreis, um eine Strategie für Bremen-Nord vorzulegen)

- Bauressort (SUBV): Stadtperspektive Nord Entwicklung von Perspektiven für die Stadtentwicklung in Bremen-Nord unter der Moderation von proloco; Einzelaktivitäten in Teilbereichen z.B.: Entwicklungskonzepte Grohner Düne und Blumenthaler Zentrum
- Wirtschaftsressort (SWAH): Arbeitsrunde SWAH zu Bremen-Nord
- WfB: FUNK-Koordinierungsstelle

Neben der Schaffung koordinierter Arbeitsstrukturen stellen besonders das Überwinden der von der LiM-Studie (Burmann/Müller 2011; siehe Kapitel 3.2) herausgestellten Schicksalsgemeinschaft und der Abschied von der industriellen Vergangenheit Erfordernisse für eine strategische und nachhaltige Neuausrichtung Bremen-Nords dar. Während die älteren Einwohner trotz schlechter Bewertungen hohe Verbundenheitswerte mit Bremen-Nord aufweisen, fühlen sich die jüngeren Bremen-Norder kaum mit dem Stadtbezirk verbunden. Dies zeigt sich auch in dem überdurchschnittlichen Verlust jüngerer Einwohner im Vergleich zu anderen Bremer Stadtbezirken. Für eine zukünftige Entwicklung müssen alle Bewohner Bremen-Nords als Entwicklungspotenziale gesehen werden und im Prozess konkrete Angebote erhalten, an der Entwicklung des Stadtbezirks vor Ort aktiv teilzuhaben und mitzuwirken.

Insgesamt betrachtet fehlt derzeit ein mittel- bis langfristig angelegter strategischer Ansatz zur weiteren Entwicklung von Bremen-Nord. Auf Grundlage einer eigenen Zukunftsvorstellung, die aus Ideen der Akteure und Bewohner/-innen im Stadtbezirk entwickelt wird (im Abgleich mit den Ansätzen des Ressorts), können dann konkrete Ansatzpunkte zur Neupositionierung entwickelt und zielgerichtet umgesetzt werden.

Eine solche Neuausrichtung geschieht allerdings nicht von alleine. Es braucht eine aktive und professionelle Gestaltung dieses Prozesses und ein fundiertes und konkretes Unterstützungsangebot der Stadt und des Landes Bremen an alle Bremen-Norder. Ein Vorschlag, wie dieser Prozess aus Sicht der Projektbearbeiter gestaltet werden kann, folgt in dem anschließenden Kapitel 6.2.

6.2 Bremen-Nord neu denken: Ansatzpunkte eines Strukturprogramms für Bremen-Nord

Auf Grundlage der Untersuchungsergebnisse werden nun Ansatzpunkte für eine Neupositionierung Bremen-Nords und die Umsetzung einer integrierten Entwicklungsstrategie formuliert. Dabei liegt der Fokus insbesondere auf den notwendigen strukturellen

und organisatorischen Einrichtungen für eine Neuausrichtung der Aktivitäten.

Eine zentrale Schlussfolgerung aus der Bilanzierung der bisherigen Aktivitäten bezieht sich auf eine Bündelung, Harmonisierung und Priorisierung der zahlreichen Handlungsansätze. Hierzu ist die Erarbeitung einer integrierten Entwicklungsstrategie erforderlich, die alle (mitunter in den Ortsteilen sehr unterschiedliche) Potenziale und Hemmnisse berücksichtigt. Dies muss zeitnah in einem Strukturprogramm für Bremen-Nord münden, das mit ausreichend Ressourcen zur Umsetzung hinterlegt ist. Die Erarbeitung, Umsetzung und Begleitung des Strukturprogramms erscheint mit „Bordmitteln“ nicht möglich und wenig Erfolg versprechend. Es bedarf der Einrichtung einer eigenen Entwicklungsagentur Bremen-Nord mit externem Personal und ausreichend Finanzmitteln, um außerhalb der Regelstrukturen, aber in enger Kooperation mit allen relevanten Akteuren, die Strategie und die dazugehörigen strategischen Projekte umzusetzen. Mit Blick auf Erfahrungen in anderen Städten und Regionen ist eine Planungssicherheit von mindestens zehn Jahren essenziell, um einen erfolgreichen Entwicklungsprozess anstoßen zu können. Dies erfordert von Politik und Verwaltung in der Stadt Bremen, aber auch in Bremen-Nord, ein neues Denken und Handeln und die Einleitung bestimmter Schritte und Neustrukturierungen. Diese werden im Folgenden skizziert und mit Erfahrungen anderer Stadtentwicklungsprozesse und Einblicken in die aktuelle Stadtforschung in Infokästen ergänzt.

Strukturprogramm Bremen-Nord

1) Angebot des Bremer Senats an Bremen-Nord

Es braucht einen politischen Impuls, einen Entwicklungsprozess für Bremen-Nord starten und langfristig unterstützen zu wollen.

In der Vergangenheit sind zahlreiche (Einzel-)Konzepte erstellt worden. Häufig blieb die erhoffte Wirkung aber aus oder die Maßnahmen wurden nicht oder nicht erfolgreich umgesetzt. Daher können die Erarbeitung eines Strukturprogramms (siehe Abbildung 20) und eine erfolgreiche Umsetzung in Maßnahmen nur dann erfolgreich sein, wenn Senat und Bürgermeister den Menschen in Bremen-Nord ein konkretes Unterstützungsangebot unterbreiten: „Wenn Ihr uns eine abgestimmte, gemeinsam getragene und fundierte Strategie vorlegt, dann sind wir bereit, Euch notwendige Ressourcen für deren Umsetzung in den nächsten zehn Jahren zur Verfügung zu stellen.“ Ein solches Angebot muss verbindlich auf Grundlage eines Senatsbeschlusses formuliert und im Rahmen einer vertraglichen Vereinbarung festgehalten werden.

Das politische Angebot muss Folgendes beinhalten:

- Die Bereitschaft von Politik und Verwaltung zur Unterstützung Bremen-Nords zunächst bei der

Durchführung eines kurzen Leitbild- und Strategieprozesses (halbes Jahr).

- Eine gemeinsame Absichtserklärung von Senat, Bürgermeister, Bremen-Nord-Beauftragtem und den Akteuren aus Bremen-Nord (Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft) zur Durchführung des Strukturprogrammes.
- Bereitstellung von ausreichend Ressourcen für eine eigene Geschäftsstelle mit externem Personal (Entwicklungsagentur), wenn es gelingt, eine vor Ort gemeinsam getragene integrierte Entwicklungsstrategie für die Zeit bis 2028/30 zu entwickeln (Ressourcen für Personal und Projektmittel).
- Die Bereitschaft der verschiedenen Fachressorts, diesen Prozess aktiv zu unterstützen, in Gremien mitzuarbeiten und für diese Arbeit Verantwortung und Kompetenzen abzugeben.
- Die Federführung übernimmt die Senatskanzlei und der Bremen-Nord-Beauftragte: Dies beinhaltet eine tief greifende Umgestaltung und Neuausrichtung des Rathaus-Arbeitskreises: Beschränkung der Mitgliederzahlen, Einrichtung eines übergeordneten Entscheidungsgremiums (Lenkungsausschuss) und eines Fachbeirats. Die existierenden Konzepte, Gremien, Arbeitskreise und Aktivitäten werden unter dem Dach dieses Lenkungsausschusses und der integrierten Entwicklungsstrategie gebündelt und gestrafft: Zielführende, abgestimmte und schlanke Entscheidungs- und Umsetzungsstrukturen werden eingerichtet.
- Als zentrales Instrument des Strukturprogramms dient die prioritäre Förderung von Maßnahmen zur Umsetzung der integrierten Entwicklungsstrategie. Dies muss anhand nachvollziehbarer Kriterien und transparent geschehen. Es ist somit kein eigenes Förderprogramm erforderlich, sondern die Maßnahmen werden prioritär im bestehenden Fördersystem durchgeführt und finanziert. Dabei sind Qualitätskriterien für die Entwicklungsstrategie und die Maßnahmen als Bewilligungsgrundlage erforderlich (z.B. durch Einrichtung eines Gutachterausschusses mit Akteuren der Ressorts und externen Fachleuten). Projekte sind nur dann förderfähig, wenn sie sich in die Strategie einfügen und einen „Bremen-Nord-Mehrwert“ haben. Eine Prozess begleitende Evaluation sorgt dafür, zeitnah auf Veränderungen und Schwierigkeiten reagieren zu können.
- Formulierung von konkreten Anforderungen und Voraussetzungen an Politik, Verwaltung, Verbände, Wirtschaft und Bürger in Bremen-Nord: Erfüllung von Qualitätskriterien was die Strategie und das Strukturprogramm betrifft sowie eine

- verbindliche Bereitschaft aller Akteure, dies als Gemeinschaftsaufgabe anzunehmen und sich auf ein gemeinsames Strukturkonzept zu einigen und kooperativ umzusetzen.
- Orientierung am REGIONALE-Ansatz aus Nordrhein-Westfalen (siehe Exkurs-Kasten 1: Die REGIONALEN in NRW).
 - Zusätzlich ist die Bereitschaft notwendig, mit den Akteuren aus Bremen-Nord ein Sofortmaßnahmenpaket aufzulegen, das wichtige Problemlagen und Handlungserfordernisse innerhalb von sechs Monaten direkt angeht (parallel zur Erarbeitung der Strategie).

Exkurs 1: Die REGIONALEN in NRW

Mit den REGIONALEN hat das Land Nordrhein-Westfalen 1997 ein Instrument der regionalisierten Strukturpolitik geschaffen, das aus den erfolgreichen Ansätzen der IBA Emscher Park entwickelt wurde. Dabei bewerben sich Regionen beim Land NRW für die Durchführung einer REGIONALE. Grundlage ist ein gemeinsam erarbeitetes Leitbild und Maßnahmen z. B. in den Bereichen Städtebau, Umwelt, Wirtschaft, Kultur und Bildung. Erhält eine Bewerbung den Zuschlag, werden die vorgeschlagenen Maßnahmen der REGIONALE aus den bestehenden Förderprogrammen des Landes prioritär, aber zeitlich begrenzt, gefördert. Die öffentliche Finanzierung erfolgt damit nur durch eine Mittelbündelung, zudem wird verstärkt die Einwerbung weiterer Mittel wie EU-Gelder oder privatwirtschaftliche Mittel forciert.

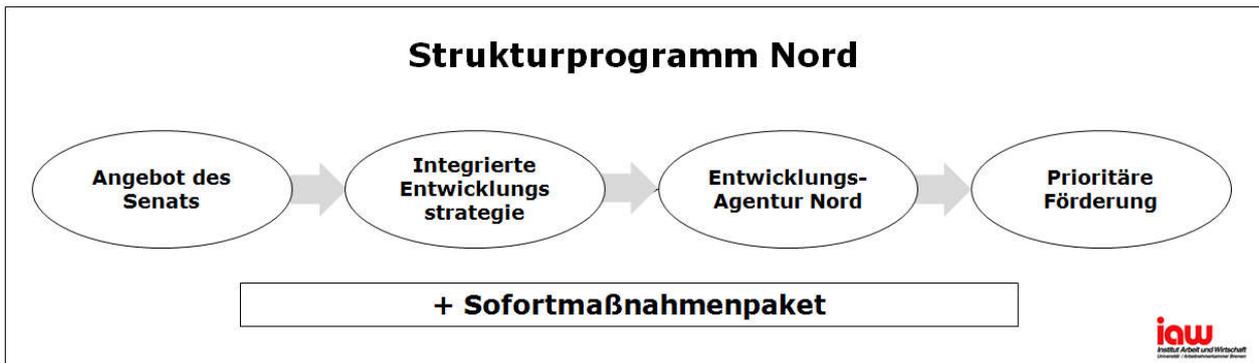
Eine zentrale Steuerungseinheit, die REGIONALE-Agentur (meist als GmbH), koordiniert vor Ort den Prozess und begleitet ihn inhaltlich. Die jeweiligen Regionalprojekte werden einem Wettbewerbsverfahren und einem „intensiven Qualifizierungsprozess“ unterzogen, um eine hohe Qualität und bestmögliche Impulswirkung sicherzustellen. Abschließend (nach rund fünf bis acht Jahren) erfolgt ein Präsentationsjahr, in dem die umgesetzten Projekte der breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden. Die Verantwortlichen verschiedener Organisationseinheiten arbeiten innerhalb der REGIONALEN für einen festgelegten Zeitraum gemeinsam an der Erreichung gemeinsamer Ziele. Neue Wege und innovative Lösungen werden durch das Aufbrechen der Regelstrukturen und die zeitlich begrenzte Sonderorganisationseinheit der REGIONALE-Agentur begünstigt.

Auch in der Forschung gelten REGIONALEN und vergleichbare Formate wie z.B. Internationale Bauausstellungen als Ermöglicher von Innovation in der Stadt- und Regionalentwicklung. Richtig angewendet können sie in der Lage sein, alte Entwicklungspfade aufzubrechen, neue Handlungsmuster und Strukturen zu etablieren und so alte Entwicklungshemmnisse abzubauen. Dabei wird insbesondere den extern agierenden Agenturen als Netzwerkschnittstelle und Kommunikator eine wichtige Rolle beigemessen. Auch die strategische Verknüpfung von Projekten im Rahmen einer übergeordneten Entwicklungsstrategie ist dabei von zentraler Bedeutung (vgl. Balke/Reimer 2016; Danielzyk/Kemming 2014; Reicher 2014; Reimer 2012, 2014; BMVBS 2011; Website Regionale 2010).

REGIONALEN gelten als geeignetes Instrument der Strukturpolitik, um konsensfähige Ziele aus dem entsprechenden Raum heraus zu formulieren, Kooperation vieler Akteure durch gemeinsame Projekte zu stärken und innovative Projekte umzusetzen, die zur Umsetzung der gemeinsamen Ziele beitragen. Die Aufmerksamkeit durch die Politik, Fachöffentlichkeit, die Öffentlichkeit vor Ort und das Präsentationsjahr am Ende des Zeitraums dient unter anderem als Antriebsmotor des Prozesses und hat die Macht, die Selbstwahrnehmung der Akteure vor Ort und die Außenwahrnehmung des Raumes und seiner Handelnden zu verändern (vgl. Stein 2015).

Aufgrund der analysierten Besonderheiten und Problemlagen Bremen-Nords, vor allem aufgrund der vielen beteiligten Akteure und der komplexen Entscheidungsstrukturen sowie der heterogenen Problemlagen im Stadtbezirk, scheint eine Orientierung am REGIONALE-Ansatz sinnvoll, um ein stimmiges und vor allem gemeinsames Vorgehen aus dem Stadtbezirk heraus zu entwickeln, das dann durch das Angebot des Senats die Umsetzungsmöglichkeiten erhält.

Abbildung 21: Strukturprogramm Nord



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016)

2) Leitbild und integrierte Entwicklungsstrategie

Entwicklung eines Leitbilds und einer Entwicklungsstrategie in einem extern moderierten Prozess.

Auf der Grundlage des politischen Impulses von oben (siehe Punkt 1) stehen die Akteure in Bremen-Nord vor der Aufgabe und der Pflicht, sich vor Ort (von unten) Gedanken um ihre Zukunft zu machen: Dabei gilt es, bei der Zielfindung eine Gesamtsicht auf Bremen-Nord zu wahren und mit einer Stimme zu sprechen. Gleichzeitig ist die zu beobachtende Heterogenität zwischen den drei Stadtteilen und zwischen den Quartieren zu beachten sowie lokal differenzierte Anpassungserfordernisse zu berücksichtigen. Solche Prozesse brauchen Zeit. Daher muss sich der Zeithorizont für die Strategie und das Strukturprogramm in Intervallen (2020, 2025, 2030) bis 2030 strecken.

- Zunächst sollte in Bremen-Nord mit professioneller Unterstützung ein Leitbild in einem partizipativen Prozess entwickelt werden: Grundsätzliche Ideen und Ziele für Bremen-Nord werden formuliert: Was soll Bremen-Nord sein, wie soll Bremen-Nord im Jahr 2030 aussehen? Was wäre notwendig, um dies Realität werden zu lassen? Hier kann auf viele Vorarbeiten zurückgegriffen werden, sodass dieser Prozess zeitlich kurz und schlank gestaltet werden kann (siehe Exkurs-Kasten 2: Innovativer Partizipationsprozess).
- Auf dieser Grundlage lässt sich mithilfe der bestehenden oder in Arbeit befindlichen Strategien und Konzepte eine eigene integrierte Entwicklungsstrategie mit zentralen Handlungsfeldern und Maßnahmen ableiten (siehe Abbildung 21). Die Verfügbarkeit von Ressourcen dient dabei zunächst lediglich als Anreiz für die Konzepterstellung, ohne schon konkrete Summen auf ein-

zelne Teilgebiete zu verteilen. Ergänzend dazu werden in Abstimmung mit der Senatskanzlei Sofortmaßnahmen benannt, die keinen Aufschub dulden (s.o.).

- Die Koordination des Erarbeitungsprozesses erfolgt durch die Senatskanzlei. Dabei ist eine Vergabe der Prozessmoderation an externe Fachleute erforderlich, um das Ressortprinzip aufzubrechen. Die Einbindung der verschiedenen Ressorts und der Akteure aus Bremen-Nord muss gewährleistet werden. Dabei sind aus Bremen-Nord deutlich mehr und andere Institutionen und Akteursgruppen aus verschiedenen Themenbereichen als bisher einzubinden (siehe Exkurs-Kasten: Innovativer Partizipationsprozess).
- Die integrierte Entwicklungsstrategie inklusive ihrer Maßnahmen wird durch ein Gremium begutachtet, in dem neben Vertretern aus Politik und Ressorts vorrangig externe Gutachter sitzen. Wird die Strategie als qualitativ hochwertig und zielorientiert bewertet, greift das Angebot der Politik (Punkt 1) und es werden Ressourcen für eine Entwicklungsagentur bereitgestellt und eine vertragliche Vereinbarung über die Umsetzung geschlossen.

Abbildung 22: Integrierte Entwicklungsstrategie



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016)

Exkurs 2: Innovativer Partizipationsprozess

Die Partizipation und Mitgestaltung der Bürger/-innen gewinnt in Stadtentwicklungsprozessen zunehmend an Bedeutung. Einerseits erfordern geänderte Rahmenbedingungen von öffentlichen und privaten Akteuren eine Abkehr von klassischer Rollenverteilung. Die öffentliche Hand ist zunehmend auf private Ressourcen angewiesen und muss daher andere Governanceformen etablieren. Andererseits fordern auch Bürger/-innen immer mehr ihr Mitbestimmungsrecht ein, Planung von oben wird zunehmend kritisch hinterfragt und ihre Ergebnisse im schlechtesten Fall als Fremdkörper wahrgenommen. Vielerorts entladen sich Spannungen durch Proteste gegen Planungsvorhaben und das „Recht auf Stadt“ wird immer häufiger eingefordert.

Ein dritter Aspekt ist besonders in vom wirtschaftlichen Strukturwandel betroffenen Städten von hoher Bedeutung: Die Mitnahme der im alten System sozialisierten, vermeintlichen „Verlierer des Strukturwandels“ in die neu gestaltete Stadt (vgl. Bodenschatz 2008). Ebenso wichtig ist die Ansprache breiter Bevölkerungsschichten, junger und alter Menschen, Besserverdienender und von Armut Bedrohter, Menschen mit Migrationshintergrund und auch Flüchtlingen, um einer fortschreitenden Spaltung der Stadtgesellschaft entgegenzuwirken. Um Akzeptanz und sog. Mitnahmeeffekte für die Stadtentwicklung zu erzeugen, braucht es eine gezielte Strategie, damit neue Entwicklungen nicht abgelehnt und als Bedrohung des Alten, sondern auch als Chance für die Zukunft wahrgenommen werden können (vgl. Selle 2007; BBSR 2013).

Bremen hat bereits mehrere umfangreiche Partizipationsprozesse erprobt, z.B. bei der Erstellung des gesamtstädtischen Leitbilds oder des Verkehrsentwicklungsplanes. Besonders der umfangreiche und innovative Partizipationsprozess im neuen Hulsberg-Viertel hat sich in Fachkreisen Aufmerksamkeit verschafft (Wolff 2013; FHB et al. 2011; Der Senat 07.03.2013). In Bremen-Nord hat Bremen nun die Chance, auf die Erfahrungen aufzubauen und erneut einen vorbildhaften und innovativen Partizipationsprozess einzuleiten. So kann gezielt gegen Vorwürfe von Planung aus Hinterzimmern und von elitären Expertengruppchen vorgegangen werden. Ein breiter Partizipationsprozess mit verschiedenen Formaten und Mitwirkenden über den gesamten Zeitraum des Strukturprogramms sollte als Chance für Innovation, Veränderung und eine starke lokale Identität verstanden werden (vgl. Trommer 2015; Thiesen 2016). Im besten Fall gelingt es, eine Aufbruchstimmung zu erzeugen und die Veränderungen in Bremen-Nord nach innen wie nach außen anzustoßen und bekannt zu machen.

Partizipation ist aber auch mit einer Reihe von Schwierigkeiten konfrontiert. Partizipation muss gezielt adressiert und eine innovative Umsetzung von fähigen Experten sichergestellt werden. Praxis und Forschung zeigen, dass sich viele Bevölkerungsgruppen nur schwer für eine Beteiligung mobilisieren lassen, sei es aufgrund von Sprachschwierigkeiten, fehlender Information, Zeit oder Interesse oder einem geringen Glauben an die Wirkungsmöglichkeiten des eigenen Engagements. Daher ist es notwendig, eine Partizipationsstrategie von Experten umsetzen zu lassen und für verschiedene Schritte im Prozess unterschiedliche und zielgruppenspezifische Beteiligungsformate zu erproben. Die Entwicklung eines Leitbilds braucht dabei andere Formate als die konkrete Projektebene, bei der es beispielsweise um eine Schulhofgestaltung geht. Die Möglichkeiten sind vielfältig, z.B. können Stadtteilstunden, Kunstaktionen, Zukunftswerkstätten mit Utopiephasen, Workshops mit Jugendlichen und Schülern etc. der Mobilisierung von Bürger/-innen dienen (vgl. BBSR 2013; DIFU 2012; Ginski/Selle 2015; Haars 2012;).

Dabei sollten auch gezielt neue Akteure eingebunden werden, z.B. aus den Quartieren, Vereinen, Kultureinrichtungen, Schulen etc. Menschen in Bremen-Nord müssen dabei unterstützt werden, nicht genutzte Räume neu zu entdecken, auch mit anderen Nutzungsideen als den bisher bekannten (Raumpioniere unterstützen). Durch das Zulassen neuer Ideen können Möglichkeitsräume für eine andere Zukunft entstehen. Ein sogenannter „Informeller Urbanismus“ und die „Do-it-yourself-Stadt“ wird auch vom Bundesministerium im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik als wichtige Entwicklung für gesellschaftliche Integration und Inklusion in der Stadtentwicklung gesehen. Dabei spielen vor allem die Möglichkeiten digitaler Medien eine zentrale Rolle, um einfach und schnell kommunizieren zu können. Ein breit getragenes Leitbild dient dabei als gemeinschaftliches Band, das die einzelnen Aktivitäten zusammenhält (vgl. BBSR 2013, 2015:16-17; Jessen/Walther 2010).

3) Entwicklungsagentur Nord

Einrichtung einer Entwicklungsagentur, die die Entwicklungsstrategie mit Know-how und Ressourcen umsetzt und den Prozess moderiert, antreibt und gestaltet.

Ein solcher komplexer und langwieriger Umsetzungsprozess bedarf neuer und anderer Formen der Steuerung und Begleitung. Es gilt sich, aus der Denk- und Handlungslogik der Fachressorts zu lösen, um einen solchen Entwicklungs- und Umsetzungsprozess erfolgreich bewältigen zu können. Dabei hat sich bundesweit die Einrichtung von eigenen Geschäftsstellen bewährt, die als Entwicklungsagenturen (Rechtsform GmbH) und Managementeinheiten solche Prozesse koordinieren.

- Die Umsetzung erfolgt durch einen externen Aufgabenträger: Die Stadtteilentwicklungsagentur NORD
- Die personelle Besetzung erfolgt mit hoher Fachkompetenz und „Machern“ mit Erfahrung (Ausschreibung durch Senatskanzlei, Auswahl durch Lenkungsausschuss und Fachbeirat)
- Das für die Besetzung der Entwicklungskapazität mindestens notwendige Team besteht aus:
 - Geschäftsführung (managen, vernetzen, auf Augenhöhe kommunizieren, aktivieren)
 - Projektmanagement (unterschiedliche fachliche Hintergründe)
 - Öffentlichkeitsarbeit / Kommunikation
 - Back-Office / Verwaltung und Finanzen
- Die Aufgaben der Agentur sind vielfältig:

Integrierte Entwicklungsstrategie (Leitbild, Handlungsfelder und Maßnahmen) als Rahmen inhaltlich konkretisieren und den Umsetzungsprozess federführend managen. Hierzu sind Projekte und Maßnahmen zu entwickeln, zu qualifizieren und in der Umsetzung zu begleiten. Dabei sind zentrale Aufgaben:

- Integration und Bündelung bisheriger Ansätze, Aufbauen auf Analysen dieses Projektes
- Partizipation sicherstellen, einzelne Interessen berücksichtigen aber im Gesamtzusammenhang abwägen, konsensorientiert arbeiten
- Unterstützung von Raumpionieren, Möglichkeitsräume schaffen
- Umlanderfahrungen berücksichtigen, Kommunikation und Abstimmung mit den Umlandgemeinden vorantreiben
- Der Aufgabenträger ist unabhängig, er bekommt aber einen Lenkungsausschuss und einen Fach-

beirat zur Begleitung und Überprüfung. Inhaltliche Grundlage der Arbeit ist das in Punkt 2 definierte Leitbild und die integrierte Entwicklungsstrategie.

- Bestehende Akteurguppen und Arbeitskreise werden in die neuen Strukturen integriert, beraten und kooperieren mit der Entwicklungsagentur, die Zuordnung übernimmt die Senatskanzlei:
 - Der Rathaus-AK wird in einen Lenkungsausschuss der Entwicklungsagentur umgewandelt (und durch einen Fachbeirat mit externen Fachleuten ergänzt).
 - Ortsämter und Beiräte sind über einen Vertreter des Regionalausschusses im Lenkungsausschuss vertreten.
 - Die zuständigen Ressorts sind über je einen Vertreter im Lenkungsausschuss vertreten. Zudem benennen sie Gebietsbeauftragte im operativen Geschäft für einen schlanken und kurzen Abstimmungsprozess zwischen dem Lenkungsausschuss, dem Bremen-Nord-Beauftragen, den Ressorts und der Entwicklungsagentur.
 - WiR, BBN, FUNK-Management und die Aktivitäten der AKs bei SUBV und SWAH sind in die Arbeit der Entwicklungsagentur einzubeziehen und werden so gebündelt.
 - Vertreter zivilgesellschaftlicher und wirtschaftlicher Gruppen (z.B. WiR/Unternehmerforum; Sparkasse; Arbeitnehmerkammer; Handelskammer; Vereine; Kunst und Kultur; Bildungswesen) sind ebenfalls (mittels eines geeigneten Verfahrens) in den Lenkungsausschuss zu integrieren.
- Darüber hinaus wird eine enge Abstimmung mit den Umlandgemeinden aufgebaut.
- Zentrale Projekte und Maßnahmen werden über ein Gutachterverfahren bewertet und anhand von noch zu definierenden Kriterien überprüft (siehe Punkt 1). Eine zweite förderpolitische Bewertung erfolgt durch die zuständigen Fachressorts. Diese behandeln die Ansätze bei positiver Bewertung prioritär: Damit entsteht ein transparenter, kriteriengeleiteter und abgestimmter Vergabeprozess.
- Durch die Senatskanzlei und den Lenkungsausschuss müssen eine Prozess begleitende Evaluation des Gesamtprozesses und eine periodische Zielerreichungsprüfung der umgesetzten Strategien (nach fünf Jahren) erfolgen. Ggf. muss eine Begleitforschung beauftragt werden.
- Nach der Zwischenevaluation sollte eine Versteigerung der Aktivitäten nach Ablauf des Strukturprogramms mit gedacht und vorbereitet werden.

Exkurs 3: Warum eine Entwicklungsagentur Nord?

Entwicklungsagenturen sind eine Form der Öffentlich-Privaten-Partnerschaft, die sehr unterschiedlich organisiert sein können. Allgemein gelten eine Kostenreduktion, eine einfachere Umsetzung ohne Verwaltungsstrukturen und die Nutzung spezifischen Know-hows als Vorteile solcher Partnerschaften. Sind Vertreter der Politik in den steuernden Gremien eingebunden, können sich auch die Transaktionskosten (z.B. für Verträge) gegenüber anderen Modellen deutlich verringern. Problematisch können ÖPP jedoch sein, wenn der öffentlichen Hand zu viel Kontroll- und Einflussmöglichkeiten entzogen werden, eine einseitige Ausrichtung auf marktwirtschaftliche Kriterien erfolgt und durch mangelnde Einbindung der Stadtgesellschaft Demokratiedefizite entstehen (vgl. Strünc/Heinze 2005: 123-126). In der Nutzung solcher Partnerschaften in der Stadtentwicklung sind demnach die Organisationsform, die Einbindung in ein Gesamtkonzept und starke Partizipationsbemühungen wichtige Erfolgskriterien.

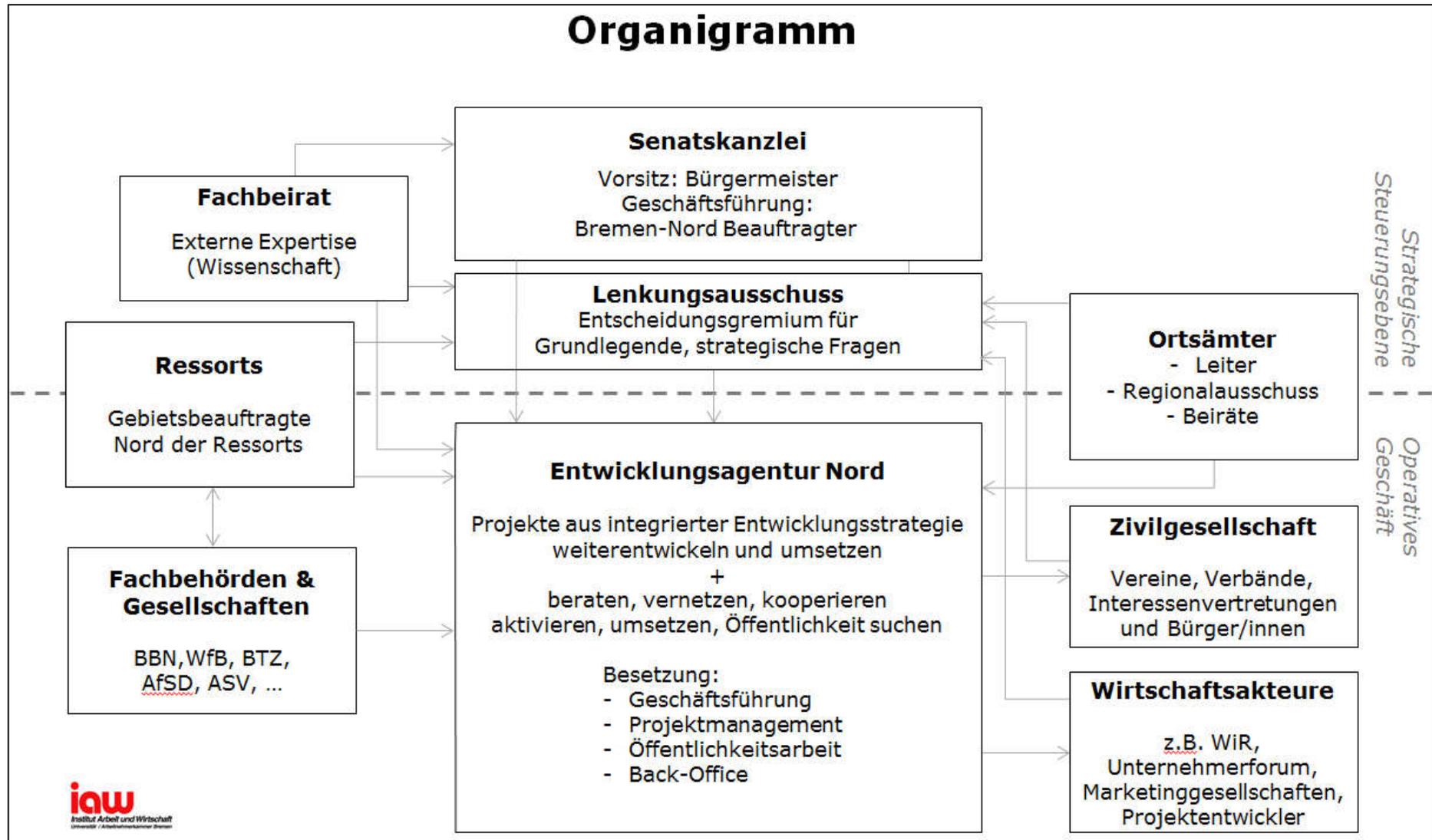
Partnerschaftliche Organisationsformen gewinnen zunehmend an Bedeutung und finden in ganz Europa Anwendung. Am längsten werden diese Partnerschaften in England praktiziert, wo seit den 1980er Jahren verschiedene Formen ausprobiert werden. Zu Beginn der 2000er-Jahre wurden „Urban Regeneration Companies“ (URC) als zentrale Akteure und Organisationseinheiten in der gebietsbezogenen Stadterneuerung eingesetzt. URCs bestehen aus einer Partnerschaft, der lokal-regionalen und staatlichen Akteure und agieren als unabhängiges Unternehmen. Ziel ist eine Bündelung öffentlicher Aktivitäten und Ressourcen für einen Zeitraum von 10-15 Jahren in einem bestimmten Gebiet entlang einer integrierten Strategie, um so verstärkt private Investitionen zu generieren. Sie erhalten keine Extraförderung, sondern werden innerhalb bestehender Förderprogramme prioritär behandelt. Häufig werden darin auch Partnerschaften mit privatwirtschaftlichen Akteuren, z.B. aus der Immobilienwirtschaft für spezielle Projektentwicklungen gegründet (vgl. Rogers et al 1999; Jones et al. 2003.; Dixon et al. 2011; vgl. Kort/Klijin 2011).

Laut einer Studie über URCs in den Niederlanden spielt vor allem das Netzwerk-Management solcher Agenturen eine entscheidende Rolle für deren Erfolg (vgl. Kort/Klijin 2011). Auch Reimer (2014) stellt die Bedeutung von Entwicklungsagenturen für die Kommunikation innerhalb der verschiedenen Akteursgruppen zur Netzwerkbildung im Kontext der REGIONALEN (in NRW) als zentralen Faktor heraus. Der Aufwand zur Darstellung der Aktivitäten, zur Mobilisierung von Kräften und Ressourcen im Prozess, sei ein erheblicher aber erfolgsentscheidender Faktor, der innerhalb der Regelstrukturen der Verwaltung nicht zu bewältigen sei. Weitere Vorteile können z.B. durch das festgelegte Ressourcen- und Personalbudget (entsprechend der festgelegten Aufgaben und Ziele) und die dadurch weitestgehend eigenständige und konsistente Handlungsfähigkeit der externen Organisationsformen entstehen. Auch die i.d.R. hohe politische Priorität mit der Gründung einer externen Agentur und einem größeren Ereignis wie z.B. einer IBA einhergeht, helfe bei der Mobilisierung der Akteure und Entscheidungsträger, die für eine integrierte Stadtentwicklung ind Boot geholt werden müssen (vgl. SRL 23.05.2014).

Auch in Bremen wurde für den Bremer Westen bereits die Einrichtung einer Entwicklungsagentur diskutiert. Diese sollte mit der Stärkung ressortübergreifender Aktivitäten und der Bündelung bestehender und innovativer Ansätze die Entwicklung im Bremer Westen koordinieren und verstärken. Sie sollte allerdings nur für vier Jahre finanziert, mit je einem Mitarbeiter der Ressorts Bau und Bildung besetzt und über keine unabhängigen Handlungsspielräume verfügen. Die Beiräte lehnten schließlich die Einführung einer Entwicklungsagentur ab und die Umsetzung des projektorientierten Handlungsprogramms (PoP) wurde in den Regelstrukturen unter Federführung der Baubehörde durchgeführt. In einer Analyse des Bremer Leitbildprozesses im Bremer Westen zeigen Mossig und Andreas (2015) Problemfelder auf: „In der Regelstruktur hingegen liegt die Kompetenz, aber auch die Verantwortung allein bei der Senatorischen Behörde für Stadtentwicklung, die ihre Mitstreiter neben dem eigenen Tagesgeschäft immer wieder neu gewinnen muss. Anders als bei einer externen Organisationsstruktur ist eine dauerhafte Mittelausstattung nicht garantiert. Auch die Reichweite der jeweiligen Entscheidungsbefugnisse variiert und es ist in den jeweiligen Konstellationen immer aufs Neue auszuloten, inwieweit die beteiligten Personen qualifiziert für ihre Fachgruppe sprechen können“ (Mossig/Andreas 2015).

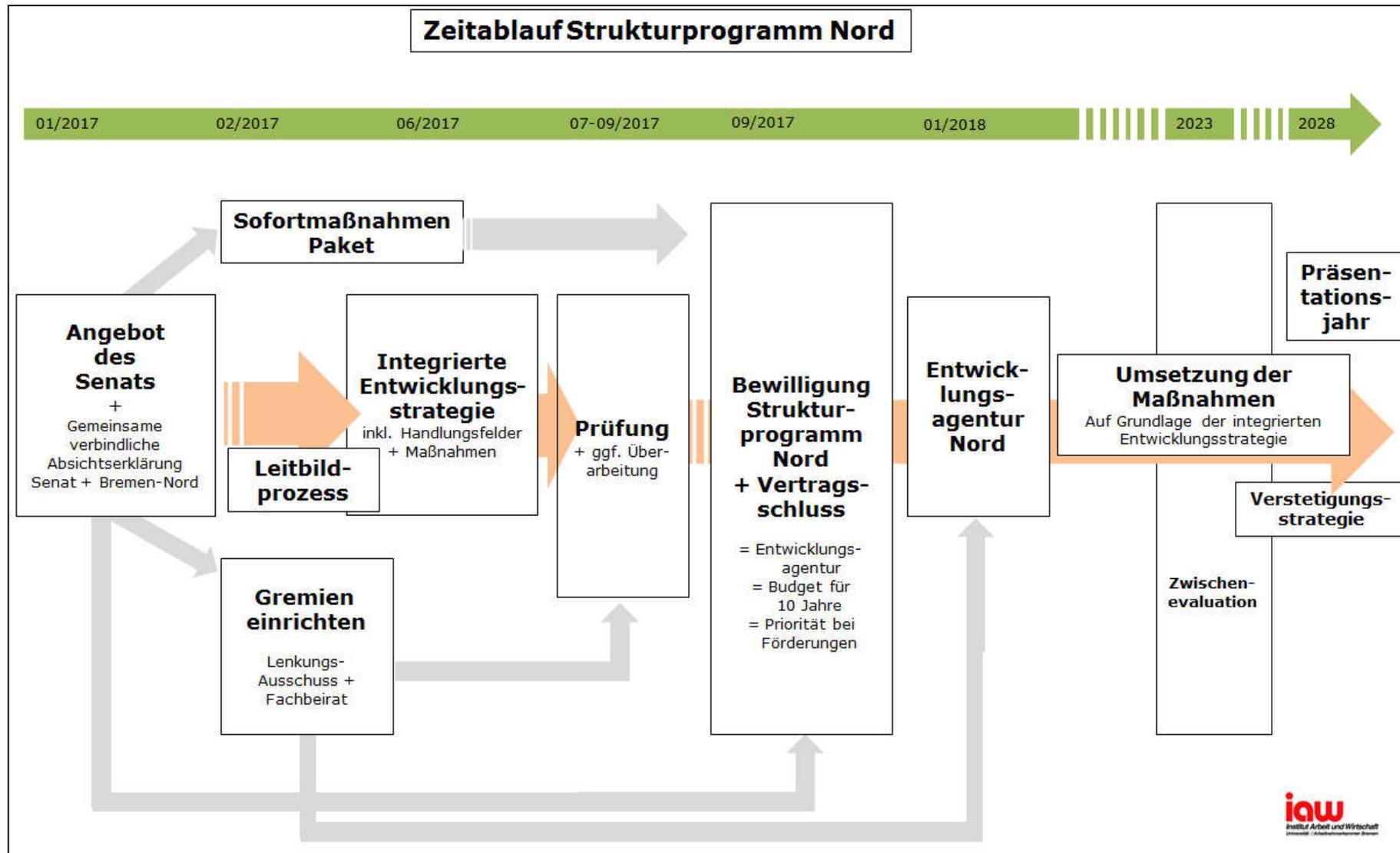
Eine Entwicklungsagentur bietet also eine Organisationsform, die in der Lage ist, durch einen erhöhten Kommunikations- und Koordinationsaufwand einen konsistenten, integrierten Stadtentwicklungsprozess, wie er in Bremen-Nord erforderlich ist, zu managen und vorantreiben zu können.

Abbildung 23: Organigramm zum Strukturprogramm Nord



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016)

Abbildung 24: Zeitablauf Strukturprogramm Nord



Quelle: Eigene Darstellung (IAW 2016)

6.3 Konkrete Ansatzpunkte für Interventionen in Bremen-Nord

Eine Entwicklungsstrategie für Bremen-Nord braucht einen starken politischen Impuls von oben. Die konkrete Erarbeitung und Umsetzung von Leitbild, Strategie und Strukturprogramm muss aber von unten, d.h. in Bremen-Nord erfolgen. Die Grundlage für die Entwicklung der nächsten zehn bis 15 Jahre muss in einem integrierten und partizipativen Verfahren erarbeitet werden, um die vielschichtigen und räumlich divergierenden Herausforderungen abzudecken und Akteure und Bewohner/-innen vor Ort mitnehmen. Nur so können Ressourcen und Potenziale vor Ort freigelegt, mobilisiert und gebündelt werden. Die Bewohner Bremen-Nords und alle vor Ort Engagierten brauchen das Gefühl, proaktiv mitwirken zu können und müssen auf ein gemeinsames Ziel eingeschworen werden.

Ein wesentlicher Aspekt für die Akteure ist hierbei: einen Konsens und eine Übereinkunft über die Ausgangssituation und Entwicklungstrends herstellen, indem die Ausgangslage offen, klar und „schonungslos“ kommuniziert und diskutiert wird. Die umfassenden Ergebnisse dieses Projektes (Datenanalysen, Bilanzierungen, Expertengespräche etc.) können dabei als Grundlage dienen. Auf dieser Grundlage kann über die Zukunft Bremen-Nords „gestritten“ und diskutiert sowie die notwendigen Schritte eingeleitet werden.

Nachdem die Analysen eindeutig gezeigt haben, dass die bisherige Strategie von Schlüsselprojekten keine durchschlagenden Erfolge erzielen konnte, wird hier ein integrierter Ansatz in mehreren Handlungsfeldern vorgeschlagen, der in Zukunft im oben beschriebenen Verfahren ausdifferenziert werden muss. Um den Entwicklungsprozess einer solchen integrierten Entwicklungsstrategie zu erleichtern, werden im Folgenden konkrete Ansatzpunkte auf Basis der empirischen Befunde aufgezeigt. Dabei werden gezielt nicht bereits laufende Aktivitäten erneut aufgeführt, sondern Themenfelder aufgezeigt, bei denen neuer oder weiterer Handlungsbedarf besteht. Diese Liste soll dabei keinesfalls abschließend betrachtet werden, sondern lediglich erste Ansatzpunkte aufzeigen, die in einem weiteren Prozess vor Ort konkretisiert werden müssen (siehe Kapitel 6.2).

Wirtschaft

- Rahmengestaltung für attraktive Gewerbeflächen verbessern: attraktives Umfeld, attraktive Wohnmöglichkeiten für Beschäftigte in der Nähe, gutes Angebot an Nahversorgung, Kultur, Kinderbetreuung und sonstige Lebensqualität: „Urbanisierung von Gewerbeflächen“
- Dafür von Bedeutung: Zentrenentwicklung – Handlungserfordernisse in Blumenthal

- Leerstandsoffensive Blumenthal mit kleinen Handwerksbetrieben, Kulturschaffenden und Kreativen (siehe Partizipation: Möglichkeitsräume schaffen, Raumpioniere zulassen)
- Lokale Identität fördern, lokales Image verbessern
- Investitionsfreundlichkeit in der Verwaltung verbessern durch stärkere Ausstattung des Bauamts, schnellere Bearbeitung, schnellere Abstimmung mit den Ressorts, Abbau bürokratischer Hürden, Verbindlichkeit etc.
- Gewerbeflächenbedarf: Sicherung von weiteren attraktiven Flächen. Möglichen Engpässen an attraktiven Gewerbeflächen proaktiv entgegenwirken
- Ausbau der Netzwerkpflege durch Stärkung der WfB vor Ort, z.B. mit einem eigenen WfB Beauftragten-Nord
- Reindustrialisierung im großen Maßstab ist keine Option, wissensintensiven Dienstleistungen fehlt allerdings der Anker vor Ort. Die Gesundheitswirtschaft könnte ein lokal sinnvoller Entwicklungsbereich/-anker sein. Dienstleistungsunternehmen und andere moderne Unternehmen haben aber andere Standortanforderungen als Großindustrie – siehe oben Urbanisierung von Gewerbeflächen

Wohnen und Siedlungsentwicklung

- Task-Force im Bauamt: mehr Dynamik, schnelle Umsetzung, Steigerung der Investitionsfreundlichkeit
- Offenen Austausch zwischen Behörden (SUBV, BBN) und Investoren bzw. Bauunternehmern über Entwicklungsmöglichkeiten in Bremen-Nord initiieren
- Flexibilisierung der Rahmenbedingungen, Anforderungen anpassen, z.B. im Bereich des sozialen Wohnungsbaus, Flexibilisierung auf Ortsteilebene – z.B. hochwertigeren Wohnungsbau in guten Lagen Blumenthals, dafür bezahlbarer Wohnraum in St. Magnus
- Potenziale im Bestand stärker nutzen, Marketing- und Förderkampagnen für energetische Sanierungen (wichtig bei zukünftig häufigen Eigentümerwechseln durch Alterungsprozesse)
- Ggf. ein HID Blumenthal mit öffentlichen Maßnahmen flankieren, hierfür Bewohner für Engagement engagieren; Geld der Stadt für investive Vorleistungen oder um Lücke zwischen Marktpreis und Kosten zu decken, Baugemeinschaften fördern

- Innovative Lösungen zur Verbesserung der verkehrlichen Anbindung ohne Pkw in den Wohngebieten abseits der Bahntrasse
- Lösungen für den Umgang mit Schrottimmobilien und Leerstand (Vorbild Bremerhaven?)
- Lokale Identität fördern, lokales Image verbessern u.a. durch neue Angebote zum Engagement und Mitsprache
- Familienfreundliches Umfeld schaffen durch Bildungs- und Betreuungsoffensive: Verzahnung von Kinderbetreuung, Schule, Ganztagsangeboten, Freizeit etc., ggf. durch ein Quartiersbildungszentrum in Bremen-Nord
- Schuleinzugsgebiete überprüfen, um starke Segregationstendenzen aufzufangen, Schulen beim Umgang mit Migration stärken
- Quartiersentwicklung durch WiN und Städtebauförderung stärken und ausbauen, um sozialräumlicher Segregation entgegenzuwirken

Soziale und Bildungsinfrastruktur

- Sozialer Arbeitsmarkt mit Programm 500 stärken: eigenes Programm für Bremen-Nord, wegen verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit etablieren
- Jugendberufsagentur: aufgabenadäquate Ausstattung und zügige Umsetzung sicherstellen
- Soziale Quartiersentwicklung durch WiN aufstocken, nicht kürzen! Insbesondere vor dem Hintergrund des zusätzlichen Bedarfs für quartiersbezogene Projekte infolge des gestiegenen Auslandszuzugs
- Bildungs- und Betreuungsoffensive: Betreuungs- und Bildungsangebote an die lokalen Bedarfe ausrichten (U3, 3-6, Familienzentren, Ganztagschulen), Sprachkurse, Integrations- und Bildungsangebote in Anbetracht steigender Auslandszuwanderung

Zentrenentwicklung

- Vegesacks Rolle als Mittelzentrum klären, braucht es weitere Interventionen oder ist ein stabiler Zustand erreicht? Was ist Vegesacks Anspruch an seine Rolle in Zukunft und wie sind die realistischen Aussichten?
- Investitions- und Entwicklungsoffensive im Blumenthaler Zentrum, dringender Handlungsbedarf mit erheblichen Herausforderungen und Investitionsbedarf. BWK-Entwicklung als Chance für Synergieeffekte mit dem alten Zentrum nutzen.

Freizeit und Naherholung

- FUNK-Konzept als Grundlage nutzen und weiter umsetzen bzw. weiterentwickeln (in integriertes Entwicklungskonzept / Strukturprogramm einbetten!)
- Qualitäten im Bereich Naherholung betonen, Freizeit- und Kultur zukünftig weiter fördern und neue Initiativen unterstützen

Verkehr

- Erreichbarkeit weiter verbessern, vor allem im ÖPNV
- Für Stärkung des Bereichs Wohnen: Adressierung der Wege zur Regio-S-Bahn, Wege zu den Betreuungseinrichtungen
- Für Stärkung des Bereichs Wirtschaft: Adressierung der Arbeitswege in die Stadt und zu den Gewerbegebieten in Bremen-Nord

Strukturen und Verwaltung

- Investitionsfreundlichkeit der Verwaltung insgesamt stärken: gemeinsame Task-Force Bau, Gebietsbeauftragte in den Ressorts für Bremen-Nord etc.
- Ressortprinzip aufbrechen und Zusammenarbeit forcieren: Verzahnung und Bündelung der verschiedenen Aktivitäten
- Einbindung von neuen Institutionen und Gruppen
- Beschleunigung von Umsetzungsaktivitäten. Erfolge erlebbar und sichtbar machen
- Inszenierung von Entwicklung, siehe REGIONALE Prinzip: Eventcharakter, Präsentationen
- Mobilisierung und Motivierung der Bürger vor Ort: Wettbewerbe, Aufrufe, echte gelebte Partizipation
- Weniger interne Konkurrenz, sondern mehr Konsensorientierung und Entwicklung Bremen-Nords als Gemeinschaftsaufgabe betrachten
- Langfristig Restrukturierung der Ortsämter und Zusammenlegung zu einem Ortsamt bzw. Bezirksamt für Bremen-Nord
- (Re-)Aktivierung der interkommunalen Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden (siehe Regio Unterweser)

Das hier entwickelte Strukturprogramm enthält außerdem ein Sofortmaßnahmenpaket. Innerhalb des Projektes wurden Handlungserfordernisse herausgefiltert, die keinen Aufschub dulden und sofort adressiert werden sollten.

Sofortmaßnahmen

Über die hier skizzierten Ansatzpunkte für eine integrierte Entwicklungsstrategie lassen sich Sofortmaßnahmen benennen, die dringlich und kurzfristig umgesetzt werden sollten. Sie sind ein Signal und Fundament für einen tief greifenden Neuorientierungsprozess in und für Bremen-Nord. Folgende konkrete Maßnahmen erscheinen kurzfristig realisierbar:

- 1) Blumenthaler Zentrum: Städtebauförderungsmittel einwerben, Entwicklungskonzept erstellen und abstimmen (SUBV, BBN)
- 2) U3-Betreuung und Ganztagschulentwicklung ausbauen (SKB)
- 3) Task-Force Bauamt einrichten, um Baumaßnahmen zu beschleunigen und Innovationsfreundlichkeit zu verbessern (SUBV/BBN)
- 4) Zusätzlichen Bedarf an Gewerbeflächen (Umfang und Qualität) klären und abstimmen (WfB, SUBV/BBN, Wirtschaftsakteure)
- 5) ...

Bremen Nord hat viel Potenzial und engagierte Menschen. Die vielfach prognostizierte Trendwende ist machbar! Erforderlich sind verbindliche Zusagen, Anreize und Impulse der Stadt Bremen, der Aufbau professioneller Strukturen sowie das Verständnis der Menschen und Verantwortlichen in Bremen-Nord, dass man nur gemeinsam zukunftsfähig sein kann.

7 Literaturverzeichnis/ Quellenverzeichnis

- Arbeitnehmerkammer Bremen (Hg.) (2010): Bestandsaufnahme zum Wirtschaftsstandort Bremen-Nord.
- Arbeitnehmerkammer Bremen (Hg.) (2011): Materialien und Analysen zur Wohnungsbaukonzeption der Stadt Bremen. Referat für regionale Strukturentwicklung. Bremen.
- Arbeitnehmerkammer Bremen (Hg.) (2015): Steuerpflichtige Einkommen. Regelmäßige Auswertung der Einkommensteuerstatistik im Land Bremen in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Bremen. Bremen.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.) (2014): Bildung in Deutschland 2014. URL: <http://www.bildungsbericht.de>, (letzter Zugriff: 02.08.2016).
- Balke, Jan; Reimer, Mario (2016): Regionsbildung im Schatten des Metropolendiskurses. Das Fallbeispiel der Region Südwestfalen. In: Raumforschung und Raumordnung. 74. S. 293-305.
- Baumheier, Ralph (2000): Kooperative Siedlungs- und Freiraumplanung in der Regio Unterweser. In: Raumforschung und Raumordnung 58 (4), S. 337-342.
- Bodenschatz, Harald (2008): Perspektiven des Stadumbaus. In: Bodenschatz, Harald; Laible, Ulrike (Hg.) (2008): Großstädte von morgen. Internationale Strategien des Stadumbaus. Berlin.
- Böhme, René, Prigge, Rolf (2016): Soziale Infrastruktur und Teilhabechancen. Bremen: Kellner.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hg.) (2013): Bürgerbeteiligung mit Wirkung gestalten. stadt:pilot spezial. Das Magazin zu den Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, Sonderausgabe Juni 2013.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hg.) (2015): Informeller Urbanismus - Gemeinsam Stadt machen. In: stadt:pilot 10. Das Magazin zu den Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, S. 16-17.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hg.) (2011a): Die Zukunft internationaler Bauausstellungen. Internationale Fallstudien und ein Monitoringkonzept. (Werkstaat: Praxis, Heft 74). Berlin.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.) (2011b): Sanierungsmaßnahmen in unseren Städten und Gemeinden. Fallstudien (75). Online verfügbar unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/WP/2011/heft75_L.pdf?__blob=publicationFile&v=2. (Zugriff am 20.07.2016).
- Burmann, Christoph; Müller, Andreas (2011): „Marke Bremen-Nord“. Studie zur Feststellung der Zweckmäßigkeit der Entwicklung einer eigenen Stadtbezirksmarke. Hg. v. Lehrstuhl für innovatives Markenmanagement (LiM) Universität Bremen.
- Danielzyk, Rainer; Kemming, Herbert (2014): Die Regionalen in Nordrhein-Westfalen – Formate der Innovation und Festivalisierung. In: Hohn, Uta; Kemming, Herbert; Reimer, Mario (Hg.) (2014): Formate der Innovation in der Stadt- und Regionalentwicklung. Reflexionen aus Planungstheorie und Planungspraxis. Detmold. S. 95-110.
- Der Aufbau (1999): Vegesack zu Fuß. In: Der Aufbau 54 (2). Online verfügbar unter <http://brema.suub.uni-bremen.de/content/pageview/6648?query=bremen-Nord>.
- Der Aufbau (2003): Spezial: "Blankenese von Bremen" Vegesack. In: Der Aufbau 58. Online verfügbar unter <http://brema.suub.uni-bremen.de/content/pageview/6893>.
- Deutsches Institut für Urbanistik (DifU) (2012): Stadtentwicklung als bürgerschaftliche Aufgabe. In: Difu-Berichte 1/2012 Online verfügbar unter: <https://difu.de/publikationen/difu-berichte-12012/stadtentwicklung-als-buergerschaftliche-aufgabe.html>.
- Dixon, Tim; Otsuka, Noriko; Abe, Hirokazu (2010): Cities in Recession: Urban Regeneration in Manchester (England) and Osaka (Japan) and the Case of 'Hardcore' Brownfield Sites. Online verfügbar unter: <http://oisd.brookes.ac.uk/news/resources/REP-ORTDRAFTv8.pdf> (Zugriff am 19.08.2016).
- Giese, Ernst; Mossig, Ivo; Schröder, Heike. (2011): Grundriss Allgemeine Geographie: Globalisierung der Wirtschaft. Eine wirtschaftsgeographische Einführung. UTB Schönigh, Paderborn.

- Ginski, Sarah; Selle, Klaus (2015): Kommunikative Vielfalt verstehen. Einführungen in ein Forschungsprojekt zu multilateraler Kommunikation in Stadtentwicklungsprozessen. In: pnd online – Planung neu denken. 1/2015, S. 1-11.
- Goldstein, Brett T.; Mele, Christopher (2016): Governance within public-private partnerships and the politics of urban development. In: Space and Polity 20 (2), S. 194–211.
- Haars, Anne (2012): Beteiligung in der integrierten Stadtentwicklung. Ein Weg zur vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Bürger. Steg-NRW. In: Handbuch Kommunalpolitik. Online verfügbar unter: http://www.steg-nrw.de/images/2012/SKMBT_C220112061210330.pdf.
- Hausen, Kai-Ole (2014): Bremen-Nord: Chance als attraktiven Wohnstandort nutzen. In: Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen, S. 150–160.
- Hempe-Wankerl, Christel; Lorenz, Uwe (2008): Entwicklung und Situation der Ganztagschulen im Lande Bremen. In: Appel, Stefan u. a. (Hg.): Jahrbuch Ganztagschule, 76-86.
- Heseler, Heiner (1998): Strukturwandel und Beschäftigung – Tendenzen im Land Bremen 1974-1996. In: Heseler, Hickel, Prigge (Hg.) (1998): Bremens Selbstständigkeit (S.97-212).
- Hohn, Uta; Kemming, Herbert; Reimer, Mario (Hg.) (2014): Formate der Innovation in der Stadt- und Regionalentwicklung. Reflexionen aus Planungstheorie und Planungspraxis. Detmold.
- Jansen, Hildegard (2012): Das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm (BAP). Vortrag beim Rathaus AK Bremen Nord am 17.01.2012.
- Jessen, Johann; Walther, Uwe-Jens (2010): Innovation in der Stadtplanung? In: Annette Harth und Gitta Scheller (Hg.): Soziologie in der Stadt- und Freiraumplanung: Analysen, Bedeutung und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 283–295.
- Kommunalverbund (Hg.) (2014): Regional-Monitoring auf Gemeinde-Ebene. URL: http://www.kommunalverbund.de/portal/seite_n/regional-monitoring-auf-gemeinde-ebene-901000253-3300.html, (letzter Zugriff: 16.08.2016).
- Kort, Michiel; Klijn, Erik-Hans (2011): Public-Private Partnerships in Urban Regeneration Projects: Organizational Form or Managerial Capacity? In: Public Administration Review 71 (4), S. 618–626.
- Mossig, Ivo; Andreas, Verena (2015): Leitbilder der Stadtentwicklung in die Tat umsetzen – Das Beispiel der teilräumlichen Umsetzung im Bremer Westen. In: Standort 39 (1), S. 11–16.
- Nischwitz, Guido; Andreas, Verena; Böhme, René; Fortmann, Fabian; Holtermann, Jens (2016a): Bremen-Nord Datenreport. Datenband zum Vorhaben „Bremen-Nord – Chancen zur Neupositionierung nutzen! Zwischenbilanz – Perspektiven – Gesamtstrategie“. Aus der Reihe Arbeit und Wirtschaft in Bremen der Arbeitnehmerkammer Bremen. Institut Arbeit und Wirtschaft Universität Bremen. Bremen. (Veröffentlichung in Vorbereitung).
- Nischwitz, Guido; Böhme, René; Fortmann, Fabian (2016b): Kommunale Wirtschaftsförderung in Bremen – Handlungsrahmen, Programme und Wirkungen. Aus der Reihe Arbeit und Wirtschaft in Bremen der Arbeitnehmerkammer Bremen. Institut Arbeit und Wirtschaft Universität Bremen. Bremen. (Veröffentlichung in Vorbereitung).
- Pauli, Manfred Josef (2007): Vom Beteiligen – Probleme, Wege, Chancen – Ein „Lesebuch“. Arbeitspapier der Fakultät Architektur und Stadtplanung der Universität Stuttgart, Institut für Grundlagen der Planung. Online verfügbar unter: <http://www.igp.uni-stuttgart.de/publika/pdf/beteiligen.pdf> (Zugriff am 15.08.2016).
- Peter Jones; David Hillier; Daphne Comfort (2003): Urban regeneration companies and city centres. In: Management Research News 26 (1), S. 54–63.
- Prigge, Rolf; Böhme, René (2013): Soziale Stadtpolitik in Dortmund, Bremen und Nürnberg. Bremen: Kellner.
- Prigge, Rolf; Böhme, René (2014): Bremen braucht ganztags Schule. Bremen: Kellner.
- Reicher, Christa (2014): Das Format der Internationalen Bauausstellung. Wirkungskette und Perspektive. In: Hohn, Uta; Kemming, Herbert; Reimer, Mario (Hg.) (2014): Formate der Innovation in der Stadt- und Regionalentwicklung. Reflexionen aus Planungstheorie und Planungspraxis. Detmold. S. 43-54

- Reimer, Mario (2012): Planungskultur im Wandel. Das Beispiel der REGIONALE 2010. Detmold. http://www.arbeitnehmerkammer.de/cms/upload/Publikationen/Politikthemen/ArbeitSoziales/Bestandsaufnahme_zum_%20Wirtschaftsstandort_Bremen-Nord.pdf [Zugriff: 14.08.2014].
- Reimer, Mario (2014): Temporäre Unsicherheiten als Impuls für Prozessinnovationen: Die Regionalen 2010. In: Hohn, Uta; Kemming, Herbert; Reimer, Mario (Hg.) (2014): Formate der Innovation in der Stadt- und Regionalentwicklung. Reflexionen aus Planungstheorie und Planungspraxis. Detmold. S. 111-128.
- Rogers, Richard et al. (1999): Towards an Urban Renaissance. The Report of the Urban Task Force - Chaired by Lord Rogers of Riverside. Executive Summary. Department of the Environment, Transport and the Regions. London. Online verfügbar unter <http://dclg.ptfs-europe.com/AWData/Library1/Departmental%20Publications/Department%20of%20the%20Environment,%20Transport%20and%20the%20Regions/1999/Towards%20an%20Urban%20Renaissance.pdf>.
- Selle, Klaus (2007): Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung – Auf dem Weg zu einer kommunikativen Planungskultur? Alltägliche Probleme, neue Herausforderungen. In: Informationen zur Raumentwicklung. 1/2007, S. 63-71.
- SSKJF, Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen (Hg.) (2014): Sozialräumlicher Ausbau und Weiterentwicklung der frühkindlichen Förderung und Bildung in der Stadtgemeinde Bremen bis zum Kindergartenjahr 2019/2020. Bremen.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2015): Kindertagesbetreuung regional. Ein Vergleich aller 402 Kreise in Deutschland Wiesbaden.
- Stein, Ursula (2015): Die Regionalen in Nordrhein-Westfalen als reflexive Regionalpolitik. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3.2015. S. 261-271. Online verfügbar unter: http://steinschultz.de/steinschultz2014/wp-content/uploads/2014/01/IzR_3_2015_Stein.pdf
- Strünck, Christoph; Heinze, Rolf G. (2005): Public Private Partnership. In: Bernhard Blanke, Stephan von Bandemer, Frank Nullmeier und Göttrik Wewer (Hg.): Handbuch zur Verwaltungsreform. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 120–128.
- Strüßmann, Bernd (2010): Bestandsaufnahme zum Wirtschaftsstandort Bremen-Nord. Bremen. http://www.arbeitnehmerkammer.de/cms/upload/Publikationen/Politikthemen/ArbeitSoziales/Bestandsaufnahme_zum_%20Wirtschaftsstandort_Bremen-Nord.pdf [Zugriff: 14.08.2014].
- Sustainable Urban Neighbourhood Network (SUNN) 2011: Lessons from Ancoats Urban Village and new Islington Millennium Village Manchester. Online verfügbar unter: http://urbed.coop/sites/default/files/Ancoats%20and%20New%20Islington%20report_0.pdf
- Thiesen, Andreas (2016): Die transformative Stadt: Reflexive Stadtentwicklung jenseits von Raum und Identität. Bielefeld.
- Trommer, Sigurd (2015): Identität als Katalysator für Stadtentwicklungsprozesse - Erfahrungen aus Neustadt a. Rbge, Wolfsburg, Bonn. In: vhw FWS 1 / Januar – Februar 2015, S. 28-31.
- Wolff, Almut (2013): Was bewirkt Beteiligung? – Neues Hulsbergviertel in Bremen. In: pnd online – Planung neu denken. 2-3/2013, S. 1-9.

Städtische Veröffentlichungen

- Arbeitskreis Blumenthal (2013): Erklärung zur Gesamtsituation Blumenthal. Online verfügbar unter http://www.ortsamt-blumenthal.bremen.de/sixcms/media.php/13/Sammelmappe1%20Anschreiben_Erkl%20Mitgliederliste.pdf.
- Beirat Blumenthal (14.03.2016): Angenommene Anträge. Online Verfügbar unter <http://www.ortsamt-blumenthal.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen198.c.3942.c> (Zugriff am 19.07.2016).
- Beirat Vegesack (21.01.2016): Niederschrift zur 8. öffentlichen Sitzung des Beirates Vegesack am Donnerstag, dem 21. Januar 2016 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Vorsitzender OAL Herr Dornstedt.
- BREMISCHE BÜRGERSCHAFT (2004): Mitteilung des Senats vom 6. Juli 2004 Bebauungsplan 1262 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen — Rönnebecker Straße (Haus-Nr. 19 A bis Nr. 1)— Bürgermeister-Dehnekamp-Straße— Zufahrt Fähre Blumenthal–Motzen — Weser, Bremen.
- Der Senat – Bremische Bürgerschaft - Stadtbürgerschaft 18. Wahlperiode (30.10.2012): Den Bremer Westen sozial und städtebaulich wei-

- terentwickeln. Mitteilung des Senats an die Stadtbürgerschaft.
- Der Senat – Bremische Bürgerschaft - Stadtbürgerschaft 18. Wahlperiode (27.01.2015): Perspektiven der Entwicklung im Bremer Westen. Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 18/656 S vom 27.01.2015.
- Der Senat - Bremische Bürgerschaft Landtag 15. Wahlperiode (Hg.) (2003): Entwicklungsperspektiven für Bremen-Nord. Mitteilung des Senats vom 11. März 2003. Drucksache 15 /1407.
- Der Senat – Bremische Bürgerschaft Stadtbürgerschaft 17. Wahlperiode (04.11.2008): Zentrenpolitik im Kontext integrierter Stadtentwicklung. Mitteilung des Senats als Antwort auf eine große Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Drucksache 17/252 S vom 04.11.2008.
- Der Senat - Bremische Bürgerschaft Stadtbürgerschaft 19. Wahlperiode (15.12.2015a): Bisherige Umsetzung der 40+-Liste. Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU. Drucksache 19/82 S vom 15.12.2015.
- Der Senat - Bremische Bürgerschaft Stadtbürgerschaft 19. Wahlperiode (15.12.2015b): Bauen in Bremen – Aber wann und wo? Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Drucksache 19/80 S vom 15.12.2015.
- Der Senat (07.03.2013): "Methoden und Erfahrungen der Bremer Bürgerbeteiligung nutzbar machen". Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 7. März 2013.
- Der Senat - Bremische Bürgerschaft – Landtag 19. Wahlperiode (14.06.2016): Mangelhafte Kontrolle der Millionensubvention für die Jacobs University . Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 19/645 vom 14.06.2016.
- Der Senat / STAVE (1996): Programmplanung Mittelzentrum Vegesack I.
- Der Senat / SUBV + SWAH (2003): Programmplanung Mittelzentrum Vegesack II. Fortschreibung.
- Der Senator für Kultur (Hg.) (2014): Baumaßnahme Bürgerhaus Vegesack. Bericht zur Sanierung und zum nutzerspezifischen Umbau des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses in Bremen Vegesack, Bremen. Vorlage Nr. 96 für die Sitzung der Deputation für Kultur (städtisch) am 18. Februar 2014.
- Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr und der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (Hg.) (2002): Wohnen in Nachbarschaften (WiN) Stadtteile für die Zukunft entwickeln. «Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt». Stand der Umsetzung der Programme (Juni 2002).
- Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr; Der Senator für Wirtschaft und Häfen (Hg.) (2004): Innenstadt- und Stadtteilentwicklung in der Stadt Bremen. Aktionsprogramm 2010. Freie Hansestadt Bremen in Kooperation mit der Handelskammer Bremen.
- Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr und der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (Hg.) (2006): Integriertes Handlungskonzept Grohn. Endbericht. Bearbeitung IWS und proloco. Bremen
- Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa (Hg.) (2007): Stadtteilkonzept Blumenthal. Projektbearbeitung: Institut Arbeit und Wirtschaft – Universität Bremen, Dorothea Drinda, Matthias Kirk.
- Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa; Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (Hg.) (2008): Monitoring "Soziale Stadt Bremen" 2008. Endbericht.
- Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (SUBV) (2010): Die Wohnungsbaukonzeption, Bremen.
- Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa (2010): Die Wohnungsbaukonzeption. Bremen'20 – Komm mit nach Morgen. Bremen
- Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr und die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen (Hg.) (2012): Wohnen in Nachbarschaften (WiN). Stadtteile für die Zukunft entwickeln 1998 – 2012.
- Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (Hg.) (2012): Bebauungsplan 1288 für ein Gebiet in Bremen – Blumenthal zwischen Landrat-Christians-Straße (rückwärtig) - Blumenthaler Aue – Weser - Weserstrandstraße Haus - Nr. 17, 15 und 1, (Planaufstellungsbeschluss - Neufas-

sung / Aufhebung des Bebauungsplanes 1264). Deputationsvorlage für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 10.05.2012.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr; Bauamt Bremen Nord (Hg.) (2012): Deputationsvorlage für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie Am 08.11.2012. Bebauungsplan 1243 „Grohner Grün“ (Vorlage Nr. 18/185 (S)). Online verfügbar unter http://www.bauumwelt.bremen.de/sixcms/media.php/13/18_185_S_Plan+1243_Endf.pdf.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (11.04.2013): Berichterstattung zum Stand der Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Vernetzte Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße“. Bericht der Verwaltung für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) am 11. April 2013. Online verfügbar unter www.bauumwelt.bremen.de/sixcms/media.php/13/BdV_S_George-Albrecht-Str_Endf.pdf.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen (31.10.2013): Kommunales Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ Dritte Förderperiode 2011 – 2016 Berichterstattung Monitoring Soziale Stadt und Weiterentwicklung des Programms für die Jahre 2014 – 2016. Vorlage Nr. 18 / 293 für die Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 31.10.2013 Vorlage Nr. 145 / 13 für die Sitzung der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend am 31.10.2013.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr; Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Hg.) (2013): EFRE Programm 2007 - 2013 Lesum Park. Vorlage Nr. 18/319-S für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 28.11.2013 Vorlage Nr. 18/462-LS für die Sitzung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, am 27. November 2013.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr; Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen (Hg.) (2013): Monitoring "Soziale Stadt Bremen" 2013. Endbericht.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr; Bauamt Bremen Nord (Hg.) (2013): Bebauungsplan 1288. Deputationsvorlage für die Sitzung der

Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 09.01.2014. Vorlage Nr.: 18/307(S).

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (SUBV) (09.01.2014): Bericht der Verwaltung für die Sitzung der Deputation für Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 9. Januar 2014 Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebiets für das Wasserwerk Blumenthal der swb Netze Bremen GmbH & Co. KG, Bremen.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft (25.02.2014): Zwischenbericht zur Umsetzung des integrierten Leitbildes der Stadtentwicklung Bremen 2020 im Bremer Westen. Bericht der Verwaltung für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) am 13. März 2014 und für die Sitzung der Deputation für Bildung am 26. Juni 2014.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (SUBV) (03.07.2014): Deputationsvorlage für die Sitzung Deputation Umwelt, Bau und Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 03. Juli 2014 Busbahnhof Blumenthal Umgestaltung der Busumsteigeanlage, Bremen.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Hg.) (2014): Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025. Online verfügbar unter: http://www.bauumwelt.bremen.de/sixcms/media.php/13/VEP_Bremen_2025_Leseversion_144dpi.pdf.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr; Bauamt Bremen Nord (Hg.) (2014): Bebauungsplan 1288. Deputationsvorlage für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 03.07.2014. Vorlage Nr.: 18/397 (S)

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Hg.) (2014): Verkehrskonzept Blumenthal. Endbericht zum Projekt Nr. 1370. Projektbearbeitung: SHP Ingenieure. Hannover. Online verfügbar unter: http://www.ortsamt-blumenthal.bremen.de/sixcms/media.php/13/Bericht_Verkehrskonzept%20Bremen%20Blumenthal_Dezember%202014.12068.pdf

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Hg.) (30.04.2015): Landesprogramm Städtebauförderung 2015. Bericht der Verwaltung für die Sitzung der Deputation für Umwelt,

- Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) am 30.04.2015.
- Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (26.11.2015): NEUES HULSBERG-VIERTEL - Partizipation als Planungsstrategie. Online verfügbar unter: https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&src=s&source=web&cd=1&ved=0ahUKEwigrtLC1srOAhXmBsAKHZZZDngQFggeMAA&url=https%3A%2F%2Fwww.uni-oldenburg.de%2Ffileadmin%2Fuser_upload%2Fbiologie-geoumwelt%2FJahrestagung_2015%2FHulsberg_Viertel_HB.pdf&usg=AFQjCNEprjsCksCjoVnc-OxSk4TtbP5mjg&cad=rja (Zugegriffen am 18.08.2016).
- Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und Landwirtschaft (SUBV) (2015): Deputationsvorlage für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 03.12.2015, 1. Änderung des Bebauungsplanes 1209 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen Charlotte-Wolff Allee, Holthorster Weg, den „Vereinigten Anstalten Friedehorst“, Bearbeitungsstand: 16.11.2015 (Planaufstellungsbeschluss, beschleunigtes Verfahren (§ 13a BauGB), Bremen
- Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und Landwirtschaft (SUBV) (2015): Deputationsvorlage für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 03.12.2015; Bremen
- Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (21.03.2016): Haushaltsmittel für die Zentrumsentwicklung in Blumenthal und Umsetzung der Maßnahmen aus dem Verkehrskonzept Blumenthal. Schreiben an das Ortsamt Blumenthal. Online Verfügbar unter: [https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&src=s&source=web&cd=1&ved=0ahUKEwisjuatnMbOAhUKDMAKHTHSCjMQFggeMAA&url=https%3A%2F%2Fssl.bremen.de%2Ffoa_blumenthal%2Fsixcms%2Fmedia.php%2F13%2F\(HP\)%2B2016-03-24_subv_Antwort%2BHaushaltsmittel%2BZentrumsentwicklung.pdf&usg=AFQjCNE7PQfF1_t9b7BWv4w_T0UJ1CzVyg&sig2=KLPyf8RhZaU35MI8lf51yA&cad=rja](https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&src=s&source=web&cd=1&ved=0ahUKEwisjuatnMbOAhUKDMAKHTHSCjMQFggeMAA&url=https%3A%2F%2Fssl.bremen.de%2Ffoa_blumenthal%2Fsixcms%2Fmedia.php%2F13%2F(HP)%2B2016-03-24_subv_Antwort%2BHaushaltsmittel%2BZentrumsentwicklung.pdf&usg=AFQjCNE7PQfF1_t9b7BWv4w_T0UJ1CzVyg&sig2=KLPyf8RhZaU35MI8lf51yA&cad=rja)
- Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (04.04.2016): Wohnbauflächen in Bremen. Bericht der Verwaltung für die Sitzung der
- Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft(S) am 04.04.2016
- Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr; Bauamt Bremen-Nord (14.04.2016): 1. Änderung des Bebauungsplanes 1209. Deputationsvorlage (19/126 (S)) für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 14.04.2016.
- Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (20.05.2016): Regionale Reichweite der ökonomischen Effekte von Städtebauförderung. Präsentation im Rahmen der gemeinsamen Veranstaltung „Ökonomischer Nutzen von Stadterneuerung und Stadtentwicklung“ des Senators für Umwelt, Bau und Stadtentwicklung und der Arbeitnehmerkammer Bremen zum Tag der Städtebauförderung. Jüngst, Anette; Friedrich, Norbert. Bremen.
- Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr; Bauamt Bremen – Nord (02.06.2016): Sachstand zur Entwicklung des ehemaligen Hartmannsstifts. Bericht der Verwaltung für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 09. Juni 2016.
- Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr; Bremer Bündnis für Wohnen (13.06.2016): Sofortprogramm Wohnungsbau – Statusbericht Juni 2016.
- Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (2016): Integriertes Entwicklungskonzept Grohn. Entwurf Stand Januar 2016. Bearbeitung FORUM - Huebner, Karsten & Partner und PlanwerkStadt. Bremen.
- Der Senator für Wirtschaft und Häfen; Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr (Hg.) (2006): Wohnen und Arbeiten in Bremen-Nord. Zukunft einer Region. Bremen.
- Der Senator für Wirtschaft und Häfen (Hg.) (2009): Tourismuskonzept Land Bremen 2015 - Ein Beitrag zum Strukturkonzept 2015. Online verfügbar unter: http://www.wirtschaft.bremen.de/sixcms/media.php/13/Tourismuskonzept_Bremen_LOW.pdf
- Der Senator für Wirtschaft und Häfen (Hg.) (2010): Science Park in Bremen-Grohn; Sachstandsbericht. Vorlage für die Sitzung des Senats am 23.03.2010.

- Der Senator für Wirtschaft und Häfen (Hg.) (2011a): Bremen Nord – Zukunft einer Region! (Übersicht aktueller Schlüsselprojekte). WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH. Online verfügbar unter http://www.wfb-bremen.de/sixcms/media.php/1754/BremenNord_Folder_2011.pdf.
- Der Senator für Wirtschaft und Häfen (Hg.) (2011b): Zukunftsprogramm Bremen-Nord. Eine wirtschaftsstrukturpolitische Zwischenbilanz. Stand: 04.03.2011.
- Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Hg.) (2012a): EFRE-Programm 2007-2013, Gewerbegebiet Bremer Wollkämmerei, Erschließung 2. Bauabschnitt. Vorlage Nr. 18/290 L/S für die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 28. November 2012.
- Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Hg.) (2012b): Marketing-Strategie für Bremen-Nord. Vorlage Nr. 17/ 279-S für die Sitzung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 28.11.2012. Online verfügbar unter http://www.wirtschaft.bremen.de/sixcms/media.php/13/18_279_S-Vorlage_Marketing_strategie_bremen_nord-B.pdf.
- Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Hg.) (27.11.2013): Sachstandsbericht Science Center / Science Park. Vorlage Nr. 18/474-L/S für die Sitzung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 27.11.2013.
- Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Hg.) (2013): Dauerausstellung Spicarium hier: Betrieb und Finanzierung ab 2014. Vorlage Nr. 18/354-S für die Sitzung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 11.9.2013.
- Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Hg.) (2014): Sachstandsbericht Science Center / Science Park. Vorlage Nr. 18/592 L/S für die Sitzung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 30.07.2014.
- Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Hg.) (2015a): Abschlussbericht Immobilienstandortmanagement Blumenthal. Vorlage Nr. 18/687-S für die Sitzung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 04.02.2015. Bremen-Blumenthal Abschlussbericht Immobilien-Standortmanagement und Vertiefungskonzept Umnutzung. BauBeCon Sanierungsträger GmbH.
- Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Hg.) (2015b): Touristisches Marketing für Bremen-Nord. Vorlage Nr. 18/692-S für die Sitzung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 04.02.2015. Freizeit- und Naherholungskonzept Bremen Nord. Heinze und Partner.
- Die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN (2012): Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Vernetzte Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße! Bremische Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft, 18. Wahlperiode (Drs. 18/261 S). Online verfügbar unter http://www.bremische-buerger-schaft.de/drs_abo/Drs-18-261_S_067.pdf.
- Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen (Hg.) (2014): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Bremen.
- Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen (Hg.) (2015): Sozialräumlicher Ausbau und Weiterentwicklung der Frühkindlichen Förderung und Bildung in der Stadtgemeinde Bremen bis zum Kindergartenjahr 2019/2020.
- Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen (Hg.) (2016): Status III Bericht zur Auslastung der Kindertagesbetreuung.
- Freie Hansestadt Bremen (FHB) (2010): Abschlussbericht für das Ziel-2-Programm des Landes Bremen 2000 – 2006 inkl. Durchführungsbericht für das Jahr 2008 und das erste Halbjahr 2009. Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Bremen.
- Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr; Stadt Leipzig, Dezernat Stadtentwicklung und Bau; Stadt Nürnberg, Wirtschaftsreferat (2011): Stadtentwicklung Koop-Stadt – Beteiligung. Eine Momentaufnahme aus Bremen, Leipzig und Nürnberg.
- Freie Hansestadt Bremen, Senatskanzlei (Hg.) (2010): Stadtteilbericht Blumenthal. Bremen.
- Freie Hansestadt Bremen, Senatskanzlei (Hg.) (2010): Stadtteilbericht Vegesack. Bremen.
- Freie Hansestadt Bremen, Senatskanzlei (Hg.) (2011): Stadtteilbericht Burglesum. Bremen.
- Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH. (2011): Gutachten: Handlungskonzept Zentrum

- Blumenthal. Im Auftrag des Senators für SUBV und SWAH
- Grohn. Entwurf Stand Januar 2016. Bearbeitung FORUM - Huebner, Karsten & Partner und Plan-werkStadt. Bremen.
- Handelskammer Bremen (2012): Resolution des Plenums der Handelskammer Bremen: Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft für Bremen – Nord. Bremen.
- Heinze und Partner (2012): Imagekonzept Vegesack, Endfassung, Februar 2012. Im Auftrag der WfB Bremen.
- IFS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH und Forschungsinstitut Stadt und Region (Hg.) (2004): Evaluation der Programme "Wohnen in Nachbarschaften - WiN" und "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf. Anhang zum Endbericht. Online verfügbar unter <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=EBMS52KG>
- Jacobs Universität Bremen, Jacobs Foundation, Land Bremen (Hg.) (2013): Trilateraler Vertrag zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Jacobs Universität Bremen. Online verfügbar unter http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/media.php/13/130820_JUB_vertrag.pdf.
- Kühling, Dirk (17.01.2012): Ergebnisse und Empfehlungen für die Bürgermeisterrunde. Präsentation in der 2. Sitzung des Rathaus AK vom 17.01.2012. (unveröffentlicht).
- Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen, Kreisvorstand Bremen Nord, Dr. Joachim Lohse, Carsten Werner (2015): Antrag zur Landesmitgliederversammlung am 21. März 2015:
- PROLOCO (2013): Bestandsanalyse und Handlungskonzept Quartier Flethestraße/Fresenbergstraße/ Lüder-Clüver-Straße/Kapitän-Dallmann-Straße. Im Auftrag der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, Bremen; Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Bremen
- Rösel, Barbara (13.01.2015): Bevölkerungsentwicklung im Stadtbezirk Bremen Nord (Präsentation StaLa 13. Januar 2015).
- SSJFIS, Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport Senat Bremen (Hg.) (2015a): Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Bremen.
- SSJFIS, Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (Hg.) (2015b): Datenanhang zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht (unveröffentlicht).
- StaLa Bremen (2015): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort des Landes Bremen (Schätzung für 2013/2014) (unveröffentlicht).
- Statistisches Landesamt (Hg.) (2015): Ortsteilatlas: Hilfeempfänger unter 15 Jahren. URL: <http://www.statistik-bremen.de/tabellen/kleinraum/ortsteilatlas/atlas.html>, (letzter Zugriff: 16.08.2016)
- SWAH, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Hg.) (2015): EFRE-Begünstigtenverzeichnis (Stand 12/2014). Bremen
- SWAH, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Hg.): Beleihungsbericht. „Bericht an die Bremische Bürgerschaft über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechtes für das Jahr (2007 bis 2013).

Koalitionsvereinbarungen

- Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesorganisation Bremen; Christlich Demokratische Union Landesverband Bremen (2003): Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 16. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 – 2007, Bremen.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesorganisation Bremen; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2007): Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 17. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2007 – 2011, Bremen.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesorganisation Bremen; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2011): Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011-2015, Bremen.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesorganisation Bremen; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2015): Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015-2019, Bremen.

Presseberichte (ausgewählte Artikel)

- Frey, Horst (17.08.2004): Vegesack profitiert nicht von Haven Hööft. In: Weser-Kurier, 17.08.2004.
- Buschmann, Ulf (28.02.2012): Wassersportler werden bescheidener. In: Weser-Kurier, 28.02.2012.
- Theiner, Jürgen (12.03.2013): Sechs Baugebiete bekommen Vorrang. In: Die Norddeutsche vom 12.03.2013.
- Lüdecke, Matthias (15.05.2013): Einigung bei Lesum-Park. Verzögerungen beim Bau sorgen in der Bürgerschaft für Kritik. In: Weser-Kurier, 15.05.2013.
- Theiner, Jürgen (09.08.2013): Wohnprojekt gescheitert. In: Die Norddeutsche vom 09.08.2013. Online verfügbar unter: http://www.weser-kurier.de/region/die-norddeutsche_artikel,-Wohnprojekt-gescheitert-_arid,632722.html (Zugriff am 18.07.2016)
- Theiner, Jürgen (18.11.2013): Zweifel am Projekt „Pro Düne“ wachsen. In: Weser-Kurier vom 18.11.2013. Online verfügbar unter: http://www.weser-kurier.de/bremen_artikel,-Zweifel-am-Projekt-Pro-Duene-wachsen-_arid,713385.html (Zugriff am 20.07.2016)
- Brandt, Patricia (14.03.2014): Niemand will die Gläserne Werft. In: Weser-Kurier, 14.03.2014.
- Brandt, Patricia (19.03.2014): Desinteresse an der Düne. Gewoba hätte Problemimmobilie übernehmen können. In: Weser-Kurier vom 19.03.2014.
- Theiner, Jürgen (03.04.2014): Erste Häuser für Tauwerksgelände. In: Weser-Kurier, 03.04.2014.
- Theiner, Jürgen (18.09.2014): Investor für das Tauwerk-Gelände gefunden. In: Weser-Kurier, 18.09.2014.
- Kölling, Volker (28.02.2015): Standpauke für den Beirat. In: Die Norddeutsche vom 28.02.2015. Online verfügbar unter: http://www.weser-kurier.de/region/die-norddeutsche_artikel,-Standpauke-fuer-den-Beirat-_arid,1067574.html (Zugriff am 26.07.2016)
- Theiner, Jürgen (07.03.2015): Science Center: Vertrag ist perfekt. Specht kauft Gelände in Grohn. In: Weser-Kurier, 07.03.2015.
- xas (07.03.2015): Ein Zentrum der Gesundheit in Bremen-Nord. In: Weser-Kurier, 07.03.2015.
- Brandt, Patricia; Theiner, Jürgen (10.03.2015): Sozialbehörde rechnet mit neuen Wohngebieten. In: Die Norddeutsche vom 10.03.2015. Online verfügbar unter http://www.weser-kurier.de/region/die-norddeutsche_artikel,-Sozialbehoerde-rechnet-mit-neuen-Wohngebieten-_arid,1075334.html (Zugriff am 18.07.2016)
- Theiner, Jürgen (23.03.2015): Gesundheitswirtschaft prägt Science Center. In: Weser-Kurier, 23.03.2015.
- Friedrichs, Doris (13.04.2015): 1200 Jobs sind die Zielmarke. In: Weser-Kurier, 13.04.2015.
- Grunewald, Klaus (17.04.2015): Einkaufszentrum im Überlebenskampf. In: Weser-Kurier, 17.04.2015.
- Grunewald, Klaus (25.04.2015): Hoffnung für Haven Hööft. In: Weser-Kurier, 25.04.2015.
- Theiner, Jürgen (09.07.2015): Carsten Sieling über das Spicarium und den Nord-Beauftragten. In: Weser-Kurier, 09.07.2015.
- Theiner, Jürgen (29.08.2015): Fassmer expandiert nach Bremen-Nord. In: Die Norddeutsche vom 29.08.2015. http://www.weser-kurier.de/region/die-norddeutsche_artikel,-Fassmer-expandiert-nach-Bremen-Nord-_arid,1196977.html (Zugriff am 18.07.2016)
- Brandt, Michael (13.11.2015): Blumenthaler Kern soll saniert werden. In: Die Norddeutsche vom 13.11.2015
- Grunewald, Klaus 21.11.2015: Kürzung in armen Quartieren. In: Die Norddeutsche vom 21.11.2015.
- Fischer, Frauke (15.12.2015): Tausende neue Wohnungen in Bremen bis 2017 geplant. In: Weser-Kurier vom 15.12.2015.
- Brandt, Patricia (20.01.2016): Konzept für die Düne: Wie Bremen die Probleme des sozialen Brennpunktes Nummer eins lösen will. In: Die Norddeutsche vom 20.01.2016. http://www.weser-kurier.de/region/die-norddeutsche_artikel,-35-Millionen-Euro-fuer-besseres-Image-_arid,1294907.html (Zugriff am 20.07.2016)
- Weth, Christian (06.02.2016): Bauoffensive mit Hindernissen. In: Die Norddeutsche vom 06.02.2016.
- Friedrichs, Doris (07.03.2016): Drei Millionen als Anschlag. In: Die Norddeutsche vom

- 07.03.2016. Online verfügbar unter:
http://www.weser-kurier.de/region/die-norddeutsche_artikel,-Drei-Millionen-als-Anschub-_arid,1328905.html
 (Zugegriffen am 02.08..2016)
- Weth, Christian (02.07.2016): Wohnen in Bremen-Nord wird immer teurer. In: Die Norddeutsche vom 02.07.2016.
- Schumacher, Ulrike (20.07.2016): Steinbrechanlage statt Wohnungen an der Weser. In: Die Norddeutsche vom 20.07.2016
- Weth, Christian (30.01.2016): Markthalle wird Supermarkt. In: Weser-Kurier vom 30.01.2016
- Theiner, Jürgen (20.01.2016): Markthalle: Senat sieht AVW am Zug. In: Weser-Kurier vom 20.01.2016
- Weth, Christian (24.02.2016): Blumenthal-Center wächst. In: Die Norddeutsche vom 24.02.2016
- Weth, Christian (08.07.2016): Endspurt beim Fachmarktzentrum. In: Die Norddeutsche vom 08.07.2016.
- Theiner, Jürgen (31.10.2015): Investor kauft Tauwerk-Gelände. In: Die Norddeutsche vom 31.10.2015.
- Theiner, Jürgen (03.12.2015): Notoperation am Lesum Park. In: Weser-Kurier vom 03.12.2015
- Molkewehrum, Imke (30.06.2016): Bunker Valentin ist ein Magnet. In: Die Norddeutsche vom 30.06.2016
- Buschmann, Ulf (02.06.2016): Bunker Valentin jetzt an Weser-Radweg angeschlossen. In: Die Norddeutsche vom 02.06.2016
- Theiner, Jürgen (07.12.2015): Neues Baurecht für den Science Park. In: Die Norddeutsche vom 07.12.2015.
- Sundermann, Sarah (09.06.2016): Jacobs Uni bereitet sich auf Zukunft vor. Finanzierungslücke von 9 Millionen EUR droht. In: Weser-Kurier vom 09.06.2016.
- Brandt, Patricia (13.06.2016): Insolventes Einkaufszentrum: Wem gehört das Haven Hööft?. In: Die Norddeutsche vom 13.06.2016.

Internetquellen

- Website AfSD: Quartiersmanagement Grohn.
<http://www.amtfuersozialedienste.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen218.c.3625.de>
 . (Zugriff am 20.07.2016)
- Website Bauamt Bremen Nord. Aktuelle Projekte BWK.
<http://bbn.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen59.c.6858.de>
 (Letzter Zugriff am 07.07.2015)
- Website BBN: Aktuelle Projekte
<http://bbn.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen59.c.6858.de> (Zugriff am 18.07.2016)
- Website Blumenthal Probleme und Chancen. Blog. BWK-Areal Chronologie. <http://blumenthal-zeitung.blogspot.de/2013/11/neu-bwk-areal-chronologie.html>
 (Letzter Zugriff am 07.07.2015)
- Website Bremen. Jacobs University.
<http://www.bremen.de/jacobs-university-bremen-344474>
 (Letzter Zugriff am 06.07.2015)
- Website Eichenhof: Projekt Eichenhof
<http://www.eichenhof-bremen.de/>
 (Zugriff am 18.07.2016)
- Website Energiekonsens: Bremer Modernisieren
http://www.bremer-modernisieren.de/Kostenlose_Beratungsgespraech_e_im_Bauamt_Bremen-Nord.html (Zugriff am 19.07.2016)
- Website Lesum Park. <http://www.lesumpark.de/>
 (Letzter Zugriff am 06.07.2015)
- Website Lesum Park: Masterplan
<http://lesumpark.de/masterplan.html>
 (Zugriff am 18.07.2016)
- Website Maritime Meile. <http://www.maritimemeile-bremen.de/espresso/spicarium.html>
 (Letzter Zugriff am 07.07.2015)
- Website Radio Bremen. Jacobs University- Spart sich die Uni zu Tode?
http://www.radiobremen.de/politik/dossiers/p_rivatuni/jub-streichungen100.html
 (Letzter Zugriff am 07.07.2015)
- Website Radio Bremen: Spicarium in Vegesack.
<http://www.radiobremen.de/gesellschaft/themen/spicarium108.html>
 (Letzter Zugriff am 07.07.2015)

Website Regionale 2010: Die Regionalen in NRW
http://www.regionale2010.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Die_Regionalen_in_NRW.pdf (Zugriff am 09.08.2016)

Website Senatskanzlei: Stadtteilbericht Vegesack.
<http://www.rathaus.bremen.de/detail.php?gsid=bremen54.c.8201.de>
 (Letzter Zugriff am 06.07.2015)

Website Senatspressestelle Bremen: Staatsräterunde zur Grohner Düne konstituiert.
<http://senatspressestelle.bremen.de/detail.php?gsid=bremen146.c.98355.de&asl=>
 (Zugriff am 20.07.2016)

Website Senatspressestelle Bremen: Umbau der Weserpromenade
<http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?id=9045>
 (Zugriff am 26.07.2016)

Website Senatspressestelle: Gutachten zur Evaluierung des Investitionssonderprogramm.
<http://senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen146.c.13098.de&asl=bremen146.c.25714.de> (Letzter Zugriff am 15.07.2016)

Website Soziale Stadt Bremen. Marbel
<http://www.sozialestadt.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen222.c.5283.de>
 (Zugriff am 20.07.2016)

Website Soziale Stadt Bremen:
 Altes Zentrum Blumenthal
<http://www.sozialestadt.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen222.c.10913.de>
 (Zugriff am 20.07.2016)

Website Soziale Stadt Bremen: Grohn
<http://www.sozialestadt.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen222.c.3542.de>
 (Zugriff am 20.07.2016)

Website Spicarium. <http://www.spicarium-bremen.de/espresso/index.html>
 (Letzter Zugriff am 07.07.2015)

Website Städtebauförderung BMVBS. Bremen Lüssum-Bockhorn.
http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SanierungsUndEntwicklungsmassnahmen/Praxis/Massnahmen/Bremen_Luessum/bremen_node.html

Website StaLa Bremen: Bremen Kleinräumig Infosystem: http://www.statistik-bremen.de/soev/statwizard_step1.cfm

Website SUBVa: 40+ Flächen .
<http://www.wohnbauflaechen30plus.de/kartenansicht/> (Zugriff am 18.07.2016)

Website SUBVb: Karte der Städtebaufördergebiete in Bremen http://www.bauumwelt.bremen.de/fastmedia/12/STEG_20141014_mit%20Bremer%20Westen_klein.pdf
 (Zugriff am 27.07.2016)

Website Umweltbetriebe Bremen: Wätjens Park
<http://www.umweltbetrieb-bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=2519>
 (Letzter Zugriff am 15.08.2016)

Website WFB. Gewerbegebiet Science Park.
<http://www.wfb-bremen.de/de/gewerbegebiet-science-park>
 (Letzter Zugriff am 07.07.2015)

Sonstige Quellen

Balke, Jannis; Bollen, Arne; Helmke, Luca; Holstein, Philip; Krampitz, Jesko (2014): Die Auswirkungen des Haven Hööv't auf den Einzelhandel in der Vegesacker Innenstadt. Abschlussbericht des Projektmoduls Humangeographie im Bachelorstudiengang Geographie der Universität Bremen.

Die Linke (2015): Ein Reihenhaushaus zu wenig. Pressemitteilung der Partei DIE LINKE Ortsverband Bremen-Nord vom 07.12.2015. Online verfügbar unter: <http://www.dielinke-bremen-nordwest.de/politik/presse/detail/zurueck/presse-4/artikel/ein-reihenhaushaus-zu-wenig/> (Zugriff am 18.07.2016)

Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) (23.05.2014): Stadt- und Regionalentwicklung durch Großereignisse – was bleibt danach? SRL-Halbjahrestagung am 23. Mai 2014 in Hamburg. Infos unter: http://www.srl.de/dateien/dokumente/de/SRL-Flyer_HJT-HH.pdf

Reihe Arbeit und Wirtschaft in Bremen

Nr. 1 | 2013

Hotze, Jessica: Das Ernährermodell als Armutsrisiko?
Eine bremische Bestandsaufnahme von Erwerbsmustern in Familien.

Nr. 2 | 2013

Sommer, Jörg, Alexander Matysik und Martin Leusch: Geförderte Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit.
Ausgangslage – Subjektive Wahrnehmungen – Perspektiven.

Nr. 3 | 2013

Benedix, Ulf, Gerlinde Hammer, Irena Medjedovic´ und Esther Schröder:
Arbeitskräftebedarf und Personalentwicklung in der Pflege – eine Erhebung im Land Bremen.

Nr. 4 | 2013

Kathmann, Till und Irene Dingeldey: Prekarisierung berufsfachlich qualifizierter Beschäftigung?
Eine Analyse der Arbeitsbedingungen von medizinischen Fachangestellten.

Nr. 5 | 2013

Matysik, Alexander, Martin Leusch und Günter Warsewa:
Bildungszielplanung in der Arbeitsförderung. Struktur und Funktion im Land Bremen.

Nr. 6 | 2013

Benedix, Ulf und Irena Medjedović: Gute Arbeit und Strukturwandel in der Pflege.
Gestaltungsoptionen aus Sicht der Beschäftigten.

Nr. 7 | 2014

Matysik, Alexander, Christian Wessel und Ulrich Heisig: Gute Beschäftigungschancen im öffentlichen Dienst?
Bedingungen und Strategien des Bremer Senats zur Gewinnung von Nachwuchskräften.

Nr. 8 | 2015

Prigge, Rolf und René Böhme: Kindertagesbetreuung zwischen Armutsprävention und der Vereinbarkeit
von Familie und Beruf. Lokale Regelungsstrukturen im Vergleich.

Nr. 9 | 2015

Kathmann, Till und Irene Dingeldey: Prekarisierung berufsfachlich qualifizierter Beschäftigung?
Lohnstrukturen, Beschäftigungsformen und Handlungsstrategien von medizinischen Fachangestellten.

Nr. 10 | 2015

Benedix, Ulf: Kindertagesbetreuung und kinderbezogenes Vorbeugen gegen Armut.
Erzieherinnen und Erzieher schildern Erfahrungen mit ihrem kompensatorischen Bildungsauftrag.

Nr. 11 | 2015

Prigge, Rolf und René Böhme: Soziale Infrastruktur und Teilhabechancen.
Ansätze zur Analyse der Kindertagesbetreuung und des ganztägigen Lernens in Bremen.

Nr. 12 | 2015

Irene Dingeldey, Till Kathmann: Landesmindestlöhne – vom Wegbereiter zum Auslaufmodell.

Nr. 13 | 2016

Anne Schröter, Susanne Heiland: Sackgasse SGB II – Eine qualitative Panelstudie zur Überwindung der Bedürftigkeit aus der Sicht von Aufstocker-Familien.

Nr. 14 | 2016

René Böhme, Nele Mönkedieck: Perspektive Ausbildung? Handlungsfelder und Gelingensbedingungen am Übergang junger Asylsuchender von der Schule in den Beruf Bremen.

Nr. 15 | 2016

Ulf Benedix, : Aufstiegsmobilität und –chancen auf dem regionalen Arbeitsmarkt – Stand und Entwicklungspotenzial in der regionalen Logistik.

Impressum

Herausgeber

Institut Arbeit und Wirtschaft (iaw)
Universität / Arbeitnehmerkammer Bremen
Wiener Straße 9
28359 Bremen

Arbeitnehmerkammer Bremen
Bürgerstraße 1
28195 Bremen

Umschlaggestaltung

GfG / Gruppe für Gestaltung, Bremen

Titelfotos

fotolia.com / Dan Race
fotolia.com / CHW
fotolia.com / auremar
fotolia.com / Carl-Juergen Bautsch

Druck

Girzig+Gottschalk GmbH, Bremen

1. Auflage 2016
ISSN: 2195-7266

Bestellung

Institut Arbeit und Wirtschaft (iaw)
Geschäftsstelle
Telefon 0421.218-6 17 04
iaw-info@uni-bremen.de

Die Arbeitnehmerkammer Bremen vertritt als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Interessen der im Land Bremen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Um diesem gesetzlichen Auftrag auf der Basis aktueller wissenschaftlicher Forschungsergebnisse umfassend gerecht zu werden, kooperiert die Arbeitnehmerkammer mit der Universität Bremen. Teil dieser Kooperation ist das Institut Arbeit und Wirtschaft (iaw), das gemeinsam von beiden Häusern getragen wird. Schwerpunkte des iaw sind die Erforschung des Strukturwandels von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft, insbesondere in seinen Auswirkungen auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Im Rahmen dieser Reihe werden die Forschungsergebnisse, die aus der Kooperation zwischen Arbeitnehmerkammer und iaw hervorgehen, veröffentlicht.

Arbeitnehmerkammer Bremen
Bürgerstraße 1
28195 Bremen
Telefon 0421.3 63 01-0
Telefax 0421.3 63 01-89
info@arbeitnehmerkammer.de
www.arbeitnehmerkammer.de

iaw – Institut Arbeit und Wirtschaft
Universität Bremen
Wiener Straße 9
28359 Bremen
Telefon 0421.2 18-6 17 04
Telefax 0421.2 18-6 17 07
iaw-info@uni-bremen.de
www.iaw.uni-bremen.de



Bremen-Nord: Chancen zur Neupositionierung nutzen!

In den vergangenen 20 Jahren gab es eine Fülle speziell zugeschnittener Projekte für Bremen-Nord, um die Wirtschaftskraft zu stärken. Arbeitsplätze sollten gesichert und neue geschaffen werden. Gleichzeitig wollte man verhindern, dass die Bevölkerung Bremen-Nords weiter schrumpft. Trotz vielfältiger Bemühungen und gewisser Erfolge konnten die selbst gesteckten Ziele oft nicht erreicht werden. Vor diesem Hintergrund hat die Arbeitnehmerkammer das Institut Arbeit und Wirtschaft (iaw) der Universität Bremen beauftragt, die vielen in Bremen-Nord verfolgten Programme, Maßnahmen, Projekte und Aktivitäten einer umfassenden Bilanz zu unterziehen. Mit einer Datenanalyse hat das iaw Ausrichtung und Wirkung der bisherigen Handlungsansätze kritisch hinterfragt und Ansatzpunkte dafür geliefert, wie sich Bremen-Nord neu positionieren kann. Wo liegen die Zukunftsperspektiven und Stärken? In welchen Handlungsfeldern können sich die Stadtteile – Vegesack, Blumenthal und Burglesum – gemeinsam neu profilieren? Wie könnte ein neues, integriertes Gesamtbild für Bremen-Nord aussehen? Welche Strategie könnte Stärken, Potenziale und neue Ansätze für den nördlichsten Stadtbezirk Bremens verbinden?